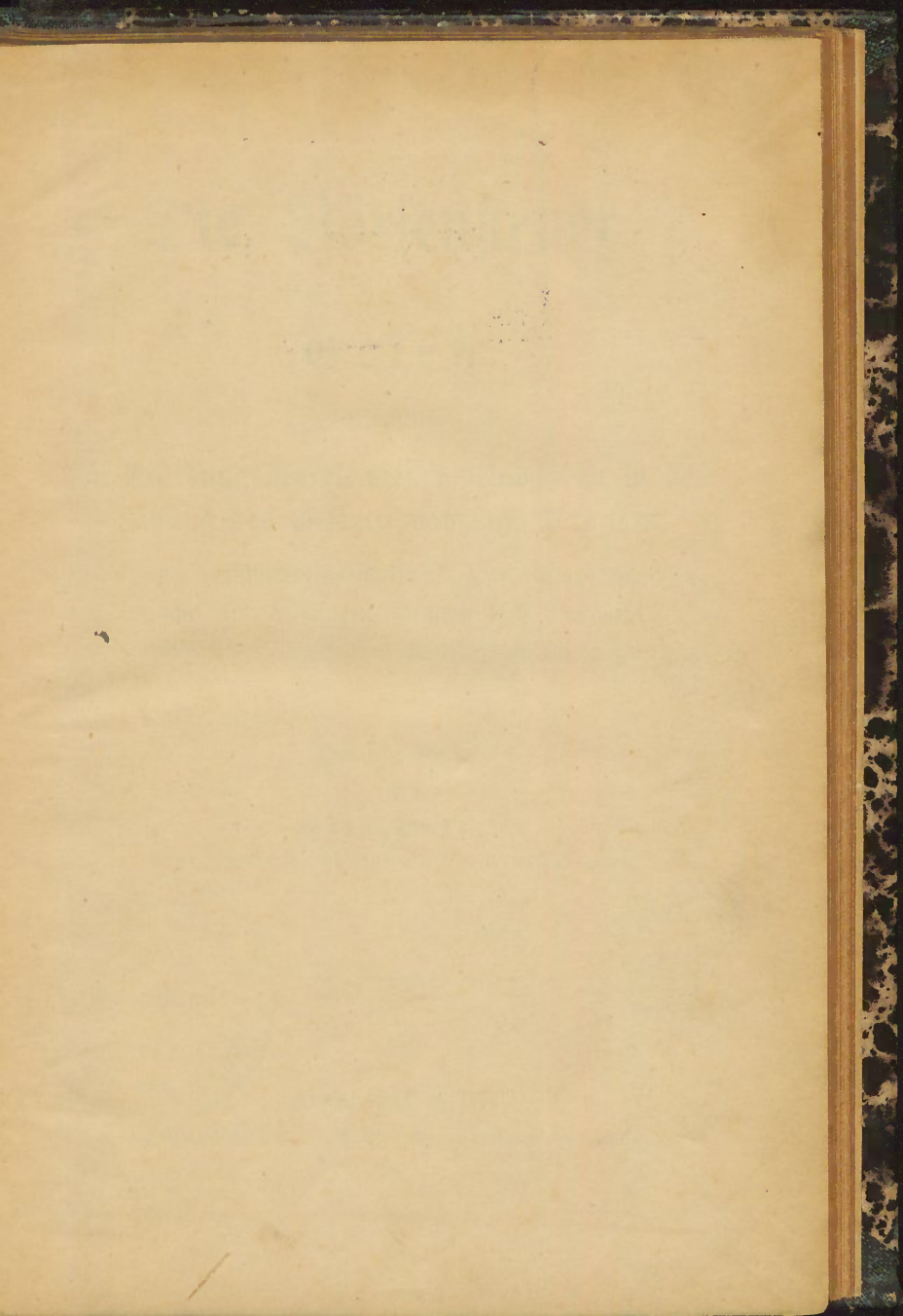


EIGENTUM  
DES  
INSTITUTS  
FÜR  
WELTWIRTSCHAFT  
KIEL

BIBLIOTHEK

Nr. T 19 997

7.278





# Die Börsensteuer.

## G e s e z

betreffend

die Erhebung der Reichsstempelabgaben in der  
Fassung des Gesetzes vom 29. Mai 1885.

Mit den Ausführungsvorschriften, Bundesrathsbeschlüssen,  
amtlichen Entscheidungen, Kommissions- und Reichs-  
tagsverhandlungen, Beschlüssen der Handelskammern u. s. w.

Herausgegeben

von

Otto Puls,

Syndikus der Handelskammer von Frankfurt a. M.



8030



Frankfurt a. M.

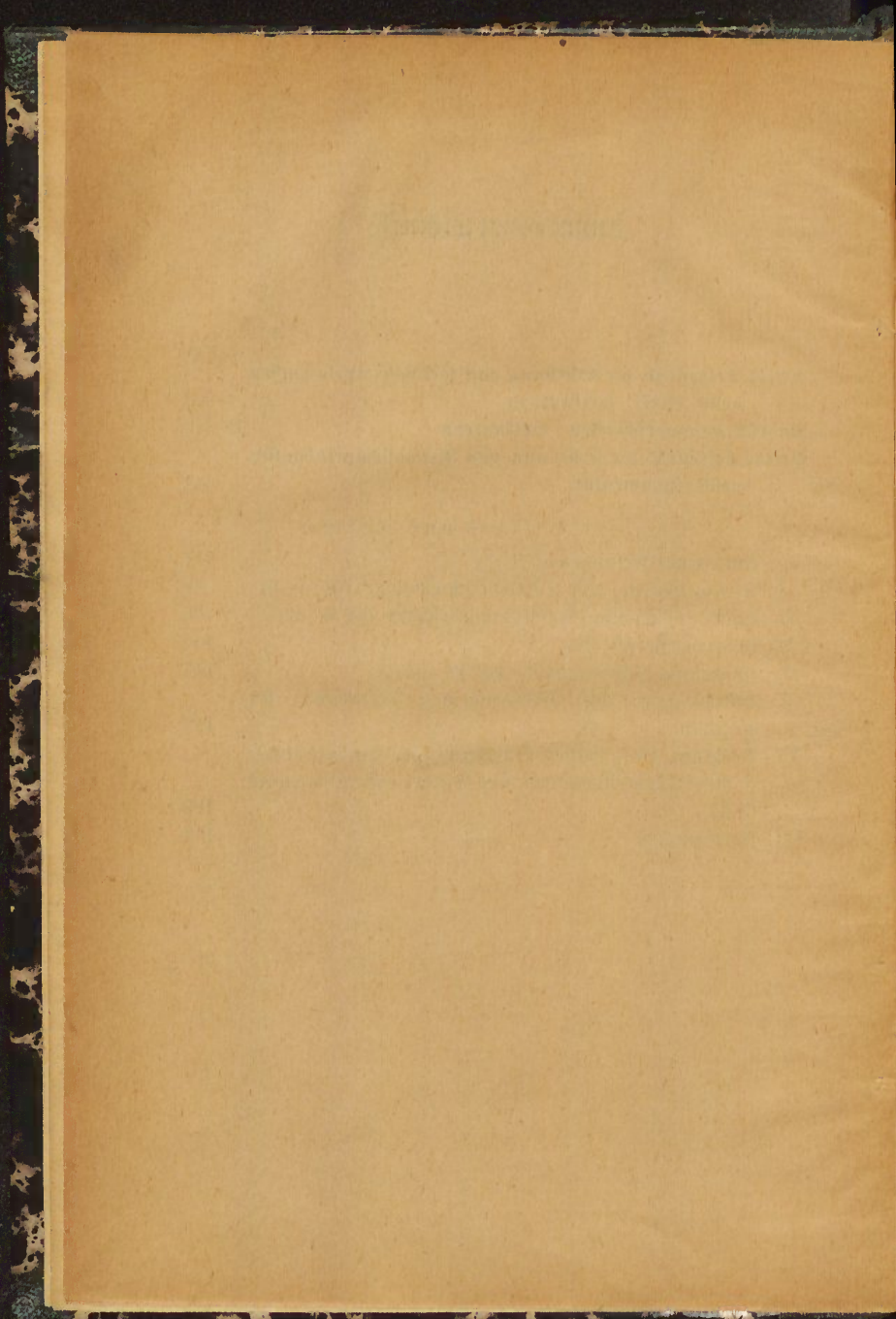
Commissions-Verlag der Alfred Neumann'schen Buchhandlung.

1885.



# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Gesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben nebst Tarif, fortlaufend . . . . .	1—22
Ausführungsvorschriften, fortlaufend . . . . .	22—40
Gesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben nebst Kommentar . . . . .	41
Text des Gesetzes und Tarife.	
Einleitende Bestimmung (§ 1). . . . .	41
I. Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen (§§ 2—5). . . . .	42
II. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte (§§ 6—20). . . . .	70
III. Lotterieloose (§§ 21—29). . . . .	136
IV. Allgemeine Bestimmungen (§§ 30—44). . . . .	146
V. Bestimmungen über Erhebung und Verrechnung der Abgaben . . . . .	162
VI. Beschlüsse der ständigen Deputation der Produktenbörse in Berlin über Anwendung des Gesetzes auf die einzelnen Fälle . . . . .	169
VII. Formularien . . . . .	174



## Gesetz, betreffend die Erhebung von Reichs- stempelabgaben.

### § 1.

Die in dem anliegenden Tarif unter 1, 2, 3 und 5 bezeichneten Urkunden und die daselbst unter 4 bezeichneten Geschäfte unterliegen den daselbst bezeichneten Abgaben nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen:

#### I. Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen.

(Tarifnummer 1 bis 3.)

### § 2.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Tarifnummer 1 bis 3 bezeichneten Stempelabgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrages an eine zuständige Steuerstelle, welche auf dem vorzulegenden Werthpapiere Reichsstempelmarken zum entsprechenden Betrage zu verwenden oder die Aufdrückung des Stempels zu veranlassen hat.

In welchen Fällen und unter welchen Bedingungen der Verpflichtung zur Versteuerung durch rechtzeitige Verwendung von Stempelmarken ohne amtliche Mitwirkung einer Steuerstelle genügt werden kann, bestimmt der Bundesrath.

### § 3.

Wer Werthpapiere der unter den Tarifnummern 1 bis 3 bezeichneten Art innerhalb des Bundesgebietes ausgiebt, ver-

äußert, verpfändet, oder ein anderes Geschäft unter Lebenden damit macht oder Zahlung darauf leistet, bevor die Verpflichtung zur Besteuerung erfüllt oder in den in der Befreiung zu Tarifnummer 1 und den unter Tarifnummer 2 lit. cc und 3 lit. b bezeichneten Fällen den Kontrollvorschriften des Bundesraths genügt ist, verfällt in eine Geldstrafe, welche dem fünfundzwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber zwanzig Mark für jedes Werthpapier beträgt.

Diese Strafen treffen besonders und zum vollen Betrage jeden, der als Kontrahent oder in anderer Eigenschaft an der Ausgabe, Veräußerung, Verpfändung oder an dem sonstigen Geschäft theilgenommen hat.

Dieselben Personen sind für die Entrichtung der Steuer solidarisch verhaftet.

#### § 4.

Bevor stempelpflichtige inländische Werthpapiere zur Zeichnung aufgelegt werden, oder zu weiteren Einzahlungen auf solche aufgefordert wird, hat der Emittent hiervon der zuständigen Steuerstelle unter Angabe der Zahl, der Gattung und des Nennwerthes der Stücke und des Betrages der zu leistenden Einzahlungen nach Maßgabe eines von dem Bundesrath zu bestimmenden Formulars Anzeige zu erstatten.

Wer stempelpflichtige inländische Werthpapiere, welche von einem früheren als dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes datirt sind, nach dem leterwähnten Zeitpunkte ausgiebt, hat jedes Stück mit einem Vermerke zu versehen, aus welchem ersichtlich ist, daß die Ausgabe nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt ist.

Die Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften zieht Geldstrafe im Betrage von fünfzig bis fünfhundert Mark nach sich.

§ 5.

Die der Reichsstempelsteuer unterworfenen Werthpapiere unterliegen in den einzelnen Bundesstaaten keiner weiteren Stempelabgabe (Zage, Sportel u. s. w.).

Auch ist von der Umschreibung solcher Werthpapiere in den Büchern und Registern der Gesellschaft zc., sowie von den auf die Werthpapiere selbst gesetzten Uebertragungsvermerken (Indossamenten, Cessionen u. s. w.) eine Abgabe nicht zu entrichten.

Im Uebrigen, insbesondere hinsichtlich der Urkunden über Eintragungen in dem Hypothekenbuche (Grundbuche), bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt.

**II. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.**

(Tarifnummer 4.)

§ 6.

Die unter Tarifnummer 4 angeordnete Abgabe ist von allen im Inlande abgeschlossenen Geschäften der bezeichneten Art zu erheben.

Im Auslande abgeschlossene Geschäfte unterliegen der Abgabe, wenn beide Kontrahenten im Inlande wohnhaft sind; ist nur der eine Kontrahent im Inlande wohnhaft, so ist die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten. Bei kaufmännischen Firmen entscheidet für die Frage des Wohnortes der Sitz der Handelsniederlassung, welche das Geschäft abgeschlossen hat.

Als im Auslande abgeschlossen gelten auch solche Geschäfte, welche durch briefliche oder telegraphische Korrespondenz zwischen einem Orte des Inlandes und einem Orte des Auslandes zu Stande gekommen sind.

§ 7.

Bedingte Geschäfte gelten in Betreff der Abgabepflicht als unbedingte. Ist einem Kontrahenten ein Wahlrecht eingeräumt, oder die Befugniß, innerhalb bestimmter Grenzen den Umfang der Lieferung zu bestimmen, so wird die Abgabe nach dem höchstmöglichen Werth des Gegenstandes des Geschäftes berechnet.

Jede Verabredung, durch welche die Erfüllung des Geschäftes unter veränderten Vertragsbestimmungen oder gegen Entgelt unter denselben Vertragsbestimmungen auf einen späteren Termin verschoben wird, gilt als neues abgabepflichtiges Geschäft.

Ist das Geschäft von einem Kommissionär (Artikel 360 des Handelsgesetzbuchs) abgeschlossen, so ist die Abgabe sowohl für das Geschäft zwischen dem Kommissionär und dem Dritten, als auch für das Abwicklungsgeschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten zu entrichten, sofern nicht die Bestimmung des § 12 Absatz 2 eintritt.

Geschäfte, welche vorbehaltlich der Aufgabe („an Aufgabe“) abgeschlossen werden, sind abgabepflichtig. Die Bezeichnung des definitiven Gegenkontrahenten (die Aufgabe) ist steuerfrei, wenn dieselbe spätestens am folgenden Werktag gemacht wird; wird dieselbe später gemacht, so gilt sie als ein neues abgabepflichtiges Geschäft.

§ 8.

Werden zwischen denselben Kontrahenten an einem Tage zu gleichen Vertragsbestimmungen mehrere Geschäfte über Gegenstände derselben Art ohne Vermittler oder durch denselben Vermittler abgeschlossen, so gelten diese Geschäfte in Betreff der Besteuerung als ein Geschäft.

§ 9.

Zur Entrichtung der Abgabe ist zunächst verpflichtet:

1. wenn das Geschäft durch einen im Inlande wohnhaften Vermittler abgeschlossen ist, dieser, anderenfalls:
2. wenn nur einer der Kontrahenten im Inlande wohnhaft ist, dieser,
3. wenn von den Kontrahenten nur der eine ein im Inlande wohnhafter nach Artikel 28 des Handelsgesetzbuchs zur Führung von Handelsbüchern verpflichteter Kaufmann ist, der letztere,
4. wenn es sich um das Abwicklungsgeschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten handelt (§ 7 Absatz 3), der Kommissionär,
5. in allen übrigen Fällen der Veräußerer.

Die im Inlande wohnhaften Vermittler und die Kontrahenten haften für die Abgabe als Gesamtschuldner, in dessen ist bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten ist (§ 6 Absatz 2), der nicht im Inlande wohnhafte Kontrahent für die Entrichtung der Abgabe nicht verhaftet.

Der Vermittler ist berechtigt, den Ersatz der entrichteten Abgabe von jedem für die Abgabe verhafteten Kontrahenten zu fordern.

§. 10.

Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete hat über das abgabepflichtige Geschäft eine Schlußnote auszustellen, welche den Namen und den Wohnort des Vermittlers und der Kontrahenten, den Gegenstand und die Bedingungen des Geschäfts, insbesondere den Preis, sowie die

Zeit der Lieferung ergeben muß. Die Unterschrift des Ausstellers ist nicht erforderlich.

Die Schlußnote ist doppelt auf einem vorher gestempelten oder mit den erforderlichen Stempelmarken zu versehen- den Formular auszustellen, von dem je eine Hälfte für jeden der beiden Kontrahenten bestimmt ist. Spätestens am dritten Tage nach dem Tage des Geschäftsabschlusses hat der Aussteller der Schlußnote die nicht für ihn bestimmte Hälfte der letzteren, wenn derselbe die Schlußnote aber als Vermittler ausgestellt hat (§ 9 Ziffer 1), deren beide Hälften abzuenden.

Vermittler haben diese Absendung und den verwendeten Stempelbetrag in ihren Geschäftsbüchern zu vermerken.

Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete darf unversusste Schlußnoten über das abgabepflichtige Geschäft nicht ausstellen und aus der Hand geben.

#### § 11.

Ist einem für die Entrichtung der Abgabe verhafteten Kontrahenten (§ 9 Absatz 2) eine zu niedrig versusste Schlußnote zugestellt worden, so hat derselbe binnen vierzehn Tagen nach dem Tage des Geschäftsabschlusses den fehlenden Stempelbetrag auf der Schlußnote nachträglich zu verwenden: ist einem solchen Kontrahenten eine versusste Schlußnote überhaupt nicht zugegangen, so hat derselbe seinerseits binnen der bezeichneten Frist nach Maßgabe der im § 10 Absatz 1 und 2 gegebenen Bestimmungen zu verfahren.

Sind bei einem durch einen Vermittler abgeschlossenen Geschäft (§ 9 Ziffer 1) zwei derartige Kontrahenten theiligt, so hat jeder von ihnen nur die Hälfte des auf der zugestellten Schlußnote fehlenden Betrages nachträglich zu

verwenden, im Falle des Nichteinganges der Schlußnote aber zu der von ihm auszustellenden Schlußnote nur die Hälfte des tarifmäßigen Stempels zu verwenden.

Die nach den vorstehenden Bestimmungen Mangel des Empfanges der Schlußnote entrichtete Abgabe ist zurückzuerstatten, wenn nachgewiesen wird, daß der zunächst Verpflichtete die ihm nach § 10 obliegenden Verpflichtungen rechtzeitig erfüllt hat. Die Entscheidung erfolgt im Verwaltungswege.

### § 12.

Eine Schlußnote kann mehrere abgabepflichtige Geschäfte umfassen, insofern letztere demselben Steuersatze unterliegen und an demselben Tage und unter denselben Kontrahenten, welche in gleicher Eigenschaft gehandelt haben, abgeschlossen worden sind. Die Abgabe ist in diesem Falle von dem Gesamtwert der Geschäfte zu berechnen.

Wird bei Kommissionsgeschäften für einen auswärtigen Kommittenten, welcher seinerseits als Kommissionär eines Dritten handelt, die Schlußnote mit dem Zusatze „in Kommission“ ausgestellt, so bleibt das Abwicklungsgeschäft zwischen ihm und seinem Kommittenten von der Abgabe befreit, wenn er die Schlußnote spätestens am ersten Werktag nach dem Empfang unter Beifügung des Namens seines Kommittenten an den letzteren absendet.

### § 13.

Die Schlußnoten sind nach der Zeitfolge numerirt fünf Jahre lang aufzubewahren.

### § 14.

Ist bei dem Abschluß eines abgabepflichtigen Geschäfts zwischen zwei Kontrahenten, welche nicht nach Artikel 28 des

Handelsgesetzbuchs zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, eine beiderseits unterschriebene Vertragsurkunde aufgestellt worden, so bleiben die §§ 9, 10, 11, 12, 13 außer Anwendung. Die Kontrahenten sind verpflichtet, die Vertragsurkunde binnen vierzehn Tagen nach dem Geschäftsabschluß der Steuerbehörde zur Abstempelung vorzulegen: diese Verpflichtung erstreckt sich bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu erheben ist (§ 6 Absatz 2), nicht auf den nicht im Inlande wohnhaften Kontrahenten.

§ 15.

Bei Geschäften, für welche eine rechtzeitige Berechnung der Steuer nicht möglich ist, bleibt die Besteuerung unter den vom Bundesrath festzusetzenden Maßgaben so lange ausgesetzt, bis die Berechnung möglich wird. Der Bundesrath bestimmt ferner, unter welchen Umständen außerhalb dieses Falles, insbesondere bei im Auslande abgeschlossenen Geschäften, eine andere Frist zur Ausstellung der Schlußnoten eintreten kann.

§ 16.

Nach der näheren Bestimmung des Bundesraths dürfen Stempelzeichen zur Entrichtung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe auf Kredit verabfolgt werden.

§ 17.

Geschäfte, welche nach Tarifnummer 4 abgabepflichtig sind, oder auf welche die Vorschrift unter „Befreiungen“ zu dieser Tarifnummer Anwendung findet, sowie Schriftstücke über solche Geschäfte sind in den einzelnen Bundesstaaten keinen Stempelabgaben (Tagen, Sporteln u. s. w.) unterworfen. Werden diese Schriftstücke indessen gerichtlich oder

notariell aufgenommen oder beglaubigt, so unterliegen sie neben der in Tarifynummer 4 für das Geschäft vorgeschriebenen Abgabe, den in den Landesgesetzen für gerichtliche oder notarielle Aufnahmen und Beglaubigungen etwa vorgeschriebenen Stempeln (Tagen, Sporteln u. s. w.).

### § 18.

Wer den Vorschriften im § 10 Absatz 1 und 2, § 11 Absatz 1 und 2 und § 14 zuwiderhandelt, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem fünfzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber zwanzig Mark beträgt.

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der vorstehend bestimmten Strafe eine Geldstrafe von zwanzig bis fünftausend Mark ein.

### § 19.

Wer, nachdem er auf Grund des § 18 bestraft worden, von neuem den dortselbst bezeichneten Vorschriften zuwiderhandelt, hat neben der im § 18 vorgesehenen Strafe eine Geldstrafe von einhundertfünfzig bis fünftausend Mark verwirkt.

Diese Rückfallsstrafe tritt ein ohne Rücksicht darauf, ob die frühere Bestrafung in demselben oder in einem anderen Bundesstaate erfolgt ist. Sie ist verwirkt, auch wenn die frühere Strafe nur theilweise entrichtet oder ganz oder theilweise erlassen ist.

Dieselbe ist ausgeschlossen, wenn seit der Entrichtung oder dem Erlaß der letzten Strafe bis zur Begehung der neuen Zuwiderhandlung fünf Jahre verflossen sind.

§ 20.

Wer gegen die Vorschriften im § 10 Absatz 3 und § 13 verstößt, ist mit Geldstrafe von drei Mark bis fünftausend Mark zu bestrafen.

**III. Lotterieloose.**

(Tarifnummer 5.)

§ 21.

Wer im Bundesgebiete Lotterien und Auspielungen veranstalten will, hat die Stempelabgabe für die gesammte planmäßige Anzahl der Loose oder Ausweise über Spieleinlagen im Voraus zu entrichten.

§ 22.

Vor der Entrichtung der Abgabe darf ohne Genehmigung der zuständigen Steuerstelle mit dem Loosabsatz nicht begonnen werden. Die Genehmigung kann von vorgängiger Sicherstellung der Abgabe abhängig gemacht werden.

§ 23.

Wer ausländische Loose oder Ausweise über Spieleinlagen in das Bundesgebiet einführt oder daselbst empfängt, hat dieselben, bevor mit dem Vertriebe begonnen wird, spätestens binnen drei Tagen nach dem Tage der Einführung oder des Empfanges der zuständigen Behörde anzumelden und davon die Stempelabgabe zu entrichten.

§ 24.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelabgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrages bei der zuständigen Behörde.

Ob und in welcher Weise eine Verwendung von Stempelzeichen stattzufinden hat, bestimmt der Bundesrath.

§ 25.

Die Nichterfüllung der in den §§ 21 bis 23 bezeichneten Verpflichtungen wird mit einer dem fünffachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommenden Geldstrafe geahndet. Dieselbe ist jedoch gegen den Unternehmer inländischer Lotterien oder Auspielungen, sowie gegen jeden welcher den Vertrieb ausländischer Loose oder Ausweise über Auspielungen im Bundesgebiete besorgt, nicht unter dem Betrage von zweihundertundfünfzig Mark festzusetzen.

Ist die Zahl der abgesetzten Loose nicht zu ermitteln, so tritt Geldstrafe von zweihundertundfünfzig bis fünftausend Mark ein.

§ 26.

Ein Anspruch auf Rückerstattung des eingezahlten Abgabebetrages ist ausgeschlossen; eine solche kann von der obersten Landesfinanzbehörde nur dann zugestanden werden, wenn eine beabsichtigte Auspielung erweislich nicht zu Stande gekommen ist.

§ 27.

Die §§ 21 bis 26 leiden auf Staatslotterien deutscher Bundesstaaten keine Anwendung.

Die Stempelsteuer für die Loose der letzteren wird durch die Lotterieverwaltung eingezogen und in einer Summe für die Gesamtzahl der von ihr abgesetzten Loose zur Reichskasse abgeführt.

Eine Abstempelung der Loose findet nicht statt.

§ 28.

Loose u. inländischer Unternehmungen, für welche bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die obrigkeitliche Erlaubniß bereits erteilt ist, sowie ausländische Loose, welche vor diesem Zeitpunkte in das Bundesgebiet eingeführt, auch binnen drei Tagen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der zuständigen Behörde angemeldet sind, und die Loose der Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen der Reichsstempelabgabe nicht.

§ 29.

Öffentliche Auspielungen, Verloosungen und Lotterien, für welche die Reichsstempelabgabe zu entrichten ist, unterliegen in den einzelnen Bundesstaaten keiner weiteren Stempelabgabe (Taxe, Sportel u. s. w.).

**IV. Allgemeine Bestimmungen.**

§ 30.

Der Bundesrath erläßt die Anordnungen wegen der Anfertigung und des Vertriebes der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu verwendenden Stempelmarken und gestempelten Formulare, sowie die Vorschriften über die Form der Schlussnoten und über die Art der Verwendung der Marken. Er stellt die Bedingungen fest, unter welchen für verdorbene Marken und Formulare, sowie für Stempel auf verdorbenen Werthpapieren Erstattung zulässig ist.

§ 31.

Stempelmarken, welche nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet worden sind, werden als nicht verwendet angesehen.

§ 32.

In Beziehung auf die Verpflichtung zur Entrichtung der in diesem Gesetze festgestellten Abgaben ist der Rechtsweg zulässig. Die Klage ist bei Verlust des Klagerechts binnen sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder mit Vorbehalt geleisteter Zahlung zu erheben. Für die Berechnung dieser Frist sind die Bestimmungen der Civilprozeßordnung maßgebend. Zuständig sind ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes die Landgerichte. Soweit bei denselben Kammern für Handelsfachen bestehen, gehört der Rechtsstreit vor diese. Die Revision, sowie die Beschwerde gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte geht an das Reichsgericht.

§ 33.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften, welche in demselben mit keiner besonderen Strafe belegt sind, ziehen eine Ordnungsstrafe von drei bis dreißig Mark nach sich.

Dieselbe Strafe tritt ein, wenn in den Fällen der §§ 3, 18 und 25 aus den Umständen sich ergibt, daß eine Steuerhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt worden ist.

§ 34.

Die auf Grund dieses Gesetzes zu verhängenden Strafen sind bei Genossenschaften und Aktiengesellschaften gegen die Vorstandsmitglieder, bei Kommanditgesellschaften gegen die persönlich haftenden Gesellschafter, bei offenen Handelsgesellschaften gegen die Gesellschafter nur im einmaligen Betrage, jedoch unter Haftbarkeit jedes einzelnen als Gesamt-

schuldner festzusetzen. Ebenso ist in anderen Fällen zu verfahren, in denen bei einem Geschäfte mehrere Personen als Vertreter desselben Kontrahenten oder als gemeinschaftliche Kontrahenten betheiligt sind.

Auf die Verhängung der im § 19 vorgeschriebenen Rückfallsstrafe finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

#### § 35.

Hinsichtlich des administrativen Strafverfahrens wegen der Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz, der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege, der Vollstreckung der Strafe, sowie der Verjährung der Strafverfolgung finden die Vorschriften in den §§ 17, Satz 1, 18 und 19 des Gesetzes vom 10. Juni 1869, betreffend die Wechselstempelsteuer, sinngemäße Anwendung. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes erkannten Geldstrafen fallen dem Fiskus desjenigen Staates zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen ist.

#### § 36.

Die Verwandlung einer Geldstrafe, zu deren Zahlung der Verpflichtete unvermögend ist, in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt. Auch darf zur Beitreibung von Geldstrafen ohne Zustimmung des Verurtheilten, wenn dieser ein Deutscher ist, kein Grundstück subhastirt werden.

#### § 37.

Unter den in diesem Gesetze erwähnten Behörden und Beamten sind, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, die betreffenden Landesbehörden und Landesbeamten verstanden.

Welche dieser Behörden und Beamten die in dem Gesetze als zuständig bezeichneten sind, bestimmen, sofern das Gesetz nichts anderes verfügt, die Landesregierungen.

Den letzteren liegt auch die Kontrolle über die betreffenden Behörden und Beamten ob.

### § 38.

Die in den einzelnen Bundesstaaten mit der Beaufsichtigung des Stempelwesens beauftragten Behörden und Beamten haben die ihnen obliegenden Verpflichtungen mit den gleichen Befugnissen, wie sie ihnen hinsichtlich der nach den Landesgesetzen zu entrichtenden Stempelabgaben zustehen, auch hinsichtlich der in diesem Gesetze bestimmten Abgaben wahrzunehmen.

Die Landesregierungen bestimmen höhere Beamte, welche nach näherer Vorschrift des Bundesraths die Schriftstücke der öffentlichen und der von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien betriebenen Bank-, Kredit- oder Versicherungsanstalten, sowie der zur Erleichterung der Liquidation von Zeitgeschäften bestimmten Anstalten (Liquidationsbüreaus u. s. w.) periodisch bezüglich der Abgabentrachtung zu prüfen haben.

Den revidirenden Beamten sind alle bezüglichen Schriftstücke und erforderlichenfalls auch die Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen.

Von anderen als den im Absatz 2 bezeichneten Personen kann die Steuerdirektivbehörde die Einreichung der auf bestimmt zu bezeichnende abgabepflichtige Geschäfte bezüglichen Schriftstücke verlangen.

### § 39.

Außerdem haben die Reichsbehörden, die Behörden und Beamten der Bundesstaaten und Kommunen, die von

Handelsvorständen eingesetzten Sachverständigenkommissionen und Schiedsgerichte, sowie die Notare die Verpflichtung, die Besteuerung der ihnen vorkommenden Urkunden zu prüfen und die zu ihrer Kenntniß gelangenden Zuwiederhandlungen gegen dieses Gesetz bei der zuständigen Behörde zur Anzeige zu bringen.

§ 40.

Der Bundesrath ordnet an, in welchen Fällen bei administrativen Straffestsetzungen Sachverständige zu hören sind; solche sind, wo Handelsvorstände bestehen, von diesen zu bezeichnen.

Die Handelsvorstände können unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und Gewohnheiten ihres Bezirks, zum Zweck der Durchführung des Gesetzes und Sicherung der Entrichtung der Abgaben reglementarische Anordnungen erlassen; letztere bedürfen der Zustimmung der Landesregierungen.

§ 41.

Bezüglich der Vollstreckbarkeit und des Vollstreckungsverfahrens werden die Reichsstempelabgaben den Landesabgaben gleichgeachtet.

§ 42.

Die Klassen des Reichs sind von der Entrichtung der durch dieses Gesetz unter Tarifnummer 1, 2, 3 angeordneten Abgaben befreit.

Anderer subjektive Befreiungen finden, soweit nicht ausdrücklich Ausnahmen angeordnet sind, nicht statt.

Wegen der Entschädigung für die Aufhebung solcher Befreiungen, welche etwa auf lästigen Privatrechtstiteln beruhen, sowie wegen Erstattung der von solchen Berechtigten

entrichteten Stempelbeträge, kommen die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Wechselstempelsteuer (§ 26, Absatz 2 bis 4), zur Anwendung.

#### § 43.

Jedem Bundesstaate wird von der jährlichen Einnahme, welche in seinem Gebiete aus dem Verkauf von Stempelmарken oder gestempelten Blankets oder durch baare Einzahlung von Reichsstempelabgaben erzielt wird, mit Ausnahme der Steuer von Loosen der Staatslotterien, der Betrag von zwei Prozent aus der Reichskasse gewährt.

#### § 44.

Der Ertrag der Abgaben fließt nach Abzug

1. der auf dem Gesetze oder auf allgemeinen Verwaltungsvorschriften beruhenden Steuererlasse und Steuererstattungen,
2. der nach Vorschrift des § 43 zu berechnenden Erhebungs- und Verwaltungskosten

in die Reichskasse und ist den einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen.

# Tar i f.

Laut. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Stenerfah			Berechnung der Stempelabgabe
		M.	vom 100	1000	
	I. Aktien, Renten- und Schuld- verschreibungen.				
1.	a) Inländische Aktien und Ak- tienantheilscheine, sowie In- terimscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere. b) Ausländische Aktien und Aktienantheilscheine, wenn sie innerhalb des Bundesgebiets ausgehändigt, veräußert, ver- pfändet, oder wenn dasselbst an- dere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimscheine über Einzah- lungen auf Werthpapiere . . . Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.			5	vom Nennwerthe, bei Interimscheinen vom Betrage der beschienig- ten Einzahlungen und zwar in Abtheilungen von 50 Pfennig für je 100 Mark jeder einen Bruchtheil dieses Be- trages. Die für die Interims- scheine nachweislich ge- zahlten Steuerbeträge werden auf die dem- nächst etwa fällig wer- dende Steuer für die Aktien zc. angerechnet. Ausländische Werthe werden nach den Vor- schriften wegen Er- hebung des Wechsel- stempels ungerechnet.
	Befreit sind: alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen inländischen Aktien und Aktienantheilscheine, sowie die inländischen Interims- scheine und nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen Aktien in Ansehung der vor diesem Zeit- punkt geleisteten Einzahlungen, so- fern wegen dieser Aktien den vom Bundesrath zu erlassenden Kontrol- vorschriften genügt wird.				
	Ausnahme: Werden ausländische Werthpa- pie der vorbezeichneten Art, welche				

Auf. Nr.	Gegenstand der Vesteuerung	Steuerfuß		Berechnung der Stempelabgabe
		M.	vom 100 1000	
	vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegeben sind, innerhalb 90 Tagen nach diesem Zeitpunkt zur Stempelung vorgelegt, so beträgt die Stempelabgabe für jedes Stück 50 Pfennig.			
2.	a) Inländische, für den Handelsverkehr bestimmte Renten- und Schuldverschreibungen (auch Partialobligationen), sofern sie nicht unter Nr. 3 fallen, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere, b) Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, Korporationen, Aktiengesellschaften oder industrieller Unternehmungen und sonstige für den Handelsverkehr bestimmte ausländische Renten- und Schuldverschreibungen, wenn sie innerhalb des Bundesgebiets ausgehändigt, veräußert, verpfändet, oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden sollen, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . . . . Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten. Befreit sind: aa) alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen inländischen Renten- und Schuldverschreibungen der oben bezeichneten Art, sowie die In-			
			2	vom Nennwerthe bei Interimsscheinen vom Betrage der becheinigten Einzahlungen und zwar in Abstufungen von 20 Pfennig für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages. Erfolgt die Ausgabe eines vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits landesgesetzlich

Laut. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe.
		M.	100	1000	
	terimscheine in Ansehung der vor diesem Zeitpunkt geleisteten Einzahlungen;				gestempelten inländischen Werthpapiers erst nach diesem Zeitpunkt, so ist dasselbe auch mit dem Reichsstempel zu versehen. Auf letzteren ist jedoch der beabsichtigte Landesstempel in Anrechnung zu bringen.
	hh) Renten- und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, sowie Interimscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere;				Die für Interimscheine nachweislich gezahlten Steuerbeträge werden auf die demnächst etwa fällig werdende Steuer für die Rentenverschreibungen zc. angerechnet. Ist der Kapitalwerth von Rentenverschreibungen aus diesen selbst nicht ersichtlich, so gilt als solcher der 25fache Betrag der einjährigen Rente.
	cc) inländische Renten- und Schuldverschreibungen, welche nur zu dem Zweck des Umtausches ausgestellt werden, sofern den befalls von dem Bundesrath zu erlassenden Kontrollvorschriften genügt wird;				Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	dd) die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelten ausländischen Inhaberpapiere mit Prämien.				
	Ausnahme.				
	Werden ausländische Werthpapiere der vorbezeichneten Art, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegeben sind, innerhalb 90 Tagen nach diesem Zeitpunkt zur Stempelung vorgelegt, so beträgt die Stempelabgabe für jedes Stück 10 Pfennig.				
3.	Inländische auf den Inhaber lautende und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Kommunalverbände und Kommunen, der Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer, der Grundkredit- und Hypothekenbanken <sup>47)</sup> oder der Transportgesellschaften, so-				

Laut Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß		Berechnung der Stempelabgabe
		M.	vom 100 1000	
	<p>wie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere</p> <p>Befreit sind:</p> <p>a) alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen Renten- und Schuldverschreibungen der oben bezeichneten Art, sowie die Interimsscheine in Ausführung der vor diesem Zeitpunkt geleisteten Zahlungen;</p> <p>b) Renten- und Schuldverschreibungen der oben bezeichneten Art, welche nur zu dem Zweck des Umlaufes ausgestellt werden, sofern den desfalls von dem Bundesrath zu erlassenden Kontrollvorschriften genügt wird.</p> <p>II. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.</p>			<p>1 vom Nennwerthe bezw. vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen nach Maßgabe der Vorschriften für die Abgabenberechnung bei inländischen Werthpapieren der unter Nr. 2 bezeichneten Art und zwar in Abstufungen von 10 Pfennig für je 100 M. oder einen Bruchtheil dieses Betrages.</p>
4.	<p>a) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über:</p> <p>1. ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten,</p> <p>2. Werthpapiere der unter 1, 2 und 3 dieses Tarifs bezeichneten Art</p> <p>b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, welche unter Zugrundelegung von Kursen einer Börse geschlossen werden (Kauf-, Zeit-, Fix-, Termin-, Prämien- u. Geschäfte), über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden</p> <p>Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse deren</p>		<p><math>\frac{1}{10}</math></p> <p><math>\frac{2}{10}</math></p>	<p>vom Werthe des Gegenstandes des Geschäfts, und zwar in Abstufungen von je vollen 2 000 M., bei Geschäften im Werthe von 10 000 M. und mehr in Abstufungen von je vollen 10 000 M. Bei Geschäften unter 2000 M. wird die Steuer von einem Werthe von 2 000 M. berechnet. Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungs-</p>

Sauf. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		M.	100	vom 1000	
	<p>Ufsancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden.</p> <p>Num. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über in Inlande von einem der Kontrahenten erzeugte oder hergestellte Mengen von Sachen oder Waaren sind steuerfrei.</p> <p><b>Befreiungen.</b></p> <p>Die vorbestimmte Abgabe wird nicht erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. falls der Werth des Gegenstandes des Geschäfts nicht mehr als 600 M. beträgt.</li> <li>2. für sogenannte Kontantgeschäfte über die unter a 1 bezeichneten Gegenstände, sowie über ungemünztes Gold oder Silber.</li> </ol> <p>Als Kontantgeschäfte gelten solche Geschäfte, welche vertragsmäßig durch Lieferung des Gegenstandes Seitens des Verpflichteten an dem Tage des Geschäftsabschlusses zu erfüllen sind.</p> <p><b>III. Lotterieloose.</b></p> <p>5. Loose öffentlicher Lotterien, sowie Ausweise über Spieleinlagen bei öffentlich veranstalteten Auspielungen von Geld- oder anderen Gewinnen . . . . .</p> <p>Befreit sind: Loose der von den zuständigen Behörden genehmigten Auspielungen und Lotterien zu mildthätigen Zwecken.</p> <p>Anmerkung. Die Besteuerung der Loose der Staatslotterien erfolgt nach § 18 des Gesetzes.</p>				<p>preis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Die zu den Werthpapieren gehöri- gen Zins- und Divi- dendenkoupons blei- ben bei Berechnung der Abgabe außer Be- tracht.</p> <p>Ausländische Werthe sind nach den Vor- schriften wegen Erhe- bung des Wechselstem- pels umzurechnen.</p>
				5	<p>(a) bei inländi- schen Loosen vom planmäßigen Preise (Nennwerth) hämmt- licher Loose oder Ausweise.</p> <p>b) bei ausländi- schen Loosen von dem Preise der ein- zelnen Loose in Ab- rufungen von 5 Pfennig für jede Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.</p>

## **Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze, betreffend die Erhebung von Reichsstempel- abgaben.**

1. Die Steuerstellen, welche zur Erhebung der Stempelabgabe von Actien, Renten und Schulverschreibungen (Nr. 1 bis 3 des Tarifs), von inländischen und ausländischen Lotterielooseen (Nr. 5 des Tarifs) und zur Abstempelung dieser Urkunden zuständig sind, werden ebenso wie die Beamten zur Wahrnehmung der im § 38 Abs. 2 bezeichneten Geschäfte und deren Geschäftsbezirke, gemäß § 37 des Gesetzes von den Landesregierungen bestimmt und öffentlich bekannt gemacht. — Dem Reichskanzler wird ein Verzeichniß dieser Steuerstellen und ihrer Zuständigkeit behufs Veröffentlichung im Reichs-Centralblatt mitgetheilt, auch von allen Veränderungen alsbald Kenntniß gegeben.

Die mit der Erhebung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe und insbesondere mit dem Verkauf der gestempelten Formulare und der Reichsstempelmarken beauftragten Amtsstellen bestimmt gleichfalls die Landesregierung und macht dieselben öffentlich bekannt.

### **Zu § 2 des Gesetzes.**

2 a. Die zu versteuernden Werthpapiere sind mit einer nach den anliegenden Mustern a oder b doppelt ausgefertigten, von den Steuerpflichtigen unterzeichneten und mit genauer Angabe seines Standes und Wohnorts versehenen Anmeldung einer zuständigen Steuerstelle vorzulegen. Loose oder von den Werthpapieren getrennte Zinscoupons und Talons sind nicht mit vorzulegen. In der Anmeldung sind die Werthpapiere nach Gattung (Actie, Interimsschein zu solcher, Schulverschreibung etc.) und Benennung, sowie nach Serien, Litern und Nummern geordnet, aufzuführen.

2 b. Nach Prüfung der Anmeldung setzt die Steuerstelle den Abgabebetrag fest und zieht ihn ein. Bei der Berechnung der Abgabe von ausländischen Werthpapieren, in welchen der Nennwerth in der fremden und in deutscher Währung angegeben ist, bildet die letztere die Grundlage; bei Werthpapieren, deren Nennwerth nicht in deutscher Währung, sondern in mehreren fremden Währungen

angegeben ist, hat die Umrechnung in die deutsche Währung unter Zugrundelegung der höchstgiltigen fremden Währung zu erfolgen.

Die Abstempelung der Werthpapiere erfolgt erst, nachdem die festgestellte Abgabe gegen Quittung bezw. Interimskquittung eingezahlt oder deponirt worden ist. Die Deponirung tritt ein, wenn die Abstempelung der Papiere am Tage der Einzahlung der Steuer nicht mehr bewirkt bezw. beendet werden kann. Jede Quittung muß, um gültig zu sein, von zwei Beamten vollzogen und in derselben der Tag der Buchung der Steuer und die Nummer des Hebe- oder Anmeldeergitters, unter welcher die Buchung erfolgt ist, von der Steuerstelle angegeben sein. Die definitive Quittung ist auf ein Exemplar der Anmeldung zu schreiben.

Kann die Abstempelung nicht sofort vorgenommen werden, so ist dem Ueberbringer das eine Exemplar der Anmeldung, mit Empfangsbescheinigung versehen, zurückzugeben.

Nach erfolgter Abstempelung erhält der Steuerpflichtige die Werthpapiere gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigung bezw. der Interimskquittung, welche als Registerbeläge bei der Steuerstelle verbleiben, und das mit definitiver Quittung versehene Exemplar der Anmeldung ausgehändigt.

2 c. Die Abstempelung erfolgt ausschließlich durch Aufdrücken des Reichsstempels auf der Vorderseite des Werthpapiers. Der vermittelst Maschine aufzudrückende Stempel besteht in einem verzierten aufrecht stehenden Rechteck, auf welchem sich der Reichsadler und um denselben in kreisrunder Einfassung die Aufschrift »REICHS-STEMPEL-ABGABE« und das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle, darunter aber auf einem gebogenen Bande die Angabe des Steuerfalles: »FÜNF beziehungsweise ZWEI oder EINS VOM TAUSEND« befinden.

Eine Verwendung von Stempelmarken zu Werthpapieren findet nicht statt.

2 d. Auf Antrag und auf Kosten des Steuerpflichtigen kann der Ausdruck des Reichsstempels auf die Werthpapiere auch bei der Reichsdruckerei erfolgen. Der Antrag ist in der Anmeldung (Nr. 2a) zu stellen. Die Steuerstelle zieht den Abgabebetrag und einen die Kosten der Abstempelung deckenden Vorschuß von dem Steuerpflichtigen ein und ersucht unter Beifügung eines gemäß der Vorschriften unter 2 b mit Quittung über Abgabe und Vorschuß versehenen Exemplars der Anmeldung die Reichsdruckerei um Abstempelung der Werthpapiere. Der Antragsteller hat für die Einsendung der Werthpapiere an die Reichsdruckerei zu sorgen und empfängt dieselben von dort unmittelbar zurück. Hin- und Rücksendung erfolgen auf seine Gefahr und Kosten.

Der Steuerstelle theilt die Reichsdruckerei eine Bescheinigung, daß die Abstempelung in Uebereinstimmung mit der zurückzusenden-

den Anmeldung erfolgt ist, unter Benachrichtigung von dem Betrage der Kosten der Abstempelung mit. Die Steuerstelle nimmt diese Bescheinigung zu den Belägen ihres Registers und rechnet nunmehr mit dem Steuerpflichtigen über den Vorschuß unter Rückzahlung des etwaigen Ueberschusses ab. Nach Berichtigung der Kosten erhält der Steuerschuldner ein mit Quittang (Nr. 2 b) versehenes Exemplar der Anmeldung zurück.

Ersieht die Reichsdruckerei aus der übersandten Quittung, daß der Vorschuß die Kosten nicht deckt, so hat sie die Steuerstelle hiervon alsbald und vor der Rücksendung der abgestempelten Werthpapiere behufs unverzüglicher Einziehung des fehlenden Betrages zu benachrichtigen.

2 e. Nach jeder Einzahlung auf die in den Tarifnummern 1 bis 3 bezeichneten Werthpapiere sind die Interimsscheine nach den Vorschriften unter Nr. 2 a bis 2 d zur Abstempelung vorzulegen. Die letztere erfolgt nach den für die Abstempelung der vollgezahlten Werthpapiere getroffenen Bestimmungen unter Aufdruck desselben Stempels (2 c) bei dem Quittungsvermerk über die jeweilige Einzahlung; dabei ist zugleich der Ort und die Zeit der Abgabenerhebung vermittelst eines Stempels ersichtlich zu machen.

Der wiederholten Vorlegung und Abstempelung der Interimsscheine bedarf es indessen bei inländischen Werthpapieren nicht, wenn bei der erstmaligen Vorlegung der Interimsscheine die volle tarifmäßige Abgabe für die voll gezahlten Stücke und die ganze Emission im Voraus entrichtet worden ist. In Fällen derartiger Vorauszahlungen der Steuer sind die Interimsscheine über dem Reichsstempelabdruck mit folgendem Vermerk zu versehen:

Vollzahlung ist vorausbesteuert.

..... den . . . ten . . . . 18 . .

(Firma, Unterschrift und Amtsstempel  
der abstempelnden Steuerstelle.)

Zu § 2 und Satz 2 bezw. 3 der letzten Spalte der Tarifnummern 1 und 2.

3. Für die zur Besteuerung angemeldeten Actien und sonstigen Werthpapiere ist der volle tarifmäßige Betrag der Reichsstempelabgabe von der Steuerstelle auch dann zu berechnen und festzustellen, wenn für die abgegebenen Interimsscheine schon eine Reichsstempelabgabe entrichtet worden ist. Behufs Anrechnung der letzteren auf die Steuer für die definitiven Stücke hat der Steuerpflichtige in der Anmeldung den Betrag der einzelnen auf die Interimsscheine geleisteten Einzahlungen und die dafür gezahlten Abgabebeträge, sowie den Ort und die Zeit der stattgehabten Steuererhebungen anzugeben und die abgestempelten Interimsscheine mit den abzustempelnden Werthpapieren vorzulegen. Findet sich gegen die Zulässig-

keit der beantragten Anrechnung nichts zu erinnern, so erfolgt die Einzahlung des für die Aktien zc. etwa noch zu erlegenden Abgabebetrages, die Quittungsleistung und die Abstempelung der Papiere nach den Bestimmungen unter Nr. 2 b bis 2 d. Auf der Anmeldung (Nr. 2 a) hat die Steuerstelle

- a) den Betrag der nach dem Nennwerth der einzelnen Stücke und dem Tarif überhaupt zu entrichtenden Abgabe.
- b) die für die Interimsscheine bereits entrichtenden Abgabebeträge und
- c) die zur Ergänzung der tarifmäßigen Abgabe eingezahlte Summe

ersichtlich zu machen.

Auf den Interimsscheinen sind vor deren Rückgabe die Stempelzeichen durch Ausschneiden oder Durchlöchen, mit Genehmigung der Directivbehörde auch in anderer sichernder Art, zu vernichten; die Vernichtung ist auf der Anmeldung zu bescheinigen.

Unter den von der Steuerstelle vorzuschreibenden Bedingungen dürfen die abgestempelten Interimsscheine behufs Feststellung der anzurechnenden Abgabebeträge und Vernichtung der Stempelzeichen auch vor der Vorlegung der abzustempelnden definitiven Stücke vorgelegt werden.

Insoweit die abgestempelten Interimsscheine nicht spätestens gleichzeitig mit den abzustempelnden definitiven Stücken vorgelegt werden können, darf der Steuerpflichtige, unter Angabe des auf die betreffenden Interimsscheine zur Einzahlung gelangten Capitals und des hierfür bereits entrichteten Steuerbetrages, sich die Vorlegung der abgestempelten Interimsscheine zum Zwecke der Anrechnung der gezahlten Steuer in der Anmeldung vorbehalten. Die Steuer ist in Höhe desjenigen Betrages, dessen Anrechnung in Anspruch genommen wird, sicherzustellen, oder auf Verlangen der Steuerbehörde zu deponiren. Die Sicherstellung erfolgt durch Niederlegung courshabender inländischer Werthpapiere; Schuldberechtigungen des Reichs und der Bundesstaaten werden zum Nominalwerth, bei niedrigerem Course aber zum Courswerth, sonstige Werthpapiere der bezeichneten Art aber in Höhe des bei der Reichsbank beleihbaren Theilbetrages als Caution angenommen werden. Den Papieren sind die Talons und Zinsscheine beizufügen; es steht jedoch den Steuerpflichtigen frei, die innerhalb des ersten Jahres fälligen Zinsscheine zurückzubehalten. Seitens der Steuerstelle ist auf dem dem Anmeldenden zurückgehenden Exemplare der Anmeldung unter Bezugnahme auf den gemachten Vorbehalt die erfolgte Sicherheitsbestellung bezw. Deposition zu bescheinigen und ein entsprechender Vermerk im Anmeldungsregister zu machen, im Uebrigen aber nach der Bestimmung im ersten Absatz dieser Ziffer zu verfahren. Die Vorlegung der Interimsscheine hat innerhalb eines Jahres nach der Rückgabe der abgestempelten definitiven Stücke, den Tag der Rückgabe nicht mit-

gerechnet, bei der Steuerstelle zu erfolgen. Aus besonderen Gründen kann die Steuerbehörde eine Verlängerung dieser Frist bewilligen. Bei der Verlegung der Interimscheine hat der Steuerpflichtige dem Betrag der einzelnen auf die letzteren geleisteten Einzahlungen und die darauf gezahlten Abgabebeträge sowie den Ort und die Zeit der stattgehabten Steuererhebungen anzugeben, auch das oben bezeichnete Exemplar der Anmeldung mitbeizufügen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der Anrechnung Nichts zu erinnern, so hat die Steuerstelle wegen der Vernichtung der Stempelzeichen auf den Interimscheinen (Absatz 2 dieser Ziffer) und wegen entsprechender Rückgabe der bestellten Sicherheit bezw. des deponirten Steuerbetrages das Weitere zu veranlassen, insbesondere auch die zugestandene Anrechnung auf dem mitvorgelegten und zurückzugebenden Exemplar der Anmeldung, sowie auf dem als Belag bei der Steuerstelle verbliebenen Exemplare und im Anmelbungsregister zu vermerken. Nach Ablauf der Frist ist der rückständige durch Anrechnung nicht getilgte Theil der Steuer zur Erhebung zu bringen.

Insofern in Folge der früheren Art der Abstempelung aus den auf den Interimscheinen befindlichen Steuerstempeln der Ort und die Zeit der stattgehabten Abgabenerhebung nicht ersichtlich sind, bedarf es einer bezüglichen Angabe Seitens des Steuerpflichtigen nicht. Auf Verlangen der Steuerstelle sind indessen vor Bewilligung der Anrechnung des tarifmäßigen Abgabebetrages die Quittungen über die anzurechnenden Beträge beizubringen.

#### Zu § 2 und zur Tarifnummer 1, Befreiung.

4. Wird beansprucht, daß für inländische Aktien, auf welche vor dem 1. Oktober 1881 Einzahlungen stattgefunden haben, die Reichs-Stempelabgabe nur für die von dem genannten Tage ab geleisteten Einzahlungen erhoben werde, so ist in der Anmeldung der Aktien zur Besteuerung (Nummer 2a) außer dem Nennwerthe der einzelnen Stücke auch der Betrag und die Zeit der auf dieselben geleisteten Einzahlungen anzugeben und sind zugleich die Beweise für diese Angaben beizubringen. Der Beweis ist namentlich auch darauf zu richten, daß die Einzahlungen auf alle nunmehr zur Ausgabe gelangenden Aktien geleistet wurden und nicht etwa ein Theil derselben noch unbegeben in den Händen des Emittenten war. Die Direktivbehörde bestimmt über die Höhe der zu versteuern- den Einzahlungen und der Abgabe.

Wegen der Quittung über die erhobene Abgabe, der Abstempelung und der Rückgabe der abgestempelten Aktien finden die Bestimmungen unter Nummer 2b bis 2d sinngemäße Anwendung. In der Quittung über den gezahlten Abgabebetrag ist außer dem Nennwerthe der Aktien auch der Betrag der, der Abgabe nicht unterworfenen Einzahlungen anzuführen. Ist die Vollbezahlung des Interimscheins vollständig bereits vor dem 1. Oktober 1881 erfolgt

und über einen Abgabebetrag nicht zu quittiren, so ist das zurückzugebende Exemplar der Anmeldung mit entsprechender Bescheinigung zu versehen.

Auf ausländische Aktien und auf inländische Renten- und Schuldenverschreibungen findet die Befreiung der vor dem 1. Oktober 1881 geleisteten Einzahlungen keine Anwendung.

Zu § 2 und zur Tarifnummer 2, Spalte „Berechnung der Stempelabgabe“ Satz 2.

5. Wenn die Anrechnung eines, für inländische, nach dem 30. September 1881 ausgebene Renten- oder Schuldenverschreibungen vor dem 1. Oktober 1881 bereits erhobenen Landesstempels auf die Reichs-Stempelabgabe beansprucht wird, so sind mit der Anmeldung (Nummer 2a) die Beweisstücke (Steuerquittungen etc.) über die Höhe des gezahlten landesgesetzlichen Stempels beizubringen, falls diese nicht aus den verwendeten Stempelzeichen zweifellos hervorgeht. Jene Beweisstücke verbleiben als Beläge bei der Steuerstelle.

In der Anmeldung (Nummer 2a) ist der für die einzelnen Stücke gezahlte Landesstempelbetrag anzugeben und das Sachverhältniß darzulegen. Die Steuerstelle zieht den Stempelbetrag ein, um welchen der Reichsstempel für jede einzelne Renten- oder Schuldenverschreibung den dafür gezahlten Landesstempel übersteigt. Wegen der Abstempelung, der Rückgabe der abgestempelten Werthpapiere und der Quittung über die Abgabe finden die Bestimmungen unter Nummer 2b bis 2d sinngemäße Anwendung. In der Quittung über die erhobene Reichs-Stempelabgabe ist auch der Betrag der für jedes Stück entrichteten Landesabgabe nachrichtlich zu vermerken.

Zu § 2 und Tarifnummer 2cc und 3b.

6. Wird für inländische Renten- oder Schuldenverschreibungen auf Grund der Tarifnummer 2cc oder 3b Befreiung von der Stempelabgabe beansprucht, so ist in der Anmeldung (Nummer 2a) das Sachverhältniß anzugeben und überdies der Beweis zu führen, daß die auszugebenden Obligationen in der That nur zum Zwecke des Umtausches ausgestellt werden, also ohne Veränderung des durch die zurückziehenden Stücke beurkundeten Rechtsverhältnisses. Insbesondere findet die Befreiung keine Anwendung, wenn die neu auszugebenden Renten- oder Schuldenverschreibungen von einem anderen Schuldner, allein oder mit dem bisherigen Schuldner, ausgestellt werden, zu einem andern Zinssatze verzinslich sind, auf den Inhaber lauten, während die aus dem Verkehr tretenden Stücke auf den Namen lauten u. dgl. m.

Ist der Beweis erbracht, so verfügt die Direktivbehörde Abstempelung der neuen Stücke ohne Abgabenerhebung. Die Verfügung wird Registerbelag. Wegen der Vorlegung der eingezogenen Stücke und der Vernichtung der auf denselben etwa befindlichen Stempel-

zeichen finden die Vorschriften unter Nummer 3, wegen der Anmeldung der Obligationen und der Abstempelung die Vorschriften unter Nummer 2a bis 2d sinngemäße Anwendung.

Sind die einzuziehenden Stücke versteuert, so ist die Quittung über die gezahlte Abgabe vorzulegen und als Belag zum Register zu nehmen.

#### Zu § 4 des Gesetzes.

7. Die im § 4 Absatz 1 des Gesetzes vorgeschriebenen Anzeigen sind nach dem anliegenden Formular c zu erstatten und an diejenige Steuerstelle abzugeben, bei welcher die Versteuerung der Werthpapiere erfolgen soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Werthpapiere demnächst bei einer anderen Steuerstelle versteuert werden; in diesem Falle hat der Steuerpflichtige derjenigen Steuerstelle, bei welcher die vorläufige Anmeldung erfolgt ist, von der bei der betreffenden anderen Steuerstelle erfolgten Versteuerung alsbald nach Vornahme der letzteren unter Vorlage der erforderlichen Beweismaterialien Anzeige zu erstatten.

8. Dem im § 4 Absatz 2 des Gesetzes vorgeschriebenen Vermerk hat der Emittent auf den Werthpapieren so anzubringen, daß der Reichsstempel neben, über oder unter demselben aufgedruckt werden kann.

#### Zur Tarifnummer 4B.

9. Für welche Waaren an den einzelnen inländischen Börsen Terminpreise notirt werden, wird von den Landesregierungen nach Anhörung der betreffenden Handelsvorstände festgestellt und öffentlich bekannt gemacht, sowie dem Reichskanzler behufs Veröffentlichung im Reichs-Centralblatt mitgetheilt.

#### Zu § 7 Absatz 1 des Gesetzes.

10. Bei sogenannten Circa-Geschäften ist die Abgabe nach dem handelsüblichen Maximum der Lieferung zu berechnen; es bleibt den Handelsvorständen überlassen, auf Grund des § 40 Absatz 2 des Gesetzes die betreffenden Maxima festzustellen.

#### Zu § 8 des Gesetzes.

11. Ueber die mehreren in Betreff der Besteuerung als ein Geschäft geltenden Geschäfte ist nach Maßgabe des § 10 des Gesetzes eine Schlußnote auszustellen. Sind über einzelne der betreffenden Geschäfte bereits vorher besteuerte Schlußnoten ausgestellt worden, so kann die Erstattung des zu diesen entrichteten Abgabetrages beansprucht werden; die Prüfung und Entscheidung steht der Direktivbehörde zu. Die erfolgte Erstattung ist auf beiden Theilen der betreffenden Schlußnoten von der Steuerstelle zu vermerken.

Zu §§ 10, 11 und 30 des Gesetzes.

12 a. Zur Entrichtung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe werden Reichsstempelmarken und gestempelte Formulare zu Schlußnoten zum Preise des auf denselben angegebenen Steuerbetrages zum Verkauf gestellt,

Die Reichsstempelmarken sind 24 mm. hoch und 61 mm. breit; dieselben haben einen gelblichen Untergrund, welcher rechts und links den Reichsadler und in der Mitte ein Schild mit der Aufschrift »REICHS STEMPEL ABGABE« zeigt; eine Lochreihe macht die Marke in zwei gleiche Theile zerlegbar, von denen jeder die Werthbezeichnung und den Vordruck »den« für das Datum der Verwendung in rothem Aufdruck und außerdem die fortlaufende Nummer der Marke enthält. Die Marken lauten auf Steuerbeträge von 0,10, 0,20, 0,30, 0,40, 0,50, 0,60, 0,80, 1,00, 2,00, 3,00, 4,00, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00, 9,00, 10,00, 15,00, 20,00, und 30,00 M.

Die gestempelten Formulare zu Schlußnoten entsprechen in Form und Vordruck dem Muster d. Die vorstehend zur Ziffer 1 bezeichneten Formulare tragen auf jedem ihrer beiden Theile die gleiche fortlaufende Nummer. Dieselben sind entweder

1. mit einem Stempelaufdruck versehen, welcher dem Muster der Reichsstempelmarken gleicht, indessen den Vordruck »den« und die fortlaufende Nummer nicht enthält, oder

2. von der Steuerstelle dadurch herzustellen, daß vorrätzig zu haltende ungestempelte Formulare des Musters d durch Verwendung von Reichsstempelmarken zu dem verlangten Betrage gestempelt werden; die Marken sind hierbei von der Steuerstelle in ungetheiltem Zustande auf der durch den Vordruck bezeichneten Stelle, insoweit diese aber ausreichenden Raum nicht darbietet, auf einer freien Stelle des Formulars in der Art aufzulegen, daß bei der späteren Trennung der beiden Theile der Schlußnote je eine Hälfte der Marke auf jedem dieser Theile sich befindet, und sodann durch mindestens je einen auf das Formular übergreifenden Aufdruck des Amtsstempels in schwarzer Farbe, sowie durch Eintragung des Datums der Abstempelung auf jeder Hälfte der Marke zu entwerthen.

Mit Stempelaufdruck versehene Formulare werden zum Steuerbeträge von 0,20, 0,40, 0,60, 0,80, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 M. zum Verkauf gestellt; unter Verwendung von Marken gestempelte Formulare können zu jedem Steuerbetrage von den Steuerstellen hergestellt und verabfolgt werden.

12 b. Von den Steuerstellen werden ferner ungestempelte Formulare des Musters d ausgegeben, für welche der Betrag der Herstellungskosten als Preis erhoben werden darf. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf denselben Seitens der Steuerpflichtigen ist in folgender Weise zu bewirken:

Die Marken sind, soweit die durch den Vordruck bezeichnete Stelle Raum darbietet, auf dieser, im Uebrigen an einer beliebigen Stelle in der Art aufzukleben, daß je eine Hälfte jeder Marke auf jedem der beiden Theile des ausgefüllten oder unausgefüllten Formulars sich befindet; die auf dem einen dieser Theile befindlichen halben Marken müssen also die gleichen fortlaufenden Nummern enthalten wie die auf dem anderen Theile befindlichen; die Marken dürfen vor der Aufklebung getheilt werden. In jeder Markenhälfte ist das Datum der Verwendung der letzteren auf dem Formular und zwar der Tag und das Jahr mit arabischen Ziffern, der Monat mit Buchstaben an der durch den Vordruck bezeichneten Stelle niederzuschreiben. Allgemein übliche und verständliche Abkürzungen der Monatsbezeichnung mit Buchstaben sowie die Weglassung der beiden ersten Zahlen der Jahresbezeichnung sind zulässig (3. B. 8. Oktbr. 85, 7. Septbr. 87.)

Außerdem ist die Firma oder der Name des Ausstellers der Schlussnote auf jeder Hälfte der einzelnen Marken niederzuschreiben. Es genügt jedoch, wenn nur ein Theil der Firma oder des Namens auf jeder halben Marke zu stehen kommt, der andere Theil aber auf das Formular oder auf andere halbe Marken, welche sich auf demselben Theile des letzteren befinden, oder auf beide hinüberreicht.

Das Datum, sowie die Firma oder der Name sind mittelst deutlicher Schriftzeichen, ohne jede Rasur, Durchstreichung oder Ueberschreibung niederzuschreiben.

Es ist zulässig, den vorgeschriebenen Entwerthungsvermerk ganz oder theilweise durch Stempelaufdruck herzustellen. In diesem Falle braucht das Datum nicht an der durch den Vordruck bezeichneten Stelle zu stehen, es muß aber in seinem ganzen Umfang (Monatsbezeichnung, Tages- und Jahreszahl mit den zulässigen Abkürzungen) vollständig auf jeder einzelnen halben Marke aufgedruckt sein.

Nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendete Marken werden als nicht verwendet angesehen (§ 31 des Gesetzes).

12 c. Es ist zulässig, andere als die von den Steuerstellen zum Verkauf gestellten Formulare (Privatformulare) zu Schlussnoten für die Entrichtung der Abgabe zu benutzen, vorausgesetzt, daß dieselben dem Muster d entsprechend aus zwei demnächst zu trennenden gleichen Theilen bestehen, und daß jeder dieser Theile einen Vordruck mindestens für die Angabe des Namens und des Wohnorts des Vermittlers und des Kontrahenten, des Gegenstandes und der Bedingungen des Geschäftes, insbesondere des Preises, sowie der Zeit der Lieferung enthält; insofern die Formulare nicht in der nachstehend bezeichneten Weise zur Stempelung durch die Reichsdruckerei gelangen, müssen dieselben ferner an dem oberen Theile der Vorderseite einen über beide Theile des Formulars greifenden Vordruck haben, durch den die für die Aufnahme der Marke be-

stimmte Stelle bezeichnet wird. Die Formulare können amtlich gestempelt oder von dem Aussteller der Schlußnote mit Reichsstempelmarken versehen werden.

Die amtliche Stempelung derselben erfolgt nach dem Antrage der Betheiligten entweder durch den Ausdruck des in Nr. 12 a unter Ziffer 1 bezeichneten Stempels und einer für beide Theile des Formulars gleichen fortlaufenden Nummer durch die Reichsdruckerei und zwar auf Kosten des Antragstellers oder unter Verwendung von Reichsstempelmarken durch die Steuerstellen.

Die Stempelung durch die Reichsdruckerei erfolgt nur, wenn mindestens je hundert Formulare zu demselben Steuerbetrage gestempelt werden sollen; die Formulare sind in glattem Zustande (nicht aufgerollt) unter Beifügung eines überschüssigen Exemplars für je zwanzig Stück (als Ersatz für etwaige Abgänge bei der Abstempelung) und, wenn dem Antragsteller nicht Kredit bewilligt ist, unter Deponirung des Steuerbetrages mit einer doppelt aufzustellenden Anmeldung nach dem Muster e der Steuerstelle vorzulegen. Das eine Exemplar der Anmeldung erhält der Antragsteller, nachdem dasselbe mit der Quittung über den Empfang der Formulare und des Steuerbetrages versehen worden, zurück. Die Steuerstelle veranlaßt die Stempelung der Formulare durch die Reichsdruckerei, welche letztere die gestempelten und die nicht verbordenen überschüssigen Formulare unter Bescheinigung der erfolgten Vernichtung der verbordenen Exemplare und unter Mittheilung der entstandenen Kosten an die erstere zurücksendet. Die Steuerstelle erstattet der Reichsdruckerei die Kosten und händigt die gestempelten und die überschüssigen ungestempelten Formulare, nachdem sie sich auch ihrerseits von der richtigen Stempelung der ersteren überzeugt hat, dem Antragsteller unter Einziehung der vorauslagen Kosten aus; über den Rückempfang der Formulare läßt sie sich auf dem bei ihr zurückgebliebenen Exemplar der Anmeldung Quittung geben. Postsendungen zwischen den Steuerstellen und der Reichsdruckerei, welche die Abstempelung derartiger Formulare durch die Reichsdruckerei betreffen, sind mit dem Vermerk „Reichs-Dienstsache“ zu versehen und portofrei.

Soll die Stempelung der Formulare unter Verwendung von Reichsstempelmarken erfolgen, so bedarf es einer besonderen Anmeldung nicht; die Steuerstelle hat nach der Bestimmung unter 12a 2 zu verfahren; neben der Steuer werden Kosten für die Stempelung nicht erhoben.

Die Verwendung von Reichsstempelmarken zu den fraglichen Formularen Seitens der Aussteller der Schlußnoten ist nach Maßgabe der unter 12 b getroffenen Bestimmungen zu bewirken.

12 d. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf gestempelten Formularen zur Ergänzung eines fehlenden Betrages ist zulässig und gleichfalls nach der Bestimmung unter Nr. 12 b zu bewirken.

12 e. Wenn im Falle des § 11 Absatz 1 und 2 des Gesetzes auf einer zu niedrig versteuerten Schlussnote der fehlende Stempelbetrag nachträglich zu verwenden ist, so sind die erforderlichen Marken von dem zur Entrichtung dieses Betrages Verpflichteten in ungetheiltem Zustande an einer beliebigen Stelle der Schlussnote aufzukleben und nach Maßgabe der Bestimmung unter 12 b zu entwerthen; insbesondere ist das Datum der Verwendung der Marken auf jeder Hälfte derselben in der vorgeschriebenen Weise ersichtlich zu machen.

12 f. Die Stempelzeichen aus unbenuzten gestempelten Formularen abzutrennen und anderweit zur Entrichtung der Abgabe zu verwenden, ist unzulässig.

12 g. Bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten ist (§ 6 Abs. 2), bedarf es der Zufendung der Hälfte der Schlussnote an den ausländischen Kontrahenten nicht. In diesem Falle hat der inländische Kontrahent das Doppel-Formular der Schlussnote in der vorgeschriebenen Weise gestempelt ungetheilt aufzubewahren. Die nicht beschriebene Hälfte der Schlussnote ist zu durchstreichen.

Zu § 11 Absatz 3 des Gesetzes.

13. Ueber die Zurückerstattung der Abgabe im Falle des § 11 Absatz 3 entscheidet die Direktivbehörde desjenigen Bezirks, in welchem der die Zurückerstattung Verlangende zur Zeit der Entrichtung der Abgabe seinen Wohnort, eventuell aber seinen Aufenthaltsort gehabt hat.

Die erfolgte Erstattung ist auf beiden Theilen der betreffenden Schlussnote von der Steuerstelle zu vermerken.

Zu § 14 des Gesetzes.

14. Die Abstempelung der Vertragsurkunde erfolgt Seitens der Steuerstelle durch Verwendung von Reichsstempelmarken. Die letzteren sind in ungetheiltem Zustande thunlichst auf der ersten Seite der Urkunde aufzukleben und durch Eintragung des Datums der Verwendung und Aufdruck des Amtsstempels in der unter Ziffer 12 a, 2 vorgeschriebenen Weise zu entwerthen. Ist die Vertragsurkunde in mehreren Exemplaren ausgestellt, so ist von der Steuerstelle auf dem zweiten Exemplar und eventuell auch auf den weiteren Exemplaren mit Unterschrift und unter Beibrückung des Amtsstempels zu vermerken, welcher Reichsstempelbetrag zu dem ersten Exemplar verwendet ist. Bei gerichtlich oder notariell aufgenommenen Verträgen, deren Urchriften den Kontrahenten nicht ausgehändigt werden, sind der Steuerstelle die Ausfertigungen vorzulegen.

Zu § 15 des Gesetzes.

15. Ueber Geschäfte, für welche eine rechtzeitige Berechnung der Steuer nicht möglich ist, weil der Werth des Gegenstandes des Geschäfts auch nicht nach seinem höchstmöglichen Betrage (§ 7 Absatz 1 des Gesetzes) berechnet werden kann, ist gleichwohl nach Maßgabe der §§ 10 und 11 des Gesetzes eine Schlußnote auszustellen, auf jedem der beiden Theile derselben aber zu vermerken, daß die Besteuerung so lange ausgesetzt bleibt, bis die Steuerberechnung möglich wird. Abschrift der Schlußnote einschließlich dieses Vermerks ist gleichzeitig der Direktivbehörde zu übersenden. Sobald die Berechnung der Steuer möglich, hat deren Entrichtung nach Maßgabe der §§ 10 und 11 unter Ausstellung einer neuen Schlußnote, in welcher auf die erstausgestellte Schlußnote Bezug zu nehmen ist, zu erfolgen. Die Direktivbehörde ist berechtigt, sich die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung nachweisen zu lassen.

Handelt es sich in einem solchen Falle um ein Geschäft, das nach § 14 des Gesetzes unter steueramtlicher Abstempelung der beiderseits unterschriebenen Vertragsurkunde zu versteuern ist, so hat gleichwohl die Vorlegung der Vertragsurkunde bei der Steuerstelle nach Maßgabe der bezeichneten Vorschrift zu erfolgen; die Steuerstelle vermerkt auf der Urkunde, eventuell auf den mehreren Exemplaren derselben mit Unterschrift und unter Beidrückung des Amtsstempels, daß die Erhebung der Reichsstempelabgabe wegen zeitiger Unmöglichkeit der Berechnung derselben ausgesetzt sei und behält Abschrift der Urkunde oder mindestens der für das Steuerinteresse wesentlichen Theile derselben zurück. Sobald die Berechnung der Steuer möglich wird, hat die anderweite Vorlegung der Vertragsurkunde zur Abstempelung bei einer Steuerstelle nach der Vorschrift im § 14 zu erfolgen; falls mehrere Exemplare dieser Urkunde bestehen, genügt die Vorlegung eines Exemplars. Die erstbezeichnete Steuerstelle überwacht in geeigneter Weise die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung.

Bezüglich der in den §§ 10 und 11 sowie in § 14 bestimmten Fristen gilt hierbei der Tag, an welchem die Steuerberechnung ausführbar geworden ist, als Tag des Geschäftsabchlusses.

Die Direktivbehörde, bezw. im Falle des Absatzes 2 dieser Ziffer die Steuerstelle, kann, wenn die Berechnung eines Theils der zu entrichtenden Abgabe möglich ist, die Entrichtung dieses Theils anordnen.

16. Ist das Geschäft zwischen Kontrahenten, welche nicht an dem Orte befindlich sind, durch briefliche oder telegraphische Annahmeerklärung zu Stande gekommen, so beträgt die Frist zur Ausstellung der Schlußnote

1. für den zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten (§ 9 Abs. 1 und § 10 des Gesetzes) zehn Tage,
2. für den zur Entrichtung der Abgabe in zweiter Reihe Verpflichteten drei Wochen.

Die Frist beginnt für den die Annahmeerklärung abgehenden Kontrahenten am Tage nach der Abgabe der Annahmeerklärung behufs der Absendung (Artikel 321 des Handelsgesetzbuches), für den die Annahmeerklärung empfangenden Kontrahenten am Tage nach dem Eingange dieser Erklärung und zwar auch im Falle einer brieflichen Bestätigung der telegraphischen Annahmeerklärung nach dem Eingange der letzteren.

Bei Geschäften, welche während eines zeitweiligen Aufenthaltes im Auslande dortselbst abgeschlossen (§ 6 Absatz 2 und 3 des Gesetzes) oder vermittelt sind, beginnt der Lauf der zur Entrichtung der Abgabe festgesetzten Fristen für den betreffenden Verpflichteten mit dem Tage nach seiner Rückkehr in das Inland; die Frist für die im Inlande befindlichen Steuerpflichtigen wird hierdurch nicht geändert.

#### Zu § 16 des Gesetzes.

17. Nach Maßgabe der von den Landesregierungen zu treffenden näheren Bestimmungen, insbesondere auch rücksichtlich der zu bestellenden Sicherheit dürfen gestempelte Formulare (Ziffer 2a) auf Kredit verabfolgt und eigene Formulare der Steuerpflichtigen auf Kredit amtlich gestempelt werden (Ziffer 2c). Abgabebeträge unter 50 M. werden nicht kreditirt. Die kreditirten Beträge sind bis zum 25. Tage des dritten auf den Monat der Anschreibung folgenden Monats einzuzahlen.

Reichsstempelmarken werden nicht auf Kredit verabfolgt.

#### Zum Tarif, Nummer 5.

18. Behufs Berechnung der Abgabe von Lotterielooseen sind alle für den Erwerb eines Loosees an den Unternehmer oder dessen Beauftragte zu leistenden Zahlungen zum Preise des Loosees zu rechnen, insbesondere auch die sogenannten Schreibgebühren, Kollektionsgebühren u. a. m.

#### Zu §§ 21, 22 und 24 des Gesetzes.

19a. Wer im Bundesgebiete Lotterien oder Auspielungen veranstalten will, hat der zuständigen Steuerbehörde spätestens am 7. Tage nach dem Empfange der obrigkeitlichen Erlaubniß schriftlich unter Beifügung einer Doppelschrift anzumelden:

Namen, Gewerbe und Wohnung des Unternehmers, die planmäßige Anzahl (die Nummer) und den planmäßigen Preis der Loose,

den Zeitpunkt, wo mit dem Vertrieb der Loose begonnen werden soll,

die Gegenstände, die Zeit und den Ort der Auspielung,

die Namen und Wohnungen der unmittelbar von dem Unternehmer mit dem Vertrieb der Loose betrauten Personen.

Der Anmeldung ist als Anlage ein amtlich beglaubigtes Exemplar des obrigkeitlich genehmigten Plans der Lotterie oder Auspielung anzuschließen.

Mit der Anmeldung ist die Abgabe für die gesammte planmäßige Anzahl der Loose einzuhalten. Wird Stundung der Abgabe bis nach dem Beginn des Vertriebes der Loose gegen Sicherstellung des Abgabebetrages oder ohne solche beantragt, so ist der Antrag mit der Anmeldung vorzulegen.

19b. Wird Befreiung von der Abgabe in Anspruch genommen, so ist mit der Anmeldung der Nachweis zu führen, daß der Erlös des Unternehmens zu mildthätigen Zwecken Verwendung finden wird. Ueber die Anwendbarkeit der Befreiung und insbesondere über die Frage, ob ein mildthätiger Zweck vorliegt, entscheidet die Direktionsbehörde. Die obersten Landesfinanzbehörden werden ermächtigt, die Abgabe in solchen Fällen aus Billigkeits-Rücksichten zu erlassen, in welchen die Befreiung nicht rechtzeitig mit der Anmeldung in Anspruch genommen ist.

20. Die Behörde, welche die obrigkeitliche Erlaubniß zur Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie oder Auspielung erteilt, hat hiervon ohne Verzug der zur Erhebung der Abgabe für die Loose zuständigen Steuerbehörde unter Bezeichnung des Unternehmens und seines Zweckes, des Namens und der Wohnung des Unternehmers und des Zeitpunkts, an welchem dem letzteren die obrigkeitliche Erlaubniß behändigt worden, schriftlich Mittheilung zu machen.

Auf Grund dieser Mittheilung hat die Steuerbehörde sogleich nach Ablauf der unter Nummer 19a für die Anmeldung vorgeschriebenen Frist wegen Feststellung und Beitreibung der Abgabe, sowie nach Umständen wegen der Verhinderung des Loosabjages und Einleitung des Strafverfahrens das Erforderliche zu veranlassen.

21. Nachdem der Abgabebetrag festgestellt, gebucht und entweder eingezahlt oder gestundet, beziehentlich nachdem die Stempelfreiheit der Loose von der zuständigen Behörde anerkannt worden ist, erfolgt die Abstempelung der Loose durch die zuständige Steuerstelle vermittelt Stempel-Aufdrucks. Der Stempel ist von runder oder ovaler Form und führt den Reichsadler und über demselben die Aufschrift „Versteuert“ bezw. „Stempelfrei“, darunter das Unterscheidungszeichen der Abstempelungsstelle. Die Loose oder Spielweise sind in einer solchen Form und Beschaffenheit herzustellen, daß sie sich zur Abstempelung eignen.

Ungetempelte Loose dürfen nicht ausgegeben werden.

Nach näherer Vorschrift der Landesregierung kann indessen bei den unter obrigkeitlicher Aufsicht stattfindenden Waarenverlosungen von der Abstempelung der abgabefreien Loose Umgang genommen werden, wenn mit Rücksicht auf die Zahl und den Preis der Loose die Abstempelung unverhältnismäßige Mühewaltung verursachen würde.

Die abgestempelten Loose werden gegen Empfangsbcheinigung auf dem einen Exemplar der Anmeldung zurückgegeben. Das andere bleibt nebst seinen Anlagen (Nummer 19a) Beleg zum Register. Wenn Stundung der Abgabe bewilligt ist, darf die Genehmigung zum Beginn des Looseabfazes vor Entrichtung der Abgabe erst nach Abstempelung der Loose ausgehändigt werden.

22. Der Abgabe nach der Tarifnummer 5 unterliegen auch diejenigen Spielausweise, welche bei den auf Jahrmärkten und bei Gelegenheit von Volksbelustigungen üblichen öffentlichen Auspielungen geringwerthiger Gegenstände ausgegeben werden.

In der Quittung über die für derartige Spielausweise entrichtete Reichsstempelabgabe sind die versicherten Spielausweise nach ihren Nummern und eventuell auch nach ihrer Serienbezeichnung anzugeben. Findet Stundung der Abgabe statt, so ist hierüber eine Bescheinigung zu ertheilen, in welcher gleichfalls die Nummern und eventuell die Serienbezeichnung der Spielausweise ersichtlich zu machen sind.

Mit Genehmigung der zuständigen Steuerbehörde dürfen die für unausgeführt gebliebene Auspielungen bestimmt gewesenen Spielausweise zu einer anderen Zeit, bezw. bei einer anderen Gelegenheit zur Ausgabe gelangen, sofern bei der Steuerbehörde ein hierauf bezüglicher Antrag unter Vorlegung der Spielausweise und der Quittung über die für dieselben gezahlte Abgabe, bezw. der Bescheinigung über die erfolgte Stundung dieser Abgabe, mit der neuen Anmeldung gemäß der Nummer 19a gestellt wird. Ueber die Genehmigung ist eine schriftliche Bescheinigung zu ertheilen.

Bei Auspielungen der bezeichneten Art können die Steuerstellen auf die Abstempelung des ersten und des letzten Loose jeder Serie, oder jedes zusammenhängenden Bogens sich beschränken; dieselben haben alsdann die Art der Abstempelung in der auszustellenden Quittung anzugeben. Die Veranstalter der Auspielung sind in solchen Fällen verpflichtet, die Quittung der Steuerstelle während der Auspielung bei sich zu führen und beim Verkauf der Loose genau nach der Reihenfolge der Serien und der einzelnen Nummern sich zu richten; auch dürfen sie am Orte der Auspielung (in der Spielbude etc.) keine anderen Loose vorrätzig haben, als die zu den abgestempelten Serien oder Bogen gehörigen.

### Zu § 22 des Gesetzes.

23. Die Landesregierungen bestimmen, in welchen Fällen und unter welchen Modalitäten die Genehmigung zum Abfaz der Loose vor der Entrichtung der Abgabe gegen Sicherstellung der letzteren oder ohne solche ertheilt, oder sonst die Abgabe gestundet werden kann.

Zu §§ 23 und 24 des Gesetzes.

24. Ausländische Loose und Ausweise über Spieleinlagen sind der zuständigen Steuerstelle mit einer nach dem anliegenden Muster f doppelt auszustellenden Anmeldung unter Einzahlung des Abgabebetragts innerhalb der im § 23 des Gesetzes bezeichneten Frist zur Abstempelung vorzulegen. Wegen der Buchung der Abgabe, der Besäge und wegen der Abstempelung der Loose gelten die Bestimmungen unter Nummer 21. Stundung der Steuer findet nicht statt.

Zu § 26 des Gesetzes.

25. Für unabgesetzt gebliebene Loose zc. einer zu Stände gekommenen Auspielung wird die Reichsstempelabgabe nicht erstattet.

Zu § 27 des Gesetzes.

26. Die Verwaltungen der Staatslotterien haben spätestens am 15. Tage nach Ablauf der Ziehung jeder Klasse dem Reichsschatzamt die Zahl der abgesetzten Loose und den Preis der Loose (Nummer 18) anzuzeigen. Diese Anzeigen sind unter Benützung eines von dem Reichsschatzamt vorzuschreibenden Formulars doppelt zu erstatten. Das Reichsschatzamt setzt die zu entrichtende Steuer fest.

Zu § 30 des Gesetzes.

27a. Für verborbene Reichsstempelmarken und für Reichsstempelzeichen, mit welchen demnächst verborbene Formulare oder Werthpapiere versehen sind, kann Erstattung beansprucht werden, wenn von den Stempelzeichen, Formularen und Werthpapieren noch kein oder doch kein solcher Gebrauch gemacht worden ist, dem gegenüber durch die Erstattung das Steuerinteresse gefährdet erscheint.

Der Erstattungsanspruch ist bei der Direktivbehörde des Bezirks unter Vorlegung der verborbenen Marken, Formulare und Werthpapiere anzumelden; auf Erfordern sind die quittirten Anmeldungen, welche den Betrag der für die verborbenen Werthpapiere entrichteten Abgabe ergeben, beizufügen.

Eine baare Zurückzahlung der entrichteten Reichsstempelabgabe findet nicht statt. Bei Formularen und Marken erfolgt die Erstattung im Wege des Umtausches und zwar werden in der Regel für verborbene Formulare gestempelte Formulare, für verborbene Marken abgabefrei verabfolgt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen gleich. Den Wünschen des Antragstellers hinsichtlich des Abgabebetragtes der einzelnen Stücke ist thunlichst Rechnung zu tragen.

Die Landesregierungen können anordnen, daß in solchen Fällen, in denen gestempelte Formulare des Musters d in größerer Menge im Umtausch gegen verborbene Formulare oder Marken be-

anspricht werden, die Herstellungskosten für die erstbezeichneten Formulare zu erstatten seien. An Stelle der verordneten Werthpapiere hat die betreffende Steuerstelle nach näherer Anweisung der Direktivbehörde dem Berechtigten auf Grund vorheriger Anmeldung nach den Vorschriften unter Ziffer 2a. neu ausgestellte Werthpapiere von demselben Steuerwerth abgabefrei abzustempeln.

Die etwa entstehenden Portokosten trägt der Antragsteller.

Die verordneten Marken und Formulare, sowie die aus den Werthpapieren herausgeschnittenen Stempelzeichen werden bei der Direktivbehörde in Gegenwart zweier Beamten vernichtet.

27b. Reichsstempelmarken und amtlich gestempelte Formulare des Musters d können, wenn sie unbeschädigt sind, bei den von den Landesregierungen bestimmten Steuerstellen gegen gestempelte Formulare oder Marken zu anderen Steuerbeträgen umgetauscht werden; indessen findet auch hier in der Regel der Umtausch von Formularen nur gegen Marken statt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen des Antragstellers gleich.

#### Zu § 38 des Gesetzes.

28. Die Beamten zur Wahrnehmung der in § 38 Absatz 2 bezeichneten Geschäfte werden nach Maßgabe der ihnen ertheilten näheren Anweisung selbstständig davon Ueberzeugung nehmen, ob den Vorschriften des Gesetzes gemäß verfahren worden ist. Die Vorstände der zu revidirenden Anstalten, an welche der revidirende Beamte bei Beginn der Revision sich wenden wird, haben ihm die zu diesem Zwecke gewünschten Werthpapiere, Schlussnoten, Beläge und sonstige Schriftstücke, sowie Geschäftsbücher zur Einsicht vorlegen zu lassen, Auskunft zu ertheilen und ihm einen angemessenen Raum für die Erledigung seiner Obliegenheiten zur Verfügung zu stellen.

#### Zu § 40 des Gesetzes.

29. Wenn im Laufe eines administrativen Strafverfahrens die kaufmännischen Geschäftsformen zu Zweifeln in Betreff der Beurtheilung des Sachverhältnisses Anlaß geben oder für die Anwendung Tarifnummer 4B Zweifel darüber bestehen, ob das Geschäft als ein solches anzusehen ist, das unter Zugrundelegung der Usance einer Börse abgeschlossen ist, oder ob es sich um börsenmäßig gehandelte Waaren handelt, so sind über die zweifelhaften Fragen geeignete Sachverständige zu hören. In Bezirken, für welche Handelsvorstände bestehen, haben diese der Steuerbehörde für die verschiedenen Geschäftsbranchen Sachverständige zu bezeichnen.

#### Uebergangsbestimmungen.

30. Die Landesregierungen werden Vorkehrungen treffen, daß mit der Abstempelung von Privatformularen zu Schlussnoten nach

den Bestimmungen unter Ziffer 12c, sowie mit dem Verlaufe gestempelter und ungestempelter Formulare zu Schlußnoten und neuer Reichsstempelmarken (Ziffer 12a und 12b) thunlichst schon einige Wochen vor dem 1. Oktober 1885 begonnen werden kann.

31. Vom 1. Oktober 1885 ab verlieren die bisherigen gestempelten Formulare zu Schlußnoten und die bisherigen Reichsstempelmarken (Centralbl. f. d. Deutsche Reich 1881 S. 286 und 287, 1882 S. 108 und 422) ihre Gültigkeit; es ist mithin die weitere Verwendung derselben einer Nichtverwendung gleich zu achten. Für die dann noch im Besitz der Steuerpflichtigen sich befindenden Formulare zu Schlußnoten und Reichsstempelmarken der bisherigen Art wird die dafür entrichtete Stempelabgabe auf Anweisung der Direktivbehörde baar erstattet. Die Landesregierungen bestimmen die Steuerstellen, bei welchen die Erstattung unter Einreichung der unverwendbar gewordenen Formulare und Marken zu beantragen ist. Sind die Stempelzeichen oder die Formulare nicht unversehrt, so erfolgt die Erstattung der Abgabe nur dann, wenn von denselben noch kein oder doch kein solcher Gebrauch gemacht ist, dem gegenüber durch die Steuererstattung das fiskalische Interesse gefährdet erscheint.

Der Antrag auf Erstattung muß bis zum 31. März 1886 gestellt werden. Wird die Erstattung erst nach diesem Termine beantragt, so erfolgt dieselbe nur dann, wenn die rechtzeitige Beantragung nicht thunlich gewesen oder aus entschuldbarem Versehen veräußert worden ist.

---

## Das Börsengesetz nebst Erläuterungen.

§ 1. Die in dem anliegenden Tarif unter 1, 2, 3 und 5 bezeichneten Urkunden und die daselbst unter 4 bezeichneten Geschäfte unterliegen den daselbst bezeichneten Abgaben nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen:

Das Gesetz gestaltet sich demnach folgendermaßen: „Tarif I“, enthaltend: „I. Aktien, Renten und Schuldverschreibungen“ und umfassend die laufenden Tarifnummern 1, 2 und 3, bleibt vollkommen unverändert bestehen, desgleichen „Tarif III“, enthaltend: „III. Lotterieloose“ mit der laufenden Tarifnummer 5. Dagegen bleibt von „Tarif II“, welcher bisher unter „II. Schlussnoten und Rechnungen“ mit der laufende Tarifnummer 4 den Fixstempel von 20 Pf. resp. 1 Mark für Schlussnoten und Rechnungen enthielt, aus der bisherigen Fassung einzig die Ueberschrift bestehen; die bisherigen Schlusschein- und Rechnungstempel fallen also fort, ebenso natürlich alle auf die laufende Tarifnummer 4 bezüglichen Vorschriften, und tritt an Stelle dessen nunmehr die folgende neue Tarifnummer 4.

In der Reichstagsitzung vom 4. Mai 1885 äußerte sich Freiherr von Buol-Verenberg über die Abschaffung der seitherigen Tarifnummer 4 wie folgt:

„Dagegen befinden wir uns in einer förmlichen Nothlage. Meine Herren, diese Nothlage erblicke ich in erster Reihe in der gegenwärtigen Gesetzgebung. Daß die Tarifnummer 4 des Stempelgesetzes von 1881 einer Reform ganz dringend bedarf, das ist von Freund und Feind der gegenwärtigen Gesetzesvorlage vollständig anerkannt. Das Gesetz vom Jahre 1881 hat zu einer Unmasse von Zweifeln und Streitigkeiten Anlaß gegeben; es ist eine so unerschöpfliche Quelle von Meinungsverschiedenheiten geworden, daß eine Abänderung geradezu ein dringendes Bedürfnis ist. Das ist auch in zahlreichen Petitionen ausgedrückt worden; das hat der deutsche Handelstag von 1882 ausgesprochen, und der Bundesrath selbst anerkannte es, indem er am 5. Juli 1882 eine authentische Interpretation erließ, welche die zahlreichen sich widersprechenden Entscheidungen der Steuerbehörden dementirte. Dieser Interpretation

ist aber kein großes Gewicht beigelegt worden als einseitiger Aeußerung eines gesetzgebenden Faktors, und so kam es, daß auch in den gerichtlichen Entscheidungen viele Widersprüche selbst innerhalb des Reichsgerichts zu Tage traten. Es ist endlich dort vor ganz kurzer Zeit wenigstens hinsichtlich einiger Fragen eine maßgebende Entscheidung erlassen worden. Dazu kommt, daß der Ertrag der Steuern mit jedem Jahr zurückgegangen ist und zugeständenermaßen von Seiten derjenigen, die getroffen werden sollten, als Erwerbsquelle betrachtet worden ist."

## I. Aktien, Renten und Schuldverschreibungen.

(Tarifnummer 1 bis 3.)

§ 2. Die Verpflichtung zur Entrichtung der unter Tarifnummer 1 bis 3 bezeichneten Stempelabgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrages an eine zuständige Steuerstelle, welche auf dem vorzulegenden Werthpapiere Reichsstempelmarken zum entsprechenden Betrage zu verwenden oder die Ausdrückung des Stempels zu veranlassen hat.

In welchen Fällen und unter welchen Bedingungen der Verpflichtung zur Besteuerung durch rechtzeitige Verwendung von Stempelmarken ohne amtliche Mitwirkung einer Steuerstelle genügt werden kann, bestimmt der Bundesrath.

— M o t i v e (Druck. Nr. 59 S. 27): „Bei stempelpflichtigen Dokumenten, welche vorwiegend zur Verbreitung unter dem Publikum bestimmt sind, wird der jeweilige Inhaber für die unterlassene Erfüllung der Steuerpflicht nur verantwortlich gemacht werden können, wenn jene Dokumente, bezüglich deren der Stempelpflicht genügt ist, auch thatsächlich mit einem Stempelzeichen versehen werden. Es ist daher eine auch nur ausnahmsweise Umgangnahme von der Verwendung von Stempelzeichen zu Werthpapieren in dem Gesetzentwurf nicht vorgesehen."

### Ausführungs-Vorschriften des Bundesrathes vom Sept. 1885.

Zu § 2.

- a) Die zu versteuernden Werthpapiere sind mit einer nach den Mustern a oder b doppelt ausgefertigten, von den Steuerpflichtigen unterzeichneten und mit genauer Angabe seines

Standes und Wohnorts versehenen Anmeldung einer zuständigen Steuerstelle vorzulegen. Loose oder von den Werthpapieren getrennte Zinskoupons und Talons sind nicht mit vorzulegen. In der Anmeldung sind die Werthpapiere nach Gattung (Aktie, Interims-Schein zu solcher, Schuldverschreibung etc.) und Benennung, sowie nach Serien, Bittera und Nummern geordnet, aufzuführen.

**Gef.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 12. August 1881 und vom 4. November 1881.** Anmeldeformulare zur Abstempelung inländischer und ausländischer Werthpapiere nach den Mustern a, b und c (letzteres nur bis 29. Dezember 1881) sind auf Antrag den Steuerpflichtigen unentgeltlich zu verabsorgen, wenn jeder einzelne sich auf die Forderung zweier Bogen (vier Anmeldungen enthaltend) beschränkt. Werden größere Mengen verlangt, so ist für je acht Bogen und weniger der Betrag von 10 Pf. seitens des Entnehmers zu entrichten.

Es steht übrigens den Anmeldenden frei, ihre Anmeldungen in der vorgeschriebenen Form mit der Feder oder durch Druck etc. selbst herzustellen.

**N. B. b)** Nach Prüfung der Anmeldung setzt die Steuerstelle den Abgaben-Betrag fest und zieht ihn ein. Bei der Berechnung der Abgabe von ausländischen Werthpapieren, in welchen der Nennwerth in der fremden und in deutscher Währung angegeben ist, bildet die letztere die Grundlage; bei Werthpapieren, deren Nennwerth nicht in deutscher Währung, sondern in mehreren fremden Währungen angegeben ist, hat die Umrechnung in die deutsche Währung unter Zugrundelegung der höchstgünstigen fremden Währung zu erfolgen.

Die Abstempelung der Werthpapiere erfolgt erst, nachdem die festgestellte Abgabe gegen Quittung bezw. Interims-Quittung eingezahlt oder deponirt worden ist. Die Deponirung tritt ein, wenn die Abstempelung der Papiere am Tage der Einzahlung der Steuer nicht mehr bewirkt bezw. beendet werden kann. Jede Quittung muß, um gültig zu sein, von zwei Beamten vollzogen und in derselben der Tag der Buchung der Steuer und die Nummer des Hebe- oder Anmelde-Registers, unter welcher die Buchung erfolgt ist, von der Steuerstelle angegeben sein. Die definitive Quittung ist auf ein Exemplar der Anmeldung zu schreiben.

Kann die Abstempelung nicht sofort vorgenommen werden, so ist dem Ueberbringer das eine Exemplar der Anmeldung, mit Empfangs-Bescheinigung versehen, zurückzugeben.

Nach erfolgter Abstempelung erhält der Steuerpflichtige die Werthpapiere gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigung bezw. der Interimsquittung, welche als Registerbelag bei der Steuer-

stelle verbleiben und das mit definitiver Quittung versehene Exemplar der Anmeldung ausgehändigt.

N. B. c) Die Abstempelung erfolgt ausschließlich durch Aufdrücken des Reichsstempels auf der Vorderseite des Werthpapiers.

Der vermittelst Maschine aufzudrückende Stempel besteht in einem verzierten aufrecht stehenden Rechteck, auf welchem sich der Reichsadler und um denselben in kreisrunder Einfassung die Aufschrift „REICHSTEMPEL-ABGABE“ und das Unterscheidungszeichen der betreffenden Abstempelungsstelle, darunter aber auf einem gebogenen Bande die Angabe des Steuerfahes: „FÜNF beziehungsweise ZWEI oder EINS VOM TAUSEND“ befinden.

Eine Verwendung von Stempelmarken zu Werthpapieren findet nicht statt.

Anmerk. Ein der Bank für Handel und Industrie mitgetheiltes Reskript des preussischen Finanzministers vom 3. September c. instruiert die Behörden dahin, daß sie der Regel nach den Stempelabdruck auf die obere linke Ecke der Schauffeite setzen sollen. Tragen ausländische Papiere an jener Stelle bereits Abdrücke, so soll der Stempel an einer anderen freien Stelle der Schauffeite, und erst in Ermangelung einer solchen auf der Rückseite aufgedruckt werden. Die Handelskammer-Konferenz vom 18. Nov. 1881 bejaht deshalb die Frage, ob Papiere, die auf der Rückseite gestempelt sind, lieferbar seien, da die Stelle, wo der Stempel-Abdruck hin kommt, nach diesem Reskripte mit Recht als ein internum der Verwaltung anerkannt ist, und die Rechtswirksamkeit des Stempel-Abdrucks nicht von der Stelle abhängt, auf welcher sich der Abdruck befindet.

Zu 2a bis 2c.

Girk.-Vers. des Preuss. Fin.-Min. vom 22. Oktbr. 1881. Die Formulare zu den Pfandbriefen des Danziger Hypotheken-Vereins, sowie der Westpreussischen General-Landschaft und der Neuen Landschaft in Marienwerder können auf Antrag schon vor der Ausfertigung der Pfandbriefe gegen Entrichtung der tarismässigen Abgabe in Vorrath abgestempelt werden, sofern in den Formularen der Betrag des Nennwerths, die Seriennummer (Littera), Nummer und der Ausstellungsort, sowie die für die Anwendbarkeit des Tariffahes maßgebenden Theile des Textes in einer nachträgliche Veränderungen ausschließenden Art bezeichnet sind, oder doch der Ausstellungsort nach erfolgter Verwendung der Formulare angezeigt wird.

Unter gleichen Bedingungen ist auch die Abstempelung von Formularen zu den Obligationen anderer ähnlicher Institute zulässig.

Cirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 9. Novbr. 1881.

Werden ausländische Werthpapiere, auf denen die ersten Stempelabdrücke mangelhaft waren und sich inzwischen verwischt haben oder sonst unkenntlich geworden sind, mit dem Antrag auf nochmalige Abstempelung vorgelegt, so ist dem stattzugeben, wenn mit der neuen Anmeldung zugleich die Quittung über die für die erste Abstempelung entrichtete Reichsstempelabgabe eingereicht wird und irgend welche Bedenken gegen die Richtigkeit der Angaben des Antragstellers nicht bestehen. — Die Quittung verbleibt vorläufig als Belag beim Anmeldungsregister, nach dessen Revision sie dem Antragsteller auf Verlangen zurückzugeben ist. Eine nochmalige Erhebung der Reichsstempelabgabe findet nicht statt.

A. B. d) Auf Antrag und auf Kosten des Steuerpflichtigen kann der Aufdruck des Reichstempels auf die Werthpapiere auch bei der Reichsdruckerei erfolgen. Der Antrag ist in der Anmeldung (Nr. 2a) zu stellen. Die Steuerstelle zieht den Abgabebetrag und einen die Kosten der Abstempelung deckenden Vorschuß von dem Steuerpflichtigen ein, und ersucht unter Beifügung eines, gemäß der Vorschrift unter 2b mit Quittung über Abgabe oder Vorschuß versehenen Exemplars der Anmeldung die Reichsdruckerei um Abstempelung der Werthpapiere. Der Antragsteller hat für die Einsendung der Werthpapiere an die Reichsdruckerei zu sorgen und empfängt dieselben von dort unmittelbar zurück. Hin- und Rücksendung erfolgen auf seine Gefahr und Kosten.

Der Steuerstelle theilt die Reichsdruckerei eine Bescheinigung, daß die Abstempelung in Uebereinstimmung mit der zurückzusendenden Anmeldung erfolgt ist, unter Benachrichtigung von dem Betrage der Kosten der Abstempelung mit. Die Steuerstelle nimmt diese Bescheinigung zu den Belägen ihres Registers und rechnet nunmehr mit dem Steuerpflichtigen über den Vorschuß unter Rückzahlung des etwaigen Ueberschusses ab. Nach Verichtigung der Kosten erhält der Steuerschuldner ein mit Quittung (Nr. 2b) versehenes Exemplar der Anmeldung zurück.

Ersieht die Reichsdruckerei aus der übersandten Quittung, daß der Vorschuß die Kosten nicht deckt, so hat sie die Steuerstelle hiervon alsbald und vor der Rücksendung der abgestempelten Werthpapiere behufs unverzüglicher Einziehung des fehlenden Betrages zu benachrichtigen.

Cirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 29. Octbr. 1881.

III. 14084. Mit Bezug auf Nr. 2d der „Ausf. Vorschr.“ und auf Ziffer 6, Absatz 4 der „Bestimmungen“ des Bundesraths vom 7. Juli 1881, wonach die Reichsdruckerei auf entsprechende, an die Steuerstelle zu richtende Anträge der Steuerpflichtigen die Abstem-

pelung von Werthpapieren und von Formularen zu Schlußnoten und Rechnungen zu übernehmen hat, wird die Reichsdruckerei für die Abstempelung:

1. von 100 Stück Werthpapieren 1 M., wobei jedes angefangene Hundert als voll gilt,
2. von Schlußnoten und Rechnungen,
  - a) bei Mengen bis zu 400 Stück 1 M.,
  - b) für jedes volle oder angefangene Hundert mehr 0,25 M. in Rechnung stellen.

Der danach zur Deckung der Abstempelungskosten zu berechnende Betrag des Kostenvorschlusses ist sogleich nach dem Eingang etwaiger Anträge auf Abstempelung von Schriftstücken der vorbezeichneten Art bei der Reichsdruckerei, von den Antragstellern einzufordern.

Die Bestimmungen unter 2d der „Ausf. Vorschr.“ finden auf gleichartige Anträge hinsichtlich der Formulare zu Schlußnoten und Rechnungen, unter Berücksichtigung der daselbst unter Nr. 9, Absatz 2 und 3 für die Abstempelung der Formulare bei den Steuerstellen ertheilten Weisungen (namentlich wegen der überschreitenden Exemplare) sinngemäße Anwendung.

Cirk.-Vers. des Preuss. Fin.-Min. vom 15. Decbr. 1881 III. 16943. Die Anmeldungen zur Versteuerung von Werthpapieren, deren Abstempelung auf Antrag der Steuerpflichtigen durch die Reichsdruckerei erfolgen soll, dürfen nur von denjenigen Steuerstellen angenommen und erledigt werden, welche selbst zur Abstempelung solcher Werthpapiere ermächtigt sind. Anträge der gedachten Art werden nur selten, hauptsächlich dann gestellt werden, wenn bei großen Emissionen von Werthpapieren die letzteren bei der Reichsdruckerei gefertigt werden, oder die emittirende Anstalt auf einen besonders guten Abdruck der Stempelzeichen Werth legen möchte.

N. B. e) Nach jeder Einzahlung auf die in den Tarifnummern 1 bis 3 bezeichneten Werthpapiere sind die Interimsscheine nach den Vorschriften unter Nr. 2a bis 2d zur Abstempelung vorzulegen. Die letztere erfolgt nach den für die Abstempelung der vollgezahlten Werthpapiere getroffenen Bestimmungen unter Ausdruck desselben Stempels (2c) bei dem Quittungsvermerk über die jeweilige Einzahlung; dabei ist zugleich der Ort und die Zeit der Abgabenerhebung vermittels eines Stempels ersichtlich zu machen.

Der wiederholten Vorlegung und Abstempelung der Interimsscheine bedarf es indessen bei inländischen Werthpapieren nicht, wenn bei der erstmaligen Vorlegung der Interimsscheine die volle tarifmäßige Abgabe für die vollgezählten Stücke und die ganze Emission im voraus entrichtet worden ist. In Fällen berartiger

Vorauszahlungen der Steuer sind die Interimsscheine unter dem Reichsstempel-Abdruck mit folgendem Vermerk zu versehen:

Vollzahlung ist voraus besteuert

.....den.....ten.....18.....

(Firma, Unterschrift und Amtsstempel der abstempelnden Steuerstelle).“

§ 3. Wer Werthpapiere der unter den Tarifnummern 1 bis 3 bezeichneten Art innerhalb des Bundesgebiets ausgibt, veräußert, verpfändet, oder ein anderes Geschäft unter Lebenden damit macht, oder Zahlung darauf leistet, bevor die Verpflichtung zur Versteuerung erfüllt oder in den in der Befreiung zur Tarifnummer 1 und den unter Tarifnummer 2 lit. cc und 3 lit. b bezeichneten Fällen den Kontrollvorschriften des Bundesraths genügt ist, verfällt in eine Geldstrafe, welche dem fünfundzwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark für jedes Werthpapier beträgt.

Diese Strafen treffen besonders und zum vollen Betrage jeden, der als Kontrahent oder in anderer Eigenschaft an der Ausgabe, Veräußerung, Verpfändung oder an dem sonstigen Geschäft theilgenommen hat.

Dieselben Personen sind für die Entrichtung der Steuer solidariß verhaftet.

Motive: S. 27. Die Ausdrücke „aushändigen“ und „ausgeben“ sollen sowohl das Ausgeben (Emittiren) als das Uebergeben, Einhändigen bezeichnen.

Motive (Druckf. Nr. 59 S. 27): „Die Strafandrohung gegen diejenigen, welche auf unversteuerte stempelpflichtige Werthpapiere Zahlung leisten, bezieht sich nur auf Zahlungen, welche auf das betreffende Werthpapier selbst geleistet werden, nicht auch auf den Fall der Einlösung der demselben beigefügten Kopons.“

Es ist nicht überflüssig, die Betheiligten durch die Strafandrohung im zweiten Absätze des § 3 auf die Unzulässigkeit der dort bezeichneten Manipulationen besonders aufmerksam zu machen,

wenn auch die Strafbarkeit schon aus dem ersten Absätze des Paragraphen folgt.

Daß durch die Hingabe fremder Effekten zur bloßen Verwahrung, oder die Zurücknahme aus solcher die Stempelpflichtigkeit nicht begründet wird, bedarf kaum der Erwähnung."

Die Regierungsvorlage hatte in diesem Paragraphen auch denjenigen mit Strafe bedroht, der zum Zwecke der Hinterziehung des Stempels den Tag der Ausstellung unrichtig auf der Urkunde vermerkt oder an diesem Vermerk theilnimmt. Die betreffende Bestimmung wurde aber auf Antrag der Kommission des Reichstages von dem letzteren gestrichen (Sten.-Ber. V. 2 S. 1350. 1695).

Bericht der Commission des Reichstags. Druck. Nr. 162 S. 8.

Im § 3 glaubte die Commission den 2. Absatz der Regierungsvorlage, sowie im 3. Absatz die Worte „oder an dem unrichtigen Vermerk des Tages der Ausstellung“ streichen zu sollen, da im Tarif die Ausgabe des Papiers anstatt der Ausstellung desselben für die Stempelpflichtigkeit maßgebend sein soll. Im Uebrigen wurde zwar bei diesem Paragraphen der allgemeine Ausdruck „oder in anderer Eigenschaft“ im dritten Absätze bemängelt; nachdem jedoch auf die verschiedenartige Thätigkeit der Bankhäuser bei den Emissionen, welche eine genauere Präzisierung des Ausdrucks unthunlich erscheinen lasse, hingewiesen und konstatiert worden, daß sich der Ausdruck auf Bedienstete, welche nur die Aufträge ihrer Vorgesetzten ausführen, nicht beziehen könne, wurde der erhobene Widerspruch zurückgezogen. Die Anfrage eines Commissions-Mitgliedes, ob die Ausgabe eines Werthpapiers zur Post, welches ins Ausland gehe, als eine Ausgabe oder Aushändigung im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei, wurde seitens der Vertreter der Regierung mit dem Bemerken verneint, daß, wenn die Ausgabe an einen ausländischen Käufer durch die Post und nicht z. B. an einen Bevollmächtigten oder Agenten des Empfängers im Inlande erfolge, die Stempelung nicht erforderlich sei.

Die Aufgabe eines ins Ausland gehenden Werthpapiers zur Post ist als eine Ausgabe oder Aushändigung im Sinne des Gesetzes nicht zu betrachten, vorausgesetzt, daß die direkte Ausgabe an einen ausländischen Käufer durch die Post und nicht z. B. an einen Bevollmächtigten oder Agenten des Empfängers im Inlande erfolgt. — Der allgemeine Ausdruck „oder in anderer Eigenschaft“ im 2. Absätze bezieht sich auf Bedienstete, welche nur die Aufträge ihrer Vorgesetzten ausführen, nicht. Bericht der Reichstags-Kommission S. 8.

Wenn ein Institut vor dem Inkrafttreten des Gesetzes Werthpapiere emittirt und eine Anzahl derselben für den eigenen Reservefonds angekauft hat, so unterliegt die spätere Veräußerung dieser letzteren Papiere nicht der Stempel-Ausgabe, da alsdann eine Ausgabe (Emission im Sinne des Gesetzes) nicht vor-

liegt. Erklärung des Berichterstatters im Reichstage. Stenograph. Bericht S. 1350.

Die Stempelstrafe wird so oft bezahlt, als schuldige Kontravenienten vorhanden sind, der eigentliche Stempel („Steuer“, Abs. 3 des § 3) aber nur einmal. Die mehreren Kontravenienten haften dafür solidarisch, d. h. einer für alle, alle für einen. — Die Behörde hat die Wahl, von welchem der Kontravenienten sie den hinterzogenen Stempel einziehen will. — Bei Stempelhinterziehungen aller Art besteht der Rechtsatz, „daß zum Thatbestande der Defraude der Nachweis der Defraudationsabsicht nicht erforderlich ist und derselbe als mehr formaler, schon durch die äußeren Thatfachen erfüllt wird.“ Erf. des Reichsgerichts vom 29. Oktober 1881 in Rechtsprechung des Reichsger. III, S. 666.

§ 4. Bevor stempelspflichtige inländische Werthpapiere zur Zeichnung aufgelegt werden, oder zu weiteren Einzahlungen auf solche aufgefordert wird, hat der Emittent hiervon der zuständigen Steuerstelle unter Angabe der Zahl, der Gattung und des Nennwerthes der Stücke oder des Betrages der zu leistenden Einzahlungen nach Maßgabe eines von dem Bundesrath zu bestimmenden Formulars Anzeige zu erstatten.

Wer stempelspflichtige inländische Werthpapiere, welche von einem früheren als dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes datirt sind, nach dem letzterwähnten Zeitpunkte ausgibt, hat jedes Stück mit einem Vermerke zu versehen, aus welchem ersichtlich ist, daß die Ausgabe nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt ist.

Die Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften zieht Geldstrafe im Betrage von fünfzig bis fünfhundert Mark nach sich.

Motive (Druckf. Nr. 59 S. 87): „Diese Bestimmung [§ 4 Abs. 1] bezweckt, den Behörden die Kontrolle der vollständigen Erfüllung der Stempelspflicht, namentlich auch in Bezug auf die successiven Einzahlungen bei Interimscheinen, zu erleichtern. Dieselbe ist auf inländische Werthpapiere beschränkt, da bei ausländischen nach der Natur der Sache eine Kontrolle auf dem bezeichneten Wege doch nur in sehr ungenügendem Maße erzielt werden könnte.“

#### Ausführungs-Vorschriften zu § 4.

7. Die im § 4 Absatz 1 des Gesetzes vorgeschriebenen Anzeigen sind nach dem Formular d (siehe Anhang Seite 69) zu erstatten und an diejenige Steuerstelle abzugeben, bei welcher die Versteuerung der Werthpapiere erfolgen soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Werthpapiere demnächst bei einer anderen Steuerstelle versteuert werden; in diesem Falle hat der Steuerpflichtige derjenigen Steuerstelle, bei welcher die vorläufige Anmeldung erfolgt ist, von der bei der betreffenden anderen Steuerstelle erfolgten Versteuerung alsbald nach Vornahme der letzteren unter Vorlage der erforderlichen Beweismaterialien Anzeige zu erstatten.

8. Den im § 4 Absatz 2 des Gesetzes vorgeschriebenen Vermerk hat der Emittent auf den Werthpapieren so anzubringen, daß der Reichsstempel neben, über oder unter demselben aufgedruckt werden kann.

Berichterstatte Abg. Büsing (Sten. Ber. S. 1350): Wie Sie sehen, hat die Kommission in § 4 einen zweiten Absatz aufgenommen, der eine Folge dessen ist, daß die Kommission nicht das Gewicht auf die Ausstellung, auf das Datum der Urkunde gelegt hat, sondern auf die Art der Ausgabe derselben, also der Emission. Der Fall ist ja leicht möglich, daß Papiere, die mit einem älteren Datum versehen sind, erst unter der Herrschaft dieses Gesetzes zur Ausgabe gelangen; diese würden nach der Regierungsvorlage stempelfrei gewesen sein. Das wollten wir nicht, sondern sie sollten unter den Reichsstempel fallen. Nun aber war der zweite Fall denkbar, daß solche Papiere theilweise schon vor Inkrafttreten dieses Gesetzes zur Ausgabe gelangt seien, theilweise erst unter der Herrschaft des Reichsgesetzes zur Ausgabe gelangen würden. Da mußten wir nun, um das Publikum vor Irrthümern zu schützen, die Bestimmung aufnehmen, daß dann ein Vermerk auf das Schriftstück zu setzen ist, durch welchen ersichtlich gemacht wird, daß die Ausgabe erst nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschehen sei, weil sonst das Publikum nicht wissen kann, ob es bei solchen Papieren, die das gleiche Datum tragen, ein richtig gestempeltes Stück in Händen hat oder nicht. Nun könnte noch folgender Fall zweifelhaft sein. Wenn ein Institut ein Papier emittirt hat vor Inkrafttreten dieses Gesetzes und es hat sich von diesem Papiere selbst für seinen Reservefonds eine Anzahl Stücke angekauft, und es will aus diesem Reservefonds demnächst Stücke veräußern, da könnte die Frage aufkommen, ob diese Stücke dem Reichsstempel unterliegen oder nicht. Ich möchte die Frage dahin beantworten, daß diejenigen Stücke, die das emittirende Institut von seinen eigenen Papieren angekauft hat für den Reservefonds, daß die schon ausgegeben sind im Sinne des Gesetzes, also nicht der Reichsstempelsteuer unterliegen können, wenn sie später wieder veräußert werden; denn der Akt der Ausgabe ist früher

geschehen und es kann keinen Unterschied machen, ob ein Dritter die emittirten Papiere gekauft hat oder ob das emittirende Institut einen Theil zwecks Belegung seines Reservefonds selbst übernommen und behalten hat. Eine spätere Veräußerung der letzteren kann demnach nicht als eine Emission im Sinne des Gesetzes betrachtet werden.

**Cirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 3. December 1881. III. 16522.** Die vor dem 1. Oktober vollgezählten inländischen Werthpapiere, welche den Preussischen Landesstempel tragen, bedürfen des im § 4 Absatz 2 des Gesetzes vom 1. Juli 1881 vorgeschriebenen Vermerkes nicht, wohl aber die dem Reichsstempel unterworfenen, soweit es noch ausführbar ist.

§ 5. Die der Reichsstempelsteuer unterworfenen Werthpapiere unterliegen in den einzelnen Bundesstaaten keiner weiteren Stempelabgabe (Zare, Sportel u. s. w.).

Auch ist von der Umschreibung solcher Werthpapiere in den Büchern und Registern der Gesellschaft *ac.*, sowie von den auf die Werthpapiere selbst gesetzten Uebertragungsvermerken (Indossamenten, Cessionen u. s. w.) eine Abgabe nicht zu entrichten.

Im übrigen, insbesondere hinsichtlich der Urkunden über Eintragungen in dem Hypothekenbuche (Grundbuche), bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften unberührt.

Motive S. 27. Die Vorschrift in Absatz 2, wonach von den auf die betreffenden Effekten selbst gesetzten Uebertragungsvermerken (Indossamenten, Cessionen u. s. w.) von den einzelnen Bundesstaaten keine Stempel-Abgabe erhoben werden darf, bezieht sich nicht auch auf solche Vermerke, wodurch solche Effekten außer oder wieder in Kurs gesetzt werden (Reinkulirungen, Devinkulirungen).

Aus dem Bericht der Kommission des Reichstages (Druck. Nr. 162 S. 9): „Nach § 5 Absatz 1 sollen die der Reichsstempelsteuer unterworfenen Werthpapiere in den einzelnen Bundesstaaten keiner weiteren Stempelabgabe unterliegen. Die Fassung „in den einzelnen Bundesstaaten“ (statt: von denselben) wurde aufrecht erhalten, nachdem darauf hingewiesen, daß nicht blos Abgaben, welche von Bundesstaaten, sondern auch solche, welche von anderen in einzelnen Bundesstaaten dazu Berechtigten erhoben würden, zur Frage ständen. Im Uebrigen wurde von einem Mitgliede darauf aufmerksam gemacht, daß der Absatz 1 des § 5 nur eine nochmalige Stempelabgabe für die Werthpapiere selbst aus-

schließe; in Bayern z. B. bestehe eine Steuer für das Statut der Aktiengesellschaften; bleibe die Fassung der Vorlage bei Bestand, so trete eine Doppelbesteuerung ein, einmal eine Besteuerung des Statuts seitens des Bundesstaats, und zweitens eine Besteuerung der Aktien seitens des Reiches. Es wurde daher der Antrag gestellt, im ersten Absatz des § 5 hinter „Werthpapiere“ die Worte einzufügen:

„sowie die Gesellschaftsverträge über Begründung von Aktiengesellschaften, deren Aktien oder Aktienanteile der Reichsstempelsteuer unterworfen sind“.

Zur Begründung dieses Antrages wurde noch hervorgehoben, daß der ganze Absatz 1 hinfällig werde, wenn man den Einzelstaaten gestatte, in anderer Form noch andere Steuern neben der Reichssteuer auf Aktien zu legen. Dem gegenüber wurde geltend gemacht, daß das Eingreifen in die landesgesetzliche Besteuerung nicht über das notwendige Maß auszudehnen sei; die Steuer auf das Statut sei eine besondere Gebühr für die Bildung der Gesellschaften und die dabei sich vollziehende Mutation von Vermögenswerthen, welche mit dem Emissionsstempel auf Aktien nichts zu thun habe. Bei der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt und § 5 nach der Regierungsvorlage genehmigt.

Da inländische, auf den Inhaber lautende und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer, sowie der Grundkredit- und Hypothekenbanken, wie auch Interimsscheine auf diese Werthpapiere, nach Nr. 3 des Tarifs einem Werthstempel von 1 vom Tausend unterliegen, sind auch die Pfandbriefe der landeschaftlichen Kredit-Institute und der vorgenannten Banken dieser Abgabe unterworfen. Um wie bisher, bei Anwendung des preussischen Stempel-Ansatzes eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, bestimme ich, daß von denjenigen Schuldverschreibungen, auf Grund deren solche Pfandbriefe demnächst ertheilt werden, der preussische Werthstempel für Schuldverschreibungen nicht zu erheben ist. Bfg. des kgl. Preuss. Finanz-Ministers vom 23. Sept. 1881.

Die Vorschrift im § 5 Absatz 2 findet auf Uebertragungs=Vermerke keine Anwendung, welche auf inländische, vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgegebene Aktien gesetzt werden. Die Befreiung zur Tarifnummer 1 bezweckt nur, den Zeitpunkt des Beginns der Stempelspflichtigkeit festzustellen und eine rückwirkende Anwendung des Gesetzes auszuschließen. Für die Bemessung der Höhe der Reichs-Stempelabgabe von Aktien ist die Erwägung maßgebend gewesen, daß spätere Uebertragungen in der Regel (bei Aktien auf den Inhaber u. s. w.) stempelfrei bleiben. Folgerichtig mußte der allgemeinen Besteuerung der nach dem 1. Oktober 1881 ausgegebenen Aktien mit der erhöhten Abgabe eine gesetzliche Vorschrift entsprechen, wonach Uebertragungen der mit dieser

erhöhten Abgabe belegten Aktien auch dann stempelfrei bleiben, wenn sie sich ausnahmsweise in Formen vollziehen, welche die Anwendung der landesgesetzlichen Stempel-Abgaben rechtfertigen würden. Lediglich diesen Zweck verfolgt der Absatz 2 des § 5; ihm entspricht der Wortlaut, der nur Uebertragungs-Vermerte auf den „der Reichs-Stempelsteuer unterworfenen“ Aktien befreit. Diese Bestimmung auf Cessionen anzuwenden, welche auf im Jahre 1857 emittirte, mit  $\frac{1}{12}$  %, also dem 6. Theile der Reichs-Stempelabgabe, versienerte Aktien gesetzt werden, würde weder dem Wortlaute oder Zwecke des Gesetzes entsprechen, noch durch die Gerechtigkeit geboten sein. Bsg. des Preuß. Finanz-Ministers v. 21. Dezbr. 1881.

Tarif zum Reichsstempel-Abgaben-Gesetz.

Satz. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß		Berechnung der Stempelabgabe
		M.	vom 100 1000	
	I. Aktien, Renten- und Schuld- verschreibungen.			
1.	a) Inländische Aktien und Aktienantheilscheine, sowie Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere.			
	b) Ausländische Aktien und Aktienantheilscheine, wenn sie innerhalb des Bundesgebiets ausgehändigt, veräußert, verpfändet, oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimsscheine über Einzahlungen auf Werthpapiere . . .			
	Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.		5	vom Nennwerthe, bei Interimsscheinen vom Betrage der beiseite- gelassenen Einzahlungen und zwar in Abständen von 50 Pfennig für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	Befreit sind: alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen inländischen Aktien und Aktienantheilscheine, sowie die inländischen Interimsscheine und nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen Aktien			Die für die Interimsscheine nachweislich gezahlten Steuerbeträge werden auf die demnächst etwa fällig wer-

Zauf. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		M.	100	1000	
	in Ansehung der vor diesem Zeitpunkt geleisteten Einzahlungen, sofern wegen dieser Aktien den vom Bundesrath zu erlassenden Kontrollvorschriften genügt wird.				denke Steuer für die Aktien zc. angerechnet. Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	<b>Ausnahme:</b> Werden ausländische Werthpapiere der vorbezeichneten Art, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegeben sind, innerhalb 90 Tagen nach diesem Zeitpunkt zur Stempelung vorgelegt, so beträgt die Stempelabgabe für jedes Stück 50 Pfennig.				

### A. Abschnitt I des Tarifs (Aktien, Renten und Schuldverschreibungen).

Zu Tarifnummer 1.

#### Ausführungs-Vorschriften.

Zu § 2 und Satz 2 bezw. 3 der letzten Spalte der Tarifnummern 1 und 2.

3. Für die zur Besteuerung angemeldeten Aktien und sonstigen Werthpapiere ist der volle tarifmäßige Betrag der Reichs-Stempelabgabe von der Steuerstelle auch dann zu berechnen und festzustellen, wenn für die ausgegebenen Interimsscheine schon eine Reichs-Stempelabgabe entrichtet worden ist. Behufs Anrechnung der letzteren auf die Steuer für die definitiven Stücke hat der Steuerpflichtige in der Anmeldung den Betrag der einzelnen auf die Interimsscheine geleisteten Einzahlungen und die dafür gezahlten Abgabenbeträge, sowie den Ort und die Zeit der stattgehabten Steuererhebungen anzugeben und die abgestempelten Interimsscheine mit den abzustempelnden Werthpapieren vorzulegen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der beantragten Anrechnung nichts zu erinnern, so erfolgt die Einzahlung des für die Aktien zc. etwa noch

zu erlegenden Abgabebetrages, die Quittungsleistung und die Abstempelung der Papiere nach den Bestimmungen unter Nr. 2b bis 2d.

Auf der Anmeldung (Nummer 2a) hat die Steuerstelle

- a) den Betrag der nach dem Nennwerthe der einzelnen Stücke und dem Tarif überhaupt zu entrichtenden Abgabe,
- b) die für die Interimscheine bereits entrichteten Abgabebeträge und
- c) die zur Ergänzung der tarifmäßigen Abgabe eingezahlte Summe

ersichtlich zu machen.

Auf den Interimscheinen sind vor deren Rückgabe die Stempelzeichen durch Ausschneiden oder Durchlöchen, mit Genehmigung der Directivbehörde auch in anderer sichernder Art, zu vernichten; die Vernichtung ist auf der Anmeldung zu bescheinigen.

Unter den von der Steuerstelle vorzuschreibenden Bedingungen dürfen die abgestempelten Interimscheine behufs Feststellung der anzurechnenden Abgabebeträge und Vernichtung der Stempelzeichen auch vor der Vorlegung der abzustempelnden definitiven Stücke vorgelegt werden.

Insofern die abgestempelten Interimscheine nicht spätestens gleichzeitig mit den abzustempelnden definitiven Stücken vorgelegt werden können, darf der Steuerpflichtige, unter Angabe des auf die betreffenden Interimscheine zur Einzahlung gelangten Capitals und des hierfür bereits entrichteten Steuerbetrages, sich die Vorlegung der abgestempelten Interimscheine zum Zwecke der Anrechnung der gezahlten Steuer in der Anmeldung vorbehalten. Die Steuer ist in Höhe desjenigen Betrages, dessen Anrechnung in Anspruch genommen wird, sicherzustellen, oder auf Verlangen der Steuerbehörde zu deponiren. Die Sicherstellung erfolgt durch Niederlegung courshabender inländischer Werthpapiere; Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten werden zum Nominalwerth, bei niedrigerem Course aber zum Coursverth, sonstige Werthpapiere der bezeichneten Art aber in Höhe des bei der Reichsbank beleihbaren Theilbetrages als Caution angenommen werden. Den Papieren sind die Talons und Zinscheine beizufügen; es steht jedoch den Steuerpflichtigen frei, die innerhalb des ersten Jahres fälligen Zinscheine zurückzubehalten. Seitens der Steuerstelle ist auf dem dem Anmeldenden zurückzugebenden Exemplare der Anmeldung unter Bezugnahme auf den gemachten Vorbehalt die erfolgte Sicherheitsbestellung bezw. Deposition zu bescheinigen und ein entsprechender Vermerk im Anmeldeungsregister zu machen, im Uebrigen aber nach der Bestimmung im ersten Absatz dieser Ziffer zu verfahren. Die Vorlegung der Interimscheine hat innerhalb eines Jahres nach der Rückgabe der abgestempelten definitiven Stücke, den Tag der Rückgabe nicht mitgerechnet, bei der Steuerstelle zu erfolgen. Aus besonderen Gründen kann die Steuerbehörde eine Verlängerung dieser Frist bewilligen. Bei der Vorlegung der Interimscheine hat der

Steuerpflichtige den Betrag der einzelnen auf die letzteren geleisteten Einzahlungen und die darauf gezahlten Abgabebeträge sowie den Ort und die Zeit der stattgehabten Steuererhebungen anzugeben, auch das oben bezeichnete Exemplar der Anmeldung mitbeizufügen. Findet sich gegen die Zulässigkeit der Anrechnung Nichts zu erinnern, so hat die Steuerstelle wegen der Vernichtung der Stempelzeichen auf den Interimscheinen (Absatz 2 dieser Ziffer) und wegen entsprechender Rückgabe der bestellten Sicherheit bezw. des deponirten Steuerbetrages das Weitere zu veranlassen, insbesondere auch die zugestandene Anrechnung auf dem mitvorgelegten und zurückzugebenden Exemplar der Anmeldung, sowie auf dem als Belag bei der Steuerstelle verbliebenen Exemplare und im Anmeldungsregister zu vermerken. Nach Ablauf der Frist ist der rückständige durch Anrechnung nicht getilgte Theil der Steuer zur Erhebung zu bringen.

Insofern in Folge der früheren Art der Abstempelung aus den auf den Interimscheinen befindlichen Steuerstempeln der Ort und die Zeit der stattgehabten Abgabenerhebung nicht ersichtlich sind, bedarf es einer bezüglichen Angabe seitens des Steuerpflichtigen nicht. Auf Verlangen der Steuerstelle sind indessen vor Bewilligung der Anrechnung des tarifmäßigen Abgabebetrages die Quittungen über die anzurechnenden Beträge beizubringen.

### **Befreiung.**

Zu § 2 und zur Tarifnummer 1.

4. Wird beansprucht, daß für inländische Aktien, auf welche vor dem 1. Oktober 1881 Einzahlungen stattgefunden haben, die Reichs-Stempelabgabe nur für die von dem genannten Tage ab geleisteten Einzahlungen erhoben werde, so ist in der Anmeldung der Aktien zur Versteuerung (Nummer 2a) außer dem Nennwerthe der einzelnen Stücke auch der Betrag und die Zeit der auf dieselben geleisteten Einzahlungen anzugeben und sind zugleich die Beweise für diese Angaben beizubringen. Der Beweis ist namentlich auch darauf zu richten, daß die Einzahlungen auf alle nunmehr zur Ausgabe gelangenden Aktien geleistet wurden und nicht etwa ein Theil derselben noch unbegeben in den Händen des Emittenten war.

Die Direktiv-Behörde bestimmt über die Höhe der zu versteuernden Einzahlungen und der Abgabe.

Wegen der Quittung über die erhobene Abgabe, der Abstempelung und der Rückgabe der abgestempelten Aktien finden die Bestimmungen unter b bis d sinngemäße Anwendung. In der Quittung über den gezahlten Abgabebetrag ist außer dem Nennwerthe der Aktien auch der Betrag der der Abgabe nicht unterworfenen Einzahlungen anzuführen. Ist die Vollzahlung des Interimscheins vollständig bereits vor dem 1. Oktober 1881 erfolgt und über einen Abgabebetrag nicht zu quittiren, so ist das zurück-

zugebende Exemplar der Anmeldung mit entsprechender Bescheinigung zu versehen.

Auf ausländische Aktien und auf inländische Renten- und Schuldverschreibungen findet die Befreiung der vor dem 1. Oktober 1881 geleisteten Einzahlungen keine Anwendung.

**Cirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 21. Decbr. 1881.**  
III. 17132.

- b) Die Befreiung zur Tarifnummer 1 bezweckt nur den Zeitpunkt des Beginns der Stempelpflichtigkeit festzustellen und eine rückwirkende Anwendung des Gesetzes auszuschließen.

Wenn die Genußscheine der Warschau-Wiener Eisenbahngesellschaft dem Inhaber außer dem auf die verlooste und amortisirte Stammaktie fallenden Gewinnantheil auch noch „dieselben Rechte, wie dem Inhaber nicht amortisirter Aktien“ gewähren, so sind sie als Aktien im Sinne der Tarifnummer 1 zu versteuern. Vfg. des Kgl. Preuß. Finanz-Ministers vom 26. Dezember 1881. Preuß. Centralbl. 1882. S. 8.

**Cirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 27. August 1881.**  
III. 12071.

Prioritäts-Aktien, welche einen Anspruch auf Gewinn-Antheil haben, gehören nicht zu den Renten- und Schuldverschreibungen; sie sind als Aktien zu versteuern.

Die Aktien und Obligationen von Eisenbahn- und anderen Aktiengesellschaften, welche ihren Sitz im Auslande haben, sind auch dann als ausländische im Sinne der Tarifnummern 1b und 2b zu erachten, wenn sie im Bundesgebiet ausgestellt sind und wenn die Unternehmung, welche die Gesellschaft betreibt, ganz oder theilweise im Bundesgebiet liegt. Vfg. des Kgl. Preuß. Finanz-Ministers vom 22. Dezember 1881. Preuß. Centralbl. 1882, S. 8.

Ausländische ausgeloste oder zur Rückzahlung gekündigte Werthpapiere der unter den Tarifnummern 1 und 2 bezeichneten Art müssen versteuert werden, bevor sie im Bundesgebiete zur Rückzahlung präsentirt werden dürfen. Vfg. des Kgl. Preuß. Finanz-Ministers vom 10. Okt. 1881. Preuß. Centralblatt S. 377.

Ausländische Werthpapiere, welche in einer untheilbaren Urkunde mehrere Aktien oder Obligationen, mit Angabe der Nummern derselben, verbrieft enthalten, sind im Sinne des Gesetzes als ein Stück anzusehen; die Stempel-Abgabe von einem solchen Werthpapiere ist daher nur mit dem einfachen Betrage von 50 bzw. 10 Pf. zu entrichten. Vfg. des Kgl. Preuß. Finanz-Ministers vom 12. Sept. 1881. Preuß. Centralblatt S. 350.

**Beschluß des Bundesraths vom 19. Januar 1882.** An die Stelle der in den Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom

12. November 1879 (R.-G.-Bl. S. 663) und vom 10. April 1880 (R.-G.-Bl. S. 190) enthaltenen Bestimmungen haben die nachfolgenden zu treten:

Behufs Umrechnung der in einer anderen als der Reichswährung ausgedrückten Summen zum Zwecke der Berechnung der Wechselstempelsteuer, bezw. der Reichsstempelabgabe von ausländischen Aktien, Renten- und Schuldverschreibungen werden für die nachstehend bezeichneten Währungen die dabei bemerkten, allgemein zum Grunde zu legenden Mittelwerthe bis auf weiteres festgesetzt:

1 süddeutscher Gulden, sowie ein Gulden niederländischer Währung . . . . .	1,70 M.
1 Mark Banco . . . . .	1,50 "
1 österreichischer Gulden (Silber oder Papier) . . . . .	1,70 "
1 Pfund Sterling . . . . .	20,40 "
1 Frank, Lira, finnische Mark, spanische Peseta Gold . . . . .	0,80 "
1 spanischer Piaster . . . . .	4,00 "
100 spanische Realen . . . . .	21,00 "
1 portugiesischer Milreis . . . . .	4,50 "
1 türkischer Piaster . . . . .	0,18 "
1 rumänischer Piaster . . . . .	0,30 "
1 " Leu . . . . .	0,80 "
1 polnischer Gulden . . . . .	0,33 "
1 russischer Silberrubel . . . . .	2,25 "
1 " Goldrubel . . . . .	3,20 "
100 schwedische, norwegische oder dänische Kronen . . . . .	112,50 "
1 dänischer Ritsdaler . . . . .	2,25 "
1 schwedischer Ritsdaler . . . . .	1,125 "
1 Speciesdaler . . . . .	4,50 "
1 amerikanischer Dollar . . . . .	4,25 "

(cfr. „Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. Februar 1882“ im R.-G.-Bl. Nr. 5, und im Reichs-Anz. Nr. 30. beide vom 3. Februar 1882.)

Beschluß des Bundesraths vom 5. Juli 1882. (R.-G.-Bl. Nr. 28, S. 336.) Zur Beseitigung von Zweifeln und Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung und Anwendung des R.-St.-M.-G. vom 1. Juli 1881 hat der Bundesrath in seiner Sitzung vom 5. Juli 1882 nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1. Genußscheine und ähnliche zum Bezuge eines Antheils an dem zur Vertheilung gelangenden Reingewinn einer Aktienunternehmung berechtigende Werthpapiere sind, wenn dieselben dem Eigenthümer oder Inhaber auch einen verhältnißmäßigen Antheil an dem Vermögen der Gesellschaft gewähren, wie Aktien, bezw. Aktienantheilscheine zu besteuern, wenn dies nicht der Fall ist, als Schuldverschreibungen.

Als Kapitalwerth der letzteren ist zutreffenden Falles der 25fache Betrag der durchschnittlichen Jahresrente, event. der Courswerth und falls ein solcher nicht besteht, der Schätzungswertb anzusehen.

**Tarif No. 2.**

Nr. Satz.	Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz			Berechnung der Stempelabgabe
		M.	100	vom 1000	
2.	<p>a) Inländische, für den Handelsverkehr bestimmte Renten- u. Schuldverschreibungen (auch Partialobligationen), sofern sie nicht unter Nr. 3 fallen, sowie Interimscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere,</p> <p>b) Renten- und Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, Korporationen, Aktiengesellschaften oder industrieller Unternehmungen und sonstige für den Handelsverkehr bestimmte ausländische Renten- und Schuldverschreibungen, wenn sie innerhalb des Bundesgebiets ausgehändigt, veräußert, verpfändet, oder wenn daselbst andere Geschäfte unter Lebenden damit gemacht oder Zahlungen darauf geleistet werden sollen, — unter der gleichen Voraussetzung auch Interimscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere . . . . .</p> <p>Die Abgabe ist von jedem Stück nur einmal zu entrichten.</p> <p>Befreit sind:</p> <p>aa) alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen inländischen Renten- und Schuldverschreibungen der oben bezeichneten Art, sowie die In-</p>				<p>2 vom Nennwerthe bei Interimscheinen vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen und zwar in Abstufungen von 20 Pfennig für je 100 Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.</p> <p>Erfolgt die Ausgabe eines vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits landesgesetzlich</p>

Zauf. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Stenerfah		Berechnung der Stempelabgabe.
		M.	vom 100 1000	
	terimscheine in Ansehung der vor diesem Zeitpunkt geleisteten Einzahlungen;			gestempelten inländischen Werthpapiere erst nach diesem Zeitpunkt, so ist dasselbe auch mit dem Reichsstempel zu versehen. Auf letzteren ist jedoch der bezahlte Landesstempel in Anrechnung zu bringen.
	b) Renten- und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, sowie Interimscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere;			Die für Interimscheine nachweislich gezahlten Steuerbeträge werden auf die demnächst etwa fällig werdende Steuer für die Rentenverschreibungen zc. angerechnet. Ist der Kapitalwerth von Rentenverschreibungen aus diesen selbst nicht ersichtlich, so gilt als solcher der 25fache Betrag der einjährigen Rente.
	cc) inländische Renten- und Schuldverschreibungen, welche nur zu dem Zweck des Umtausches aufgestellt werden, sofern den desfalls von dem Bundesrath zu erlassenden Kontrollvorschriften genügt wird;			Ausländische Werthe werden nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umgerechnet.
	dd) die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelten ausländischen Inhaberpapiere mit Prämien.			
	Ausnahme.			
	Werden ausländische Werthpapiere der vorbezeichneten Art, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegeben sind, innerhalb 90 Tagen nach diesem Zeitpunkt zur Stempelung vorgelegt, so beträgt die Stempelabgabe für jedes Stück 10 Pfennig.			

Aus dem Bericht der Kommission des Reichstages (Druck. Nr. 162 S. 23) zu Nr. 2. a, b des Tarifs. „Bezüglich Besteuerung der übrigen inländischen Werthpapiere außer den Aktien, sowie namentlich bezüglich der Besteuerung der sämtlichen ausländischen Papiere gingen die Ansichten in der Kommission weit auseinander. Einverstanden war man jedoch darin, daß bei inländischen Renten- und Schuldverschreibungen die in der Regierungsvorlage enthaltene Beschränkung der Stempelspflichtigkeit auf solche Papiere, welche auf den Inhaber lauten, nicht gerechtfertigt erscheine. Es wurde darauf hingewiesen, daß kein Grund vorliege, die auf den Namen lautenden, durch Blanko-Zession oder

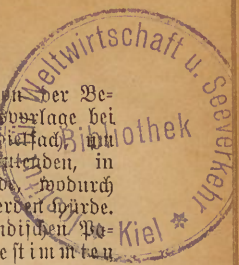
Indossament übertragbaren Werthpapiere dieser Art von der Besteuerung auszuschließen und daß, wenn die Regierungsvorlage bei Bestand bleibe, bei neuen Emissionen voraussichtlich die Papiere von der Steuer zu entgehen, die Form von auf Namen lautenden, in blanco übertragbaren Papieren gewählt werden würde, wodurch der finanzielle Ertrag der Steuer erheblich geschmälert werden würde. Es erscheine daher richtiger, ebenso wie bei den ausländischen Papieren, alle inländischen, für den Handelsverkehr bestimmten Renten- und Schuldverschreibungen mit der Abgabe zu belegen, auch, um jeden Zweifel auszuschließen, die sog. Partialobligationen noch ausdrücklich mit zu erwähnen. Seitens der Vertreter der Regierung wurden zwar gegen diese Erweiterung Bedenken geltend gemacht, namentlich dahin, daß die Fassung zu unbestimmt sei und in der Anwendung zu Zweifeln Anlaß geben könne; man könne z. B. auch die kaufmännischen Verpflichtungsscheine über Geld aus Art. 301 des Handelsgesetzbuches unter diese Fassung subsumiren, was doch gewiß nicht die Absicht sei. Dem gegenüber wurde jedoch hervorgehoben, daß die vorgeschlagene Fassung: „Inländische, für den Handelsverkehr bestimmte Renten- und Schuldverschreibungen“ zu Mißdeutungen nicht wohl Veranlassung geben könne, daß speziell die nach Art. 301 des Handelsgesetzbuches unlaufsähigen Papiere von dieser Fassung nicht getroffen werden könnten, weil dieselben nicht für den Handelsverkehr bestimmt seien, sondern nur möglicherweise für denselben verwendet werden könnten und daß die Auslegung des Gesetzes ja in den Händen der Regierung liege, welche eine derartige, von keiner Seite beabsichtigte Ausdehnung leicht werde verhindern können. Demgemäß genehmigte die Kommission die Erweiterung auf alle inländischen, für den Handelsverkehr bestimmten Renten- und Schuldverschreibungen und änderte auch die Ueberschrift der Position I des Tarifs entsprechend ab.“

Zu Nr. 2 des Tarifs lit. aa bis dd.

Motive. „Durch die Befreiung zu Nr. 1 c sollen auch die Schuldverschreibungen der ausschließlich für Rechnung der Bundesstaaten verwalteten Anstalten der Steuerpflicht entzogen werden.

Die Erleichterung der Umwandlung älterer Renten- und Schuldverschreibungen in Titel, welche auf Reichswährung lauten (Nr. 1 d des Tarifs) bedarf keiner näheren Begründung.“

Die Befreiungsbestimmung sub dd ist auf den Antrag der Kommission des Reichstages von letzterem angenommen worden. Der bezügliche Passus des Kommissions-Berichts (Druck. Nr. 162 S. 7) lautet: „Unter die Befreiungen von der Abgabe der Nr. 2 des Tarifs wurden (nach den Beschlüssen der Kommission) in zweiter Lesung sub dd auch die auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelten ausländischen Inhaberpapiere mit Prämien aufgenommen. Die Kommission ging bei dieser Be-



freierung davon aus, daß die fraglichen Papiere durch die bereits erfolgte Abstempelung die Umlaufsfähigkeit im Inlande erlangt hätten, daß diese Papiere sich namentlich im Besitze kleinerer Leute, denen man Kenntniß der Stempelgesetzgebung nicht zumuthen könne, befänden und daß eine Verpflichtung dieser Besitzer, die oft nur geringe Beträge repräsentirenden Loospapiere nochmals zur Stempelung einzureichen, wenn sie nicht harter Bestrafung ausgesetzt sein wollten, zu großen und ungerechtfertigten Härten führen würde. Sie glaubte, aus diesen Erwägungen den Ausführungen der Regierungsvertreter kein Gewicht beilegen zu können, welche dahin gingen, daß durch die in dem Gesetze vom 8. Juni 1871 angeordnete Abstempelung und Entrichtung einer Kontrolgebühre die ausländischen Prämienpapiere nur eine Ausnahme von dem allgemeinen Verbot, also lediglich die Gleichstellung mit andern ausländischen Werthpapieren beim Umlauf im Bundesgebiet erlangt haben, und daß deshalb eine allgemeine, den letzteren auferlegte Abgabe auch die abgestempelten fremden Inhaberpapiere mit Prämien treffen müsse."

Zu Nr. 2 des Tarifs, letzte Spalte, Abj. 2:

Der Abj. 2 a. a. O. beruht auf den Anträgen der Kommission des Reichstages. — Kommiss.-Bericht (Druck. Nr. 162 S. 7). „Ferner erhielt die Tarifnummer 2 in der Spalte „Berechnung der Stempelabgabe“ einen Zusatz, welcher den Uebergang erleichtern soll. Wenn nämlich ein inländisches Werthpapier, dessen Emission vorbereitet wird und das bereits mit einem landesgesetzlichen Stempel versehen ist, erst nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wirklich zur Ausgabe gelangt, so soll nach dem Beschlusse der Kommission das Papier zwar mit dem Reichsstempel versehen werden, auf letzteren ist jedoch der bezahlte Landesstempel in Anrechnung zu bringen."

Bei den Verathungen im Reichstage hatte ein Reichstags-Abgeordneter unter Hinweisung auf eine im Königreich Sachsen geltende gesetzliche Bestimmung sich eine Erklärung darüber erbeten, ob unter den Worten:

„erfolgt die Ausgabe eines vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits landesgesetzlich gestempelten inländischen Werthpapiers erst nach diesem Zeitpunkt“ u. s. w. auch der Fall mitbegriffen sei, wenn eine wirklich formell landesgesetzliche Stempelung eines Werthpapiers nicht stattgefunden hat, sondern die Landesstempelabgabe in anderer Weise entrichtet worden ist.

#### Ausführungs-Vorschriften.

5. Zu § 2 des Gesetzes und zur Tarifnummer 2. Spalte „Berechnung der Stempelabgabe“ Satz 2.

Wenn die Anrechnung eines, für inländische, nach dem 30. September 1881 ausgegebene Renten- oder Schuldverschreibungen vor dem 1. Oktober 1881 bereits erhobenen Landesstempels

auf die Reichs-Stempelabgabe beansprucht wird, so sind mit der Anmeldung (Nr. 2a) die Beweisstücke (Steuerquittungen u.) über die Höhe des gezahlten landesgesetzlichen Stempels beizubringen, falls diese nicht aus den verwendeten Stempelzeichen zweifellos hervorgeht. Jene Beweisstücke verbleiben als Belege bei der Steuerstelle. In der Anmeldung (2a) ist der für die einzelnen Stücke gezahlte Landesstempelbetrag anzugeben und das Sachverhältniß darzulegen. Die Steuerstelle zieht den Stempelbetrag ein, um welchen der Reichsstempel für jede einzelne Renten- oder Schuldverschreibung den dafür gezahlten Landesstempel übersteigt. Wegen der Abstempelung, der Rückgabe der abgestempelten Werthpapiere und der Quittung über die Abgabe finden die Bestimmungen unter Nummer 2b bis 2d sinngemäße Anwendung. In der Quittung über die erhobene Reichs-Stempelabgabe ist auch der Betrag der für jedes Stück entrichteten Landesabgabe nach trüglich zu vermerken.

6. Zu § 2 des Gesetzes und zur Tarifnummer 2cc und 3b.

Wird für inländische Renten- und Schuldverschreibungen auf Grund der Tarifnummer 2cc oder 3b Befreiung von der Stempelabgabe beansprucht, so ist in der Anmeldung (2a) das Sachverhältniß anzuführen und überdies der Beweis zu führen, daß die auszugebenden Obligationen in der That nur zum Zweck des Umtausches ausgestellt werden, also ohne Veränderung des durch die zurückziehenden Stücke beurkundeten Rechtsverhältnisses. Insbesondere findet die Befreiung keine Anwendung, wenn die neu auszugebenden Renten- oder Schuldverschreibungen von einem andern Schuldner, allein oder mit dem bisherigen Schuldner, ausgestellt werden, zu einem andern Zinssatze verzinslich sind, auf den Inhaber lauten, während die aus dem Verkehr tretenden Stücke auf den Namen lauten u. dgl. m. — Ist der Beweis erbracht, so verfügt die Direktivbehörde Abstempelung der neuen Stücke ohne Abgabenerhebung. Die Verfügung wird Registerbelag. Wegen der Vorlegung der eingezogenen Stücke und der Vernichtung der auf denselben etwa befindlichen Stempelzeichen finden die Vorschriften unter Nr. 3, wegen der Anmeldung der Obligationen und der Abstempelung die Vorschriften unter Nummer 2a bis 2d sinngemäße Anwendung. — Sind die einzuziehenden Stücke versteuert, so ist die Quittung über die gezahlte Abgabe vorzulegen und als Beleg zum Register zu nehmen.

Zu Tarifnummer 2.

Kirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 3. Dezember 1881. III 16429. Nach den angestellten Ermittlungen ist die „Rumänische Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft“ allerdings noch als inländische Aktien-Gesellschaft anzusehen, deren Obligationen nicht unter die Tarifnummer 2b des Gesetzes vom 1. Juli d. J. bzw. nicht unter die Ausnahme zu dieser Tarifnummer fallen.

Zu Tarifnummer 2a.

**Erk.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 5. Dezember 1881.**  
III 16662. Auf den Bericht zc. erwidere ich, daß in der Tarifnummer 2a des Reichsgesetzes vom 1. Juli d. J. bei den Verhandlungen des Reichstages die Worte „für den Handelsverkehr bestimmte Schuldverschreibungen“ an Stelle der im Entwurfe der verbündeten Regierungen enthaltenen Bezeichnung „auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen“ in der Absicht gesetzt worden sind, auch die auf den Namen lautenden, durch Blanko-Cession oder Indossament übertragbaren Werthpapiere dieser Art der Besteuerung zu unterwerfen (Bericht der XII. Kommission, Drucksache Nr. 59 von 1881, Seite 2, letzter Absatz — s. oben S. 106 —).

Die vorgelegten, theils als „Partial Grundschuldbriefe“ theils als „Darlehens-Antheilscheine“ bezeichneten Urkunden enthalten die Erklärung, daß eine namentlich genannte Person in Höhe von 3000 bzw. 1000 oder 600 M. Antheil habe an der im Grundbuche auf das näher bezeichnete Steinkohlenbergwerk eingetragenen Grundschuld, und zwar nach Maßgabe der beigebrachten Bedingungen. Aus diesen Bedingungen geht hervor, daß die in der Urkunde genannte Person ein Darlehen von der dem Nennwerthe entsprechenden Höhe an die Gewerkschaft gegeben, über dessen Verzinsung, Rückzahlung durch Amortisation und einseitige Kündigung nähere Bestimmungen getroffen werden. Die Urkunde soll durch Cession, für welche eine Anzahl Formulare auf der Urkunde vorgedruckt sind, übertragbar sein. Zinscheine, auf den Inhaber lautend, sind beigelegt. Unterzeichnet ist die Urkunde von dem Grubenvorstand und dem Kontrolbeamten. Die Anzahl der ausgegebenen Werthpapiere beträgt 440 bzw. 750 Stück. Daß diese Urkunden nicht Grundschuldbrief-Antheile sind, ergibt schon die Vergleichung mit § 83 der Grundbuch-Ordnung. Sie charakterisiren sich als auf Namen lautende Schuldverschreibungen, welche durch Blanko-Cession übertragbar sind, und nach den im Eingang erwähnten Ausführungen in dem Bericht der Reichstags-Kommission der Besteuerung unterliegen sollen.

Uebrigens bemerke ich noch, daß die Bezeichnung „für den Handelsverkehr bestimmte Werthpapiere“ aus dem Handelsgesetzbuche (Art. 271, 67) in die Tarifnummern 2b, 4a und 4b des Gesetzes und aus diesen in die Tarifnummer 2a übernommen worden ist.

Die Auslegung, welche dieselbe von den Rechtslehrern gefunden hat, und von der bei der Anwendung des Stempelgesetzes nicht ohne zwingende Gründe abzuweichen sein wird, geht dahin, daß die Frage, ob ein Werthpapier für den Handelsverkehr bestimmt ist, nach den Umständen des einzelnen Falles entschieden werden muß, und daß für die Entscheidung nicht die Absicht des Emittenten sondern Form und Inhalt des Werthpapiers, die Handelsmitte, der thatsächliche Umlauf und dergl. maßgebend ist (Goldschmidt,

Handbuch des Handelsrechts, 2. Aufl., Bd. I, Seite 552. — Puchelt, Handelsgesetzbuch, Note 5 zu Art. 271 — Rechner, über Werthpapiere, in Nr. 42 des deutschen Handelsblattes).

Auch von diesem Gesichtspunkte aus sind die vorgelegten Werthpapiere als für den Handelsverkehr bestimmt zu erachten, wie denn auch nach Ihrem Berichte derartige Werthpapiere bei Borsalbörzen, z. B. in Essen zur Notirung gelangen.

Art. 271 des Handelsgesetzbuches lautet:

„Handelsgeschäfte sind:

1. der Kauf oder die anderweite Anschaffung von Waaren oder anderen beweglichen Sachen, von Staatspapieren, Aktien oder anderen „für den Handelsverkehr bestimmten Werthpapieren,“ um dieselben weiter zu veräußern; es macht keinen Unterschied, ob die Waaren oder anderen beweglichen Sachen in Natur oder nach einer Bearbeitung oder Verarbeitung weiter entäußert werden sollen,“ u. s. w.

Art. 67 a. a. O. lautet:

„Die Handelsmäkler vermitteln für Auftraggeber Käufe und Verkäufe über Waaren, Schiffe, Wechsel, inländische und ausländische Staatspapiere, Aktien und andere Handelspapiere, ingleichen Verträge über Versicherungen, Bodmerei, Befrachtung und Miete von Schiffen, sowie über Land- und Wassertransporte und andere den Handel betreffende Gegenstände“ u. s. w.

Beschluß d. Hamburger Stempelsektion vom 15. Oktbr. 1881.  
Nr. 17. Schuldcheine über Vorschüsse für Rechnungen eines Schiffes unterliegen zwar der Reichs-Stempelabgabe nicht; es ist jedoch davon die Hamburgische Stempelabgabe mit 1 per mille des Betrages des Vorschusses zu entrichten.

### Zu Tarifnummer 2b.

Circl.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 18. Oktober 1881.  
III. 14184. Die Steuerbehörden können Anträge, solche ausländischen Inhaberpapiere mit Prämien, welche nicht auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. Juni 1871, betreffend die Inhaberpapiere mit Prämien, abgestempelt worden sind, nach Maßgabe der Tarifnummer 2b. (bezw. der „Ausnahme“ zu Nr. 2b.) des Gesetzes vom 1. Juli d. J. mit dem Stempelaufdruck zu versehen, nicht ablehnen, weil nicht alle nach der Tarifnummer 2b. und § 3 des Reichsstempelgesetzes die vorherige Besteuerung bedingenden Verkehrsakte bezüglich der gedachten Werthpapiere verboten worden sind.

Die Antragsteller sind aber in jedem einzelnen Falle durch die Steuerbehörden und das Publikum durch geeignete Veröffentlichungen

darauß aufmerksam zu machen, daß ausländische Inhaberpapiere mit Prämien, welche nach Maßgabe des Gesetzes vom 1. Juli 1881 abgestempelt sind, den Verkehrssbeschränkungen des Gesetzes vom 8. Juni 1871 \*) gleichwohl im vollen Umfange unterliegen.

\*) Das Gesetz vom 8. Juni 1871, betr. die Inhaberpapiere mit Prämien bestimmt in:

§ 1. „Auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen, in welchen allen Gläubigern oder einem Theil derselben außer der Zahlung der verschriebenen Geldsumme eine Prämie dergestalt zugesichert wird, daß durch Ausloosung oder durch eine andere auf den Zufall gestellte Art der Ermittlung die zu prämiirenden Schuldverschreibungen und die Höhe der ihnen zufallenden Prämie bestimmt werden sollen (Inhaberpapiere mit Prämien), dürfen innerhalb des Deutschen Reichs nur auf Grund eines Reichsgesetzes und nur zum Zwecke der Anleihe eines Bundesstaats oder des Reichs ausgegeben werden.“

§ 2. „Inhaberpapiere mit Prämien, welche nach Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes, der Bestimmung in § 1 zuwider, im Inlande ausgegeben sein möchten, ingleichen Inhaberpapiere mit Prämien, welche nach dem 30. April 1879 im Auslande ausgegeben sind, dürfen weder weiter begeben, noch an den Börsen, noch an anderen zum Verkehr mit Werthpapieren bestimmten Versammlungs-orten zum Gegenstande eines Geschäftes oder einer Geschäftsvermittlung gemacht werden.“

§ 3. „Dasselbe gilt vom 15. Juli 1871 ab von ausländischen Inhaberpapieren mit Prämien, deren Ausgabe vor dem 1. Mai 1871 erfolgt ist, sofern dieselben nicht abgestempelt sind.“

Cirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 21. December 1881. III. 17596. Die 4 prozentigen Partial-Obligationen des Anlehns des Herzogs von Lucca, welche auf Grund einer hierzu ermächtigenden, nebst Beglaubigung in der Obligation abgedruckten Hauptschuld- und Pfandverschreibung des vormaligen Herzogs von Lucca, d. d. Wien, den 4. Oktober 1836, von dem Bankhause M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M. daselbst unter dem 23. Januar 1837 dahin ausgefertigt worden sind — daß der Inhaber der Partial-Obligation zu dem Anlehn des Herzogs von Lucca die Summe von 500 bezw. 1000 Gulden baar gezahlt und deshalb für diesen Betrag an der vorgebrachten Hauptschuldverschreibung, mit allen daraus zustehenden Gerechtigkeiten Antheil habe — sind als ausländische Schuldverschreibungen i. S. der Tarifnummer Nr. 2b des Reichsgesetzes vom 1. Juli d. J. zu erachten.

**Circl.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 24. Januar 1882.**  
III. 653. Bezüglich der vom Reichsbank-Direktorium erörterten, allerdings nicht zweifellosen Frage entscheide ich mich für die Auffassung, daß die Partial-Obligationen Lit. A und B der von M. A. von Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M. und einigen Wiener Bankhäusern negotirten Anleihe des Grafen Hugo Fentel von Donnersturm i. S. der Tarif-Nr. 2b des Reichs-gesetzes vom 1. Juli v. J. ausländische sind.

Nach wenn man dem Umstande, daß die Haupturkunde von Wien und Wolsburg datirt ist, nicht für sich allein ein entscheidendes Gewicht beimessen wollte, so spricht doch die Erwägung, daß in der gedachten Tarifnummer Obligationen ausländischer Unternehmungen, ausländischer Aktien-Gesellschaften ohne Rücksicht auf den Ort der Ausstellung als ausländische behandelt werden, dafür, die von dem Bankhause M. A. von Rothschild & Söhne nicht für sich allein, sondern auch im Namen seiner ausländischen Mitdarlehensgeber, der Bankhäuser Simon G. Sina und Arnstein & Escheles in Wien beauftragten Partial-Obligationen als ausländische zu behandeln, obwohl sie im Reichsgebiet ausgestellt sind.

**Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 11. April 1882.** III. 468. Auf den Bericht vom 31. v. Mts. erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Reichsstempelabgabe von Obligationen der Türkischen Staatsschuld, deren Nennwerth in den englischen, französischen und türkischen Texten auf 100 Pfd. Sterl. bezw. auf 2500 Frs. —, und von den Obligationen des Ungarischen Staats-Anlehens von 1871, in denen der Nennwerth auf 1000 fl. österreichische Silberwährung und auf 100 Pf. Sterl. angegeben ist, nach dem Mittelwerthe derjenigen auf dem Werthpapiere angegebenen fremden Währung zu berechnen ist, welche den höheren Abgabebetrag ergibt.

Zur Tarifnummer 2, letzte Spalte.

**Circl.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 3. Dezember 1881.**  
III. 16522. Die Vorschrift des Absatzes 2 der letzten Spalte der Tarif-Nr. 2 über die Anrechnung des Landesstempels auf den Reichsstempel kann auf Aktien analoge Anwendung nicht finden.

**Circl.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 26. Januar 1882.**  
III. 1074. Der Kapitalwerth von Rentenverschreibungen (vorletzter Absatz der letzten Spalte), in welchen der Betrag der jährlichen Rente und der Prozentsatz der letzteren bestimmt angegeben ist, ist aus diesen Faktoren zu berechnen, und nicht auf den 25fachen Betrag der einjährigen Rente anzunehmen.

Cirk.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 9. Febr. 1882.  
III. 1490 macht die Provinzial-Steuer-Direktionen auf den vorstehenden Beschluß des Bundesraths aufmerksam, und ertheilt ihnen folgende weitere Direktive:

Diejenigen ausländischen Währungen, für welche der Bundesrath einen Mittelwerth nicht festgesetzt hat, sind nach § 3 des Gesetzes vom 4. Juni 1879 (Reichsgef.-Bl. S. 151) und des letzten Absatzes der Spalte „Berechnung der Stempelabgabe“ zu den Tarifpositionen 1 und 2 des Reichsstempelgesetzes vom 1. Juli 1881 zum Börsencours in die inländische Währung umzurechnen.

Ist aber in ausländischen Aktien, Schulds- und Rentenverschreibungen der verbriefte Kapitals- bzw. Rentenbetrag nicht allein in der ausländischen Währung, sondern auch in der deutschen Reichswährung ausgedrückt, so ist der Berechnung der Reichsstempelabgabe für derartige Werthpapiere lediglich der darin in der Reichswährung angegebene Nennwerth zu Grunde zu legen.

Zur Tarifnummer 2, »dd« Befreiungen.

Cirk.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 27. August 1881.  
III. 1207. Ausländische Inhaberpapiere mit Prämien (Prämien-Anleihen, Prämien-Loose) unterliegen nach dd der Befreiungen zur Tarif-Nr. 2 der Versteuerung nach dem Reichsstempelgesetz überhaupt nicht, weil sie entweder schon auf Grund des Reichsstempelgesetzes vom 8. Juni 1871 abgestempelt sind, oder, wenn dies nicht der Fall, nach den Bestimmungen der §§ 2 und 3 des letzteren Gesetzes im Deutschen Reiche nicht umlaufsfähig sind.

Zur Tarifnummer 1 und 2 „Ausnahmen“.

Cirk.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 23. Dezember 1881.  
III. 17647. Die Reichsstempelabgabe ist nach den „Ausnahmen“ zu den Tarifnummern 1 und 2 nicht zu berechnen, wenn die fremden Werthpapiere vor dem 30. Dezember 1881 nicht vorgelegt werden können, weil dieselben sich z. B. in einem Nachlaß unter gerichtlichem, nach dem Testament vor dem 30. Dezember nicht zu beseitigendem Siegelverschluß befinden.

Zu No. 3 des Tarifs. (Tabelle S. 69.)

Die unter dieser Tarifnummer enthaltenen Bestimmungen sind erst auf Antrag der Kommission des Reichstages und Beschluß des letzteren hinzuge treten. — Kommiss.-Bericht (Druck. Nr. 162 S. 78): „Für die Nr. 3 des Tarifs lagen in zweiter Lesung zwei verschiedene Fassungen vor, einmal die aus der Zusammenstellung ersichtliche [d. i. die jetzt im Gesetz enthaltene], sodann die folgende:

„Inländische für den Handelsverkehr bestimmte Renten- und Schuldsverschreibungen (auch Partialobligationen), sowie Interims-

scheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere, wenn durch solche Urkunden Provinzen, Kreise, Kommunen, Kreditanstalten für die Beleihung ländlichen oder städtischen Grundbesitzes oder Transportgesellschaften als Schuldner verpflichtet werden.“

Tarif 3.

Nr. Lauf.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		M.	100	vom 1000	
3.	Inländische auf den Inhaber lautende und auf Grund staatlicher Genehmigung*) ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Kommunalverbände und Kommunen, der Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer, der Grundkredit- und Hypothekenbanken oder der Transportgesellschaften, sowie Interimscheine über Einzahlungen auf diese Werthpapiere				1 vom Nennwerthe bezw. vom Betrage der bescheinigten Einzahlungen nach Maßgabe der Vorschriften für die Abgabeberechnung bei inländischen Werthpapieren der unter Nr. 2 bezeichneten Art und zwar in Abstufungen von 10 Pfennig für je 100 M. oder einen Bruchtheil dieses Betrages.
	Befreit sind:				
	a) alle vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen Renten- und Schuldverschreibungen der oben bezeichneten Art, sowie die Interimscheine in Ansehung der vor diesem Zeitpunkt geleisteten Zahlungen;				
	b) Renten- und Schuldverschreibungen der oben bezeichneten Art, welche nur zu dem Zweck des Umtausches ausgestellt werden, sofern den desfalls von dem Bundesrath zu erlassenden Kontrollvorschriften genügt wird.**)				

\*) Die der staatlichen Genehmigung ermangelnden, sowie die auf Namen lautenden, in blanco übertragbaren Papiere dieser Gattung sind nach Tarif Nr. 2 zu versteuern.

\*\*) s. Nr. 6 der „Ausf.-Vorschr.“ („A“ 6).

Diese weiter gehende Fassung, welche durch die nicht staatlich genehmigten, sowie die auf Namen lautenden, in blanco übertragbaren Papiere der fraglichen Gattung an der Vergünstigung der niedrigeren Besteuerung theilnehmen lassen will, wurde jedoch mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt und die aus der Kommissionsvorlage ersichtliche Fassung acceptirt.

Zu bemerken ist noch, daß die Kommission in zweiter Lesung in der Tarifnummer 3 den Satz von 1 Promille aufrecht erhielt, obwohl seitens der Regierungsvertreter geltend gemacht wurde, daß in mehreren Bundesstaaten für derartige Papiere zur Zeit wesentlich höhere Steuersätze in Geltung seien, der Kommissionsbeschluß daher einen niedrigeren Steuerertrag aus diesen Papieren, als den jetzt aufkommenden, zur Folge haben werde. Die Kommission stellte diesem Einwande die Erwägung gegenüber, daß die fraglichen Papiere, welche mehr oder weniger gemeinnützige Zwecke realisirten, eine Vergünstigung in Anspruch nehmen könnten, zumal eine Erhöhung des Steuersatzes für diese Papiere im Wesentlichen wider den Grundbesitz treffen würde.

Von einem Kommissionsmitgliede war noch beantragt worden, die in der Vorlage ausgesprochene Befreiung der Renten- und Schuldverschreibungen der Bundesstaaten von der Stempelabgabe zu streichen und diese Papiere einer gleichen Abgabe wie die unter Nr. 3 aufgeführten zu unterwerfen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

**Verk.-Verf. des Preuss. Fin.-Min. vom 23. September 1881. III. 12 204.** Inländische auf den Inhaber lautende und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Korporationen ländlicher und städtischer Grundbesitzer, sowie der Grundkredit- und Hypothekenbanken, wie auch Interimscheine auf diese Werthpapiere unterliegen einem Reichsstempel von 1 vom Tausend. Dieser Abgabe sind demgemäß auch die Pfandbriefe der landwirtschaftlichen Kreditinstitute und der vorgenannten Banken unterworfen.

Um wie bisher bei Anwendung des preussischen Stempelsatzes eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, ist von denjenigen Schuldverschreibungen, auf Grund deren solche Pfandbriefe demnächst ertheilt werden, der preussische Werthstempel nicht zu erheben.

## II. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.

(Tarifnummer 4.)

§ 6. Die unter Tarifnummer 4 angeordnete Abgabe ist von allen im Inlande abgeschlossenen Geschäften der bezeichneten Art zu erheben.

Im Auslande abgeschlossene Geschäfte unterliegen der Abgabe, wenn beide Kontrahenten im Inlande wohnhaft sind; ist nur der eine Kontrahent im Inlande wohnhaft, so ist die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten. Bei kaufmännischen Firmen entscheidet für die Frage des Wohnortes der Sitz der Handelsniederlassung, welche das Geschäft abgeschlossen hat.

Als im Auslande abgeschlossen gelten auch solche Geschäfte, welche durch briefliche oder telegraphische Korrespondenz zwischen einem Orte des Inlandes und einem Orte des Auslandes zu Stande gekommen sind.

### **Beschluß**

der Handelskammer zu Frankfurt, Main über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Wenn zwei an verschiedenen deutschen Plätzen domizilirten Firmen Geschäfte für gemeinschaftliche Rechnung Conto à meta betreiben, also für die unter diese Rubrik fallenden Operationen gewissermaßen als nur ein und dasselbe Haus zu betrachten sind, welches seine Geschäfte sowohl bei Entrichtung, wie bei Abwicklung versteuert — so soll deren Anzeige und Verrechnung zwischen den beiden in Conto à meta arbeitenden Firmen steuerfrei sein.

Gründe. Nachdem vielseitig die Ansicht ausgesprochen wird, daß Anzeigen und Verrechnungen über Geschäfte, welche die an verschiedenen deutschen Plätzen bestehenden Zweigniederlassungen einer und derselben Firma untereinander vornehmen, steuerfrei seien, oder werden müßten, so wären demgegenüber Firmen, welche eigene Filialen an andern deutschen Plätzen nicht besitzen, sondern sich nur mit anderen Häusern zum Betrieb von Meta-Geschäften vereinigen können, in entschiedenem Nachtheil, wenn sie nicht ebenfalls Steuerbefreiung für ihre geschäftlichen Beziehungen unter einander genießen. Den kleinen Firmen wäre alsdann die ohnehin schon schwierige Konkurrenz fast unmöglich gemacht, da über eigene Zweigniederlassungen in der Regel nur die großen Firmen und Institute verfügen.

### **Beschluß**

der Sachverständigen-Kommission der Fondsbörse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes. Konform mit dem bezüglichen Beschluß der Handelskammer Frankfurt a. M.

Die Frage, wie Meta-Geschäfts-Verbindungen, welche behufs Effekten-Arbitrage zwischen zwei an verschiedenen Plätzen

(im In- und Ausland) wohnhaften Firmen bestehen, in Bezug auf das Verhältniß zwischen den beiden Metisten steuerlich zu behandeln sind, wird zu Zweifeln Anlaß geben. Der Handelsstand muß deshalb den Anspruch erheben, daß der Bundesrath alsbald die Steuerbehörden mit Instruktion darüber versieht, nach welchen Grundsätzen sie die Meta-Geschäfte behandeln sollen.

Nach Ansicht der Handelskammer von Frankfurt a. M. ist die Aufgabe von geschäftlichen Operationen zwischen dem inländischen und ausländischen Metisten der Steuer nicht unterworfen.

Gründe. Effektenarbitrage wird der Regel nach in der Art à meta betrieben, daß zwei an verschiedenen Plätzen Wohnende sich dazu auf gemeinschaftliche Rechnung vereinigen. Es treffen beispielsweise ein Berliner und ein Pariser Haus eine solche Vereinigung, in Folge deren jedes Geschäft, welches der Berliner hierorts für Meta-Konto schließt, durch ein entgegengesetztes Geschäft in Paris gedeckt werden soll. Daß das in Berlin geschlossene Geschäft der vollen Abgabepflicht unterliegt, steht außer Zweifel. Zweifelsfrei ist aber, ob die Notifikation, welche der Berliner an den Pariser über den Geschäftsabschluß erläßt und die umgekehrte Notifikation des Parisers an den Berliner, einer Abgabe unterworfen sind.

Zwei Auffassungen über das zwischen den Metisten bestehende Rechtsverhältniß haben sich geltend gemacht. Einerseits erklärt man das Meta-Verhältniß für eine zusammenhängende Vereinigung zu mehreren einzelnen Handelsgeschäften für gemeinschaftliche Rechnung (Art. 266 d. F. G. B.) und zieht dann die Konsequenz, daß jeder Metist die von ihm auf Meta-Konto abgeschlossenen Geschäfte so geschlossen hat, daß sie unmittelbar in die Meta-Masse hineinfallen und die Auseinandersetzung zwischen den Metisten erst nach Beendigung des gemeinschaftlichen Geschäftes erfolgt; anderenfalls geht man davon aus, daß jedes für Meta-Konto geschlossene Geschäft von Anbeginn zwischen den Metisten zur Hälfte getheilt ist, daß also jeder Metist bei jedem einzelnen Geschäft für die Hälfte des verfahrenen Betrages als Kommissionär des anderen Metisten gehandelt hat.

Ersteren Falles würde die Frage, ob zwischen den Metisten ein Anschaffungsgeschäft vorliegt, erst dann zur Sprache kommen können, wenn bei der Ausgleichung nach Beendigung des Geschäfts Stückertheilung erfolgen sollte, letzteren Falles würde mit jedem einzelnen in Berlin resp. in Paris geschlossenen Geschäft für die Hälfte des Betrages noch ein Abwicklungsgeschäft zwischen den beiden Metisten in ihrer Rolle als wechselseitige Kommissionäre verbunden sein.

Wenn also beispielsweise der Werth des Objekts der für die meta gemachten Geschäft 100,000 M. betrüge, so würde selbstverständlich von dem Geschäft, welches der Berliner Metist an seinem Orte geschlossen hat, eine Abgabe von 10 M. zu entrichten sein. Außerdem würde aber, wenn die zweite Auffassung zur Geltung käme, die Benachrichtigung, aus welcher sich ergibt, daß von diesem

Geschäfte 50,000 M. auf Rechnung des Pariser Metisten entfallen, nach § 6 des Gesetzes mit  $\frac{1}{20}$  pro Mille zur Besteuerung zu ziehen sein, also mit 2 M. 50 Pf., und eine gleiche Abgabe wäre dann für die Benachrichtigung über das in Paris abgeschlossene Geschäft zu entrichten.

Es erhebt, daß es für das Arbitragegeschäft von der größten Bedeutung ist, ob die eine oder die andere Rechtsauffassung über das Metageschäft zum Siege gelangen wird, da bei einer Meta-Verbindung eine große Reihe einzelner Geschäfte in Frage kommen kann.

Romm.-B. S. 27. Es wurde der leitende Grundsatz an die Spitze gestellt, daß alle im Inlande abgeschlossenen Geschäfte der Steuer zu unterwerfen seien, ein Grundsatz, welcher sich aus den allgemeinen Normen über die Anwendung der indirekten Steuern ergebe. Unzweifelhaft bilden die im Inlande unter der Herrschaft der Reichsgesetze abgeschlossenen Geschäfte weitaus das Gros der steuerpflichtigen Vorgänge und es umfassen dieselben alle in Deutschland abgeschlossenen, d. h. durch Angebot und Annahme zu Stande gekommenen Abschlüsse, mögen dieselben von Inländern oder Ausländern oder zwischen beiden geschlossen sein. Der angeregte Gedanke, die Qualität des Kontrahenten über die Steuerpflicht entscheiden zu lassen, indem man Inländer für steuerpflichtig, Ausländer für steuerfrei erklären wolle, mußte aufgegeben werden gegenüber der Erwägung, daß damit den allgemeinen Normen der indirekten Besteuerung entgegengetreten werde und eine Unterscheidung in der Steuerpflicht gemacht werde, welche äußerlich nicht erkennbar, daneben aber zu einer unberechtigten Bevorzugung des Ausländers führen würde.

Dagegen wurde die Qualität des Kontrahenten in dem Falle als entscheidend angesehen, wo zwei Inländer das Geschäft im Auslande abschließen. Wenn damit auch scheinbar die Grenze der regelmäßigen Wirksamkeit der Steuergesetze überschritten würde, so mußte man sich doch sagen, daß bei zwei Inländern, namentlich Kaufleuten, welche ihre Handelsniederlassung in Deutschland haben, die im Auslande abgeschlossenen Geschäfte im Inlande zur eigentlichen Wirksamkeit kommen, in den Handelsbüchern der einheimischen Niederlassung erscheinen müssen und demgemäß dem Steuergesetze unterliegen. Zugleich mußte aber wesentlich in Betracht gezogen werden, daß eine Umgehung der Abgabentrachtung im weiten Umfange eintreten könnte und würde, wenn der Umstand allein von der Steuer befreien könnte, daß das Geschäft im Auslande abgeschlossen, die Schlussnote jenseits der Grenze vollzogen würde, eine Thatsache, die namentlich in Betreff der Grenzgebiete nicht außer Acht gelassen werden könne.

Romm.-B. S. 27. Einer Modifikation in der Besteuerung mußten diejenigen Geschäfte unterzogen werden, welche von einem Inländer im Auslande mit einem Ausländer abgeschlossen sind. In diesem Falle kann sich die Herrschaft des Steuergesetzes nicht

auf den im Auslande wohnhaften Kontrahenten erstrecken, während bei dem Inländer das Geschäft im Inlande in seine Wirksamkeit tritt, in seinen Büchern in die Erscheinung und in seinem Geschäfte zum Effekt kommt. Daraus ergab sich für die Kommission die Folge, daß man den Ausländer als steuerfrei, nur den Inländer als abgabepflichtig betrachtete und demgemäß das Geschäft mit der Hälfte der Abgabe belastete. Für die Ermäßigung der Abgabe auf den halben Betrag bei Geschäften mit dem Auslande wurden zugleich auch alle diejenigen Gründe geltend gemacht, welche im Interesse des internationalen Geschäftes, namentlich auch des Arbitragegeschäftes bereits oben ausführlich mitgeteilt sind.

Komm.-B. S. 28. Es sind das die Geschäfte zwischen Abwesenden, von denen der eine im Inlande, der andere im Auslande wohnt. Wenn ein Geschäft zwischen Abwesenden regelmäßig an dem Orte als abgeschlossen gilt, wo die Annahmeerklärung erfolgt ist, so ist zu berücksichtigen, daß bei Geschäften durch Korrespondenz sich Angebot und Annahme keineswegs immer in einfachen Formen vollziehen, häufig selbst für richterliche Entscheidungen der Ort des Abschlusses eines Geschäftes schwer erkennbar ist. Der steuerpflichtige Kontrahent muß aber für seine Steuerpflicht ein einfaches Kriterium haben und es ist besser, eine Anzahl von Geschäften von der Steuer auszunehmen, als den Steuerpflichtigen fortgesetzten Zweifeln aussetzen. Um diesen Erwägungen zu entsprechen, sollen alle Geschäfte welche zwischen einem Orte des Inlands und einem Orte des Auslands durch Korrespondenz, sei es brieflich, sei es durch Telegramme oder Boten, abgeschlossen werden, hinsichtlich der Besteuerung als im Auslande abgeschlossen angesehen werden.

Komm.-B. S. 28. Da die steuerpflichtigen Geschäfte zum weitaus überwiegenden Theile unter Kaufleuten (Art. 4, Art. 271 und 272 des Handelsgesetzbuches) abgeschlossen werden, erschien es zweckmäßig, in dem Gesetze die allgemeine Bestimmung des Handelsgesetzbuches ausdrücklich aufzunehmen, daß bei Kaufleuten für die Frage, ob sie als im Inlande oder im Auslande wohnhaft anzusehen sind, in erster Linie der Sitz ihrer Handelsniederlassung maßgebend sei. Wenn durch diese Bestimmung auch nicht jeder Zweifel gelöst wird, so bleibt doch für das in diesem Paragraphen gesetzte Merkmal nur die geringe Zahl von zweifelhaften Fällen übrig, wo die tatsächlichen Verhältnisse die Bestimmung des Wohnorts schwierig machen. Daß, wenn eine Person einen Wohnsitz im Inlande und im Auslande habe, dieselbe als im Inlande wohnhaft zu betrachten sei, wurde als selbstverständlich angesehen, ebenso wie wenn der Inhaber einer inländischen und ausländischen Handelsniederlassung Geschäfte abschließe, bei welchen er sich ausdrücklich als Inhaber beider Firmen bezeichne.

Komm.-B. S. 28. Die Erwähnung der Handelsniederlassung erscheine — wie noch besonders hervorgehoben wurde — nothwendig, um jeden Zweifel darüber auszuschließen, daß auch bei der Steuer-

pflcht nicht der Wohnort entscheidend sei bei Firmen, welche eine Handelsniederlassung besitzen, sondern der Sitz der letzteren. Um den Fall, wo mehrere Handelsniederlassungen derselben Firma bestehen, deutlicher zu machen, wurde der Zusatz beschloffen, „welche das Geschäft abgeschlossen hat“.

§ 7. Bedingte Geschäfte gelten in Betreff der Abgabepflicht als unbedingte. Ist einem Kontrahenten ein Wahlrecht eingeräumt, oder die Befugniß, innerhalb bestimmter Grenzen den Umfang der Lieferung zu bestimmen, so wird die Abgabepflicht nach dem höchstmöglichen Werth des Gegenstandes des Geschäfts berechnet.

Jede Verabredung, durch welche die Erfüllung des Geschäfts unter veränderten Vertragsbestimmungen oder gegen Entgelt unter denselben Vertragsbestimmungen auf einen späteren Termin verschoben wird, gilt als neues abgabepflichtiges Geschäft.

Ist das Geschäft von einem Kommissionär (Art 360 des Handelsgesetzbuchs) abgeschlossen, so ist die Abgabe sowohl für das Geschäft zwischen dem Kommissionär und dem Dritten, als auch für das Abwickelungsgeschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten zu entrichten, sofern nicht die Bestimmung des § 12 Absatz 2 eintritt.

Geschäfte, welche vorbehaltlich der Aufgabe („an Aufgabe“) abgeschlossen werden, sind abgabepflichtig. Die Bezeichnung des definitiven Gegenkontrahenten (die Aufgabe) ist steuerfrei, wenn dieselbe spätestens am folgenden Werktage gemacht wird; wird dieselbe später gemacht, so gilt sie als ein neues abgabepflichtiges Geschäft.

#### **Ausführungs-Vorschriften.**

Zu § 7 Absatz 1 des Gesetzes.

10. Bei sogenannten Circa-Geschäften ist die Abgabe nach dem handelsüblichen Maximum der Lieferung zu berechnen; es bleibt den Handelsvorständen überlassen, auf Grund des § 40 Absatz 2 des Gesetzes die betreffenden Maxima festzustellen.

### Beschluß

der Sachverständigen Kommission der Fondsbörse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes. Konform mit den Beschlüssen der Handelskammer zu Frankfurt a. M.

Bei Nothgeschäften ist die Abgabe von der Gesamtsumme zu entrichten, welche durch die festgekauften und durch sämtliche zur Option gestellten Werthpapiere (sogenannte Noths) sich ergibt. Selbstverständlich bildet die spätere Ausübung dieses Optionsrechts kein nochmals zu besteuern des Anschaffungsgehalt.

Motiv. Diese Auslegung wird durch den klaren Wortlaut des § 7 Abs. 1 des Gesetzes und durch die Ausführung auf S. 29 des Berichts der Reichstags-Kommission außer Zweifel gestellt.

Die Einräumung eines Optionsrechts, welches nicht mit einem anderen Geschäft verbunden wird, ist abgabefrei.

Motiv. Ein solches Optionsrecht ist rechtlich, betrachtet nichts anderes und mehreres als seine bloße Offerte.

### Beschluß

der Handelskammer zu Frankfurt am Main über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

#### Zu § 7 Absatz 2.

Weder die Motive noch die Kommissionsberichte geben Aufschluß darüber, was unter dem Wort „Entgelt“ zu verstehen sei, ja die Erklärung des Berichterstatters Dr. Grimm verneint geradezu die Unklarheit, welche darüber herrscht, unter welchen Bedingungen ein auf einen späteren Termin verschobenes als ein „neues abgabepflichtiges Geschäft“ aufgefaßt werden müßte.

Vielleicht gelingt es durch die Frage nach der eventuellen Steuerpflicht der in folgenden Beispielen gedachten Geschäfte eine Antwort zu erlangen, welche jeden Zweifel beseitigt.

#### Beispiel No. 1.

##### A. kauft von B.

M. 10,000. — 4% Preussische Konsols à 104 per Ultimo Juli, und die Kontrahenten verabreden am Erfüllungstage, daß der Bezug der M. 10,000 Konsols zum gleichen Course erst am Ultimo September zu erfolgen habe.

Ein Entgelt ist hier nicht vereinbart worden, trotzdem wird möglicherweise behauptet werden können, daß B. ein Entgelt in den auf den Konsols ruhenden Zinsen gefunden habe, indem er die Konsols am Ultimo Juli nur mit 30 Tagen Zinsvergütung am Ultimo September jedoch mit 90 Tagen Zinsvergütung zu liefern haben würde.

Will man nun die angegebene Verabredung als ein „neues abgabepflichtiges Geschäft“ oder als ein von der erneuten Abgabepflicht freies auffassen, so ist es fraglich, wie die in „Beispiel 2“ dargestellte Verabredung anzusehen sein wird.

### Beispiel No. 2.

C. verkauft an D.

£ 1000. 5% Russische Obligationen v. Jahre 1873 pr. Ultimo Juli á 94 und die Kontrahenten kommen am Erfüllungstage überein, daß das Geschäft unter ganz unveränderten Bedingungen auf Ultimo August verschoben werde, und zwar auch insofern durchaus unverändert, daß C. am Ultimo August von D. nur 60 Tage laufende Zinsen (welche auf den Obligationen selbst ruhen) zu fordern habe, gerade so als ob die Erfüllung bereits am Ultimo Juli stattgefunden hätte.

Ein Entgelt ist hierbei in keiner Weise gewährt worden, an den Vertragsbestimmungen mit Ausnahme des späteren Termins ist absolut nichts verändert worden, trotzdem liegt der Fall ganz anders wie bei No. 1 und es entsteht neuerdings die Frage, ist die Verlängerung in No. 2 abgabepflichtig oder nicht?

In beiden Fällen nimmt die Handelskammer Frankfurt a. M. an, daß nur ein von der erneuten Abgabepflicht freies Geschäft vorliegt.

### Beschluß

der Sachverständigen-Kommission der Fondsbörse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.  
Konform mit den Beschlüssen der Handelskammer zu Frankfurt a. M.

### Prolongation.

- a) Die Prolongation zwischen denselben Kontrahenten unterliegt einer und zwar nur einfach zu berechnenden Abgabe in dem Falle, wenn durch Report oder Deport oder sonst eine Veränderung in den Bestimmungen des prolongirten Geschäfts eintritt.
- b) Die Prolongation ist abgabefrei, wenn sie glatt ohne Report oder Deport und ohne sonstige Aenderung der Vertragsbestimmungen geschieht.

Gründe. Bei der Prolongation zwischen denselben Kontrahenten liegt eine Duplicität der Geschäfte nicht vor, vielmehr findet dabei nur eine Hinausschiebung des für das erste Zeitgeschäft gesetzten Termins gegen das Entgelt des Report- oder Deportfaktes statt. Das Gesetz bezeichnet im § 7 Absatz 2 die Prolongation, sofern sie gegen Entgelt erfolgt, als (ein) neues abgabepflichtiges Geschäft. Bei der „glatten“ Prolongation wird für den Prolongationsakt selbst ein

Entgelt nicht entrichtet. Der Weiterbezug der Stückzinsen ist nur eine Entschädigung für Weiterbenutzung des Geldes Seitens des Vereingebenden, nicht ein Entgelt für die Bewilligung der neuen Frist.

#### Bemerkungen der Handelskammer Frankfurt a. M.

Eine weitere Unklarheit schafft der Kommissionsbericht insofern er sich mit der Definition der „Prolongation“ beschäftigt. Auch hierüber Lösung aller Zweifel herbeizuführen ist durchaus nothwendig. Die in dem Kommissionsbericht enthaltene Aeußerung des Herrn Geh. Reg. Rath Neumann, „daß es einfach auf Geschäftsform ankomme“ gibt nicht den leisesten Anhaltspunkt dafür, ob eine Prolongation als ein Kauf und Verkauf (oder umgekehrt) anzusehen wäre. Dagegen stellt der hier in Rede stehende Absatz 2 des § 7 nach kaufmännischen Begriffen zweifellos das Wesen und die Merkmale einer Prolongation dar (sei es nur unter gleichen oder veränderten Vertragsbestimmungen).

Sind nun in diesem Paragraphen die Grundzüge einer Prolongation festgestellt und gilt diese veränderte Vertragsbestimmung dem Gesetze als „neues abgabepflichtiges Geschäft“ aber nicht als *zwei* neue abgabepflichtige Verträge, so wäre es im Gesetze deutlich ausgesprochen, daß für Prolongationen eine neue Steuer, niemals aber die Abgabe doppelt zu entrichten sei.

Es ist hierbei zu bemerken, daß es für das Wesen der Prolongation an sich ganz irrelevant ist, ob dieselbe unter den vorherigen Parteien weiter verabrebet wird, oder ob einer der Kontrahenten wechselt, die schließliche Abwicklung des Geschäfts wird in ihren Voraussetzungen und Folgerungen genau in derselben Weise vor sich gehen, als ob sie unter den früheren Parteien stattgefunden hätte, es wird daher auch nur von einem einzigen neuen abgabepflichtigen Geschäft die Rede sein können. Zur Erläuterung diene Beispiele 3:

#### E. kauft von F.

fl. 10,000 Ungarische Goldrente per Ultimo Juli zu 80% und E. nimmt dieselben am Erfüllungstage F. ab und gibt sie dem G. in Prolongation bis Ultimo August (gleichviel zu welchen Bedingungen), so würde das Geschäft ein „neues abgabepflichtiges“, weil die Kontrahenten gewechselt haben, selbst wenn unter den gleichen vorherigen Kontrahenten die Abgabepflicht wegen unveränderten Bedingungen nicht zu erfüllen gewesen wäre. Aber an der Einheit der Abgabepflicht kann keine Aenderung eintreten, weil weder ein Kauf noch ein Verkauf stattgefunden hat, sondern nur eine Verlängerung einer früheren Verabredung nur mit dem Unterschiede, daß während diese Verabredung vorher zwischen E. und F. bestanden hat, dieselbe nunmehr zwischen E. und G. zu erfüllen sein wird. Die Parteien haben gewechselt, und die Behörde wird einen Vertrag zwischen E. und G. nicht

aus einem anderen Gesichtspunkt auffassen können, als wenn er zwischen E. und F. geschlossen worden wäre. Es ist nochmals ausdrücklich zu betonen, daß weder ein Kauf noch ein Verkauf stattgefunden hat, die Voraussetzungen für eine zweimalige Besteuerung also nicht vorhanden sind.

Wir glauben somit den Nachweis erbracht zu haben, daß der Buchstabe des Gesetzes eine Doppelbesteuerung vollständig ausschließt. Aber auch der Geist desselben wird sich mit der in der Kommission besprochenen Doppelbesteuerung auf Prolongationen kaum vereinbaren lassen. Die Geschäftsform der Prolongation kommt wie allseitig anerkannt ist, in eben so hohem Maße der Landwirthschaft, dem Handel und der Industrie, sowie der Börse zu Gute. Einerseits werden Seitens der Großindustrie entbehrliche Kapitalien in dieser Weise auf kurze Zeit zu mäßigen Zinsen angelegt, und andererseits findet der kleine Landwirth, Kaufmann oder Gewerbetreibende in dieser Form leicht Deckung für ein vorübergehendes — aber im Laufe des Jahres öfter wiederkehrendes Geldbedürfniß zu landläufigen Zinsen. Wollte man denjenigen kleinen Landwirth, Kaufleuten oder Gewerbetreibenden, welche darauf angewiesen sind, ein kleines Kapital mehrere Male des Jahres umzusetzen eine unverhältnißmäßig hohe Steuer bei ihrer Geldbeschaffung auferlegen, so würde man geradezu mitarbeiten, der Erdrückung des Kleingewerbes durch das Großkapital Vorschub zu leisten.

Kann es übrigens schließlich, fragen wir, in der Absicht des Gesetzgebers liegen, eine Geschäftsform, welche außerhalb der Börse die gleiche Anwendung findet wie innerhalb der Börse selbst, welche in direktester Weise dem Spar- und Erwerbsystem der ganzen Nation zu Gute kommt, kann es möglich sein, daß das Gesetz beabsichtige diese allgemeine übliche Form eines unentbehrlichen Zweiges der geschäftlichen Thätigkeit doppelt so hoch zu besteuern als das Börsengeschäft selbst?

### Beschluß

der Handelskammer Frankfurt a. M. betreffend ihre Auffassung über Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Das Eingeben von Effekten ist der Abgabe von nur einem Geschäft unterworfen.

### Beschluß

der Handelskammer zu Frankfurt, Main über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Zu § 7 Absatz 4.

Die Nachbringung der „Aufgabe“ ist abgabefrei innerhalb des nächsten Werktages nicht nur in dem Falle gestattet, wenn die

Aufgabe am Vormittage dieses Tages gar nicht gemacht war, deren Annahme oder Anerkennung aber von dem Auftraggeber bezw. von dem Aufgegebenen verweigert wird.

### Beschluß

der Sachverständigen-Kommission der Fondsbörse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Die Nachbringung der „Aufgabe“ ist abgabefrei binnen des nächsten Werktages, nicht nur in dem Falle gestattet, wenn die Aufgabe am Vormittage dieses Tages gar nicht gemacht war, sondern auch dann, wenn die Aufgabe gemacht war, deren Annahme oder Anerkennung aber von einem der zusammen zu bringenden Kontrahenten verweigert wird. Selbstverständlich gilt dasselbe für die Korrektur einer irrthümlichen Aufgabe des Vermittlers.

Motiv. Diese, nicht gerade seltenen Fälle werden im Gesetze nicht ausdrücklich erwähnt, sie können aber nicht im Sinne der Abgabepflicht für die zweite Aufgabe entschieden werden, denn die erste Aufgabe war so gut wie nicht geschehen.

Komm.-B. S. 29. In der Kommission bestand darüber allseitiges Einverständnis, daß man nach verschiedenen speziellen Richtungen hin die Grenze der Steuerpflicht erkennbar machen müsse, um eine Reihe von Zweifeln zu beseitigen, welche namentlich von theiligen Handelskreisen in Anregung gebracht seien.

Im ersten Absätze wird die Frage entschieden, wann der Geschäftsabschluß als erfolgt anzusehen ist in dem Falle, wo dem Geschäfte Nebenbestimmungen beigelegt werden, welche die Erfüllung überhaupt oder den Umfang der Erfüllung zweifelhaft machen. Zu den ersteren gehören alle unter einer Bedingung abgeschlossenen Geschäfte, mag es sich um eine Suspensiv- oder Resolutiv-, um eine Potesativ- oder eigentliche Bedingung handeln; zu den letzteren alle alternativen Verpflichtungen und sogenannte Nothgeschäfte, bei denen ein Mehr oder Weniger der bedungenen Lieferung in das freie Ermessen des einen Kontrahenten gestellt werde. Alle diese Geschäftsabschlüsse sollen als steuerpflichtig gelten.

Es wurde für diese Bestimmung geltend gemacht, daß, wenn man daran festhalte, daß der Abschluß des Geschäfts steuerpflichtig sei, man nothwendig alle Veredungen ignoriren müsse, welche auf die Erfüllung des Geschäfts sich bezögen oder dessen spätere Gestaltung. Selbst wenn die Existenz des Geschäftes noch von einer Bedingung abhängig sei, könne vom Standpunkte der Besteuerung nicht anders verfahren werden, als wenn ein einmal abgeschlossenes Geschäft später annullirt werde. Der Grundsatz sei wohl in allen Stempelgesetzgebungen in diesem Sinne durchgeführt. Eine absolute Klarheit sei hier vorzuziehen, selbst wenn im einzelnen Falle eine Steuer entrichtet werde von einem Geschäfte, das später nicht wirk-

sam werde. Uebrigens müsse, nachdem die Beschränkung der Besteuerung des Waarenverkehrs auf die börsenmäßig abgeschlossenen Geschäfte erfolgt sei, zugegeben werden, daß viele seither für den gewöhnlichen Waarenhandel erhobene Bedenken durch die gänzliche Befreiung desselben beseitigt seien. Daß für alle im Börsenverkehr üblichen Geschäfte der obigen Art, wie Prämiegeschäfte, Stellage oder aus beiden kombinierte Geschäfte, ebenso für Nothgeschäfte, die Steuer nach dem Werthe zu berechnen sei, welcher der höchste sei, der sich bei der Erfüllung ergeben könne, folge aus der Steuerpflicht des Geschäftsausschlusses.

Komm.-B. S. 29. Die vorgeschlagene Bestimmung will die einfache Fristverlängerung für die Ausführung einer Leistung nicht besteuern, da hier ein neues Geschäft nicht geschlossen werde, wie das ja civilrechtlich feststehe. Dagegen sollen alle Prolongationen der Steuer unterworfen sein, welche sich dadurch als neue Anschaffungsgeschäfte darstellen, daß die Bestimmungen des Vertrags verändert oder für die Befristung ein Entgelt entrichtet werde.

Die Kommission war mit diesem Gedanken einverstanden, und trat auch der Auffassung bei, daß diese häufig vorkommenden Fälle im Geetze ausdrücklich zu erwähnen seien.

Komm.-B. S. 31. Der Absatz 3 ist bestimmt, die Frage zu entscheiden, ob die Abwicklung des von einem Kommissionär mit einem Dritten abgeschlossenen Geschäfts zwischen ihm und seinem Kommittenten ein steuerpflichtiges Geschäft darstellt oder nicht. Artikel 376 Absatz 3 des Handelsgesetzbuches bestimmt:

„Macht der Kommissionär nicht zugleich mit der Anzeige über die Ausführung des Auftrages eine andere Person als Käufer oder Verkäufer namhaft, so ist der Kommittent befugt, den Kommissionär selbst als Käufer oder Verkäufer in Anspruch zu nehmen.“

Macht der Kommittent von dieser Befugniß Gebrauch, so liegt unzweifelhaft ein Anschaffungsgeschäft zwischen ihm und dem Kommissionär vor, anderenfalls aber nicht, da dann der Kommissionär nach Art. 361 lediglich verpflichtet ist, dem Kommittenten über das mit dem Dritten abgeschlossene Geschäft Rechenschaft zu geben und ihm dasjenige zu leisten, was er aus dem Geschäft zu fordern hat. Die Steuerpflicht ist hiernach von dem Entschluß des Kommittenten abhängig und ins Ungewisse gestellt, woraus sich für die Praxis erhebliche Unzuträglichkeiten ergeben müssen. Thatsächlich liegen die Verhältnisse aber so, daß der Kommissionär regelmäßig und mit verschwindenden Ausnahmen von dem ihm nach Art. 376 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs zustehenden Rechte, die Kommission als Selbstkontrahent auszuführen, Gebrauch macht. Der vorausgesetzte Fall, daß es sich um die Abwicklung eines mit einem Dritten für Rechnung des Kommittenten abgeschlossenen Geschäfts handle, ist deshalb von keiner wesentlichen praktischen Bedeutung. Der Kom-

missionär steht sowohl dem Dritten als seinem Kommittenten regelmäßig als Kontrahent für eigene Rechnung gegenüber. Es entspricht dieser Sachlage und erscheint zugleich mit Rücksicht auf die oben gemachten Darlegungen wirtschaftlich unbedenklich, im Interesse der Steuerficherheit aber nothwendig, das Geschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten ohne weitere Unterscheidung der Steuerpflicht zu unterwerfen. Für gewisse Ausnahmefälle ist im § 12 Abs. 2 Vorstufe getroffen.

In der Reichstagsitzung vom 5. Mai 1885 äußerten die Herren: Kommissarius des Bundesraths, Kaiserlicher Geheimer Regierungsrath Neumann: „Meine Herren, was die Prolongation betrifft, so liegt die Sache nach dem Gesekentwurfe, dessen erste Paragraphen Sie soeben angenommen haben, und nach dem gegenwärtig bestehenden Gesetze doch sehr verschieden. In dem gegenwärtigen Gesetze heißt es unter Ziffer 4 des Tarifs:

Schlussnoten, Schlusszettel, Abschriften und Auszüge aus Tage- oder Geschäftsbüchern, Schlussheine, Schlussbriefe oder sonstige von einem oder mehreren Kontrahenten, Maklern oder Unterhändlern im Bundesgebiete ausgestellte Schriftstücke über den Abschluß oder die Prolongation oder die Bedingungen des Abschlusses oder der Prolongation eines Kauf-, Rückkauf-, Tausch- oder Lieferungsgegeschäfts u.

Da kann allerdings der Zweifel entstehen, ob dieses Gesetz nicht die Prolongation als einheitliches Geschäft habe auffassen wollen. Bei dem gegenwärtigen Gesekentwurfe, der den Ausdruck „Prolongation“ vollständig vermeidet, ist zu Zweifeln in dieser Richtung kein Anlaß; es kommt einfach, wie in dem Kommissionsbericht ausgeführt ist, auf Geschäftsform an. Stellt sich eine Prolongation als ein doppeltes Geschäft, als Verkauf und Kauf oder umgekehrt, dar, so ist es nach der Struktur des Entwurfs zweifellos, daß der Stempel zweimal, das heißt für jedes dieser Geschäfte einmal, erlegt werden muß.“

Abgeordneter Dr. Meyer (Halle): „Meine Herren, die Ausführungen, die wir von Seite des Herrn Regierungskommissars gehört haben, widerlegen nicht den einen Einwand, daß die Bedeutung des Begriffs „gegen Entgelt“ hier vollkommen unklar gelassen ist, und es wird also damit von vornherein eine Quelle bedeutender Zweifel in die Praxis hineingeworfen. Aber ebenso gewichtig scheint mir der materielle Einwand der übermäßigen Härte der Stempelspflichtigkeit der Prolongationsgeschäfte. Ich kann mich trotz der entgegenstehenden Ausführungen der Kommission zu keiner anderen Ansicht bekennen als zu derjenigen, daß das Reportgeschäft eine der verschiedenen Formen der Kreditgewährung ist. Es liegt auf Seite des Reporteurs nichts weniger als die Absicht vor, die Chancen eines Kurses zu laufen; gegen diese sucht er vielmehr eine Deckung.

Er versucht nur in Folge der Thätigkeit, sich mit diesem Geschäft überhaupt zu befassen und die Chancen des Marktes zu prüfen, einen etwas höheren Zins zu gewinnen, als er unter anderen Umständen auf dem Markte zu erhalten wäre.

Nun fürchte ich aber weit weniger die materiellen Beeinträchtigungen in Folge dieser Bestimmung als die Gefahr, welche damit den Banken nahe gelegt wird, von den hergebrachten Grundätzen des soliden Geschäftsverkehrs abzuweichen, nach welchem der Report nicht länger als auf einen Monat bewilligt wird. Alle Banken als Institute, welche kurzen Kredit gewähren, müssen das Bestreben haben, das Geld, welches sie herausgeben, nach einer kurz bemessenen Frist zu sich zurückkehren zu sehen, um danach die Lage des Marktes und die Bedingungen, unter welchen sie Kredit gewähren können, aufs neue bemessen zu können. Es wird die Versuchung nahe gelegt, derartige Reportgeschäfte von vornherein auf eine längere Frist als auf einen Monat abzuschließen. Ich bitte Sie, zu erwägen, daß wir keinen besonderen Stempel auf das Wechselgiro haben. Der Wechsel bezahlt nur einmal einen Stempel, und ob er dann ein oder zehn Giros erhält, ist vollkommen gleichgültig. Eine derartige Prolongation trägt eine gewisse Ähnlichkeit mit diesem Verhältniß, und es würde auch eine ungleichmäßige Auffassung geschaffen werden, für welche es an einer materiellen Begründung vollständig fehlt.

Ich bin deshalb der Ansicht, daß dieses Alinea dieses Paragraphen falsch ist und beseitigt werden muß.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Grimm: „Es ist in der Kommission die Ansicht gewesen, daß das Entgelt ganz allgemein zu verstehen sei, sowohl als Entgelt für den Prolongationsakt, als auch wenn das Entgelt in veränderter, erhöhter Verzinsung seinen Grund hat. Man kann aber zweifelhaft sein, ob dieses zweite Geschäft, wenn es veränderte Bedingungen auch nur in Bezug auf den Satz der Zinsen enthält, an und für sich nicht als neues Geschäft aufzufassen sein wird. Das war wenigstens die Ansicht der Kommission, daß ein solches Geschäft schon aus dem Umstande, weil es veränderte Bedingungen sind, als neues Geschäft aufgefaßt werden müßte.

In der Reichstagsitzung vom 8. Mai 1885 äußerte Abgeordneter Dr. Grimm: „Meine Herren, der Antrag, den Sie unter Nr. 3 in den Anträgen des Herrn Abgeordneten Freiherrn von Buol zu § 7 finden, hat die Absicht, einen Wunsch nach Lösung eines Zweifels zu befrichtigen, der uns von beachtenswerther Seite gestellt ist. In der Eingabe, die in den Händen der Herren sich befindet, von Seiten der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin und einer Reihe von Handelskammern an den Bundesrath, da finden Sie in Bezug auf die Geschäfte, die „an Aufgabe“ geschlossen werden, folgenden Passus:

Der Kommissionsbericht sagt auf Seite 32, daß diese Auftragsannahme seitens des Vermittlers noch nicht den Abschluß des Anschaffungsgeschäfts bildet, letzteres vielmehr erst durch die Bezeichnung des Gegenkontrahenten, sei es eines Dritten oder des Vermittlers selbst, abgeschlossen werde. Er konstatirt aber in unmittelbarem Anschluß daran eine abweichende Auffassung, nach welcher der Abschluß des Geschäfts bereits in der Uebernahme des Auftrages liege, um die spätere Meldung des an Stelle des Vermittlers tretenden definitiven Gegenkontrahenten einen abgabefreien Akt bilden würde. Letztere Ansicht trägt den Anschauungen des Handelsstandes mehr Rechnung als die erstere.

Meine Herren, diese Divergenz der Ansichten in der Kommission ist in dem Berichte konstatirt, und wir schlagen Ihnen jetzt vor, dieselbe zu lösen in dem Sinne der Antragsteller durch den gestellten Antrag, wie er Ihnen vorliegt. Ich bitte Sie deshalb, denselben anzunehmen."

Abgeordneter Beisert: "Meine Herren, ich erkenne gerne an, daß der Vorschlag, wie er jetzt in dem Paragraphen als Absatz 4 gemacht wird, den Anschauungen des Handelsstandes mehr Rechnung trägt. Aber ich möchte gerne noch einen Zweifel dabei ausgesprochen wissen. Wenn jetzt gesagt wird: die Annahme eines Auftrages, „vorbehaltlich der Aufgabe, ein Geschäft zum Abschluß zu bringen“, ist der steuerpflichtige Akt, und die Steuerpflicht ruht auf ihm und braucht dann bei Ablieferung der Aufgabe nicht noch einmal erfüllt zu werden, vorausgesetzt, daß die Aufgabe innerhalb 24 Stunden oder vielmehr innerhalb des nächsten Werttages abgeliefert wird, — so kann hier der weitere Zweifel entstehen: ist der Vermittler, welcher in der Position dieses Paragraphen sich befindet, nun, während er die Aufgabe sucht, dadurch, daß er mit der Aufgabefirma vereinbart, ich will Dich dem ersten Kontrahenten aufgeben, wieder ein neues Geschäft eingegangen, hat er nunmehr zwei Geschäfte zu versteuern, oder ist, wie ich den jetzigen Antrag verstehe, das Geschäft doch nur als ein einheitliches zu versteuern? Wenn mir das bejaht wird, — und die Gestikulationen des Herrn Antragstellers Dr. Grimm sprechen dafür, — dann möchte ich daran noch die Frage knüpfen, die ich schon bei der zweiten Befugung aufgeworfen habe. Meine Herren, setzen Sie sich den Fall, ich habe als ein unvereidigter solcher Vermittler mich verbindlich gemacht, daß ich jemandem eine Aufgabe als Käufer für ein Geschäft zum Kurse von 100 liefern würde. Ich gehe dann und suche einen, der zu 100 kaufen wird, finde aber nur einen der zu 99 kauft. Der Verlust, der für mich daraus entsteht, die Differenz von 1 Mark, die ich bezahlen muß, ist mir nicht so viel werth, daß ich das Geschäft deshalb nicht zu Stande kommen lasse. Ich mache es also so, daß ich sage, ich verzichte auf einen Theil der Kurtage oder auf

die ganze Kurltage oder lasse zu 99 abnehmen, und ich werde die Differenz anderweitig vergüten.

Ich bin immer noch trotz der entgegenstehenden Erklärung, die der Herr Abgeordnete Dr. Grimm in der zweiten Lesung abgegeben hat, der Ueberzeugung, daß ein solches Geschäft sich immer als ein Vermittlungsgeschäft charakterisirt und nicht in zwei selbstständige Geschäfte sich auflöst. Das möchte ich zur Wahrung der künftigen Interpretation konstatirt wissen."

Abgeordneter Dr. Grimm: "Ich kann, meine Herren, dem Herrn Abgeordneten Beisert nur eine Antwort geben in dem Sinne, wie die Antragsteller ihren Antrag aufgefaßt haben und da muß ich bestätigen, daß wir nicht gemeint haben, daß das Suchen eines Maklers nach einem Manne, der die Aufgabe annimmt, nach einem Gegenkontrahenten das Ermitteln desselben und das Engagement desselben in irgend einer Weise als ein besonders, abgabepflichtiges Geschäft angesehen werden könnte. Ich glaube, daß das in der Natur der Sache liegt.

Aber die zweite Frage, die Herr Beisert an mich gerichtet hat, — da muß ich ihm sagen: das ist eine rein tatsächliche Frage, da kommt es darauf an, wie der Fall liegt; er kann in seinem Sinn entschieden werden und auch gegen ihn. Es kommt hier strikt auf die Form des Geschäftes an, das abgeschlossen wird. Handelt der A mit B zu 99 und B mit C zu 100, dann ist das nicht dasselbe Geschäft; wohl aber, wenn beide zu 99 handeln und zwischen B und C aus irgend einem Motiv noch eine Vergütung eintritt, eine Maklergebühr und dergleichen mehr; es kommt nicht darauf an, welches die Motive des Geschäftsabchlusses sind. So kann die Sache allein festgestellt werden.

Ich wiederhole noch einmal: es ist eine Frage, die man durch einen Rechtsgrundsatz, den man im Gesetz ausspricht, meiner Ansicht nach in keiner Weise entscheiden kann, sondern es entscheidet sich das lediglich und allein nach den Voraussetzungen des einzelnen tatsächlichen Falles."

§ 8. Werden zwischen denselben Kontrahenten an einem Tage zu gleichen Vertragsbestimmungen mehrere Geschäfte über Gegenstände derselben Art ohne Vermittler abgeschlossen, so gelten diese Geschäfte in Betreff der Besteuerung als ein Geschäft.

#### Ausführungs-Vorschriften.

Zu § 8 des Gesetzes.

11. Ueber die mehreren in Betreff der Besteuerung als ein Geschäft geltenden Geschäfte ist nach Maßgabe des § 10 des Ge-

festes eine Schlußnote auszustellen. Sind über einzelne der betreffenden Geschäfte bereits vorher besteuerte Schlußnoten ausgestellt worden, so kann die Erstattung des zu diesen entrichteten Abgabebetrages beansprucht werden; die Prüfung und Entscheidung steht der Direktivbehörde zu. Die erfolgte Erstattung ist auf beiden Theilen der betreffenden Schlußnoten von der Steuerstelle zu vermerken.

### **Beschluß**

**der Handelskammer zu Frankfurt, Main über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.**

§ 8 ist nur durch die Anmerkung aus dem Kommissions-Bericht verständlich; sonst würde er in Widerspruch stehen mit § 12 Absatz 1, wo noch gestattet ist, am gleichen Tage mehrere demselben Steuerjahr unterliegenden Geschäfte auf einer Schlußnote zusammen zu fassen.

Komm.-B. S. 32. Die Vorschrift des § 8 soll der Zerlegung eines abgabepflichtigen Geschäfts in mehrere abgabefreie vorbeugen. Nachdem in Betreff des nunmehr allein abgabepflichtigen börsenmäßigen Waarenverkehrs die Befreiung von der Abgabe wie bei den Geschäften über Werthe und Werthpapiere erst unter 600 M. eintritt, ist dieselbe praktisch nicht mehr von großer Bedeutung, allein des Effektenverkehrs wegen empfiehlt es sich gleichwohl, dieselbe beizubehalten.

§ 9. Zur Entrichtung der Abgabe ist zunächst verpflichtet:

1) wenn das Geschäft durch einen im Inlande wohnhaften Vermittler abgeschlossen ist, dieser,

andernfalls:

2) wenn nur einer der Kontrahenten im Inlande wohnhaft ist, dieser,

3) wenn von den Kontrahenten nur der eine ein im Inlande wohnhafter, nach Artikel 28 des Handelsgesetzbuchs zur Führung von Handelsbüchern verpflichteter Kaufmann ist, der letztere,

4) wenn es sich um das Abwicklungsgeschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten handelt (§ 7, Absatz 3), der Kommissionär,

5) in allen übrigen Fällen der Veräußerer.

Die im Inlande wohnhaften Vermittler und die Kontrahenten haften für die Abgabe als Gesamtschuldner, in dessen ist bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten ist (§ 6, Absatz 2), der nicht im Inlande wohnhafte Kontrahent für die Entrichtung der Abgabe nicht verhaftet.

Der Vermittler ist berechtigt, den Ersatz der entrichteten Abgabe von jedem für die Abgabe verhafteten Kontrahenten zu fordern.

### **Beschluß**

der Sachverständigen Kommission der Fondsbörse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Konform mit den Beschlüssen der Handelskammer Frankfurt a. M.

Der Vermittler bleibt in seiner Position, in welcher er die Abgabe nur vorzuschießen hat, auch dann, wenn er das Effekt zu einem anderen Course beschafft als ihm aufgetragen war und die Coursdifferenz in sich ausgleicht.

**Gründe.** Die Vermittlung findet bei Zeitgeschäften nicht in der Weise statt, daß der Vermittler mit einer festen Ankaufs- oder Verkaufs-Ordre von dem Banquier versehen wird und dann in den Markt geht, um sich die Gegenpartei zu suchen, sondern der Vermittler muß in der Regel sofort direkt selbst, ohne sich die Gegenpartei vorher gesichert zu haben, den Kauf oder Verkauf dem Auftraggeber als ausgeführt zusagen. Es folgt daraus, daß häufig die effektive Deckung Seitens des Vermittlers eine Differenz im Course ergibt, für welche der Vermittler durch seine Courtage eine Kompensation findet. Das Geschäft bleibt darum doch tatsächlich ein einziges, welches der Vermittler zu Stande gebracht hat. Beispielsweise sagt der Vermittler dem ersten Auftraggeber 100 Stück Oesterr. Kreditaktien zum Course von 500 zu unter Stipulation einer Courtage von 40 Pf. pro Stück. Er kann erst einige Zeit nachher die Gegenpartei finden, aber zum Course von 500,50. Die Gegenpartei bewilligt ihm 20 Pf. pro Stück als Courtage. Das Resultat wird für ihn in diesem Falle 50 M. Coursverlust gegen 60 M. Courtagegewinn sein, so daß ihm von der Courtage noch 10 M. übrig bleiben. Wenn also der Makler die Parteien auch zu verschiedenen Coursen zusammengebracht hat, so hat er sie doch zusammengebracht und ist sonach lediglich als Vermittler thätig gewesen, wenn er auch auf kurze Zeit seinem Auftraggeber per-

fönllich dafür verantwortlich war, daß er den Auftrag zur Ausführung bringen würde, somit also die Stellung des im § 7 letztes Alinea erwähnten Aufgabemaklers hatte.

### Beschluß

#### der Handelskammer zu Frankfurt am Main.

Wenn bei einem Geschäfte mehrere Vermittler in der Art thätig sind, daß beispielsweise der Kaufauftrag des Einen mit dem Verkaufsauftrag des Andern in Verbindung gebracht wird, so gelten die Vermittler auch in dem Falle, wenn sie unter die Kategorie der im § 7 des Gesetzes erwähnten Aufgabemakler fallen, ihrerseits nicht als Kontrahenten eines neben dem vermittelten Geschäfte herlaufenden und selbständiger Abgabepflicht unterworfenen Geschäftes.

M o t i v. Die Wichtigkeit dieses Satzes ist im Kommissionsbericht auf S. 33 anerkannt.

### Beschluß

#### der Handelskammer zu Frankfurt am Main über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

##### Zu § 7 Absatz 3. § 9 und § 10.

Nach dem Geiste des projektirten Börsensteuergesetzes soll das nämliche Geschäft, welches zwischen den nämlichen Personen abgeschlossen wird, nur einmal versteuert werden, der Vermittler aber von der Abgabe befreit sein; dies würde in der Praxis auch der Fall sein, wenn bei jedem Geschäft nur ein Vermittler (Makler) thätig wäre und die Kontrahenten im Schlußzettel namhaft gemacht würden, was jedoch bei der eigenthümlichen Gestaltung und Organisation des hiesigen Geschäftes nur in den seltensten Fällen stattfindet. In Folge des erforderlichen öffentlichen An- und Ausgebotes im Parquet und am offenen Markte sind nämlich bei jedem Geschäfte zwei Vermittler (Makler) thätig, — ihre Auftraggeber aber wollen nicht genannt sein, weil ihre Namhaftmachung in vielen Fällen das Zustandekommen der Geschäfte verhindern würde; deshalb müssen die Makler unter ihrer eigenen Haftung auftreten, obgleich sie nur im Auftrage und für Rechnung Dritter handeln, — ein Verfahren, das in Anerkennung seiner Nothwendigkeit auch gesetzlich sanktionirt ist. (Frankfurter Gesetz-Sammlung Bd. XVI Seite 206). Unter diesen Umständen würden die Makler angesichts des projektirten Gesetzes gezwungen sein, auch unter sich für ein von ihren Parteien versteuertes Geschäft neuerdings Schlußnoten auszustellen und die Steuer zu zahlen, so daß die Steuer stets 3mal für ein und das nämliche zwischen den nämlichen Personen kontrahirte Geschäft zu entrichten wäre.

3. B. Makler A. handelt für Auftraggeber X. mit Makler B. für Auftraggeber Y.; nach dem Wortlaute des Gesetzes hätte nun A. eine Schlußnote an X., B. an Y. und ferner, da die beiden Makler ihre Auftraggeber nicht nennen dürfen, hätte außerdem noch Makler A. an B. Schlußnote zu ertheilen.

Dem Makler kann bei der geringen Courtage, wofür er dahier auch noch das Vefredere trägt, nicht zugemuthet werden, diesen Stempel zu entrichten; das gesammte hiesige Börsengeschäft aber, welches ohne dieß schon so beträchtlich reducirt ist, würde durch diese Vervielfältigung der Steuer (dreifache, wo der Sinn des Gesetzes nur einfache fordert) wesentlich geschädigt.

Nach Art. 69 sub 3 des Handelsgesetzbuchs ist es den Maklern gestattet, sich für einzelne Geschäfte unter Zustimmung der Auftraggeber zur gemeinsamen Vermittelung zu verbinden; auf diese Weise könnte in manchen Fällen die mehrfache Besteuerung eines identischen Geschäfts überflüssig werden. Es ist deßhalb festzusetzen, daß nur einfache Besteuerung erforderlich ist, wenn das Geschäft von zwei Maklern zwischen den in dem Schlusßzettel benannten Kontrahenten vermittelt ist (von N. durch Makler A. und B. an D.)

Bei Beurtheilung dieser Fragen ist der Passus des Kommissionsberichts S. 32 in Betracht zu ziehen.

Ferner der Absatz 3 des § 10:

Vermittler haben die Abfindung und den verwendeten Stempelbetrag in ihren Geschäftsbüchern zu vermerken.

Um indessen jeden Zweifel und jeden Irrthum des Gesetzes zu vermeiden, beschließt die Handelskammer:

„Sind bei Abschluß eines Geschäftes zwei Vermittler (Makler) thätig, so kann die Schlusßnote entweder durch einen derselben oder durch beide gemeinschaftlich ausgestellt werden. In letzterem Falle ist in den Geschäftsbüchern der Vermittler (Makler) zu vermerken, wer von ihnen die Schlusßnote versteuert und versandt hat.“

Komm.-B. S. 32. Neben der Verpflichtung der bei einem Geschäft als Vermittler oder Kontrahenten theilhaftigen Personen, für die Abgabe als Gesamtschuldner zu haften (Absatz 2), erschien es nothwendig, eine bestimmte Person für die Entrichtung und Abgabe in erster Reihe verantwortlich zu machen. Dies ist in Absatz 1 geschehen. Gegenüber der Vorschrift in Ziffer 1, welche den „Vermittler“ in erster Linie abgabepflichtig macht, wurden in der Kommission Bedenken erhoben.

Vermittler eines Geschäftes könne sowohl der Kommissionär als Makler sein, hier lasse sich ein Unterschied sehr schwer feststellen, denn der Kommissionär könne ebenso gut ein Geschäft vermitteln als es im eigenen Namen abschließen und ebenso trete der Makler in den meisten Fällen als Kontrahent im eigenen Namen ein. Bei den Maklerbäuren sei das Regel, auch der Einzelmakler und der Pfuschkmakler handle meist als Selbstkontrahent, alle diese schließen fest „an Aufgabe“, woraus für sie die feste Verpflichtung entstehe, entweder binnen kurzer Frist einen Gegenkontrahenten zu bezeichnen oder selbst für das Geschäft zu haften. Dagegen wurde für die Bestimmung des Entwurfs angeführt, daß die Frage über die

Stellung der Makler zu den Kommissionären hier weder zu normieren sei, noch überhaupt in Betracht komme. Das Gesetz unterstelle ein durch einen Vermittler zu Stande gekommenes Geschäft und dieses sei in jedem Falle durch die Bezeichnung der Person der Kontrahenten leicht zu erkennen. Es komme nicht darauf an, wie das Geschäft sich möglicherweise habe gestalten können, sondern wie es sich bei dem Abschlusse wirklich gestaltet habe.

Die Bezeichnung „Vermittler“ habe die Subkommission gerade mit Rücksicht darauf gewählt, daß man den Vorgang seiner rechtlichen Natur nach, nicht nach der nebensächlichen persönlichen Qualifikation des Vermittlers habe bezeichnen wollen. Die verschiedenen Börsenplätze hätten Makler, Kommissionäre, Agenten, es kämen Pfuschkakler in Betracht, Maklerbanken, die alle eben so oft ein Geschäft vermittelten, als sie es auf eigene Rechnung machten. Ob bei einem abgeschlossenen konkreten Geschäft Jemand als Vermittler oder Kontrahent eingetreten, das sei nie zweifelhaft, und darum sei der gewählte Ausdruck zutreffend und dem Handelsgesetzbuch entsprechend.

Wenn ein Makler ein Geschäft abschließe „an Aufgabe“, so sei dies die Annahme des Auftrages, für ein Anschaffungsgeſchäft den Gegenkontrahenten binnen einer bestimmten kurzen Frist zu bezeichnen oder für das Geschäft zu haften. Diese Auftragsannahme bilde noch nicht den Abschluß des Anschaffungsgeſchäfts, sondern dies werde erst mit der vorbehaltenen Erklärung, welche die Bezeichnung des Gegenkontrahenten — sei es eines Dritten oder des Vermittlers selbst — enthalte, und die Annahme dieser Aufgabe abgeschlossen.

Von anderer Seite wurde die Ansicht geltend gemacht, daß, wenn der Makler „an Aufgabe“ abgeschlossen, hier ein abgabepflichtiges, weil vollständig abgeschlossenes Anschaffungsgeſchäft vorliege, der Makler bezeichne sich damit selbst als Kontrahent und könne sich der Leistung nur durch Bezeichnung eines geeigneten Gegenkontrahenten entziehen. Darüber könne man einverstanden sein, daß die vorbehaltene Bezeichnung des Gegenkontrahenten nicht ein neues Anschaffungsgeſchäft enthalte und im Effekte bliebe es sich gleich, welcher Auffassung man sich anschließe, da der Makler jedenfalls innerhalb der Zeit der Steuerverwendung eine definitive Schlußnote, welche ihn oder einen Dritten als Gegenkontrahenten bezeichne, ausstellen müsse.

Daß sich Unzuträglichkeiten aus diesen Verhältnissen entwickelten, sei schon um deswillen nicht zu fürchten, weil der Makler nach den bestehenden Pflichten keine definitive Erklärung noch an demselben Tage abzugeben verpflichtet sei.

Noch wurde die Frage einer Erörterung unterzogen, ob im Gesetze darüber Vorsorge zu treffen sei, wenn für jeden Kontrahenten ein Vermittler aufgetreten, das Geschäft also durch zwei Vermittler zu Stande gekommen sei. Man glaubte hiervon absehen zu können und es der Einigung der Vermittler überlassen zu müssen, wer von

ihnen oder ob beide die Schlußnote ausstellen, beide haften für die Abgabe als Gesamtschuldner und jeder von ihnen sei responsabel und könne sich nicht auf den anderen berufen, die Steuerbehörde habe die Wahl, an welchen der Vermittler sie sich halten wolle.

Komm.-B. S. 33. Ziffer 4 wurde in zweiter Lesung zuzusetzen beschlossen, da es der Natur der Sache entspräche, den Kommissionär in erster Linie steuerpflichtig zu machen, weil er beim Abwicklungsgeschäft seinem Kommittenten gegenüber allein in der Lage sei, die Schlußnote auszustellen, meist der Abschluß des Abwicklungsgeschäfts mit der Ertheilung der Schlußnote zusammenfalle, indem Annahme und Ausführung des Auftrags zugleich dem Kommittenten angezeigt werde.

Komm.-B. S. 33. Ziffer 5 stellt die Regel dar, welche außerhalb der besonderen Fälle der Ziffer 1 bis 4 den Veräußerer in die erste Linie rückt.

Komm.-B. S. 33. Wenn die Bestimmung des Auftrags der Subkommission gestrichen wurde — „bei Tauschgeschäften aber jeder Kontrahent zum halben Betrage“ —, so geschah dies aus der Erwägung, daß man für die kaum vorkommenden Fälle des Tauschvertrags eine besondere Vorfrage nicht zu treffen habe, beide Kontrahenten seien unter Gesamthaft abgabepflichtig, jeder habe als Veräußerer für die Ausstellung der Schlußnote Sorge zu tragen und beide seien in der Lage eine Schlußnote gemeinschaftlich auszustellen.

Es war darüber kein Dissens, daß die Regelung der Abgabepflicht nicht die Frage berühre, wem nach den Vorschriften des materiellen Rechts schließlich die Abgabe zur Last falle. Das Steuergesetz habe überhaupt in die Vorschriften des Civilrechts nicht eingzugreifen, hier seien die verschiedenartigen rechtlichen Beziehungen der Kontrahenten unter einander und zu dritten Personen maßgebend, es könne sich um Verpflichtungen aus Kauf, Auftrag handeln, es könne namentlich vertragsmäßig festgestellt werden, wem die Abgabe schließlich zur Last fallen solle.

Nur insofern wurde eine Ausnahme anerkannt, als in Folge der Verpflichtung, welche dem Vermittler durch das Gesetz auferlegt wird, in erster Linie für die Abgabe zu haften, es angemessen erscheine, dem Vermittler abgesehen von seinen civilrechtlichen Beziehungen zu den Kontrahenten, hier gegen beide Kontrahenten nach seiner Wahl einen Ersatzanspruch gesetzlich zuzugestehen. Aus diesem Grunde wurde der Absatz 3 in die Gesetzesvorlage aufgenommen.

In der Reichstagsitzung vom 5. Mai 1885 äußerte:

Abgeordneter Beijert: „Im § 9 wird die Reihenfolge derjenigen festgestellt, welche für die Entrichtung der Abgabe haften. Es wird dabei dem Vermittler die günstigste Position gewährt, daß er die Abgabe nur vorzuschießen hat und sie unter solidarischer

Haftung der hinter ihm Stehenden von diesen zurückfordern darf. Es entsteht also naturgemäß die Frage: wer ist Vermittler? Der Herr Referent hat ja schon in seinem Schlußwort vorhin auf diese Frage einen Seitenblick geworfen.

In dem Berichte steht auf Seite 32:

Ob bei einem abgeschlossenen konkreten Geschäftse jemand als Vermittler oder Kontrahent eingetreten, das sei nie zweifelhaft, und darum sei der gewählte Ausdruck (Vermittler) zutreffend und dem Handelsgesetzbuch entsprechend.

Ich fasse nun nach Maßgabe dieser Erklärung in dem Sinne das Wort „Vermittler“ auf, in welchem es die Geschäftsinteressenten auffassen. Ich subsumiere darunter also ganz besonders folgenden Fall.

A gibt dem B den Auftrag, ein bestimmtes Effekt zum Kurse von 100 anzukaufen. B übernimmt den Auftrag, verpflichtet sich, das Effekt zum Kurse von 100 zu beschaffen; er beschafft es aber zu 99. Dann läßt er es liefern an A, er erhält aber das eine Prozent, um welches er bei dem Abschluß des Geschäfts billiger eingekauft hat von A vergütet. Umgekehrt: B kauft das Effekt zu 101, er läßt es liefern an A, hat aber dann von den 101, die A zahlen muß, diesem 1 zu vergüten.

Meine Herren, dieser Geschäftsbetrieb ist der ganz gewohnheitsmäßige, der eigentliche der Makler; seitdem das Maklergewerbe ein freies geworden ist, seitdem kennen wir gar keine andere Art und Weise des Vermittelns als die eben geschilderte, und nun liegt mir daran, konstatirt zu wissen, daß diese Art des Vermittelns unter „Vermittlung“ im Sinne des Gesetzes fällt.“

Berichterstatter Abgeordneter Grimm: „Die Kommission ist davon ausgegangen, daß es zu vermeiden wäre, Ausdrücke zu gebrauchen, wie „Kommissionär“, „Makler“ und dergleichen, weil gerade diese Herren sich nicht mehr immer und vielleicht nur in den allerwenigsten Fällen mit der eigentlichen Vermittlung der Geschäfte abgeben, sondern das Geschäft propre betreiben. Nun steht den Auffassungen, die der Herr Kollege Beisert geäußert hat, der Umstand entgegen, daß in einem Falle, wie er ihn anführt, wo A dem B den Auftrag gibt, für 99 Mark zu kaufen, und B von C für 100 Mark einkauft, — dieses letztere Geschäft sich nicht als ein Vermittlungsgeschäft betrachten läßt, da zwischen B und C ein eigenes Geschäft mit allen Konsequenzen eines eigenen Kaufes angenommen werden muß, und also hier nicht der Fall vorliegt, wo durch die Vermittlung eines Dritten A mit C in direktes Vertragsverhältnis tritt, sondern wo A mit B und B mit C selbstständige Geschäfte abschließen.

Sind diese Voraussetzungen, die ich eben angegeben habe, richtig, dann glaube ich bestimmt sagen zu dürfen, daß die Ansicht, die der Herr Kollege Beisert äußerte, nicht die der Kommission war.“

Die Petition der vereinigten Handelskammern vom 24. April 1885 an den Bundesrath bemerkt:

Auch in einem weiteren Punkte trägt der Kommissions-Entwurf den berechtigten Ansprüchen nach Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse nicht hinreichend Rechnung. Es ist dies der Punkt der Stellung der Vermittler. Der Entwurf erklärt im § 9 den Vermittler eines Geschäftes nur zur Vorschichtung der Abgabe verpflichtet. Er hat sich aber außer Stande gesehen, die Vermittlerthätigkeit dergestalt abzugrenzen, daß eine klare Handhabung des Gesetzes gewährleistet wäre. Nach der Entwicklung, welche das Geschäft genommen hat, gibt es einen kürzeren oder längeren Zeitraum, innerhalb dessen der Vermittler selbst in Obligo des Geschäftes steht. Die Geschäfte wideln sich nicht mehr in der Weise ab, daß ein Kontrahent dem Vermittler den Auftrag gibt, einen Gegenkontrahenten zu suchen und sich so lange geduldet, bis dies geschehen ist, vielmehr ist, insbesondere bei dem ganzen weiten Gebiete der Zeitgeschäfte die Entwicklung dahin gegangen, daß der Vermittler dem an ihn sich wendenden Auftraggeber sofort den verlangten Betrag Effekten zusichern muß. Der Kommissionsbericht sagt auf Seite 32, daß diese Auftragsannahme seitens des Vermittlers noch nicht den Abschluß des Anschaffungsgeschäftes bildet, letzteres vielmehr erst durch die Bezeichnung des Gegenkontrahenten, sei es eines Dritten oder des Vermittlers selbst geschlossen werde. Er konstatiert aber im unmittelbaren Anschlusse daran eine abweichende Auffassung, nach welcher der Abschluß des Geschäftes bereits in der Uebernahme des Auftrages liegen und die spätere Meldung des an Stelle des Vermittlers tretenden definitiven Gegenkontrahenten einen abgabefreien Akt bilden würde. Letztere Ansicht trägt den Anschauungen des Handelsstandes mehr Rechnung, als die erstere. Da die Ansichten aber einander entgegensetzen, so ist sehr wohl möglich, daß demnächst bei Anwendung des Gesetzes beide Akte, nämlich die bedingungslose Uebernahme des Auftrages seitens des Vermittlers und die spätere Bezeichnung des definitiven Gegenkontrahenten der Abgabepflicht unterworfen werden. Dieser Gefahr muß unter allen Umständen das Gesetz selbst durch eine definitive Entscheidung der Frage in dem einen oder dem anderen Sinne vorbeugen.

### Beschluß

der Sachverständigen-Kommission der Fonds Börse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Die Agenten der Maklerbanken machen durch ihre Schlüsse die Maklerbank selbst dem Gegenkontrahenten verbindlich. Wenn nun auch nach ihren Engagementsverträgen eine Theilung der Courtage und eine Theilung des Risikos zwischen ihnen und der Maklerbank für die sie thätig sind, eintritt, so hat das doch nicht die Wirkung, daß das vom Agenten vermittelte Geschäft in

zwei Geschäfte, eines zwischen dem Agenten und dem Dritten und eines zwischen dem Agenten und der Bank zerfiele. Das durch einen Maklerbank-Agenten geschlossene Geschäft zwischen der Bank und dem Dritten ist also der Abgabe nur einmal unterworfen.

*Motiv.* Von einem Anschaffungsgefchäfte kann nur die Rede sein zwischen Denjenigen unter denen der Eigenthumswechsel bezweckt wird. Läßt sich eine Partei bei dem Abschlusse durch einen Agenten vertreten, so handelt Letzterer nur im Namen seines Auftragsgebers.

§ 10. Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete hat über das abgabepflichtige Geschäft eine Schlußnote auszufüllen, welche den Namen und den Wohnort des Vermittlers und der Kontrahenten, den Gegenstand und die Bedingungen des Geschäfts, insbesondere den Preis, sowie die Zeit der Lieferung ergeben muß. Die Unterschrift des Ausstellers ist nicht erforderlich.

Die Schlußnote ist doppelt auf einem vorher gestempelten oder mit den erforderlichen Stempelmarken zu versehenen Formular auszufüllen, von dem je eine Hälfte für jeden der beiden Kontrahenten bestimmt ist. Spätestens am dritten Tage nach dem Tage des Geschäftsabschlusses hat der Aussteller der Schlußnote die nicht für ihn bestimmte Hälfte der letzteren, wenn derselbe die Schlußnote aber als Vermittler ausgestellt hat (§ 9, Ziffer 1), deren beide Hälften abzuenden.

Vermittler haben diese Absendung und den verwendeten Stempelbetrag in ihren Geschäftsbüchern zu vermerken.

Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete darf unverschulte Schlußnoten über das abgabepflichtige Geschäft nicht ausstellen und aus der Hand geben.

#### **Ausführungs-Vorschriften.**

Zu §§ 10, 11 und 30 des Gesetzes.

12 a. Zur Entrichtung der in der Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe werden Reichstempelmarken und gestempelte Formu-

lare zu Schlußnoten zum Preise des auf denselben angegebenen Steuerbetrages zum Verkauf gestellt.

Die Reichsstempelmarken sind 24 mm. hoch und 61 mm. breit; dieselben haben einen gelblichen Untergrund, welcher rechts und links den Reichsadler und in der Mitte ein Schild mit der Inschrift »REICHS STEMPEL ABGABE« zeigt; eine Lochreihe macht die Marke in zwei gleiche Theile zerlegbar, von denen jeder die Werthbezeichnung und den Vordruck »den« für das Datum der Verwendung in rothem Aufdruck und außerdem die fortlaufende Nummer der Marke enthält. Die Marken lauten auf Steuerbeträge von 0,10, 0,20, 0,30, 0,40, 0,50, 0,60, 0,80, 1,00, 2,00, 3,00, 4,00, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00, 9,00, 10,00, 15,00, 20,00, und 30,00 M.

Die gestempelten Formulare zu Schlußnoten entsprechen in Form und Vordruck dem Muster d. Die vorstehend zur Ziffer 1 bezeichneten Formulare tragen auf jedem ihrer beiden Theile die gleiche fortlaufende Nummer. Dieselben sind entweder

1. mit einem Stempelaufdruck versehen, welcher dem Muster der Reichsstempelmarken gleicht, indessen den Vordruck »den« und die fortlaufende Nummer nicht enthält, oder

2. von der Steuerstelle dadurch herzustellen, daß vorrätzig zu haltende ungestempelte Formulare des Musters d durch Verwendung von Reichsstempelmarken zu dem verlangten Betrage gestempelt werden; die Marken sind hierbei von der Steuerstelle in ungetheiltem Zustande auf der durch den Vordruck bezeichneten Stelle, insoweit diese aber ausreichenden Raum nicht darbietet, auf einer freien Stelle des Formulars in der Art aufzukleben, daß bei der späteren Trennung der beiden Theile der Schlußnote je eine Hälfte der Marke auf jedem dieser Theile sich befindet, und sodann durch mindestens je einen auf das Formular übergreifenden Aufdruck des Amtsstempels in schwarzer Farbe, sowie durch Eintragung des Datums der Abstempelung auf jeder Hälfte der Marke zu entwerthen.

Mit Stempelaufdruck versehene Formulare werden zum Steuerbetrage von 0,20, 0,40, 0,60, 0,80, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 M. zum Verkauf gestellt; unter Verwendung von Marken gestempelte Formulare können zu jedem Steuerbetrage von den Steuerstellen hergestellt und verabsolgt werden.

12 b. Von den Steuerstellen werden ferner ungestempelte Formulare des Musters d ausgegeben, für welche der Betrag der Herstellungskosten als Preis erhoben werden darf. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf denselben Seitens der Steuerpflichtigen ist in folgender Weise zu bewirken:

Die Marken sind, soweit die durch den Vordruck bezeichnete Stelle darbietet, auf dieser, im Uebrigen an einer beliebigen Stelle in der Art aufzukleben, daß je eine Hälfte jeder Marke auf jedem der beiden Theile des ausgefüllten oder unausgefüllten For-

mulars sich befindet; die auf dem einen dieser Theile befindlichen halben Marken müssen also die gleichen fortlaufenden Nummern enthalten wie die auf dem anderen Theile befindlichen; die Marken dürfen vor der Aufklebung getheilt werden. In jeder Markenhälfte ist das Datum der Verwendung der letzteren auf dem Formular und zwar der Tag und das Jahr mit arabischen Ziffern, der Monat mit Buchstaben an der durch den Vorbruck bezeichneten Stelle niederzuschreiben. Allgemein übliche und verständliche Abkürzungen der Monatsbezeichnung mit Buchstaben sowie die Weglassung der beiden ersten Zahlen der Jahresbezeichnung sind zulässig (z. B. 8. Oktbr. 85, 7. Septbr. 87.)

Außerdem ist die Firma oder der Name des Ausstellers der Schlußnote auf jeder Hälfte der einzelnen Marken niederzuschreiben. Es genügt jedoch, wenn nur ein Theil der Firma oder des Namens auf jeder halben Marke zu stehen kommt, der andere Theil aber auf das Formular oder auf andere halbe Marken, welche sich auf denselben Theile des letzteren befinden, oder auf beide hinüberreicht.

Das Datum, sowie die Firma oder der Name sind mittelst deutlicher Schriftzeichen, ohne jede Rasur, Durchstreichung oder Ueberschreibung niederzuschreiben.

Es ist zulässig, den vorgeschriebenen Entwerthungsvermerk ganz oder theilweise durch Stempelaufdruck herzustellen. In diesem Falle braucht das Datum nicht an der durch den Vorbruck bezeichneten Stelle zu stehen, es muß aber in seinem ganzen Umfang (Monatsbezeichnung, Tages- und Jahreszahl mit den zulässigen Abkürzungen) vollständig auf jeder einzelnen halben Marke aufgedruckt sein.

Nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendete Marken werden als nicht verwendet angesehen (§ 31 des Gesetzes).

12 c. Es ist zulässig, andere als die von den Steuerstellen zum Verkauf gestellten Formulare (Privatformulare) zu Schlußnoten für die Entrichtung der Abgabe zu benutzen, vorausgesetzt, daß dieselben dem Muster d entsprechend aus zwei demnächst zu trennenden gleichen Theilen bestehen, und daß jeder dieser Theile einen Vorbruck mindestens für die Angabe des Namens und des Wohnorts des Vermittlers und des Kontrahenten, des Gegenstandes und der Bedingungen des Geschäftes, insbesondere des Preises, sowie der Zeit der Lieferung enthält; insofern die Formulare nicht in der nachstehend bezeichneten Weise zur Stempelung durch die Reichsdruckerei gelangen, müssen dieselben ferner an dem oberen Theile der Vorderseite einen über beide Theile des Formulars greifenden Vorbruck haben, durch den die für die Aufnahme der Marke bestimmte Stelle bezeichnet wird. Die Formulare können amtlich gestempelt oder von dem Aussteller der Schlußnote mit Reichsstempelmarken versehen werden.

Die amtliche Stempelung derselben erfolgt nach dem Antrage der Beteiligten entweder durch den Aufdruck des in Nr. 12 a unter

Ziffer 1 bezeichneten Stempels und einer für beide Theile des Formulars gleichen fortlaufenden Nummer durch die Reichsdruckerei und zwar auf Kosten des Antragstellers oder unter Verwendung von Reichsstempelmarken durch die Steuerstellen.

Die Stempelung durch die Reichsdruckerei erfolgt nur, wenn mindestens je hundert Formulare zu demselben Steuerbetrage gestempelt werden sollen; die Formulare sind in glattem Zustande (nicht aufgerollt) unter Beifügung eines überschüssigen Exemplars für je zwanzig Stück (als Ersatz für etwaige Abgänge bei der Abstempelung) und, wenn dem Antragsteller nicht Kredit bewilligt ist, unter Deponirung des Steuerbetrages mit einer doppelt aufzustellenden Anmeldung nach dem Muster e der Steuerstelle vorzulegen. Das eine Exemplar der Anmeldung erhält der Antragsteller, nachdem dasselbe mit der Quittung über den Empfang der Formulare und des Steuerbetrages versehen worden, zurück. Die Steuerstelle veranlaßt die Stempelung der Formulare durch die Reichsdruckerei, welche letztere die gestempelten und die nicht verdorbenen überschüssigen Formulare unter Bescheinigung der erfolgten Vernichtung der verdorbenen Exemplare und unter Mittheilung der entstandenen Kosten an die erstere zurücksendet. Die Steuerstelle erstattet der Reichsdruckerei die Kosten und händigt die gestempelten und die überschüssigen ungestempelten Formulare, nachdem sie sich auch ihrerseits von der richtigen Stempelung der ersteren überzeugt hat, dem Antragsteller unter Einziehung der veranschlagten Kosten aus; über den Rückempfang der Formulare läßt sie sich auf dem bei ihr zurückgebliebenen Exemplar der Anmeldung Quittung geben. Postsendungen zwischen den Steuerstellen und der Reichsdruckerei, welche die Abstempelung derartiger Formulare durch die Reichsdruckerei betreffen, sind mit dem Vermerk „Reichs-Dienstsache“ zu versehen und portofrei.

Soll die Stempelung der Formulare unter Verwendung von Reichsstempelmarken erfolgen, so bedarf es einer besonderen Anmeldung nicht; die Steuerstelle hat nach der Bestimmung unter 12a 2 zu verfahren; neben der Steuer werden Kosten für die Stempelung nicht erhoben.

Die Verwendung von Reichsstempelmarken zu den fraglichen Formularen Seitens der Aussteller der Schlußnoten ist nach Maßgabe der unter 12 b getroffenen Bestimmungen zu bewirken.

12 d. Die Verwendung von Reichsstempelmarken auf gestempelten Formularen zur Ergänzung eines fehlenden Betrages ist zulässig und gleichfalls nach der Bestimmung unter Nr. 12b zu bewirken.

12 e. Wenn im Falle des § 11 Absatz 1 und 2 des Gesetzes auf einer zu niedrig versteuerten Schlußnote der fehlende Stempelbetrag nachträglich zu verwenden ist, so sind die erforderlichen Marken von dem zur Entrichtung dieses Betrages Verpflichteten in

ungetheiltem Zustande an einer beliebigen Stelle der Schlußnote aufzuleben und nach Maßgabe der Bestimmung unter 12 b zu entwerthen; insbesondere ist das Datum der Verwendung der Marken auf jeder Hälfte derselben in der vorgeschriebenen Weise ersichtlich zu machen.

12 f. Die Stempelzeichen aus unbenuzten gestempelten Formularen abzutrennen und anderweit zur Entrichtung der Abgabe zu verwenden, ist unzulässig.

12 g. Bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu entrichten ist (§ 6 Abs. 2), bedarf es der Zusendung der Hälfte der Schlußnote an den ausländischen Kontrahenten nicht. In diesem Falle hat der inländische Kontrahent das Doppel-Formular der Schlußnote in der vorgeschriebenen Weise gestempelt ungetheilt aufzubewahren. Die nicht beschriebene Hälfte der Schlußnote ist zu durchstreichen.

### Beschlüsse

der Handelskammer zu Frankfurt a. M. über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Es ist bestimmt bis wann die Schlußnote ausgegeben werden kann (3 Tage nach dem Geschäftsabschluß). Es wäre Präzisierung erwünscht, wann die Schlußnote ausgestellt resp. abgegeben werden darf, da sonst leicht Kollision mit M. 8, eintreten könnte. (S. oben N. B.)

#### Zu § 10 Absatz 2.

Ist eine Hälfte der Schlußnote soll an jeden der beiden Kontrahenten ausgefolgt werden.

Ist der eine Kontrahent ein Ausländer, so scheint es doch ganz zwecklos demselben die eine Hälfte zu senden, da ja der Ausländer nichts mit dem Gesetz zu thun hat; es würde damit unnützlichweise mancher Brief doppelt portopflichtig. Es könnte deshalb in diesem Falle der inländische Kontrahent berechtigt sein, die beiden Hälften der Schlußnote aufzubewahren. (S. oben N. B.)

Komm.-B. S. 33. Während von der einen Seite hervorgehoben wurde, daß es nicht in der Absicht des Gesetzes liegen könne, indirekt durch die Verpflichtung zur Schlußnotenausstellung das gesamte Geschäft von dem Prinzipie der Gültigkeit mündlicher Verabredungen, wie dasselbe vom Handelsgesetzbuche aufgestellt sei, zu entfernen und an die Ausstellung einer Urkunde zu binden, daß man auch im Antrage Dr. Arnspurger dies keineswegs beabsichtigt habe, hier vielmehr nur an einen Steuerfchein, ausschließlich zum Zwecke der Besteuerung ausgestellt, gedacht habe, wurde von anderer Seite hervorgehoben, daß allerdings auch fernerhin die civilrechtliche Gültigkeit des Geschäfts durch die Ausstellung der Schlußnote keineswegs bedingt werde, indeß erblicke man gerade in der

Bedeutung, welche die Schlußnote gewinne, eine Förderung dieser Institution im Interesse des Handels. Die Schlußnote werde dadurch Regel und man müsse sie mit der vom Handelsgesetzbuch Art. 73 den vereidigten Maklern vorgeschriebenen Schlußnote gleich stellen. Die Mehrheit der Kommission schloß sich diesen Ausführungen in beiden Lesungen an und nahm einen Antrag an, welcher die Fassung der Vorlage konform mit den Bestimmungen des deutschen Handelsgesetzbuchs herstellt.

Komm.-B. S. 34. In zweiter Lesung wurde auf diesen Punkt von der Kommission noch einmal zurückgekommen und beantragt, mindestens für den zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten ausdrücklich ein Verbot der Ausgabe unsteuerter Schlußnoten auszusprechen. Es wurde hierfür geltend gemacht, daß es zu großen Inkonvenienzen führen müsse, wenn man es gestatte, daß neben den Schlußnoten, welche mit dem Stempel zu versehen seien, noch solche ausgestellt würden, die ungestempelt seien und damit den ersteren der Charakter eines Stempelscheines gegeben würde. Für die Kontrolle sei eine solche Lizenz ganz unzulässig, denn wenn man die Ausgabe doppelter Schlußnoten zulasse, so wäre die Steuerbehörde geradezu in die Unmöglichkeit versetzt, Kontravention zu verfolgen und festzustellen, ob neben der ungestempelten noch eine gestempelte Schlußnote vorhanden sei. Für den Verkehr entstehe daraus eine Belästigung nicht, denn es sei nach wie vor gestattet, Notizen über Geschäftsabschlüsse zu machen, zu vergleichen und die Schlußnote in ordnungsmäßiger Weise gestempelt binnen der Frist von drei Tagen abzusenden. Dementprechend wurde in der Kommission beschlossen, diesem Antrage beizutreten und dem § 10 als vierten Absatz zuzufügen:

„Der zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichtete darf unsteuerter Schlußnoten nicht ausstellen und aus der Hand geben.“

Komm.-B. S. 34. Zu dem zweiten Absätze wurde noch der Fall erörtert, wie es zu halten, wenn auf der einen Seite ein Kontrahent und auf der anderen eine Mehrzahl von Kontrahenten ständen, und in der Kommission der Ansicht beigetreten, daß, wenn die Mehrzahl der Kontrahenten gemeinschaftlich handelten, mithin pro rata am Geschäfte beteiligt seien, eine Schlußnote ausgestellt werde, wenn aber die Kontrahenten selbstständig zu verschiedenen Quantitäten beteiligt seien, ebensoviele verschiedene Geschäfte vorlägen, für deren jedes eine besondere Schlußnote auszustellen sei.

§ 11. Ist einem für die Entrichtung der Abgabe verhafteten Kontrahenten (§ 9, Absatz 2) eine zu niedrig versteuerte Schlußnote zugestellt worden, so hat derselbe binnen 14 Tagen nach dem Tage des Geschäftsabschlusses

den fehlenden Stempelbetrag auf der Schlußnote nachträglich zu verwenden; ist einem solchen Kontrahenten eine versteuerte Schlußnote überhaupt nicht zugegangen, so hat derselbe seinerseits binnen der bezeichneten Frist nach Maßgabe der im § 10, Absatz 1. und 2 gegebenen Bestimmungen zu verfahren.

Sind bei einem durch einen Vermittler abgeschlossenen Geschäft (§ 9, Ziffer 1) zwei derartige Kontrahenten theiligt, so hat jeder von ihnen nur die Hälfte des auf der zugestellten Schlußnote fehlenden Betrages nachträglich zu verwenden, im Falle des Nichteinganges der Schlußnote aber zu der von ihm auszustellenden Schlußnote nur die Hälfte des tarifmäßigen Stempels zu verwenden.

Die nach den vorstehenden Bestimmungen Mangels des Empfanges der Schlußnote entrichtete Abgabe ist zurückzuerstatten, wenn nachgewiesen wird, daß der zunächst Verpflichtete die ihm nach § 10 obliegenden Verpflichtungen rechtzeitig erfüllt hat. Die Entscheidung erfolgt im Verwaltungswege.

#### **Ausführungs-Vorschriften.**

Zu § 11 Absatz 3 des Gesetzes.

13. Ueber die Zurückerstattung der Abgabe im Falle des § 11 Absatz 3 entscheidet die Direktivbehörde desjenigen Bezirks, in welchem der die Zurückerstattung Verlangende zur Zeit der Entrichtung der Abgabe seinen Wohnort, eventuell aber seinen Aufenthaltsort gehabt hat.

Die erfolgte Erstattung ist auf beiden Theilen der betreffenden Schlußnote von der Steuerstelle zu vermerken.

R o m m.-B. S. 34. Diese Vorschrift regelt das Verfahren, wenn der zunächst Verpflichtete die Abgabe ganz oder zum Theil nicht entrichtet hat und die Pflicht zur Ausstellung der gestempelten Schlußnote auf den anderen verpflichteten Gesamtschuldner der Abgabe übergeht.

R o m m.-B. S. 34. Der Absatz 3 gibt dem, welcher im obigen Falle die Abgabe entrichtet hat, das Recht, dieselbe zurückzufordern,

wenn er nachweist, z. B. durch Vorlage der gestempelten Schlußnote, daß der zuerst Verpflichtete die Abgabe rechtzeitig entrichtet hat. Die Frage, ob dieses Rückerforderungsrecht auch im Rechtswege geltend gemacht werden könne, der im § 32 allgemein zugelassen ist, oder ob die Verfolgung dieses Anspruches dem Verwaltungswege zu überweisen sei, wurde im letzteren Sinne entschieden, weil es sich in diesen Fällen, wenn sie streitig werden, meist um einen Beweis handle, der mehr nach Gründen billigen Ermessens als nach strengeren richterlichen Erwägungen zu beurtheilen sei. Es wurde hiernach in zweiter Lesung der Antrag angenommen, dem Schlusse zuzufügen:

„Die Entscheidung erfolgt im Verwaltungswege.“

§ 12. Eine Schlußnote kann mehrere abgabepflichtige Geschäfte umfassen, insofern letztere demselben Steuerfakt unterliegen und an demselben Tage und unter denselben Kontrahenten, welche in gleicher Eigenschaft gehandelt haben, abgeschlossen worden sind. Die Abgabe ist in diesem Falle von dem Gesamtwert der Geschäfte zu berechnen.

Wird bei Kommissionsgeschäften für einen auswärtigen Kommittenten, welcher seinerseits als Kommissionär eines Dritten handelt, die Schlußnote mit dem Zusatz „in Kommission“ ausgestellt, so bleibt das Abwicklungsgeschäft zwischen ihm und seinem Kommittenten von der Abgabe befreit, wenn er die Schlußnote spätestens am ersten Werktag nach dem Empfange unter Beifügung des Namens seines Kommittenten an den letzteren absendet.

### **Beschluß**

der Sachverständigen-Kommission der Fondsbörse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Die Abgabepflicht des zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten entstehenden Anschaffungsgeschäftes unterliegt im Allgemeinen den gleichen Grundsätzen, wie die Stempelpflichtigkeit desjenigen Geschäftes, welches der Kommissionär in seinem Namen aber für Rechnung des Kommittenten geschlossen hat. Die Ausnahmebestimmung des § 12 Abs. 2, welche das Abwicklungsgeschäft unter bestimmten Voraussetzungen von der Abgabepflicht befreit, ist nur für den Fall gegeben, daß der Kommittent des am Börseplatze thätigen Kommissio-

närs seinerseits wiederum als Kommissionär eines Dritten fungirt, und daß dieser Zwischenkommissionär nicht am Börsenplatze selber wohnt. Die Abwicklung des Geschäftes zwischen dem Börsenplatze und dem Provinzialbanquier ist also in jedem Falle abgabepflichtig. Um die Abgabefreiheit der weiteren Abwicklung zwischen dem Provinzialbanquier und seinem Kunden zu begründen, muß der Börsenplatz-Kommissionär diejenige Schlußnote, welche er dem Provinzialbanquier seinerseits zu senden hat (nicht etwa die Schlußnote, die er selbst empfängt oder ein Duplikat derselben), mit dem Zusage „in Kommission“ ausstellen. Der Provinzialbanquier hat sodann letzterem Vermerke die Worte beizufügen „des R. R.“ (seines Kommittenten) und sie am ersten Werktage nach Empfang an seinen Kommittenten abzusenden. Nur dann, wenn diesen Vorschriften genügt wird, ist das Abwicklungsgeschäft zwischen dem Provinzialbanquier und seinem Kunden abgabefrei.

Gründe. Im § 7 Abs. 3 des Gesetzes und auf S. 31 des Kommissionsberichts Zeile 6 von unten ist klar ausgesprochen, daß das Geschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten ohne weitere Unterscheidung — nur allein mit Wahrung des Ausnahmefalles des § 12 Abs. 2, — der Steuerpflicht unterworfen werden soll. Der Bundesratsentwurf vom 21. Juni 1884 hatte denselben Gedanken gleichfalls im § 9 formulirt in das Gesetz aufgenommen. Es ist also eine ausdehnende Interpretation des § 11, Abs. 2 ausgeschlossen. Die darin zugelassene Ausnahme von der Abgabepflicht soll aber, wie auf S. 35 des Kommissionsberichts klar erhehlt, lediglich dem Verhältnisse des Provinzialbauquiers zu seinem Kunden zu Gute kommen.

### Beschluß

der Handelskammer zu Frankfurt a. M. über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Zu § 8 und § 12, Abs. 2.

Bei Vergleichung dieser beiden Paragraphen ergibt sich die Möglichkeit alltäglich entstehender Schwierigkeiten, deren thatsächliches Vorkommen durch folgendes Beispiel erläutert werden soll.

### Beispiel.

Der Banquier K. in Frankfurt a. M. kauft an der Börse von dem Banquier L. ebendasselbe

M. 21,000 4 % Bayerische Obligationen.

K. hat seinerseits als Kommissionär gehandelt und zwar hatte er den Auftrag auf M. 19,000 für den Geschäftsfreund W. in München und M. 2000 für den Kaufmann N. in Nürnberg.

Nach Ausführung dieser Aufträge würde K. seinen Auftraggebern die Schlußnoten mit dem Vermerk „in Kommission“ zuzusenden haben, indem er dem W. die Hälfte des Schlußnotenstempels mit 50 Pf. dem

N. die auf dessen Betrag fallende Quote mit 10 Pf. zu belasten haben wird. Das scheitert jedoch an der Weigerung des L. als des zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten (§ 9, No. 5), die Schlußnote anders als über den vollen Betrag der gehandelten M. 21,000 auszustellen, weil § 8 ihm die Theilung verbietet.

Diese Schlußnote wäre somit zu 2 Mark zu versteuern, davon entfiel auf R. die Hälfte mit . . . . . M. 1.—

ferner würde R. seinerseits genöthigt sein, 2 Schlußnoten an

M. und N. auszustellen im Betrage von M. 1.— für M.

und . . . . . „ —.20 für N.

M. 1.20 davon

die Hälfte zu seinen Lasten . . . . . „ —.60

M. 1.60

welche er nicht von seinen auswärtigen Kommittenten beanspruchen kann, obgleich ihm das Gesetz in § 12, Abs. 2 die Vergünstigung der Steuerfreiheit gewährt.

Es wird nun die Frage aufgeworfen, wie ist in solchen Fällen zu verfahren, bzw. wie ist der Kollision der in dem einen Paragraphen gegebenen Vorschrift mit der in dem andern Paragraphen gewährten Vergünstigung zu begegnen?

Die Handelskammer beschließt hierzu:

Bei Aufträgen, die in Kommission ausgeführt werden, findet die Bestimmung des § 8 nicht Anwendung.

Komm.-B. S. 35. Der Absatz 1 enthält die in dem Auftrage des Dr. Arnspurger enthaltene Bestimmung, wonach über mehrere Geschäfte eine Schlußnote ausgestellt werden darf, und bietet für die regelmäßige Ausführung von Aufträgen derselben Kunden dem Bankier eine wesentliche Erleichterung auch bei Abstufungen der Steuerstufen von 10,000 zu 10,000 M. eine Ermäßigung der Steuer. Wer z. B. zu gleicher Zeit ein Geschäft von 10,000 M. und vier Geschäfte zu 2,000 M. aufgibt, zahlt, wenn sie in einer Schlußnote zusammengefaßt werden, nur 1 M. Steuer, während er, wenn die Geschäfte in verschiedenen Schlußnoten vollzogen werden müßten, 1 M. 80 Pf. Steuer zu zahlen verbunden wäre, eine Vergünstigung, welche wesentlich den kleinern Geschäftsleuten und dem Privatpublikum zu Gute kommt.

Daß der vorliegende Fall in seinen Voraussetzungen mit dem Verbot des Zerlegens desselben größeren Geschäfts in eine Mehrzahl von kleineren abgabefreien (§ 8) nicht zusammenfällt, bedarf keiner Ausführung.

Komm.-B. S. 35. Der zweite Absatz beabsichtigt eine Vorschrift zu geben, welche dem Bankier die Möglichkeit gewährt, das Abwickelungsgeschäft mit seinem Kunden, der ihm eine an einem dritten Orte auszuführende Kommission gegeben, ohne weitere

Steuerentrichtung zu vollziehen. Der Bankier soll zu diesem Zwecke bei Weiterbegebung des ihm ertheilten Auftrages angeben, daß er in Kommission handle, und demgemäß verlangen können, daß der ihm ertheilte Schlußschein für ihn mit dem Zusatz „in Kommission“ ausgestellt werde. Den so empfangenen Schlußschein soll er unter Beifügung des Namens seines Kommittenten ohne neuen Schlußschein weiter zu begeben berechtigt sein, so z. B.: Der Privatmann A. gibt seinem Provinzialbankier B. einen Auftrag, für ihn 10,000 M. Konfols zu kaufen. B. gibt unter Angabe, daß er in Kommission handle, den Auftrag dem Bankier C. am auswärtigen Börseplatze. C. stellt für das Abwicklungsgeschäft mit B. die Schlußnote aus: „C. verkauft an B. in Kommission 10,000 M. Konfols à 103 $\frac{1}{2}$ “ und sendet dieselbe ab; B. fügt nun der Bemerkung „in Kommission“ zu „des A.“ und händigt diesem mit seiner Kommissionsrechnung die Schlußnote aus, statt eine neue steuerpflichtige Schlußnote auszustellen.

Die vorstehende Bestimmung führte zu verschiedenen Erörterungen. Von einer Seite wurde das Bedenken erhoben, daß der Bankier Mißbrauch mit dieser Befugniß treiben und bei allen Aufträgen sich als Kommissionär bezeichnen könne, auch wenn er es nicht wäre, die so erhaltenen Effekten aber unter Beifügung der Schlußnote unter Hinterziehung des Stempels anderweit veräußern könne. Dem gegenüber wurde darauf hingewiesen, daß der Bankier in solchem Falle der Strafe des § 119 unterliegen würde; zudem sei die Gefahr eines Mißbrauchs nicht groß, weil der Bankier die Schlußnote nur weiterbegeben könne, wenn er zu denselben Bedingungen gehandelt habe und folglich nur, wenn er zu diesen einen Abnehmer finde, von der Schlußnote Gebrauch machen könne.

Von anderer Seite wurde aber besonders hervorgehoben, daß die vorgeschlagene Maßnahme eine Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit sei, welche es dem Provinzialbankier allein möglich mache, sein Geschäft weiter zu betreiben. Würde die ihm ertheilte Kommission noch einmal besteuert, so werde sich das Geschäft noch mehr und ausschließlich den großen Geldemporien zuwenden zum Nachtheile der Provinzen, es werde in noch größerem Maße ein Monopol der großen Banken und Bankiers begründen. Die Kommission trat diesen Ausführungen in allen Stücken in ihrer Mehrheit bei.

In der Reichstagsitzung vom 8. Mai 1885 äußerte der Präsident: „Hierzu liegt vor der Antrag der Herren Abgeordneten Freiherr von Buol und Genossen Nr. 4, hinter den Worten „insofern letztere“ einzuschalten „denselben Steuerfakt unterliegen und“.

Abgeordneter Dr. Grimm: „Meine Herren, dieser Antrag ist eigentlich wesentlich redaktioneller Natur. In der Sache selbst wird kein Zweifel sein bei den Herren, daß man nicht ein Geschäft über Effekten und ein Geschäft über Weizen in denselben Schlußschein

fassen kann. Um das auszuschließen und im Gesetz zu präzisieren, schlage ich mit den übrigen Antragstellern Ihnen vor, den Zusatz zu machen: „demselben Steuerfaze unterliegen“. Das heißt, es können nur solche Geschäfte, die entweder dem Steuerfaze zu  $\frac{1}{10}$  oder dem zu  $\frac{2}{10}$  pro mille unterliegen, jedesmal in einem gemeinschaftlichen Schlußschein zusammengefaßt werden.“

§ 13. Die Schlußnoten sind nach der Zeitfolge nummeriert fünf Jahre lang aufzubewahren.

Romm.-B. S. 36. Hier wurde die Dauer der Aufbewahrungszeit für Schlußnoten konform mit der Verjährungsfrist für schwerere Vergehen (Strafgesetzbuch § 67) auf fünf Jahre, statt der von Dr. Ursperger und Genossen beantragten drei Jahre bestimmt. Eine irgend erhebliche Belästigung des Kaufmannsstandes, welcher die Handelsbücher zehn Jahre aufzubewahren hat, ergibt sich hieraus nicht.

§ 14. Ist bei dem Abschluß eines abgabepflichtigen Geschäfts zwischen zwei Kontrahenten, welche nicht nach Artikel 28 des Handelsgesetzbuches zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, eine beiderseits unterschriebene Vertragsurkunde aufgestellt worden, so bleiben die §§ 9, 10, 11, 12, 13 außer Anwendung. Die Kontrahenten sind verpflichtet, die Vertragsurkunde binnen 14 Tagen nach dem Geschäftsabschluß der Steuerbehörde zur Abstempelung vorzulegen; diese Verpflichtung erstreckt sich bei Geschäften, für welche die Abgabe nur im halben Betrage zu erheben ist (§ 6, Absatz 2), nicht auf den nicht im Inlande wohnhaften Kontrahenten.

#### Ausführungs-Vorschriften.

Zu § 14 des Gesetzes.

14. Die Abstempelung der Vertragsurkunde erfolgt Seitens der Steuerstelle durch Verwendung von Reichsstempelmarken. Die letzteren sind in ungetheiltem Zustande thunlichst auf der ersten Seite der Urkunde anzukleben und durch Eintragung des Datums der Verwendung und Aufdruck des Amtsstempels in der unter Biffer 12a, 2 vorgeschriebenen Weise zu entwerthen. Ist die Vertragsurkunde in mehreren Exemplaren ausgestellt, so ist von der Steuerstelle auf dem zweiten Exemplar und eventuell auch auf den

weiteren Exemplaren mit Unterschrift und unter Beidrückung des Amtsstempels zu vermerken, welcher Reichsstempelbetrag zu dem ersten Exemplar verwendet ist. Bei gerichtlich oder notariell aufgenommenen Verträgen, deren Urschriften den Kontrahenten nicht ausgehändigt werden, sind der Steuerstelle die Ausfertigungen vorzulegen.

R o m m.-B. S. 36. Diese Vorschrift bestimmt für Geschäfte unter zwei Nichtkaufleuten, welche schriftlich befundet und unterschrieben sind, das Außerkrafttreten der Vorschriften über Schlußnoten, und die Kommission stimmte dem als Konsequenz der früheren Beschlüsse zu § 6 zu.

§ 15. Bei Geschäften, für welche eine rechtzeitige Berechnung der Steuer nicht möglich ist, bleibt die Besteuerung unter den vom Bundesrath festzusetzenden Maßgaben so lange ausgesetzt, bis die Berechnung möglich wird. Der Bundesrath bestimmt ferner, unter welchen Umständen außerhalb dieses Falles, insbesondere bei im Auslande abgeschlossenen Geschäften, eine andere Frist zur Ausstellung der Schlußnoten eintreten kann.

#### Ausführungs-Vorschriften.

##### Zu § 15 des Gesetzes.

15. Ueber Geschäfte, für welche eine rechtzeitige Berechnung der Steuer nicht möglich ist, weil der Werth des Gegenstandes des Geschäfts auch nicht nach seinem höchstmöglichen Betrage (§ 7 Absatz 1 des Gesetzes) berechnet werden kann, ist gleichwohl nach Maßgabe der §§ 10 und 11 des Gesetzes eine Schlußnote auszustellen, auf jedem der beiden Theile derselben aber zu vermerken, daß die Besteuerung so lange ausgesetzt bleibt, bis die Steuerberechnung möglich wird. Abschrift der Schlußnote einschließlich dieses Vermerks ist gleichzeitig der Direktivbehörde zu übersenden. Sobald die Berechnung der Steuer möglich, hat deren Entrichtung nach Maßgabe der §§ 10 und 11 unter Ausstellung einer neuen Schlußnote, in welcher auf die erstausgestellte Schlußnote Bezug zu nehmen ist, zu erfolgen. Die Direktivbehörde ist berechtigt, sich die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung nachweisen zu lassen.

Handelt es sich in einem solchen Falle um ein Geschäft, das nach § 14 des Gesetzes unter steueramtlicher Abstempelung der beiderseits unterschriebenen Vertragsurkunde zu versteuern ist, so hat gleichwohl die Vorlegung der Vertragsurkunde bei der Steuerstelle nach Maßgabe der bezeichneten Vorschrift zu erfolgen; die Steuerstelle vermerkt auf der Urkunde, eventuell auf den mehreren Exem-

plaren derselben mit Unterschrift und unter Beidrückung des Amtsstempels, daß die Erhebung der Reichstempelabgabe wegen zeitiger Unmöglichkeit der Berechnung derselben ausgesetzt sei und behält Abschrift der Urkunde oder mindestens der für das Steuerinteresse wesentlichen Theile derselben zurück. Sobald die Berechnung der Steuer möglich wird, hat die anderweite Vorlegung der Vertragsurkunde zur Abstempelung bei einer Steuerstelle nach der Vorschrift im § 14 zu erfolgen; falls mehrere Exemplare dieser Urkunde bestehen, genügt die Vorlegung eines Exemplars. Die erstbezeichnete Steuerstelle überwacht in geeigneter Weise die rechtzeitige Erfüllung dieser Verpflichtung.

Bezüglich der in den §§ 10 und 11 sowie in § 14 bestimmten Fristen gilt hierbei der Tag, an welchem die Steuerberechnung ausführbar geworden ist, als Tag des Geschäftsabschlusses.

Die Direktivbehörde, bezw. im Falle des Absatzes 2 dieser Ziffer die Steuerstelle, kann, wenn die Berechnung eines Theils der zu entrichtenden Abgabe möglich ist, die Entrichtung dieses Theils anordnen.

16. Ist das Geschäft zwischen Kontrahenten, welche nicht an dem Orte befindlich sind, durch briefliche oder telegraphische Annahmeerklärung zu Stande gekommen, so beträgt die Frist zur Ausstellung der Schlußnote

1. für den zur Entrichtung der Abgabe zunächst Verpflichteten (§ 9 Abs. 1 und § 10 des Gesetzes) zehn Tage,
2. für den zur Entrichtung der Abgabe in zweiter Reihe Verpflichteten drei Wochen.

Die Frist beginnt für den die Annahmeerklärung abgehenden Kontrahenten am Tage nach der Abgabe der Annahmeerklärung behufs der Absendung (Artikel 321 des Handelsgesetzbuches), für den die Annahmeerklärung empfangenden Kontrahenten am Tage nach dem Eingange dieser Erklärung und zwar auch im Falle einer brieflichen Bestätigung der telegraphischen Annahmeerklärung nach dem Eingange der letzteren.

Bei Geschäften, welche während eines zeitweiligen Aufenthaltes im Auslande dortselbst abgeschlossen (§ 6 Absatz 2 und 3 des Gesetzes) oder vermittelt sind, beginnt der Lauf der zur Entrichtung der Abgabe festgesetzten Fristen für den betreffenden Verpflichteten mit dem Tage nach seiner Rückkehr in das Inland; die Frist für die im Inlande befindlichen Steuerpflichtigen wird hierdurch nicht geändert.

§ 36. Die Bestimmung, daß es dem Bundesrathe überlassen bleiben solle, allgemeine Verfügungen zu treffen, wie zu verfahren sei, wenn bei einem Geschäftsabschlusse die Berechnung der Steuer nicht alsbald erfolgen könne, z. B. wegen Ungewißheit des Umfangs der Leistungen, und die Fälle festzusetzen, in welchen die Frist zur Ausstellung der Schlußnoten, namentlich bei im Auslande abgeschlossenen Geschäften, verlängert werden könne,

hat wesentlich an ihrer Bedeutung verloren, nachdem die Steuerpflicht nur in Betreff des börsenmäßigen Waarengeschäfts aufrecht erhalten worden; indeß ist sie auch in Betreff des Effektengeschäfts nicht zu entbehren.

§ 16. Nach der näheren Bestimmung des Bundesraths dürfen Stempelzeichen zur Entrichtung der in Tarifnummer 4 angeordneten Abgabe auf Credit verabfolgt werden.

#### Ausführungs-Vorschriften.

Zu § 16 des Gesetzes.

17. Nach Maßgabe der von den Landesregierungen zu treffenden näheren Bestimmungen, insbesondere auch rücksichtlich der zu bestellenden Sicherheit dürfen gestempelte Formulare (Ziffer 12a) auf Credit verabfolgt und eigene Formulare der Steuerpflichtigen auf Credit amtlich gestempelt werden (Ziffer 12c). Abgabebeträge unter 50 M. werden nicht kreditirt. Die kreditirten Beträge sind bis zum 25. Tage des dritten auf den Monat der Anschreibung folgenden Monats einzuzahlen.

Reichsstempelmarken werden nicht auf Credit verabfolgt.

Komm.-B. S. 36. Diese Bestimmung ist wesentlich durch die dem Vermittler im Systeme des Gesetzes gegebene Stellung veranlaßt.

§ 17. Geschäfte, welche nach Tarifnummer 4 abgabepflichtig sind, oder auf welche die Vorschrift unter „Befreiungen“ zu dieser Tarifnummer Anwendung findet, sowie Schriftstücke über solche Geschäfte, sind in den einzelnen Bundesstaaten keinen Stempelabgaben (Taxen, Sporteln u. s. w.) unterworfen. Werden diese Schriftstücke indessen gerichtlich oder notariell aufgenommen und beglaubigt, so unterliegen sie, neben der in Tarifnummer 4 für das Geschäft vorgeschriebenen Abgabe, den in den Landesgesetzen für gerichtliche oder notarielle Aufnahmen und Beglaubigungen etwa vorgeschriebenen Stempeln (Taxen, Sporteln u. s. w.)

Komm.-B. S. 36. Hier wird im Wesentlichen in Uebereinstimmung mit beiden Anträgen die Steuerpflicht der Landesgesetzgebung gegenüber festgestellt.

§ 18. Wer den Vorschriften im § 10, Absatz 1 und 2, § 11, Absatz 1 und 2 und § 14 zuwiderhandelt, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem fünfzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt, mindestens aber 20 Mark beträgt. Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der vorstehend bestimmten Strafe eine Geldstrafe von 20 bis 5000 M. ein.

§ 19. Wer, nachdem er auf Grund des § 18 bestraft worden, von Neuem den dortselbst bezeichneten Vorschriften zuwiderhandelt, hat neben der im § 18 vorgesehenen Strafe eine Geldstrafe von 150 – 5000 M. verwirkt.

Diese Rückfallstrafe tritt ein ohne Rücksicht darauf, ob die frühere Bestrafung in demselben oder in einem anderen Bundesstaate erfolgt ist. Sie ist verwirkt, auch wenn die frühere Strafe nur theilweise entrichtet oder ganz oder theilweise erlassen ist.

Dieselbe ist ausgeschlossen, wenn seit der Entrichtung oder dem Erlaß der letzten Strafe bis zur Begehung der neuen Zuwiderhandlung fünf Jahre verflossen sind.

§ 20. Wer gegen die Vorschriften im § 10, Absatz 3 und § 13 verstößt, ist mit Geldstrafe von 3 M. bis 5000 M. zu bestrafen.

### **Strafen.**

Romm.-B. S. 36. Die mit einer besonderen Strafe zu belegenden Steuerkontraventionen zerfallen:

1. in Verletzungen der Bestimmung über die Ausstellung und Stempelung der Schlußnoten sowohl seitens des zunächst Verpflichteten (§ 10, Abs. 1 und 2) als auch seitens des eventuell Verpflichteten (§ 11, Abs. 1 und 2) und über die Stempelung des schriftlichen Vertrags seitens der Nichtkaufleute (§ 14);

2. in Nichtbeachtungen der Vorschriften über die Aufbewahrung der Schlußnoten (§ 13) und über die Notirung ausgegebener Schlußnoten seitens der Vermittler. (§ 10, Abs. 3.)

Einer besonderen Strafbestimmung wegen Ausstellung unstempelter Schlußnoten seitens des zur Entrichtung der Abgabe

zunächst Verpflichteten glaubte die Kommission entbehren zu können; eine solche falle unter die allgemeine Ordnungsstrafe des § 23. Finde sich eine ungestempelte Schlußnote, so sei der Aussteller jedenfalls der Ordnungsstrafe verfallen, und müsse nachweisen, daß eine gestempelte Schlußnote vorhanden sei; erbringe er diesen Nachweis nicht, dann unterliege er der Strafe des § 18.

Die Feststellung des Strafmaßes führte zu ausführlichen Erörterungen.

Zunächst müsse man sich vergegenwärtigen, daß § 33, Abs. 2 ergänzend eintrete mit der dort festgestellten Ordnungsstrafe von 3 bis 30 M. für den Fall, daß sich aus den Umständen ergebe, daß eine Steuerhinterziehung nicht habe eintreten können oder nicht beabsichtigt worden sei.

Dem Antrage, einzufügen „von dem Steuerpflichtigen nicht beabsichtigt worden sei“, wurde lebhaft widersprochen, denn damit werde die Erkennung einer Strafe wegen Hinterziehung der Steuer in fast allen Fällen illusorisch gemacht, wo die Steuerentrichtung einem Handelsgehilfen überlassen worden, was ja meist zu geschehen pflege. Die Bestimmung sei objektiv zu verstehen, es müsse ein Vergehen vorliegen von dem, welcher die Handlung zur Versteuerung ausführe, und nur in diesem Falle trete die Ordnungsstrafe ein. Die Kommission schloß sich dieser Ausführung an und lehnte den Antrag ab.

Die Strafe der einfachen Hinterziehung wurde auf den 50fachen Betrag der hinterzogenen Steuer festgestellt, indem sich die Kommission in dieser Beziehung für die mildere Auffassung des Antrages Dr. Arnspurger und Genossen entschied. Die Minimalstrafe von 20 M. entspricht den Bestimmungen in § 3 des Gesetzes. Ergänzend wurde für den Fall, daß der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht zu ermitteln, die Strafe von 20 M. bis zu einem Maximum von 5000 M. festgestellt. Es wurde hier die Nothwendigkeit einer sehr empfindlichen Geldstrafe damit gerechtfertigt, daß es sich in diesen Fällen vielfach nicht allein um ein fortgesetztes doloses Verfahren, sondern auch um sehr hohe Steuerbeträge handeln werde.

Dagegen war die Kommission der Ansicht, daß die Unterlassung der Aufbewahrung der Schlußnote und die versäumte Notirung des Mafßers Vergehen von so verschiedener Strafbarkeit enthalten könnten, daß das Strafmaß von der einfachen Ordnungsstrafe von 3 M. bis zur Maximalstrafe von 5000 M. eintreten könne, und daß man hier die Verschiedenheiten des Falles zu würdigen dem Richter überlassen müsse. Es wurde hervorgehoben, welcher Unterschied zwischen dem Nichtaufbewahren einer einzelnen Schlußnote aus Unachtsamkeit und der absichtlichen Veseitigung aller Schlußnoten zwecks Verbergung von Steuerhinterziehungen bestehe. Aus gleicher Erwägung sei die wiederholte Verletzung dieser Vorschriften nicht unter die Strafen des Rückfalles zu subsumiren, vielmehr auch

hier die Wiederholung nur als ein für die Strafmessung durch den Richter in Betracht kommendes Moment anzusehen. Darüber, daß eventuell neben den Strafbestimmungen des § 20 diejenige des § 18 einzutreten habe, bestand in der Kommission Einverständnis.

#### Tarifnummer 4.

Laut. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		M.	100	1000	
	II. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte.				
4.	a) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über:				
	1. ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten,				
	2. Werthpapiere der unter 1, 2 und 3 dieses Tarifs bezeichneten Art . . . . .			$\frac{1}{10}$	vom Werth des Gegenstandes des Geschäfts, und zwar in Abstufungen von je vollen 2 000 M., bei Geschäften im Werthe von 10 000 M. und mehr in Abstufungen von je vollen 10 000 M. Bei Geschäften unter 2000 M. wird die Steuer von einem Werthe von 2 000 M. berechnet. Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Die zu den Werthpapieren gehörigen Zins- und Dividendenbons bleiben bei Berechnung der Abgabe außer Betracht.
	b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, welche unter Zugrundelegung von Pfanden einer Börse geschlossen werden (Boko-, Zeit-, Fix-, Termin-, Prämien- u. Geschäfte), über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden . . . . .			$\frac{2}{10}$	Äuß. börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse deren Pfanden für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden.
	Anm. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über im Inlande von einem der Kontrahenten erzeugte oder hergestellte Mengen von Sachen oder Waaren sind steuerfrei.				Äuß. ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.

Auf. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß			Berechnung der Stempelabgabe
		M.	100	1000	
	<b>Befreiungen.</b>				
	Die vorbestimmte Abgabe wird nicht erhoben:				
	1. falls der Werth des Gegenstandes des Geschäfts nicht mehr als 600 M. beträgt.				
	2. für sogenannte Kontantgeschäfte über die unter a 1 bezeichneten Gegenstände, sowie über ungemünztes Gold oder Silber.				
	Als Kontantgeschäfte gelten solche Geschäfte, welche vertragsmäßig durch Lieferung des Gegenstandes Seitens des Verpflichteten an dem Tage des Geschäftsabchlusses zu erfüllen sind.				

Die Festsetzung einer besonderen Rückfallsstrafe erachtete die Kommission mit Rücksicht auf die Leichtigkeit der Hinterziehung der Abgabe für erforderlich.

Gegen die Höhe der Rückfallsstrafe sowie gegen das Prinzip derselben wurde aus der Mitte der Kommission Widerspruch erhoben und beantragt, durch den Zusatz von „vorläufig“ vor „zuwiderhandeln“ dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß nur wiederholte vorläufige Zuwiderhandlung die Anwendung der Rückfallsstrafe begründen dürfe. Es wurde darauf hingewiesen, daß es für den Kaufmannsstand eine schwer empfundene Schädigung seines Ansehens und seiner Ehre sein würde, wenn man die Geschäftsherren für jede Kontravention gegen die Steuergesetze verantwortlich mache, während die letztere regelmäßig durch einen Handlungsgehilfen verübt sei; man müsse nur den mit Strafe belegen, welcher selbst gegen das Steuergesetz gefehlt habe, nicht aber den unschuldigen Geschäftsherrn, der höchstens für die Zahlung der Strafe haftbar gemacht werden könne, nach dem Gesetze könne der Geschäftsherr wegen Rückfall gestraft werden, der nur das Unglück gehabt, von zwei Handelskommiss hintereinander betrogen worden zu sein.

Dem gegenüber wurde hervorgehoben, daß die Stempelgesetze zur Vornahme einer Handlung verpflichteten, deren Unterlassung

eine Steuerkontravention bilde und mit Strafe belegt werde. Man könne doch nur denjenigen zu einer Handlung zwingen, der steuerpflichtig sei, das sei nur der Kontrahent und folglich nur der Geschäftsherr und nicht der Kommiss, der gar nicht steuerpflichtig sei. Das Leben habe in vielen Geschäftszweigen die Nothwendigkeit statuirt, daß gewisse Geschäftsfunktionen Gehülfen überlassen würden, wie z. B. bei den Rechtsanwälten und Notaren, niemals aber werde man in diesen Fällen die Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Dienstpflicht, Steuerpflicht u. dergl. dem Geschäftsherrn abnehmen und auf den Gehülfen übertragen.

Nach den Erwägungen der Kommission bedurfte ein Theil der Bestimmungen, welche auch für die anderen Theile des Reichsstempelgesetzes Anwendung finden, einer dem vorstehenden Entwurfe entsprechenden Abänderung bezw. Ergänzung.

Die Petition der vereinigten Handelskammern vom 24. April 1885 an den Bundesrath bemerkt: Die Höhe der Strafbestimmungen ist allerdings gegenüber den exorbitanten Sätzen, welche der Entwurf des Abgeordneten von Wedell-Malchow vorschlug, in dem Kommissions-Entwurfe wesentlich abgemildert. Die Hauptbeschwerde des Handelsstandes gegen die Strafbestimmungen besteht aber darin, daß der Geschäftsinhaber, obgleich er bei größerem Umfange des Geschäfts absolut nicht in der Lage ist, für jeden Geschäftsabluß persönlich die Entrichtung der Abgabe zu übernehmen, doch in allen Fällen als der eigentlich Schuldige angesehen wird.

Ein größeres Bankinstitut oder Bankhaus, welches bereits für die eigentlichen Arbeiten der Direktoren und Chefs eine Theilung der Arbeit eintreten lassen muß, kann nicht umhin, die zur Entrichtung der Abgabe erforderliche Manipulation in die Hände eines Angestellten zu legen, und es ist nicht im Stande, die Ueberwachungseinrichtungen so zu gestalten, daß ihm die Verantwortung an Stelle des eigentlich Schuldigen in dem Umfange aufgebürdet werden könnte, wie der Entwurf es will. Schon bei denjenigen Stempelabgaben, welche das Vorhandensein eines mit dem Namen der Person oder Firma gezeichneten Schriftstückes voraussetzen, kann man den Chef, welcher die Firma ohne Verwendung des Stempelbetrages gezeichnet hat, kaum für den eigentlich Schuldigen erklären. Bei der Geschäftssteuer aber, welche durch den Entwurf eingeführt werden soll, muß man verlangen, daß zwischen dem eigentlich Schuldigen und dem nur subsidiarisch haftenden ebenso unterschieden wird, wie beispielsweise in dem Reichsgesetze vom 31. Mai 1872, wegen Erhebung der Brausteuer, im § 38 vorgeschrieben ist. Der eigentlich Schuldige ist zu der Geldstrafe zu verurtheilen, und der Chef des Gewerbebetriebes hat für diese Strafen zu haften, wenn

1. die Geldstrafe von dem eigentlich Schuldigen nicht beigetrieben werden kann, und
2. der Nachweis, erbracht wird, daß er bei Auswahl und Anstellung des eigentlich Schuldigen oder bei der Beaufsichti-

gung desselben nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes zu Werke gegangen ist.

Dies wäre ein erträglicher Rechtszustand, während der gegenwärtige Vorschlag, welcher statt des etwa untrennbar handelnden Geschäftsgehilfen den Prinzipal bedingungslos als den eigentlich Schuldigen ansieht, unerträglich ist.

Zu Tarifnummer 4.

### Beschlüsse

der Sachverständigen Kommission der Fondsbörse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes. Konform mit den Beschlüssen der Handelskammer Frankfurt a. M.

— Anschaffungsgeschäfte über ausgeloozte Stücke sind abgabepflichtig. Die Einlösung ausgelookter Stücke ist aber kein Anschaffungsgeschäft. Ebenso wenig ist dies der Auftrag zur Bewirtung der Einlösung und die Annahme dieses Auftrages, sowie die Mittheilung über Ausführung desselben. Letzteres ist auch dann anzunehmen, wenn die Uebersendung der Stücke zum Inkasso in der Form geschieht, daß der Beauftragte dem Auftraggeber den Erlös gutschreiben soll.

Gründe. Durch die Ausloosung verliert ein Werthpapier noch nicht den Charakter der unter Nr. 1, 2, 3 des Tarifs bezeichneten Werthpapiere. Entgeltliche Vertragsgeschäfte, welche auf den Erwerb des Eigenthums an solchen Stücken gerichtet sind, stellen sich also als abgabepflichtige Anschaffungsgeschäfte dar. Die Einlösung selbst aber und die auf dieselbe abzielenden Aufträge sind nicht auf den Erwerb des Eigenthums an den Stücken gerichtet, sie sind also nicht Anschaffungsgeschäfte und darum abgabenfrei. Hieran wird nichts geändert, wenn auch der mit der Einlösung Beauftragte den Erlös dem Auftraggeber nicht sofort remittiren sondern ihm gutschreiben soll.

— Die Definition der Komptant-Geschäfte in der Befreiungsbestimmung 2 des Tarifs verlangt nicht, daß der Lieferungsempfänger noch am Tage des Geschäftsabchlusses unbedingt in den vollen Besitz des Geschäftsgegenstandes gelangen muß, sondern nur, daß der zur Lieferung Verpflichtete noch am Tage des Geschäftsabchlusses das Seinige zu thun hat, um die sofortige Erfüllung herbei zu führen, unbeschadet kurzer Befristungen, welche im § 7 des Gesetzes vorgesehen sind. Es ist deshalb auch der Fall unter die Komptant-Geschäfte zu rechnen, in welchem beispielsweise ein Petersburger dem Berliner Banquier den Auftrag erteilt, 1000 Imperials zu verkaufen, der Berliner Banquier diesen Auftrag ausführt und seinen Petersburger Kommittenten per Telegramm veranlaßt, sofort das Gold an ihn abzuliefern. Nicht nur das zwischen dem Petersburger und dem Berliner Banquier geschlossene sondern auch das Geschäft zwischen dem Berliner Banquier und dem hiesigen Abnehmer der Imperials sind Komptant-Geschäfte und fallen deshalb unter die Befreiungsbestimmung.

Gründe. Distanzgeschäfte sind im Gesetz von der Befreiung der Komptant-Geschäfte nicht ausgeschlossen, vorausgesetzt daß sie wirklich Komptant-Geschäfte sind. Das ist aber im oben beispielsweise dargestellten Falle nicht nur für das Geschäft zwischen dem Petersburger und Berliner Banquier zutreffend, sondern auch für das Geschäft zwischen den zwei Berliner Firmen.

Wenn auch bei letzterem Geschäfte dem Berliner Käufer nach der Natur der Dinge bekannt sein sollte, daß der zwischen ihm und dem Petersburger Verkäufer in der Mitte stehende Berliner Kommissionär ihm die gekauften 1000 Imperials erst nach dem Eingange aus Petersburg abliefern kann, so beginnt doch auch dem Berliner Käufer gegenüber die Erfüllung mit dem Momente, in welchem der Petersburger Verkäufer die 1000 Imperials an den Berliner Kommissionär abzusenden beauftragt wird. Diese Auffassung harmonirt auch mit den Äußerungen des Reichstagsreferenten auf Seite 2556 des stenographischen Berichts.

— Bei Subskriptionen auf neu zu emittirende Effekten wird die Abgabepflicht nicht durch den Subskriptionsakt, sondern erst durch die Zuteilung begründet. Die Abgabe ist deshalb nicht vom subskribirten Betrage, sondern nur vom zugeheilten Betrage zu berechnen.

Motiv. Die Subskription ist nur eine Offerte zum Vertragsabschluß. Der Abschluß erfolgt erst durch die Zuteilung.

— Das Leihen von Stücken wird nicht dadurch ein abgabepflichtiges Geschäft, daß dem Leihenden die Lizenz eingeräumt wird, statt der leihweise erhaltenen, gleiche Stücke desselben Effekts, jedoch mit anderen Nummern zurückzugeben.

Motiv. Es liegt in der Natur der Inhaberpapiere, daß ein Stück das andere vertreten kann und die Leihe ist nicht auf den Eigenthumserwerb gerichtet.

— Tauschgeschäfte unterliegen der Abgabepflicht nur dann, wenn mit ihnen eine Werthausgleichung in Geld verbunden ist, und auch dann nur in einmaligem Betrage der Abgabe, nicht etwa als zwei Kaufgeschäfte im doppelten Betrage der Steuer.

Nach Ansicht der Handelskammer Frankfurt a. M. ist für den Fall, daß eine Werthausgleichung nur in Bezug auf die laufenden Zinsen der getauschten Effekten stattfindet, keine Steuerpflicht vorhanden.

Motiv. Der bloß faktische Austausch verschiedener Nummern und Abschnitte desselben Effekts qualifizirt sich nicht als ein Rechtsgeschäft. Erst mit dem Hinzutreten einer Geldausgleichung in der Coursbemessung tritt die Rechtsgeschäftsnatur des Tausches ein. In zwei Kaufgeschäfte darf das Tauschgeschäft aber nicht zerlegt werden, um darauf den Anspruch auf doppelte Besteuerung zu begründen, weil die von der einen Seite gegebenen Stücke zusammen mit der Geldausgleichung lediglich das Äquivalent für die empfangenen Stücke bilden.

— Lombardgeschäfte sind auch dann nicht als Anschaffungs-  
geschäfte zu versteuern, wenn damit, sei es durch Gesetz, sei es durch  
ausdrückliche Vereinbarung die Befugniß des Vorschußgebers ver-  
bunden ist, die Pfandstücke zum Zwecke der Befriedigung bei Nicht-  
erfüllung der Verpflichtungen des Schuldners zu veräußern, resp. zum  
Tagescourse zu übernehmen.

Motive. Das Lombardgeschäft ist auf Verpfändung, nicht  
auf Eigenthums-Übertragung der Effekten gerichtet. Das Verkaufs-  
recht des Pfandgläubigers ist lediglich die im Art. 311 S. G. B.  
begründete gesetzliche Consequenz des Pfandrechts. Bei gegenhei-  
liger Auslegung des Gesetzes, wie solche auf Grund der Bemerkung  
auf S. 17 Abs. 3 des Berichts der Reichstags-Kommission möglich  
sein könnte, würde das Lombard-Geschäft, und zwar in erster Reihe  
das der Reichsbank, wesentlich leiden.

— Dasselbe wie beim Lombardgeschäft gilt von der Bestellung  
eines Depots als Unterlage für einzelne Geschäfte oder für ein  
Kontoforrent-Verhältniß.

Motiv. Auch ein solches Depot wird nur als Pfand gegeben.

— Sowohl der Akt der Skontrirung, als die aus ihm sich  
ergebenden Lieferungen sind als abgabefrei anzusehen.

Gründe. Es muß der Auffassung auf Seite 16 des Kom-  
missionsberichts dahin beigegeben werden, daß in den Vorgängen  
bei der Skontrirung nur die Erfüllung bereits eingegangener Ver-  
bindlichkeiten zu finden ist, dagegen jedes Merkmal fehlt, welches  
sie zu neuen Geschäftsabschlüssen stempeln könnte.

— Wenn zum Zwecke der Erfüllung bereits früher abge-  
schlossener Geschäfte irgend welcher Art die Ablieferung oder die Abnahme  
von Werthpapieren Seitens eines Kontrahenten durch einen dritten  
veranlaßt wird, so sind diese, Ablieferung und Abnahme, als  
neue Anschaffungsgeschäfte nicht zu betrachten, also abgabefrei. Das-  
selbe gilt von dem Seitens eines Kontrahenten dem Dritten erteilten  
Auftrage zur Lieferung oder Abnahme.

Gründe. Der bezüglich der Skontrirung aufgeführte Satz  
könnte nach der Fassung des Kommissionsberichtes dahin gedeutet wer-  
den, daß er nur auf die Skontrirungsgeschäfte Anwendung fände,  
welche zwischen Mitgliedern des Liquidationsvereins vorkämen.

Es kommen aber Skontrirungsgeschäfte vielfach auch so vor,  
daß sie im Auftrage auswärtiger Firmen bewirkt werden. Es kauft  
z. B. ein Hamburger Haus durch die Berliner Firma A. 15 000 M.  
Diskonto-Kommandit-Antheile und verkauft dieselben später durch  
die Berliner Firma B. Beide Geschäfte sind per ultimo desselben  
Monats geschlossen und ist für dieselben natürlich die gesetzliche Ab-  
gabe entrichtet worden.

Nun beauftragt das Hamburger Haus, welches bei dem A.  
die Stücke gut hat, dieselben an B., der sie von ultimo desselben  
soll, zum Liquidationscourse durch das Skontro zu liefern. In

diesem Gergange und dessen Ausführung liegt nicht der Abschluß eines Geschäftes zwischen den Berlinern A. und B., sondern nur die Abwicklung der von dem Hamburger Kaufe mit den beiden Berliner Firmen geschlossenen, der Abgabe bereits unterworfen gewesenen Geschäfte.

Dasselbe ist der Fall, wenn die Uebernahme von A. an B. nicht auf dem Wege der Kontirung durch den Liquidations-Ver-ein, sondern direkt zwischen beiden erledigt wird.

— Da der Tarif bei der Berechnung der Abgabe den Werth des Gegenstandes nach je vollen 2000 M. und je vollen 10 000 M. abstuft, so ist von einem Geschäfte über 3900 M. Werth derselbe Stempel zu entrichten, wie von einem Geschäfte über 601 M. und einem Geschäfte über 99 900 M. Werth, dieselbe Abgabe wie von einem Geschäfte über netto 90 000 M.

— Der Satz in der Tarifspalte Berechnung der Abgabe „aus-ländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen“, hat nur die Bedeutung, daß die Umrechnung nach diesen Vorschriften zu erfolgen hat, wenn der vereinbarte Kauf- oder Lieferungspreis in ausländischer Währung ausgedrückt ist. Das Wort „Werth“ ist also nicht etwa mit Werth-papieren identisch.

### Beschlüsse

der Handelskammer zu Frankfurt, Main über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Die Tarifnummer 4 ist dahin zu interpretiren, daß gekündigte (zur Heimzahlung eingerufene, verlooste) in- und ausländische Werth-papiere als steuerfrei zu betrachten sind.

Begründung. Die Transaktionen, die sich mit gekündigten Werthpapieren (Obligationen, Pfandbriefen, Aktien, Loosen u. s. w.) vollziehen, sind nicht als steuerpflichtige Anschaffungsgeschäfte im Sinne dieses Gesetzes aufzufassen. Nachdem die Kündigung auf einen bestimmten in der Regel kurz anberaumten Termin erfolgt ist, ist der Werth des betr. Effekts ein feststehender geworden, der Cours derselben verändert sich überhaupt nicht mehr oder wenigstens nur um Bruchtheile, wie sie durch den wechselnden Geldstand bedingt werden. Hiermit verschwinden alle Transaktionen, die auf eine Veränderung des Coursstandes basirt sind und fügt sich der Verkehr in gekündigten Werth-papieren vollständig in das Gebiet des Devisenverkehrs ein. Im In-land zahlbare gekündigte Werthpapiere werden gleich Diskonto-Wechseln behandelt, im Ausland zahlbare werden gleich den fremden Devisen zu Rimessen in das Ausland benutzt. Da nun der Gesetzgeber den Devisen-verkehr vollständig steuerfrei belassen hat, und zwar in ausdrücklicher Rücksicht auf das Arbitragegeschäft, dürfte es nur billig sein, auch den Verkehr in gekündigten Obligationen, der in Form und Zweck dem Devisenverkehr gleichzustellen ist, ebenfalls als von der Steuer befreit

zu betrachten. Daß das Inkasso in- und ausländischer gekündigter Werthpapiere nicht unter die Steuerpflicht fällt, bedarf wohl keiner Begründung.

— Das Verleihen von Effekten gegen Entgelt ist erst dann zu besteuern wenn das Entgelt über 600 M. beträgt.

### Beschlüsse

der Sachverständigen Kommission der Fondsbörse zu Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsensteuergesetzes.

Konform mit der Ansicht der Handelskammer Frankfurt a. M.

Alle Geschäfte über Kupon und Dividendenscheine, einschließlich der Geschäfte über Ruß. Zoukpons, sind abgabenfrei.

Motiv. Die Koupons und Dividendenscheine fallen weder unter die No. 1 noch unter die No. 2 des Tarifs 4a. Im Bundesraths-entwurfe vom 21. Juni 1884 (No. 158 der Reichstagsdruckfachen pro 1884) ist auf Seite 13 unterschiedlos die Abgabefreiheit der Geschäfte über Koupons und Dividendenscheine anerkannt.

— Wenn auf nicht voll eingezahlte Interimsscheine Nachzahlungen eingefordert und geleistet werden, so liegt darin für den Einzahlenden und für dessen Kommissionär nicht ein neues Anschaffungs-geschäft, selbst wenn damit der Umtausch der Interimsscheine in definitive Stücke verbunden ist.

Gründe. Die Leistung der nachgeforderten Einzahlungen ist eine Vervollständigung des dem Einzahlenden bereits gehörigen Effekts, nicht eine neue Anschaffung.

Die Aenderung der Urkundenform des Interimsscheins in die der Vollaktie, ist schon nach dem bisherigen Gesetze als ein lediglich faktischer Vorgang anerkannt, da im Tarif sub 1 bestimmt ist, daß die für Interimsscheine nachweislich gezahlten Steuerbeträge auf den Effekten-Stempel für die definitiven Stücke angerechnet werden.

#### a. Arten der abgabepflichtigen Verträge.

##### Tarifnummer 4 A.

Komm. = B. S. 14. Die Kommission war der Ansicht, daß die in der Vorlage der Subkommission nach dem Antrage Dr. Ursperger und Genossen aufgezählten Geschäftsformen, Kauf, Verkauf, Rückkauf, Tausch, Lieferung, sämmtlich unter die Anschaffungs-geschäfte zu begreifen seien, und man einigte sich dahin, diese einzelnen Species zu streichen und sich in Anlehnung an das Handelsgesetzbuch Art. 271 darauf zu beschränken, als abgabepflichtige Geschäfte Kauf- und sonstige Anschaffungs-geschäfte zu bezeichnen. Ein Antrag, statt dessen „Anschaffungs- und Veräußerungs-geschäfte“ zu sagen, fand keine Zustimmung.

Verkauf, Rückkauf, Lieferung seien Geschäfte, welche unter dem allgemeinen Ausdruck Kauf zweifellos begriffen seien, und ihre beson-

dere Aufführung könne nur zu Mißverständnissen Veranlassung geben. Das Tauschgeschäft, obwohl dasselbe zweifellos ein Anschaffungsgeschäft sei, trete für den Kreis der hier in Betracht kommenden Geschäfte so sehr in den Hintergrund, daß es nicht angezeigt erscheine, dasselbe besonders hervorzuheben.

Auch darüber herrschte einstimmige Ansicht in der Kommission:

1. daß das vorliegende Gesetz in keiner Weise in das materielle Handelsrecht mit irgend einer Vorschrift und Definition eingreifen wolle und könne, daß es sich vielmehr nur um Angabe von Merkmalen handle, welche die Steuerpflicht des Geschäfts leicht erkennen lassen. Alle Bestimmungen bezögen sich nur auf das Gebiet der Besteuerung;

2. darüber, daß bei der Steuerpflicht es lediglich auf die Geschäftssform ankomme, in welche das Geschäft von den Kontrahenten gekleidet werde.

Vor Allem müsse man die Berücksichtigung der weiteren Absicht, welche der Geschäftschließende im Auge habe, der Motive, aus denen ein Geschäft abgeschlossen werde, gänzlich bei Seite lassen, es sei beispielsweise ganz gleichgültig, ob bei dem Kauf- und Verkaufsgeschäft die Absicht zu Grunde liege, damit ein Darlehn zu erhalten oder eine Spekulation auf die Kursdifferenzen zu begründen, oder ob ein Kauf von Wechseln und Banknoten stattfinde, um damit eine Zahlung im Sinne der Tilgung einer Verbindlichkeit zu machen oder dieselben anderweit gewinnbringend zu veräußern. Wolle man das Motiv für das Geschäft hier entscheiden lassen, was auch schon bei der rechtlichen Beurtheilung eines Vertrags unzulässig sei, so werde man ein meist äußerlich gar nicht erkennbares Merkmal für die Steuerpflicht herstellen oder vielmehr jedes Merkmal beseitigen.

Kauf sei die regelmäßige Form des Umsatzes der Werthe und der Begriff im Handelsrechte und bei den Geschäftsleuten ein durchaus geläufiger und ungrenzter, so daß er zu Zweifeln keine Veranlassung geben könne. Den Kauf ausdrücklich zu erwähnen als die weitaus geläufigste Form des Anschaffungsgeschäftes, empfehle sich der Verständlichkeit wegen.

Unter Anschaffungsgeschäft verstehe man nach den Entscheidungen des Reichsgerichts jedes auf den Erwerb von Eigenthum an beweglichen Sachen gerichtete entgeltliche Vertragsgeschäft. Unter das Anschaffungsgeschäft fielen daher auch alle diejenigen sogenannten unbekannten Verträge, welche nicht die Merkmale des Kaufes in sich schließen, bei welchen aber auf der einen Seite die Verpflichtung zur Uebertragung beweglicher Gegenstände, auf der anderen Seite die Verpflichtung zu einer Leistung begründet werde, die nicht in der Zahlung eines Preises bestehe. Es seien ferner hierher zu rechnen der Tausch, die freiwillige Annahme an Zahlungsstatt. Da die Abgabepflicht keineswegs auf Geschäfte über alle Arten von Waaren sich erstrecke, sondern nur einen ganz bestimmten Kreis von Gegenständen erfasse, die börsenmäßig gehandelten Waaren, so werde hierdurch eine

Beschränkung herbeigeführt, welche es erübrige, in Betreff des Anschaffungsgeschäftes auf andere Arten desselben, z. B. den Trödlervortrag u. s. w., hier im Näheren einzugehen.

Bedenken, daß die Skontrobogen als Rechnungen seither stempel-pflichtig gewesen, wurden dadurch für beseitigt erachtet, daß es sich hier um die Frage der Besteuerung eines Geschäftsabchlusses über ein Anschaffungsgeschäft handle.

Ähnlich wie das Liquidationsverfahren in der Skontirung eine gemeinschaftliche Lösung abgabepflichtiger Geschäfte, nicht ein Anschaffungs-geschäft darstelle — ebenso enthalte die Uebertragung im Effekten-giro an sich nur eine Form der Erfüllung der dieser vorangegangenen Geschäftsabchlüsse aber kein Anschaffungs-geschäft für sich. Die voran-gehenden Geschäftsabchlüsse können steuerpflichtig sein, die Form der Lösung durch Uebertragung im Girokonto sei es nicht.

Daselbe gelte vom Cheq und beide Geschäftsformen halte man als solche nicht für Anschaffungs-geschäfte.

Lombard- und sonstige Leihgeschäfte würden nur unter Voraus-setzung als Anschaffungs-geschäfte zu betrachten sein, daß sie sogenante uneigentliche seien, bei denen die Befugniß zur Veräußerung des Pfandes von vornherein bei dem Geschäftsabchlusse normirt sei.

In Betreff des Tauschgeschäftes wurde insbesondere hervorgehoben, daß dasselbe für die hier als abgabepflichtig bezeichneten Objekte kaum in Betracht komme. Das Geschäft vollziehe sich bei verschiedenartigen Effekten und müsse sich vollziehen in der Form von zwei Kaufgeschäften, das bedinge die Natur der Sache und im Geschäftsverkehr werde stets so verfahren, auch von dem Bankier stets Provision, Kurtage zc. von jedem Geschäfte berechnet. Auch der Tausch in Effekten derselben Art, Umtausch von großen in kleinere Stücke und umgekehrt, von Stücken des einen Zinstermens in solche des andern, finde selten im Geschäfts-verkehre statt, wo er stattfinde, liege ein Anschaffungs-geschäft vor und folglich Abgabepflicht. Der Billigkeit eines einzelnen Falles wegen könne man hier eine Ausnahme nicht zulassen, man müsse sogar so weit gehen, Tauschgeschäfte obiger Art, wenn sie auch nur aus Ge-fälligkeit vollzogen würden, als abgabepflichtige Anschaffungs-geschäfte zu bezeichnen.

Auch darüber war die Kommission derselben Ansicht, daß durch den Begriff des Anschaffungs-geschäfts alle Geschäfte ausgeschlossen seien, welche einen bloßen Auftrag zur Vornahme einer Handlung enthielten. Als Beispiel wurde der einfache Auftrag zum Zinasso eines ausländischen Wechsels im Auslande bezeichnet. In diesem Falle werde kein Gegenstand zum Eigenthum übertragen und keine Gegenleistung gewährt, der Empfänger trete nicht in eine Leistungsverpflichtung, son-dern habe nur für die Erfüllung des übernommenen Auftrages, es komme auch darauf nicht an, ob er das einkassirte Geld sofort remittire oder seinem Auftraggeber gutschreibe. Das sei nicht zu verkennen, daß gerade bei diesem Geschäfte die Grenze gegenüber der Anschaffung in

dem Falle schwer zu erkennen sei, wo der Wechsel in das Ausland nicht ausdrücklich zum Inkasso, sondern an Zahlungsstatt gegeben werde. Es werde sich immer empfehlen, den Inkassoauftrag als solchen erkennbar zu machen. Daß Zahlungen in ausländischen Banknoten und Geldsorten im Auslande, wo sie Geld seien, nicht unter die Anschaffungs-geschäfte fielen, wurde als selbstverständlich angesehen.

In der Reichstagsitzung vom 4. Mai 1885 äußerte sich Freiherr von Buol-Verenberg:

Man hat den Begriff des „Anschaffungsgeschäftes“ bemängelt. Ich glaube aber, daß ein Prinzip doch im Gesetz seinen Ausdruck finden muß, und daß die zahlreichen Beispiele, die in dem Arnspurger'schen Vorschlage angeführt sind, ganz gewiß eine größere Klarheit darin nicht ergeben, — nämlich Kauf, Verkauf, Tausch, Rückkauf, Lieferungsvertrag n. s. w. — sondern daß das Prinzip, welches wir ausgesprochen haben, indem wir den Begriff „Anschaffung“ in das Gesetz aufgenommen haben, ein klares und bestimmtes ist. Und wenn man uns zumuthet, wir sollten diese Definition fallen lassen, so möchte ich fragen, was denn eigentlich für ein Kennzeichen für die Besteuerung gewählt werden soll? Denn daß man wenigstens aussprechen muß, daß der Umsatz besteuert wird, unterliegt doch keinem Zweifel.

Die Eingabe der vereinigten Handelskammern vom 24. April 1885 an den Bundesrath bemerkt: Der Kommissions-Bericht erklärt, man müsse darauf verzichten, jeden Zweifel durch die Fassung des Gesetzes auszuschließen, man müsse insbesondere, da der Begriff des „Anschaffungs-Geschäftes“ ein im Handelsrecht und Geschäftsleben umgrenzter sei, eine verständige Anwendung dieses Begriffes auf die einzelnen Fälle voraussetzen und dann noch entstehende Zweifel durch Richterpruch lösen lassen. Es ist aber bei einem Gesetze, welches unmittelbar von den Abgabepflichtigen auf den einzelnen Fall angewandt werden soll und zwar unter Androhung recht harter Strafen für den Fall der Nichtanwendung, ein sehr geringer Trost, wenn man sie auf verständige Anwendung des Begriffes verweist.

Die zahllosen Klagen gegen das bisher bestehende Gesetz führen sich ja im Wesentlichen auf die Beschwerde zurück, daß das Gesetz eine den Kaufleuten nicht verständliche Sprache redet. Die Zweifel darüber, ob ein einzelner praktischer Fall unter die Abgabepflicht falle, haben dem Handelsstande viel mehr Sorge und Mühe verursacht, als die Höhe der Abgabe es allein gethan haben würde.

Der Kommissions-Bericht hat allerdings in Bezug auf die Interpretation des Wortes „Anschaffungs-Geschäft“ auf die Entscheidungen des Reichsgerichts verwiesen, nach welchen darunter jedes auf den Erwerb von Eigenthum an beweglichen Sachen gerichtete entgeltliche Vertragsgeschäft zu verstehen sei. Inwieweit diese in den Bericht aufgenommene Definition bei den Steuerbehörden und den Gerichten Anerkennung finden wird, läßt sich vorher nicht übersehen. Daß aber die Definition keineswegs geeignet ist, die Zweifel auch nur in erheblichem

Umfange auszuschließen, erkennt der Bericht am besten wohl selbst dadurch an, daß er eingehend eine Anzahl von Zweifelsfragen erörtert. Man kann diesen Erörterungen gern nachsagen, daß sie absolut objektiv gehalten sind. Die Erörterungen bieten aber keinerlei Gewähr dafür, daß die von der Kommission ausgesprochene Ansicht demnächst bei Anwendung des Gesetzes auch für maßgebend erachtet werden wird. Das Wort „Anschaffungs-Geschäfte“ sollte deshalb als steuerlich unbrauchbar lieber ebenso gänzlich aus dem Gesetze verschwinden, wie die übrigen Exemplifikationen des bisherigen Gesetzes daraus fortgelassen worden sind.

#### b. Gegenstand des abgabepflichtigen Vertrags.

##### Tarifnummer 4A 1 und 2.

Komm.-B. S. 17. Nach den Beschlüssen der zweiten Lesung, wonach nur die Waaren, welche börsenmäßig gehandelt werden, als Objekte eines steuerpflichtigen Geschäftes bezeichnet werden, handelt es sich hier lediglich um Werthpapiere und Werthe. (Tarifnummer A 1 und 2.)

In Betreff der ersteren (A2) fand eine nähere Bestimmung und Erörterung nicht statt, da der Kreis derselben in jeder Richtung als genügend präzisirt angesehen wurde. Es wurde in der Kommission zwar auf eine Unterscheidung zwischen Werthpapieren, welche die Reichsbank lombardire, und anderen hingewiesen, es ist dies aber unten bei der Höhe des Steuerfußes zu erwähnen.

#### Befreiungen.

Komm.-B. S. 19. Ausnahmen von Abgabepflicht sollen nach der Ansicht der Kommission nur eintreten:

1. falls der Gegenstand des Werthes des Geschäftes nicht über 600 M. beträgt.

Es waren von der Subkommission 500 M. gegen 300 M. der ursprünglichen Anträge proponirt. Die höhere Normirung der abgabefreien Geschäfte wurde wesentlich damit begründet, daß man die kleine Kapitalanlage bis 500 M. nominal freilassen müsse, dies aber bei dem dermaligen hohen Stand der Effekten nur erreiche, wenn man die Grenze noch um 100 M. hinaufschiebe.

2. bei Kontantgeschäften über die unter A 1 der Tarifnummer bezeichneten Gegenstände sowie über ungemünztes Gold und Silber.

So lebhaft für diese Befreiung von einer Seite eingetreten wurde, lehnte man doch von derselben Seite die Aufforderung ab, eine Definition der Kontantgeschäfte zu geben, eine solche sei unnützig, es seien seither unter dem geltenden Gesetze Schwierigkeiten aus dem Mangel einer Definition nicht entstanden.

Dagegen wurde von anderer Seite hervorgehoben, daß man ohne Begrenzung des Geschäftes den vollen Zweifel darüber aufkommen lasse, was an den verschiedenen Börsenplätzen unter Kontantgeschäften ver-

standen werde, und daß man damit den Kreis der steuerpflichtigen Geschäfte überhaupt unsicher mache. Da man sich aus materiellen Gründen entschließen müsse, eine Befreiung eintreten zu lassen, wurde der Zusatz proponirt:

Kontantgeschäfte sind solche Geschäfte, welche vertragsmäßig durch Lieferung des Gegenstandes seitens des Verpflichteten an dem Tage des Geschäftsabschlusses zu erfüllen sind.

Bei den Gegenständen der Tarifnummer 4 A 1 setzte das Kontant- oder Kassageschäft nach den meist geltenden Gewohnheiten des Geschäftslebens Erfüllung an demselben Tage voraus, im Unterschied von Kontantgeschäften über Werthpapiere, bei welchen noch am anderen Morgen bis 11 Uhr erfüllt werden könne. Es sei deshalb zutreffend dem Kontantgeschäft über ausländische Wechsel und Banknoten zwecks der Steuerpflicht das Merkmal der Erfüllung an demselben Tage zu geben. Diese Erfüllung müsse vertragsmäßig stipulirt sein oder sich aus den für das Geschäft geltenden Umständen ergeben. Das gleiche Merkmal lasse sich auch für die Kontantgeschäfte über ungemünzte Edelmetalle (Tarifnummer 4 B) geben.

Die Kommission trat diesen Ausführungen bei und nahm den beantragten Zusatz über die Definition des Kontantgeschäftes an. Darüber, daß Geschäfte, deren Erfüllungstermin von der Bestimmung eines der Kontrahenten abhängt, sich auch dann, wenn sie gemäß dieser Bestimmung noch am Tage des Geschäftsabschlusses zu erfüllen sind, nicht als Kontantgeschäfte charakterisiren, herrscht allseitiges Einverständnis.

In der Reichstags-Sitzung vom 5. Mai 1885 äußerte der Bericht-erstatteter Abgeordneter Herr Dr. Grimm: Ich würde diesen Punkt einfach übergehen können, wenn nicht im Laufe der gestrigen Verhandlungen der Herr Reichskanzler Bedenken in Bezug auf die Besteuerung der ausländischen Wechsel erhoben hätte mit Rücksicht auf die Wechselarbitrage. Gerade diese Frage ist in der Kommission selbst Gegenstand einer außerordentlich ausführlichen Debatte gewesen, und die Kommission glaubte sich dahin konkludiren zu können, daß sie diese Werthe, um die es sich in der Pos. 1 handelt, namentlich also die ausländischen Wechsel, steuerfrei ließ, wenn dieselben als Zahlungsmittel zur Ausgleichung von Verbindlichkeiten angeschafft würden, also im Wesentlichen in dem Sinne, wie sie zum Zwecke der Arbitrage verwendet zu werden pflegen. Um dies zu erreichen, meine Herren, hat die Kommission unter Nr. 2 der Befreiungen bestimmt, daß die Kontantgeschäfte in Betreff dieser Werthe von der Steuer frei sein sollen, und hat für Kontantgeschäfte eine Definition hinzugefügt dahin:

Als Kontantgeschäfte gelten solche Geschäfte, welche vertragsmäßig durch Lieferung des Gegenstandes seitens des Verpflichteten an dem Tage des Geschäftsabschlusses zu erfüllen sind.

Meine Herren, diese Definition ist bemängelt worden, namentlich auch von Seiten des Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger; aber sie ist

gar keine willkürliche, die wir hineingesetzt haben, sondern es ist die Bestimmung, die an den Börsen befolgt wird, beispielsweise an der Berliner Börse, wo Kontantgeschäfte in dem obigen Sinne definiert werden; aber keineswegs bloß in Berlin. Ich habe, als der Herr Abgeordnete Bamberger sprach, die Bestimmungen der Usancen der Frankfurter Börse vom 15. Februar 1879 nachgesehen, und da finden Sie im § 4:

Als Lieferzeit gelten die hier allgemein üblichen Geschäftsstunden, gegenwärtig von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 3 bis 5 Uhr Nachmittags, und zwar für Sorten Papiergeld und Wechsel

— das sind die hier fraglichen Werthe —

am Erfüllungstage selbst bis 5 Uhr, für Effekten, Coupons u. s. w. am Vormittag des folgenden Tages u.

Ich glaube auch — und erwähne das absichtlich, weil ich den Punkt nicht für unbedeutend halte —, daß das Beispiel, welches der Herr Abgeordnete Bamberger angeführt hat, nicht gegen die Beschlüsse der Kommission, sondern für dieselben spricht. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger das Beispiel geltend machte, daß, wenn hier Petersburger Wechsel verkauft würden, diese noch unterwegs seien und erst nach 6 bis 8 Tagen in Berlin ankommen könnten, so widerspricht ein solches Geschäft durchaus nicht dem Begriffe des Kontantgeschäfts; sondern wenn der Verkäufer sich den Bedingungen des Kontantgeschäfts im Übrigen unterwirft, d. h. vertragsmäßig Zug um Zug erfüllt und sich nur ausbehält, wenn das Kontantgeschäft abgeschlossen ist, daß der auf der Reise befindliche und in einigen Tagen einkaufende Wechsel einige Tage, 6 bis 8 Tage, später in die Hände des Käufers bringt, so wird damit das Geschäft keineswegs ein Geschäft auf Zeit, sondern es wird nur die Lieferung befristet, es wird die Erfüllung der Lieferung von Seiten des Verkäufers der Wechsel auf 6 bis 8 Tage befristet. Wenigstens kann man in dieser Form allen Anforderungen des Geschäfts Genüge leisten, und diese Befristung haben wir im § 7 bei der Frage der Prolongation, wie Sie aus dem Berichte entnehmen können, als steuerfrei erklärt. Ich halte dieses Bedenken allerdings für nicht unbedeutend an sich, ich glaube aber auch, daß es im Rahmen der Kommissionsvorschläge sich lösen wird.

Die Eingabe der vereinigten Handelskammern an den Bundesrath bemerkt: Die Befreiung Nr. 2, nämlich die auf Kontantgeschäfte bezügliche, hat vor allen Dingen für die Industrie keinen Werth, denn sie läßt in der Steuerpflichtigkeit gerade die für die Export-Industrie wichtigsten und unentbehrlichen Zeitgeschäfte der Deckung gegen Valuta-Schwankungen einbegreifen. Der Exporteur, welcher den Kaufpreis für seine Waaren in der Währung eines Landes mit schwankender Valuta bedungen hat, aber auf den Eingang des Kaufpreises erst nach Monaten rechnen darf, muß, wenn er sich gegen den aus den Valuta-Schwankungen zu befürchtenden Verlust decken, also sein Geschäft recht eigentlich des spekulativen Charakters entkleiden will, den entsprechenden

Betrag der fremden Valuta auf Zeit verkaufen. Warum ein solches Geschäft steuerlich ungünstiger behandelt werden soll, als der Zug um Zug geschehene Verkauf fremder Valuta, ist nicht abzusehen.

c. Der börsenmäßige Waarenverkehr.

Tarifnummer 4B.

**Ausführungs-Vorschriften.**

Zur Tarifnummer 4B.

9. Für welche Waaren an den einzelnen inländischen Börsen Terminpreise notirt werden, wird von den Landesregierungen nach Anhörung der betreffenden Handelsvorstände festgestellt und öffentlich bekannt gemacht, sowie dem Reichskanzler behufs Veröffentlichung im Reichs-Centralblatt mitgetheilt.

Komm.-B. S. 22. Eine gewisse Kategorie von Waaren steht ihrem Wesen nach so sehr auf der Grenze zwischen dem Umfaze des mobilen Kapitals und dem Waarenhandel, daß man dieselben der Steuerpflicht unterwerfen muß. Es sind dies die Geschäfte über solche Waaren, welche auf den Börsen gehandelt werden. Wenn auch ein Theil dieser Geschäfte dem wirklichen Waarenverkehr dient, so verfolgt eine nicht geringe Anzahl derselben ausschließlich den Zweck der Spekulation oder des Gewinnes. Eine Unterscheidung des einzelnen Geschäftes nach der einen oder anderen Tendenz läßt sich nicht erkennen, es ist daher die ganze Kategorie weit mehr unter das Geld- als unter das Waarengeschäft zu rechnen, sie repräsentirt mehr einen Umsatz von Werthen als von Waaren.

Daß man konsequenter Weise diese Geschäfte der Abgabepflicht unterwerfen, so bedarf es einer Umgrenzung nach zwei Richtungen, einmal indem das Geschäft selbst näher bestimmt und von anderen Geschäften gleicher Art unterschieden wird und sodann indem der Gegenstand des Geschäftes, die Menge der Sachen und Waaren, ein leicht unterscheidbares Merkmal erhält.

Was die erste Qualifikation anbetrifft, so sind die Anschaffungs-geschäfte hierher zu beziehen, welche auf Grund von Usancen einer Börse abgeschlossen werden. Bekanntlich ist diese Bestimmung in früheren Stadien der Verhandlungen über diese Materie als unzureichend und ungenau bestritten worden und auch jetzt sind in der Kommission Bedenken erhoben, man müsse erst definiren, was Börse sei, ehe die Usancen einer Börse zu erkennen seien. Dagegen ist zu erwidern, daß im Kreise der Geschäftsleute Jedermann weiß, was ein unter Börsenusancen abgeschlossenes Geschäft ist, und daß die Erkennbarkeit in der That keine Schwierigkeiten macht. Die Verhältnisse haben sich dem Bedürfnisse folgend mit Nothwendigkeit entwickelt. Die Geschäfte, wie sie heute abgeschlossen werden, müssen theils der absoluten Sicherheit, theils der unbeschränkten Uebertragbarkeit, theils der Her-

stellung eines Kurses wegen, unter ganz gleichen Bedingungen abgeschlossen werden. Diese Bedingungen haben sich auf Grund der bestehenden Uebung — Usance — gebildet und sind in der Mehrzahl der Börsenplätze zusammengestellt und veröffentlicht, so für Berlin, für Frankfurt, für Hamburg etc.

Die börsenmäßigen Waarengeschäfte werden daher meist entweder ausdrücklich unter Bezug auf die Börsenusancen geschlossen, wie beispielsweise die Schlusßzettel der Berliner Makler ergeben, oder sie werden in einer Form abgeschlossen, welche von den Usancen selbst geschaffen sind, wie die Fixgeschäfte, Prämien- und Stellageschäfte, Termingeschäfte, welche sämmtlich einzelne Arten von Anschaffungsgeschäften nach Börsenusancen darstellen. Aber auch, wo weder das Eine noch das Andere der Fall ist, wo namentlich nach den statistischen Bestimmungen der Börsenvorstände die Usancen Mangels anderweitiger Abrede zwischen den Kontrahenten ohne Weiteres für das Geschäft maßgebend sind, kann ein Zweifel über die letztere Thatsache bei den Beteiligten nicht bestehen. Allen, welche derartige Geschäfte machen, muß man die Kenntniß der Börsenusancen ohne Weiteres zuschreiben, und es ist ihnen daher ein Merkmal für die Steuerpflicht gegeben, welches untrüglich ist.

Fügt man dieser Begrenzung aber die zweite zu, daß es sich nur um Geschäfte handelt, welche einen bestimmten Kreis von Waaren umfassen, nämlich diejenigen, welche börsenmäßig gehandelt werden, so ist der Kreis der steuerpflichtigen Geschäfte nach allen Seiten hin begrenzt. Das natürliche Merkmal für Waaren, welche börsenmäßig gehandelt werden, bietet der Umstand, ob diese Waare einen anerkannten Terminpreis hat, d. h. ob sie im Kurszettel, der nicht nothwendig ein amtlicher sein muß, auf einen bestimmten Termin notirt ist. Daß sich der Kreis der börsenmäßig gehandelten Waaren verschieben, erweitern und verengern kann, das macht keinen Unterschied, denn es ist jede Veränderung sofort erkennbar und in den meisten Fällen ohne Weiteres aus den Kursnotirungen ersichtlich.

Wenn hiergegen eingewendet wird, daß die an Waarenbörsen unter weniger entwickelten Formen und weniger feststehenden Usancen abgeschlossenen Geschäfte von der Steuer nicht getroffen würden, so ist das kein Einwand, sondern mit dem Antrage bestimmt gewollt. Nicht das soll entscheidend sein, was sich Börse nennt und ob das Geschäft in dieser Versammlung abgeschlossen ist, sondern vielmehr der Umstand, daß es nach den feststehenden Usancen einer Börse abgeschlossen ist.

Hier muß hervorgehoben werden, daß der Nachdruck auf den Worten liegt: „nach den Usancen einer Börse“. Damit ist es keineswegs nothwendig, daß das Geschäft an der Börse oder an einem Börsenplätze abgeschlossen, vielmehr fällt jedes Geschäft hierher, es mag abgeschlossen sein, wo es will, wenn es nur nach den Usancen einer Börse abgeschlossen ist. Wer in Hamburg nach den Usancen der Pariser Börse Zucker kauft, schließt auf Grund der Usancen der Börse

in Paris ab, und dies Geschäft ist steuerpflichtig, denn Zucker wird in Paris börsenmäßig gehandelt. Das Geschäft muß selbstverständlich nach den Usancen einer bestimmten Börse abgeschlossen sein und ist demgemäß ein Geschäft nicht darauf zu prüfen, ob es den Usancen irgend einer Börse der Welt entspricht, sondern ob diese Usancen ausdrücklich in Bezug genommen oder sich aus dem Geschäft im Uebrigen ergeben.

Die Befürchtung, daß diese Art des Waarengeschäftes sich der Besteuerung dadurch entziehen könne, daß sie den Abschluß unter usancenmäßigen Bedingungen vermeidet, ist nicht begründet, das börsenmäßige Waarengeschäft ist so sehr in der Entwicklung und bedarf der festen unabänderlichen Bedingungen in dem Maße, daß es um einer so geringen Spese willen, wie es die Steuer ist, sich der Vortheile des börsenmäßigen Handels nicht entziehen wird.

Schließlich muß aber besonders hervorgehoben werden, daß den Handelsvorständen hier ein fruchtbares Feld ihrer Thätigkeit gegeben ist, indem sie auf die Feststellung der Usancen hinwirken und im allseitigen Interesse eine Regelung vornehmen. Daß eine statutarische oder gesetzliche Ordnung der Börsenverhältnisse im eigensten Interesse der Börsen liegt, mit Bestimmtheit eintreten und dann auch für die vorliegende Frage die letzten Zweifel beseitigen wird, darf man mit Bestimmtheit annehmen.

Diese Ausführungen der Antragsteller fanden von verschiedenen Seiten Widerspruch.

Nachdem von einer Seite der Vorwurf bestimmt zurückgewiesen war, als ob man in den Waarenhandel Betreibenden Bundesgenossen für die Bekämpfung des ganzen Gesetzes durch Einbeziehung derselben in die Steuer sich habe verschaffen wollen, wurde von anderer Seite den obigen Ausführungen prinzipiell widersprochen und der Antrag als unrichtig und unausführbar hingestellt.

Die Usancen der Börse seien weder erkennbar noch festzustellen, der Kreis der börsenmäßig gehandelten Waaren ließe sich nicht durch die Thatfache normiren, ob sie einen Terminpreis hätten oder nicht.

Von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß nachdem man die einfachen und billigen Sätze des Arnsperger'schen Entwurfs verlassen habe, man nun genöthigt sei, überall Ausnahmen zu statuiren, welche die Grenzlinie der zu steuernden Geschäfte nur unklar machen.

Insbefondere wurde von dritter Seite gegen das Einbeziehen des Losogeschäftes plaidirt. Dieses würde nicht nach Börsenusancen gehandelt.

Von den Antragstellern wurde hiergegen hervorgehoben, daß der Antrag gerade geeignet erscheine, die vielen Befreiungen und Ausnahmen des Geschäfts zu beseitigen, welche die Anträge von Wedell und Dr. Arnsperger haben machen müssen. Man bedürfe jetzt nicht der Befreiung von Waarengeschäften unter 5000 M., weil solche im börsenmäßigen Waarenverkehr überhaupt selten oder gar nicht vorkämen, ebenso nicht der Befreiung verschiedener Gewerbezweige. Die Einwendungen gegen die Erkennbarkeit der Merkmale der Steuerpflicht des Gesetzes seien nicht stichhaltig, nachdem man nach zwei Seiten hin Be-

grenzungen aufgestellt. Die Gattungen der Waaren, welche einen Terminpreis habe, seien nicht zahlreich und dem handelnden Publikum sehr wohl bekannt. In Berlin werden notirt Getreide, Spiritus, Del und Oelsaaten, Mais, feuchte Stärke zc., in Paris Zucker, in Glasgow Eisen, in Havre Kaffee zc. Jeder, welcher in diesen Waaren ein Geschäft mache, habe zu prüfen, ob er ein solches unter Zugrundelegung von Urfancen einer Börse abschliesse, und zwar einer bestimmten Börse. Letzteres werde entweder durch ausdrückliche Bezugnahme auf die Urfancen einer Börse, oder durch die Art des Geschäfts und die Erfüllungsart erkennbar, so daß es in allen Fällen bei Ausstellung der Schlußnote dem Vertragsschließenden klar sei ob er ein steuerpflichtiges Geschäft abschliesse, auch für die Steuerbehörde seien die unterscheidenden Merkmale genügend. Das Lokogeschäft könne man nicht ausnehmen, denn auch dieses sei eine durch Börsenansätzen begrenzte Geschäftsform.

Die Kommission schloß sich den vorstehenden Ausführungen der Antragsteller an und erhob deren Antrag zum Beschluß.

In der Reichstagsitzung vom 5. Mai 1885 äußerte der Abgeordnete Herr von Helldorff: Meine Herren, der zweite Gegenstand, — und das ist der wichtigere, — auf den ich hier eingehen wollte, ist das Waarengeschäft und die Zweifel, die von Seite des Herrn Reichskanzlers darüber ausgesprochen wurden, ob nicht unter Umständen die gewöhnlichen Verkäufe landwirthschaftlicher Produkte und selbstproduzirtter Waaren getroffen würden, was nicht die Absicht des Gesetzes sein könne. Meine Herren, ich für meine Person bin der Ueberzeugung, daß nach der gegenwärtigen Vorlage derartige Geschäfte in Wirklichkeit nicht getroffen würden. Die Kommissionsvorlage will diese Geschäfte entschieden nicht treffen, und ich glaube, daß doch auch Herr Dr. Bamberger, wenn er hier ausführte, daß es sich um eine ganz unmögliche Scheidung von produktiven und unproduktiven Geschäften hier handle, übersehen hat, daß hier noch wichtige, durchgreifende juristische Unterschiede vorliegen. Bei den börsenmäßigen Geschäften handelt es sich um ersetzbare Waaren. um Lieferungen nach Börsenursache und dergleichen, während bei den Geschäften, die hier genannt werden, bei den Lieferungsgegeschäften von Spiritus und Zucker und dergleichen es sich um eine individuell bestimmte Waare handelt. Hier handelt es sich keineswegs um ein Geschäft, welches der gewöhnlichen Börsenregulation, welches den Lieferungsbedingungen der Börse unterworfen ist. Diese durchgreifenden juristischen Unterschiede finde ich schon in der Vorlage der Kommission. Aber das verkenne ich nicht, daß Zweifel erhoben werden können, daß derjenige, der dies ganze Gebiet nicht juristisch scharf durchdringt, zu Zweifeln kommen kann, und ich halte es für vollständig möglich und vollständig ausführbar, diese Zweifel auszuschließen durch eine Interpretation, eine Anmerkung, die positiv diese Fälle ausnimmt.

In der Reichstagsitzung vom 5. Mai 1885 äußerte der Berichtserstatter Abgeordneter Herr Dr. Grimm:

Bei dem Waarengeschäfte haben die Herren Dr. Buhl und Genossen zu meinem Bedauern wieder die Definition herausgegriffen

oder die Begrenzung der Waaren als Gegenstand der steuerpflichtigen Geschäfte, wie es das Reichsstempelgesetz von 1881 gethan hat, und die Herren werden wohl selbst die Erfahrung gemacht haben, daß gerade diese Definition: „Mengen von Sachen, welche nach Maß, Zahl und Gewicht gehandelt zu werden pflegen, —“ zu den größten Zweifeln und Schwierigkeiten, namentlich auch bei den Steuerbehörden, Veranlassung gegeben hat. Der Königlich Bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrath hat uns in der Kommission in dieser Beziehung seine Erfahrung mitgetheilt, die man auch in Bayern in dieser Beziehung gemacht hat. Diese Bedenken sind auch außerdem nach allen Richtungen hin bestätigt, und es hat namentlich in der Kommission nicht gefehlt an sehr eingehenden und klaren Darlegungen, wie für den Kaufmann diese gesetzliche Begrenzung eine geradezu unhaltbare sei. Es haben in dieser Beziehung die Herren Loebe, Singer und — ich glaube — auch Herr Boermann sich eingehend und überzeugend geäußert. Jetzt ist die Situation für die Betheiligten aber noch eine viel schwierigere. Früher konnten sie sich damit helfen, daß sie in zweifelhaften Fällen sagten: wir stellen keine Schlußnote aus, dann haben wir auch keinen Stempel zu bezahlen. Nun aber, nach dem vorliegenden Gesetze, müssen sie eine Schlußnote ausstellen, und sie sind nun in jedem Falle vor die Frage gestellt: liegt hier eine solche Art von Waaren vor, daß diese Art von Geschäft stempelpflichtig ist?

Deshwegen habe ich eigentlich in meinem ganzen Leben vor dem Ausdruck Börsen- und Handelszusage so eine gewisse Art von Respekt gehabt. Ich wüßte auch nicht, wie wir uns anders helfen sollten; denn wenn man die betreffenden Börsenbücher in die Hand nimmt — ich habe hier z. B. vor mir das der Frankfurter Börse —, da heißt es: „Ufsance der Frankfurter Produktenbörse“. Nehmen Sie das Buch von Berlin, „Produktenbörse“ genannt, so finden Sie darin alle die detaillirten Bestimmungen der Ufsance der Berliner Produktenbörse, wovon man sich nach jeder Richtung genau unterrichten kann. Ich will allerdings zu Ehren des Berliner Börsenbuches sagen, daß der Ausdruck Ufsance möglichst darin vernieden ist, und daß verständiger dafür gesagt wird: „Bedingungen des Börsengeschäfts“.

Nun, meine Herren, möchte ich aber doch aus den Verhandlungen der Kommission eine Erklärung abgeben, über deren Tragweite ich mir vollständig bewußt bin. Es ist das meiner Ansicht nach eine nicht unwichtige Erklärung, insofern man bei der Interpretation der Gesetze, die aus dem Hause hervorgehen, keine Motive hat, und dann häufig die Erklärungen der Berichterstatter bei der Interpretation des Gesetzes Seitens des Richters herbeigezogen werden. Allein, ich muß doch konstatiren — und gerade mit Rücksicht auf die Bedenken, die der Herr Reichskanzler hervorgehoben hat —, daß die Kommission ihrerseits einig war, daß unter diesen hier in Frage stehenden Geschäften, die unter Zugrundelegung der Ufsance einer Börse abgeschlossen werden, zu verstehen seien solche Geschäfte, welche am Orte der Börse zu erfüllen sind, welche den Börsenbedingungen entsprechen, und

zwar in Bezug der Qualität der Waare dahin, daß eine börsenmäßige Qualität der Waare geliefert wird, in Betreff der Art und der Zeit der Erfüllung, in Betreff der Börsenexecution, der sich die Börsenkontrahenten unterwerfen, in Betreff der Erfüllungsbedingungen, insbesondere der Begutachtung der Lieferung durch Sachverständige und der Entscheidung der Streitfälle durch Schiedsrichter.

Meine Herren, Sie sehen also, daß sich die Kommission bewußt war, daß sie ganz bestimmte Bedingungen den Geschäften zu Grunde legen wollte, Bedingungen, von denen sich übrigens jeder überzeugen kann, der die Sammlungen der Vorschriften der Berliner oder einer sonstigen Produktenbörse zur Hand nimmt, und worüber er nicht in Zweifel sein kann. Nun fragt es sich: unter welchen Voraussetzungen soll ein dergestalt abgeschlossenes Geschäft der Steuer unterworfen werden? unter welchen soll es als ein solches gelten, welches nach Börsenusage abgeschlossen ist? Und da war die Kommission wiederum einverstanden, daß dies entweder durch eine ausdrückliche Erklärung der Parteien geschehen sollte: wir handeln auf Grundlage der Usage z. B. der Berliner Börse; oder aber, daß die Parteien eine Geschäftsform wählten, wie beispielsweise im Füzgeschäft, Termingeschäft, welches selbst Produkt der Usage der Börse ist, durch dessen Gebrauch also die Kontrahenten freiwillig erklären, daß sie sich den Börsenusage unterwerfen. Die Kommission ging dabei von dem Grundsatz aus, daß es in den freien Willen jedes Kontrahenten gestellt sei, ob er unter Börsenusage handeln wolle, oder ob er ein einfaches Lieferungsgeschäft auf Zeit abschließen wolle. Die Kommission war aber allerdings der Ansicht, daß sie keineswegs bei den Verkäufern der eigenen Produkte den Eigenthümer und Gutsbesitzer beschränken wollte in seiner Freiheit, nach Börsenusage zu handeln.

Nun, meine Herren, wurde noch ausdrücklich bei den Berathungen erklärt, ein einfaches Lieferungsgeschäft von Produkten, also von solchen Sachen, die auch börsenmäßig gehandelt werden, wie Spiritus, Getreide und dergleichen mehr, auf Zeit bedinge keineswegs die Zugrundelegung der Börsenusage; auch die Festsetzung eines Preises, wie das häufig geschieht, bei solchen Verkäufen mit Rücksicht auf bestehende Börsenpreise, z. B. wenn ein Gutsbesitzer verkauft einen Thaler billiger als die Notirung in Breslau ist, so gilt das auch nicht als Unterwerfung des Geschäfts unter die Börsenusage, sondern es bleibt ein einfaches Lieferungsgeschäft auf Zeit, das, wenn es nicht erfüllt wird, vor den Gerichten ausgetragen wird, was eben ganz und gar nicht den Börsenbedingungen unterworfen ist und folgerweise auch steuerfrei bleibt.

Meine Herren, ob wir nun, was der Herr Reichsanzler gestern befürchtet hat, mit unserer Definition vor dem Tribunal des Herrn Finanzministers oder vor dem Tribunal der Gerichte in der Weise, wie wir es gewünscht und gedacht haben, durchkommen werden oder

nicht, — das kann ich für meine Person selbstverständlich hier nicht entscheiden. Ich will aber auch in dieser Beziehung hier keine Garantie übernehmen, und deswegen halte ich es allerdings für richtig, wenn wir, was Herr von Hellendorff angedeutet hat, die Sache noch einmal bis zur dritten Lesung einer genauen Erörterung und Prüfung unterwerfen und eine Bestimmung treffen, die eine größere Sicherheit und Garantie dafür gewährt, daß das erfüllt wird, wovon ich mit aller Bestimmtheit behaupten kann, daß es von vornherein der Wille und die Absicht der Kommission gewesen ist.

In der Reichstagsitzung vom 4. Mai 1885 äußerte sich der Abgeordnete Herr von Camp:

Die Kommission war also darüber einig, daß die Steuerfreiheit eintreten solle für alle Geschäfte der Landwirthschaft, der Industrie und des Handwerks; die Kommission glaubte aber, daß diese Absicht in einer zweckmäßigen Weise erreicht würde durch die Fassung, die sie gewählt hat. Meine Herren, wenn nach den Beschlüssen der Kommission nur diejenigen Geschäfte steuerpflichtig sein sollen, die unter Zugrundelegung der Usancen einer Börse abgeschlossen sind, so ist die Kommission darüber nicht im Zweifel gewesen, daß solche Geschäfte, die der Herr Reichskanzler erst erwähnte, unter keinen Umständen unter die steuerpflichtigen fallen, weil zwar der Preis nach Maßgabe einer Börse festgestellt ist, aber nicht die Usancen einer bestimmten Börse diesem Geschäfte zu Grunde liegen. Steuerpflichtige Börsenusancengeschäfte sind vielmehr nach der Absicht der Kommission nur diejenigen, bei denen die Lieferungsqualität nicht festgestellt wird durch die Vereinbarung der Krontrahenten, sondern durch die Usancen einer Börse, bei denen also eine Vereinbarung über die Lieferungsqualität sowie ferner über den Zeitpunkt der Lieferung, über Art der Lieferung, über die Nebenbedingungen, über die Abnahme u. s. w. u. s. w. — überhaupt nicht getroffen wird und auch nicht nothwendig ist, weil für alle diese essentialen Lieferungsbedingungen die Usancen der Börse maßgebend sind.

Die Petition der vereinigten Handelskammern vom 24. April 1885 an den Bundesrath bemerkt:

Die sub 4 B des Tarifs vorgeschlagene Bestimmung nimmt aber die Abgrenzung derjenigen Objekte, bezüglich deren Waarengeschäfte abgabepflichtig sein sollten, in einer Weise vor, welche wir als zweckentsprechend nicht erachten können. Steuerpflichtig sollen sein Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, welche

- a) unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse, und
- b) über solche Waaren geschlossen werden, für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden.

Hier ist zunächst die Unsicherheit bedenklich, welche durch die Worte „unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse“ geschaffen wird. Wir nehmen an, daß das Wort „Usancen“ hier in der engeren

Bedeutung von „usancemäßigen Schlußscheinbedingungen“, zu verstehen ist, weil der Kommissions-Bericht sagt, die Bestimmung meine solche Geschäfte, welche theils wegen der unbeschränkten Uebertragbarkeit theils wegen der Herstellung eines Kurses unter ganz gleichen Bedingungen abgeschlossen werden. Wir fragen uns aber, was zu geschehen hat bei Geschäften, welche vielleicht in untergeordneten Punkten von den usancemäßigen Schlußscheinbedingungen abweichen. Ist beispielsweise für eine Waarengattung in den usancemäßigen Schlußscheinbedingungen die Stipulation enthalten, daß die Lieferung über eine bestimmte Wage zu geschehen habe, und es wird ein Geschäft geschlossen, welches Lieferung mit Umgehung dieser Wage stipulirt, so würde bei Uebertragung dieses Geschäftes der neu eintretende Kontrahent die Abnahme verweigern dürfen. Das Kriterium der unbeschränkten Uebertragbarkeit liegt also für ein solches Geschäft nicht vor, obschon es im Uebrigen unter Zugrundelegung der Usancen einer bestimmten Börse abgeschlossen ist. Es ist unschwer voranzusehen, daß über diese Frage die größten Zweifel wegen der Abgabepflicht des Geschäftes entstehen werden, zumal wenn man noch in Betracht zieht, daß eine gesetzliche Definition des Begriffes einer „Börse“ fehlt und im In- und Auslande vielerlei kleine sogenannte Börsen existiren, welche eigentlich auf diesen Namen keinen Anspruch haben, obschon sie vielleicht gelegentlich sogar einmal für irgend eine Waarengattung Terminspreise notiren.

Nicht minder bedenklich ist die weitere Bestimmung, welche als objektives Kriterium für den Begriff von börsenmäßig gehandelten Waaren den Zufall entscheiden läßt, ob an der in Betracht kommenden Börse für die Waare Terminspreise notirt werden. Der Kommissions-Bericht sagt, der Kurszettel, in welchem Terminspreise notirt werden, brauche nicht nothwendig ein amtlicher zu sein. Es ist also damit die Möglichkeit gegeben, daß der Herausgeber eines privaten Kurszettels die Entscheidung darüber in der Hand hat, welche Objekte des Handels an einem bestimmten Börsenplätze der Abgabepflicht vom Geschäftsabschlusse unterworfen sind. Die Verschiebung des Kreises der im Sinne des Gesetzesbegriffs börsenmäßig gehandelten Waaren, ist also bereits bedenklich, wenn man nur die Verhältnisse der einen Börse, deren Usancen dem Geschäftsabschlusse zu Grunde liegen, in Betracht zieht.

Noch viel bedenklicher wird aber die Verschiebung des Handels zwischen den verschiedenen Börsenplätzen, welche im Gefolge der vorgeschlagenen Bestimmung einzutreten droht. Nach den uns zu Gebote stehenden Informationen werden beispielsweise Terminspreise für Getreide in Deutschland an den Börsenplätzen Berlin, Breslau, Köln, Hamburg, Königsberg, Posen, Stettin und Danzig notirt, — Terminspreise für Oel, in Berlin, Breslau, Köln, Hamburg, Stettin, — Terminspreise für Roggenmehl und Kartoffelstärke nur in Berlin.

Die Mühlen-Industrie, welche auf die vorgenannten Plätze angewiesen ist, hat also ihre Getreide Anschaffungen, mögen dieselben nun durch loco oder Terminsgeschäfte bewirkt werden, zu versteuern, und die Mülhengeschäfte in Berlin müssen außerdem die Abgabe noch für

ihre Schlüsse über das Fabrikat des Roggenmehls versteuern. Sie sind also in ersichtlichem Nachtheile gegenüber den Mühlencentren von Hannover, Magdeburg, Kiel, ganz Sachsen, Süddeutschland mit Mannheim und Frankfurt a. M. Die Berliner Mühlen-Industrie vermacht im Jahre 170,000 Tonnen Roggen, was bei einer durchschnittlichen Annahme von 300 Arbeitstagen pro Tag 566 $\frac{2}{3}$  Tonnen ausmacht. Daß sie bei einem solchen Quantum von Fabrikation ihren Handel auf das Termingeschäft einrichten muß, liegt auf der Hand; sie muß insbesondere ihr Fabrikat, um sich die Einbringung des kalkulirten Preises zu sichern, im Voraus auf Termine verkaufen, um demnächst nach Fertigstellung der Waare die Terminsverkäufe mit den Händlern zu tauschen. Es ist also auch hier eine Vervielfältigung der abgabepflichtigen Geschäfte nicht zu umgehen. Die Ungleichmäßigkeit in der steuerlichen Behandlung des Waarenhandels in den verschiedenen Regionen und Plätzen Deutschlands kann keinen andern Effekt haben, als die Fabrikation und den Handel von denjenigen Plätzen allmählig abzu- drängen, in welchen er steuerlich ungünstiger steht und ihn nach anderen Plätzen hin zu drängen, bis er wiederum auch auf diesen letzteren Plätzen durch die von Zufälligkeiten abhängige Terminsnotirung benachtheiligt wird.

Es ist ferner in Betracht zu ziehen, daß auch eine Verschiebung des Handels nach ausländischen Börsenplätzen die Folge der vorgeschlagenen Bestimmung sein kann. Von den wichtigsten Plätzen des Auslandes werden Terminspreise notirt, in Paris für Getreide, Weizenmehl und Oel, — in Wien nur für Getreide, — in Amsterdam für Getreide und Rüböl, — in Budapest nur für Getreide, — in New-York lediglich für Weizen, während die russischen und italienischen Börsenplätze, sowie London und Brüssel für diese Waarengattungen gar keine Terminsnotirungen kennen. Es kann leicht kommen, daß jede Waare sich für den Handel denjenigen Platz des In- oder Auslandes aussucht, an welchem Terminspreise nicht notirt werden, um unter Zugrundelegung der Usancen dieses Platzes zum Abschlusse von abgabefreien Transaktionen zu gelangen.

Ein Steuergesetz, welches solche Konsequenzen in der Verschiebung der wirtschaftlichen Thätigkeit der Nation nach sich zu ziehen geeignet ist, kann unumgänglich Anspruch darauf machen, von dem Handel und der Industrie als ertüglieh erachtet zu werden. Selbst diejenigen Plätze, welche durch diese Verschiebung einen augenblicklichen Vortheil erlangen würden, könnten dieses Vortheils nicht froh werden, da er ein dauernder nicht sein würde. Will man Geschäfte in gewissen Waarengattungen für abgabepflichtig erklären, so möge man diese Waarengattungen im Gesetze selbst mit Namen nennen und nicht mit Bezugnahme auf andere Kriterien bezeichnen, welche mehr oder minder von Zufälligkeiten abhängen.

Angeichts des Arguments im Kommissionsberichte, daß beabsichtigt sei, diejenige Kategorie von Waarengeschäften zu treffen, welche mehr unter das Geld- als unter das Waarengeschäft zu rechnen seien, mehr

einem Umsatz von Werthen als von Waaren repräsentiren, muß es übrigens befreundlich erscheinen, daß das Waarengeschäft mit dem doppelten Satze derjenigen Steuer betroffen werden soll, welcher für Werthpapiere vorgeschlagen wird. Daß übrigens diese im Bericht niedergelegte Anschauung auch durchaus keine zutreffende ist, ergibt sich wohl aus dem obigen Beispiele der Berliner Mühlen-Industrie zur Genüge, und was von den Mühlen gilt, gilt auch von den Oelfabriken und Spiritusbrennereien sowie Spritz- und Stärkefabriken.

#### d. Höhe und Art der Steuer.

##### Tarifnummer 4 A und B.

Romm. = B. S. 25. Der von der Subkommission vorgeschlagene Steuersatz von  $\frac{1}{10}$  Promille rief in der Kommission eine lebhaftest Diskussion hervor.

Es wurde hierbei die Frage über den etwaigen Ertrag der Steuer aufgeworfen. Von einer Seite wurde ausgeführt, daß sehr sorgfältige Schätzungen annehmen lassen könnten, daß schon nach dem Vorschlage des Dr. Arnspurger die Steuer allein für Berlin 4—5 Millionen Mark, für ganz Deutschland aber etwa 15 Millionen betragen würde.

Dem wurde von anderer Seite widersprochen. Vorläufig sei der Ertrag der Steuer überhaupt nicht zu taxiren, weil man die steuerpflichtigen Umsätze auch nicht annähernd schätzen könne. Wenn man die über den täglichen Börsenverkehr hier und da laut gewordenen Mittheilungen und den seitherigen Ertrag der Reichsstempelsteuer ins Auge fasse, würde es eine hohe Schätzung sein, wenn man den Umfang der steuerpflichtigen Geschäfte für Deutschland auf 120 Milliarden veranschlage, das würde unter Zugrundelegung des Satzes der Subkommission einen Steuerertrag von 12 Millionen ergeben, rechne man dazu 40 Milliarden Geschäfte mit dem Auslande zur halben Steuer, so seien das weitere 2 Millionen und der Waarenverkehr, soweit er jetzt noch steuerpflichtig sei, betrage höchstens 10 Milliarden, also eine weitere Million Steuer. Diese Schätzung, welche selbst bei dem höheren Steuersatze nur 15 Millionen ergebe, sei aber wahrscheinlich viel zu hoch gegriffen und es reduciere sich daher der Steuerertrag von 15 Millionen voraussichtlich um einen sehr erheblichen Betrag.

Dem wiederholt empfohlenen Steuersatze in dem Antrage Dr. Arnspurger und Genossen wurde nicht beigeppflichtet und dagegen ausgeführt:

Der Antrag enthalte eigentlich ebenfalls eine prozentuale Steuer, die in ihren niedrigen Sätzen sich wenig von dem beantragten  $\frac{1}{10}$  Promille unterscheide, aber ganz willkürlich verfare. Geschäfte von 1,000 M. würden hiernach mit 4 Promille von 2,000 M. mit 2 Promille, von 4,000 M. mit 1 Promille besteuert; 5,000—6,000 M. zahlten wieder 1 Promille und erst bei Geschäften über 6,000 M. trete eine Ermäßigung ein, die dann bei Geschäften über 100,000 M. allerdings bis auf  $\frac{1}{50}$  Promille herabsteige. Das sei keine gerechte Steuerveranlagung,

denn gerade bei den kleinen hochbesteuerten Geschäften sei die Abwälzung auf den kleinen Kapitalisten leichter und geschehe in größerem Umfange, und gerade hier scheine man die Steuer rigoröser anlegen zu wollen.

Von demselben Antragsteller wurde ausgeführt, daß auch diese abgestufte Skala noch eine viel zu hohe Belästigung des Geschäfts enthalte. Es wurde von dieser Seite in zweiter Lesung noch ein weiterer Antrag eingebracht, die Sätze des Antrags des Dr. Rusperger und Genossen durch folgende Skala zu ersetzen:

bis 1,000 M.	20 Pf.
von 1,001 bis 5,000 M.	40 "
" 5,001 " 25,000 "	60 "
" 20,001 " 50,000 "	1 M.
" 50,001 " 100,000 "	2 "
über 100,000 M.	4 "

Die Kommission lehnte beide Anträge mit großer Mehrheit ab und hielt an dem Vorschlage der Subkommission fest, sowohl gegenüber einem Antrage welcher  $\frac{1}{20}$  Promille theils allgemein, theils wenigstens für Renten und Schuldverschreibungen deutscher Staaten wünschte, als auch gegenüber dem Antrage allgemein  $\frac{2}{10}$  Promille oder wenigstens für Werthpapiere, die bei der Reichsbank nicht lombardirt würden, als Steueratz festzustellen.

Komm.-B. S. 26. Für das börsemäßige Waaren-geschäft wurde ein Steueratz von  $\frac{2}{10}$  Promille beantragt und beschlossen.

Es wurde hierfür geltend gemacht, daß dieses Waarengeschäft in weit größeren Kurschwankungen verkehre und überwiegend der Spekulation diene, von anderer Seite auch hervorgehoben, daß die Besteuerung mit  $\frac{1}{10}$  überhaupt zu niedrig gegriffen und man überhaupt auf dem Steuerätze  $\frac{2}{10}$  Promille bestehen müsse.

Komm.-B. S. 26. Auch die schließliche Frage, in welchen Abstufungen die Steuer zu erheben sei, führte zu ausführlichen Erörterungen. Man war zunächst geneigt, das Prinzip der Proportionalität streng durchzuführen, und es wurde in erster Lesung beschlossen, daß die Steuer in Abstufungen von je 1,000 M. und zwar von je vollen 1,000 M. bei Geschäften über 100,000 M. in Abstufungen von je vollen 10,000 M. zu erheben sei.

Steuerrechtliche Bedenken, welche hier nachdrücklich geltend gemacht wurden, verbunden mit dem Wunsche, die Anwendung gestempelter Formulare in großem Umfange möglich zu machen und die Erhebung dergestalt zu vereinfachen, daß eine verhältnismäßig geringe Zahl von Formularsorten für den Gebrauch hinreichen, führten in zweiter Lesung über das Bedenken einer nicht unwesentlichen Steuerherabsetzung hinweg zur Annahme des Antrages, die Berechnung der Abgabe zu fassen: vom Werthe des Gegenstandes des Geschäfts und zwar in Abstufungen von je vollen 2,000 M., bei Geschäften im Werthe von 10,000 M. oder mehr in Abstufungen von je vollen 10,000 M.

In der Reichstagsſitzung vom 4. Mai 1885 äußerte der Abgeordnete Herr Camp: Nach dem Arnſperger'schen Entwurf bezahlen ausländiſche Zeitgeſchäfte bei einem Objekt von 5001 Mark biß 1,20 Mark, nach dem Entwurf der Kommiſſion nur 20 Pfennig Steuer, alſo nur  $\frac{1}{10}$  beſeitigen Betrages, den die Herren Abgeordneten Arnſperger und Dechelhäuſer für gerechtfertigt erachtet haben; bei einem Objekt von 50,001 Mark erhebt der Antrag Arnſperger für ausländiſche Zeitgeſchäfte 4 Mark, der Entwurf der Kommiſſion nur  $2\frac{1}{2}$  Mark; bei 100,001 Mark erhebt der Antrag Arnſperger 8 Mark, der Entwurf der Kommiſſion 2,50 Mark, bei 200,001 Mark der Antrag Arnſperger 12 Mark, der Antrag der Kommiſſion nur 10 Mark. Wie da überhaupt von einer durch die Kommiſſionsbeſchlüſſe eintretenden Schädigung des internationalen Verkehrs die Rede ſein kann, das begreife ich in der That nicht.

Abgeordneter Freiherr von Buol-Verenberg: Um die Kapitalien, die ich damit gekennzeichnet haben möchte, zu faſſen, iſt es nothwendig, daß man ſie, alwo ſie in Erſcheinung treten, alſo bei jedem Umſaße, erfaſſe. Dabei iſt aber nicht zu verkennen, daß die Beſteuerung eine ungleiche bleibt, weil ſie die gebührensähigen Kapitalien, die in feſten Händen ruhen, nicht trifft. Das iſt auch ein Grund, warum ein mäßiger Anſatz der Steuer gerechtfertigt iſt, und der Betrag, den die Kommiſſion vorſchlägt, iſt ein mäßiger (100 Mark auf die Million). Zugegeben muß auch werden, daß die Steuer keine ſonderlich rationelle iſt, weil ſie das Geſchäft beſchwert.

Eine mäßige wird ſie ſtets bleiben müſſen, weil bei richtiger Anſage der direkten Steuern und ehrlicher Fatirung eine Doppelbeſteuerung vorliegt; ſodann, weil auch bei ſolider Vermögensverwaltung ein ziemlich häufiger Umſatz der Kapitalien nothwendig werden kann; ferner, weil Gewinn und Verluſt gleich beſteuert werden, und den Anſammlungen mitunter Einbußen gegenüberſtehen; dann, weil wir keine internationale Geſetzgebung haben, und in Folge deſſen eine größere Belaſtung der Geſchäfte ſolche nach dem Auslande treiben könnte, und endlich, was nicht außer Acht zu laſſen iſt, weil durch eine höhere Beſteuerung die kleinen Kapitaliſten zu Anſagen in Unterparipapieren gedrängt werden können.

### III. Lotterielooſe.

(Tarifnummer 5.)

§ 21. Wer im Bundesgebiete Lotterien und Ausſpielungen veranſtalten will, hat die Stempelabgabe für die geſamnte planmäßige Anzahl der Loosſe oder Ausweiſe über Spieleinlagen im voraus zu entrichten.

Die §§ leiden auf Staats-Lotterien deutscher Bundesstaaten keine Anwendung.

Mit den Verbotsgesetzen der Bundesstaaten tritt die Besteuerung der Loose nicht in Widerspruch. Ein Recht, die versteuerten Loose in Gebieten abzusetzen, wo ein Verbotsgesetz entgegensteht, wird durch die Besteuerung nicht erlangt. Motive S. 44.

Der Unternehmer inländischer Lotterien hat die Abgabe zu entrichten; es bleibt ihm überlassen, dieselbe mit dem Preise der Loose wieder einzuziehen. . . . Unternehmern, welche die Abgabe nicht vorausbezahlen können, kann gegen Sicherstellung und bei zweifelsohner Sicherheit auch ohne jene ein Aufschub gewährt werden. Bei ausländischen Loosen haftet sowohl der Einbringer, als auch der Empfänger für die Abgabe. Motive S. 44 ff.

### Ausführungs-Vorschriften.

Zu §§ 21, 22 und 24 des Gesetzes.

19a. Wer im Bundesgebiete Lotterien oder Auspielungen veranstalten will, hat der zuständigen Steuerbehörde spätestens am 7. Tage nach dem Empfange der obrigkeitlichen Erlaubniß schriftlich unter Beifügung einer Doppelschrift anzumelden:

Namen, Gewerbe und Wohnung des Unternehmers, die planmäßige Anzahl (die Nummer) und den planmäßigen Preis der Loose,

den Zeitpunkt, wo mit dem Vertrieb der Loose begonnen werden soll,

die Gegenstände, die Zeit und den Ort der Auspielung,

die Namen und Wohnungen der unmittelbar von dem Unternehmer mit dem Vertrieb der Loose betrauten Personen.

Der Anmeldung ist als Anlage ein amtlich beglaubigtes Exemplar des obrigkeitlich genehmigten Plans der Lotterie oder Auspielung anzuschließen.

Mit der Anmeldung ist die Abgabe für die gesammte planmäßige Anzahl der Loose einzuhalten. Wird Stundung der Abgabe bis nach dem Beginn des Vertriebes der Loose gegen Sicherstellung des Abgabebetrages oder ohne solche beansprucht, so ist der Antrag mit der Anmeldung vorzulegen.

19b. Wird Befreiung von der Abgabe in Anspruch genommen, so ist mit der Anmeldung der Nachweis zu führen, daß der Erlös des Unternehmens zu mildthätigen Zwecken Verwendung finden wird. Ueber die Anwendbarkeit der Befreiung und insbesondere über die Frage, ob ein mildthätiger Zweck vorliegt, entscheidet die Direktivbehörde. Die obersten Landesfinanzbehörden werden ermächtigt, die Abgabe in solchen Fällen aus Billigkeits-Rücksichten zu erlassen, in welchen die Befreiung nicht rechtzeitig mit der Anmeldung in Anspruch genommen ist.

20. Die Behörde, welche die obrigkeitliche Erlaubniß zur Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie oder Auspielung erteilt, hat hiervon ohne Verzug der zur Erhebung der Abgabe für die Loose zuständigen Steuerbehörde unter Bezeichnung des Unternehmens und seines Zweckes, des Namens und der Wohnung des Unternehmers und des Zeitpunkts, an welchem dem letzteren die obrigkeitliche Erlaubniß behändigt worden, schriftlich Mittheilung zu machen.

Auf Grund dieser Mittheilung hat die Steuerbehörde sogleich nach Ablauf der unter Nummer 19a für die Anmeldung vorgeschriebenen Frist wegen Feststellung und Beitreibung der Abgabe, sowie nach Umständen wegen der Verhinderung des Loosabfahes und Einleitung des Strafverfahrens das Erforderliche zu veranlassen.

21. Nachdem der Abgabebetrag festgestellt, gebucht und entweder eingezahlt oder gestundet, beziehentlich nachdem die Stempelfreiheit der Loose von der zuständigen Behörde anerkannt worden ist, erfolgt die Abstempelung der Loose durch die zuständige Steuerstelle vermittelt Stempel-Ausdruck. Der Stempel ist von runder oder ovaler Form und führt den Reichsadler und über demselben die Aufschrift „Versteuert“ bezw. „Stempelfrei“, darunter das Unterscheidungszeichen der Abstempelungsstelle. Die Loose oder Spielausweise sind in einer solchen Form und Beschaffenheit herzustellen, daß sie sich zur Abstempelung eignen.

Ungestempelte Loose dürfen nicht ausgegeben werden.

Nach näherer Vorschrift der Landesregierung kann indessen bei den unter obrigkeitlicher Aufsicht stattfindenden Waarenverloosungen von der Abstempelung der abgabefreien Loose Umgang genommen werden, wenn mit Rücksicht auf die Zahl und den Preis der Loose die Abstempelung unverhältnismäßige Mühewaltung verursachen würde.

Die abgestempelten Loose werden gegen Empfangsbcheinigung auf dem einen Exemplar der Anmeldung zurückgegeben. Das andere bleibt nebst seinen Anlagen (Nummer 19a.) Beleg zum Register. Wenn Stundung der Abgabe bewilligt ist, darf die Genehmigung zum Beginn des Loosabfahes vor Entrichtung der Abgabe erst nach Abstempelung der Loose ausgehändigt werden.

22. Der Abgabe nach der Tarifnummer 5 unterliegen auch diejenigen Spielausweise, welche bei den auf Jahrmärkten und bei Gelegenheit von Volksbelustigungen üblichen öffentlichen Auspielungen geringwerthiger Gegenstände ausgegeben werden.

In der Quittung über die für derartige Spielausweise entrichtete Reichsstempelabgabe sind die versteuerten Spielausweise nach ihren Nummern und eventuell auch nach ihrer Serienbezeichnung anzugeben. Findet Stundung der Abgabe statt, so ist hierüber eine Bescheinigung zu erteilen, in welcher gleichfalls die Nummern und eventuell die Serienbezeichnung der Spielausweise ersichtlich zu machen sind.

Mit Genehmigung der zuständigen Steuerbehörde dürfen die für unausgeführt gebliebene Auspielungen bestimmt gewesen Spielausweise zu einer anderen Zeit, bezw. bei einer anderen Gelegenheit zur Ausgabe gelangen, sofern bei der Steuerbehörde ein hierauf bezüglicher Antrag unter Vorlegung der Spielausweise und der Quittung über die für dieselben gezahlte Abgabe, bezw. der Bescheinigung über die erfolgte Stundung dieser Abgabe, mit der neuen Anmeldung gemäß der Nummer 19a gestellt wird. Ueber die Genehmigung ist eine schriftliche Bescheinigung zu erteilen.

Bei Auspielungen der bezeichneten Art können die Steuerstellen auf die Abstempelung des ersten und des letzten Looses jeder Serie, oder jedes zusammenhängenden Bogens sich beschränken; dieselben haben alsdann die Art der Abstempelung in der auszustellenden Quittung anzugeben. Die Veranstalter der Auspielung sind in solchen Fällen verpflichtet, die Quittung der Steuerstelle während der Auspielung bei sich zu führen und beim Verkauf der Loose genau nach der Reihenfolge der Serien und der einzelnen Nummern sich zu richten; auch dürfen sie am Orte der Auspielung (in der Spielbude etc.) keine anderen Loose vorrätig haben, als die zu den abgestempelten Serien oder Bogen gehörigen.

§ 22. Vor der Entrichtung der Abgabe darf ohne Genehmigung der zuständigen Steuerstelle mit dem Loosabsatz nicht begonnen werden. Die Genehmigung kann von vorgängiger Sicherstellung der Abgabe abgängig gemacht werden.

#### Ausführungs-Vorschriften.

##### Zu § 22 des Gesetzes.

23. Die Landesregierungen bestimmen, in welchen Fällen und unter welchen Modalitäten die Genehmigung zum Absatz der Loose vor der Entrichtung der Abgabe gegen Sicherstellung der letzteren oder ohne solche erteilt, oder sonst die Abgabe gesundet werden kann.

Eine Stundung der Abgabe für inländische Loose kann auf Antrag des Unternehmers nur bis längstens zum 25. Tage des letzten Monats desjenigen Quartals, welches dem Quartal unmittelbar folgt, in welchem die Anmeldung der Lotterie oder Auspielung bei der zuständigen Steuerstelle erfolgt ist, und nur in dem Falle gewährt werden, wenn eine vollständige Sicherstellung des Abgabebetrages stattgefunden hat. Ohne vorherige volle Sicherstellung darf die Genehmigung zum Absatz inländischer Loose vor Entrichtung der Abgabe nicht erteilt werden. Zuständig für die Stundung ist die zur Erhebung der Abgabe befugte Steuerstelle. Die Art der Sicherheit ist nach den desfallsigen

Vorschriften für den Zollkredit zu beurtheilen. Die Stundung ist auf das thatsächliche Bedürfnis zu beschränken und keinesfalls weiter, als bis vier Wochen vor der Ziehung bezw. Auspielung auszudehnen. (Verfügung des Preuß. Finanzministers v. 3. Sept. 1881.)

Der Preuß. Minister des Innern und der Preuß. Finanzminister haben durch Cirkularenlaß vom 23. Oktober 1881 die Ober-Präsidenten veranlaßt, Anordnung zu treffen, daß gemäß der Bestimmung des Bundesraths unter Ziffer 13 der Ausführungsvorschriften zum Reichs-Stempelgesetz den zur Erhebung der Stempelabgabe für die Loose zuständigen Steuerbehörden von jeder ertheilten Erlaubnis zur Veranstaltung einer öffentlichen Lotterie oder Auspielung, bezw. von der etwaigen Zulassung des Vertriebs ausländischer Loose, die vorgeschriebene Mittheilung rechtzeitig zugebe, und daß dem Provinzial-Steuer-Direktor eine Abschrift der bezüglichen Mittheilung nachrichtlich übermittelt werde. (Reichsanzeiger Nr. 280 vom 29. Nov. 1881.)

Cirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 9. Januar 1882. III 17 861. Es liegt Veranlassung vor, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Hinterziehung der Reichsstempelabgabe von Lotterielosen durch Wiederverwendung abgestempelter Loose bei anderen Auspielungen verübt werden kann, wenn das Lotterie-Unternehmen und namentlich die Zeit der Auspielung in den Loose nicht so genau bezeichnet ist, daß eine nochmalige Verwendung der letzteren ausgeschlossen wird. — Sollten Loose und Ausweise, in welchen eine hinreichend genaue Bezeichnung fehlt, zur Abstempelung vorgelegt werden, so wird nach dem Plan und weiteren Verlaufe des Lotterie-Unternehmens zu erwägen sein, ob ein Mißbrauch der abgestempelten Loose zu besorgen, und ob insbesondere erforderlich ist, den zuständigen Polizeibehörden Mittheilung zu machen, da ohne gleichzeitiges Vergehen des § 286 des Reichsstrafgesetzbuches eine Hinterziehung der Reichsstempelabgabe mit Rücksicht auf Nr. 13 der Ausf.-Vorschr. des Bundesraths nicht wohl verübt werden kann.

Cirk.-Verf. des Preuß. Fin.-Min. vom 21. Januar 1882. III 499, ermächtigt die Provinzial-Steuer-Direktoren, darüber zu befinden, ob von der Abstempelung der abgabefreien Loose für die in Nr. 14 Alinea 3 der Ausf.-Vorschr. des Bundesraths zum Reichsstempelgesetz vom 1. Juli 1881 bezeichneten Waaren Verloosungen auf Grund dieser Vorschriften im einzelnen Falle ohne Gefährdung des steuerlichen Interesses abgesehen werden kann. Es bleibt ihrem Ermessen überlassen, ob bei umfangreichen Verloosungen der gedachten Art die Abstandnahme von der Abstempelung an die Bedingung zu knüpfen ist, daß ihre die Abstempelung erlassende Verfügung auf Kosten des Unternehmers in der von ihnen geeignet befundenen Weise publicirt wird.

§ 23. Wer ausländische Loose oder Ausweise über Spieleinlagen in das Bundesgebiet einführt oder dasselbst

empfängt, hat dieselben, bebor mit dem Vertrieb begonnen wird, spätestens binnen drei Tagen nach dem Tage der Einführung oder des Empfangs der zuständigen Behörde anzu-melden und davon die Stempelabgabe zu entrichten.

§ 24. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Stempel-abgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrages bei der zuständigen Behörde.

Ob und in welcher Weise eine Verwendung von Stempel-zeichen stattzufinden hat, bestimmt der Bundesrath.

#### **Ausführungs-Vorschriften.**

Zu §§ 23 und 24 des Gesetzes.

24. Ausländische Loose und Ausweise über Spieleinlagen sind der zuständigen Steuerstelle mit einer nach dem anliegenden Muster f doppelt auszustellenden Anmeldung unter Einzahlung des Abgabebetrags innerhalb der im § 23 des Gesetzes bezeichneten Frist zur Abstempelung vorzulegen. Wegen der Buchung der Abgabe, der Beläge und wegen der Abstempelung der Loose gelten die Bestimmungen unter Nummer 21. Stundung der Steuer findet nicht statt.

§ 25. Die Nichterfüllung der in den §§ 21 bis 23 bezeichneten Verpflichtungen wird mit einer dem fünffachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommenden Geld-strafe geahndet. Dieselbe ist jedoch gegen den Unternehmer inländischer Lotterie oder Auspielungen, sowie gegen jeden, welcher den Vertrieb ausländischer Loose oder Ausweise über Auspielungen im Bundesgebiete besorgt, nicht unter dem Betrage von zweihundertundfünfzig Mark festzusetzen.

Ist die Zahl der abgesetzten Loose nicht zu ermitteln, so tritt Geldstrafe von zweihundertundfünfzig bis fünftausend Mark ein.

§ 26. Ein Anspruch auf Rückerstattung des eingezahlten Abgabebetrages ist ausgeschlossen; eine solche kann

von der obersten Landesfinanzbehörde nur dann zugestanden werden, wenn eine beabsichtigte Auspielung erweislich nicht zu Stande gekommen ist.

#### **Ausführungs-Vorschriften.**

##### **Zu § 26 des Gesetzes.**

25. Für unabgesetzt gebliebene Loose u. einer zu Stande gekommenen Auspielung wird die Reichsstempelabgabe nicht erstattet.

Ein Rechtsanspruch auf Rückzahlung des entrichteten Abgabebetrages ist dem Unternehmer nicht gewährt worden, weil die Rückerstattung der Steuer seitens des Unternehmers an die einzelnen Spieler sich einer sicheren Kontrolle in der Regel entziehen würde. Motive S. 45.

§ 27. Die §§ 21 bis 26 finden auf Staatslotterien deutscher Bundesstaaten keine Anwendung.

Die Stempelsteuer für die Loose der letzteren wird durch die Lotterieverwaltung eingezogen und in einer Summe für die Gesamtzahl der von ihr abgesetzten Loose zur Reichskasse abgeführt.

Eine Abstempelung der Loose findet nicht statt.

Im Bundesgebiet bestehen fünf Staats-Lotterien, nämlich:

- in Preußen mit 95 000 Loosen zum Preise von 156 M.,
- in Sachsen mit 100 000 Loosen zum Preise von 156 M. und 4 M. Schreibgeld,
- in Braunschweig mit 83 000 Loosen zum Preise von 120 M.,
- in Hamburg mit jezt 94 000 Loosen zum Preise von 120 M. und
- in Mecklenburg-Schwerin mit 19 500 Loosen zum Preise von 120 M.

#### **Ausführungs-Vorschriften.**

##### **Zu § 27 des Gesetzes.**

26. Die Verwaltungen der Staatslotterien haben spätestens am 15. Tage nach Ablauf der Ziehung jeder Klasse dem Reichsschatzamt die Zahl der abgesetzten Loose und den Preis der Loose (Nummer 18) anzuzeigen. Diese Anzeigen sind unter Benützung eines von dem Reichsschatzamt vorzuschreibenden Formulars doppelt zu erstatten. Das Reichsschatzamt setzt die zu entrichtende Steuer fest.

Bei Staats-Lotterien wird die Abgabe erst nach dem Schluß der Ziehung durch die Lotterie-Verwaltung entrichtet, weil die auf gewinnende Voll-Loose zu leistenden Rückvergütungen an dem Betrag der abgabepflichtigen Summe in Abzug kommen und die Festsetzung des Steuer-Betrags daher erst nach stattgehabter Ziehung erfolgen kann. Abgabepflichtig ist hiervon abgesehen der Gesamt-Erlös des Loosverkaufs ohne Abzug der Verwaltungs-Kosten, jedoch mit Ausschluß der Freilose. Motive S. 45.

§ 28. Loose zc. inländischer Unternehmungen, für welche bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die obrigkeitliche Erlaubniß bereits erteilt ist, sowie ausländische Loose, welche vor diesem Zeitpunkte in das Bundesgebiet eingeführt, auch binnen drei Tagen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der zuständigen Behörde angemeldet sind, und die Loose der Staatslotterien, deren Ausgabe auch nur für eine Klasse bereits vor diesem Zeitpunkte begonnen hat, unterliegen der Reichsstempelabgabe nicht.

Motive, S. 45: Um den für die Steuerpflichtigkeit maßgebenden Zeitpunkt der Einführung ausländischer Loose während der Uebergangsperiode kontrolliren zu können, müssen auch die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführten Loose noch nicht erledigter Lotterienunternehmungen der Steuerbehörde angemeldet werden.

#### Tarifnummer 5.

Laut. Nr.	Gegenstand der Besteuerung	Steuerfuß		Berechnung der Stempelabgabe
		M.	vom 1000	
5.	III. Lotterieloose.  Loose öffentlicher Lotterien, sowie Ausweise über Spieleinlagen bei öffentlich veranstalteten Aus- spielungen von Geld- oder an- deren Gewinnen . . . . .  Befreit sind: Loose von den zuständigen Behörden genehmig- ten Auspielungen und Lotterien zu mildthätigen Zwecken.  Anmerkung. Die Besteuerung der Loose der Staatslotterien erfolgt nach § 18 des Gesetzes.	—	5	a) bei inländi- schen Loose vom planmäßigen Preise (Nennwerth) sämt- licher Loose oder Ausweise. b) bei ausländi- schen Loose von dem Preise der ein- zelnen Loose in Ab- stufungen von 5 Pfennig für jede Mark oder einen Bruchtheil dieses Betrages.

### Zu Nummer 5 des Tarifs.

Nach der Regierungsvorlage sollten Loose inländischer Lotterien oder Auspielungen, wenn der Gesamtpreis der Loose den Betrag von 1000 M. nicht übersteigt, von der Steuer befreit sein. Der Reichstag hat jedoch auf Antrag seiner Kommission diese Befreiung gestrichen, dagegen die in dem Gesetz jetzt enthaltene Befreiung der von den zuständigen Behörden genehmigten Auspielungen und Lotterien zu mildthätigen Zwecken in das Gesetz aufgenommen. Im Uebrigen ist die Position in der Fassung der Regierungsvorlage von der Kommission des Reichstages angenommen (Sten.-Ver. B. 2 S. 1381 und 1693).

Aus den Motiven (Druckf. Nr. 59 S. 44): „Gegenstand der Steuer bilden nur Loose öffentlich veranstalteter Auspielungen; beispielsweise aber fallen Loose von Auspielungen geschlossener Kreise oder Vereine, deren Absatz auf die Mitglieder beschränkt ist, nicht unter das Gesetz.

Bei inländischen Auspielungen soll der planmäßige Gesamtpreis der Loose ohne Rücksicht darauf, ob sie zum Absatz im Bundesgebiet oder zum Vertrieb ins Ausland bestimmt sind, der Berechnung zu Grunde gelegt werden, bei ausländischen Auspielungen dagegen der Preis der einzelnen Loose, wie sie in das Bundesgebiet eingeführt werden . . .“

„Um Zweifeln vorzubeugen, ist schließlich zu bemerken, daß Loose der Prämienanleihen nicht als Lotterieloose zu betrachten und daher den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht unterworfen sind.“

Aus dem Bericht der Kommission des Reichstages (Druckf. Nr. 162 S. 24,25): „... Von anderer Seite wurde ein Antrag dahin gestellt, die in der Vorlage enthaltene Befreiung der Loose inländischer Lotterien und Auspielungen, wenn der Gesamtpreis der Loose den Betrag von 1000 M. nicht übersteigt, zu streichen, also alle Lotterien und Auspielungen ohne Ausnahme der Steuer zu unterwerfen. Gegen diesen Antrag wurde geltend gemacht, daß bei gemeinnützigen Unternehmungen die Lotterie oft nicht zu entbehren sei; es sei ein Mittel, um Beiträge zu erhalten, und würden die betreffenden Loose meist nicht aus Gewinnsucht genommen, sondern um dem guten Zwecke zu dienen. Seitens der Vertreter der Regierung wurde noch mitgetheilt, daß zu der vorgeschlagenen Steuer ungefähr beizutragen haben würden: Preußen 1 320 000 M., Sachsen 1 450 000 M., Hamburg 897 000 M., Braunschweig 849 450 M., Mecklenburg 200 250 M., zusammen etwa 4½ Millionen Mark. Zugleich hoben dieselben hervor, daß die Besteuerung der Loose eine etwaige künftige Aufhebung der Staatslotterien durchaus nicht erschwere; sie hindere die Bundesstaaten nicht, die Aufhebung vorzunehmen, wenn damit auch dem Reiche ein Steuerobjekt entzogen werde; andererseits könne das Verträgniß der Besteuerung der Staatslotterien für das Reich kein Hinderniß sein, die Aufhebung der Lotterien zu begünstigen. Bei der

Abstimmung in erster Lesung wurde der oben erwähnte, auf Streichung der Befreiung der kleinen Lotterien und Auspielungen gerichtete Antrag angenommen und die Tarifposition genehmigt. Konstatirt wurde noch, daß Loose von Auspielungen geschlossener Kreise oder Vereine, deren Absatz auf die Mitglieder beschränkt ist, in Beihalt der Motive nicht unter das Gesetz fallen. In der zweiten Verathung wurde wiederholt befürwortet, daß Lotterien zu mildthätigen Zwecken steuerfrei bleiben müßten, und gelangte schließlich der nachstehende Antrag:

„Befreit sind alle von den zuständigen Behörden genehmigte Auspielungen und Lotterien zu mildthätigen Zwecken.“  
zur Annahme. Mit dieser Befreiung wurde die Tarifposition auch in zweiter Lesung genehmigt.“

Im Reichstage erklärte bei der Verathung in dritter Lesung der Kommissarius des Bundesraths (Sten.-Ver. B. 2 S. 1693): „Bei der zweiten Verathung ist die Befreiung gestrichen worden, die in der Regierungsvorlage enthalten war. Ich will nicht unterlassen zu konstatiren, daß meiner Ueberzeugung nach durch die Streichung dieser Befreiung die verbündeten Regierungen in die Lage kommen werden, bei der Ausführung des Gesetzes in etwas von dieser Tarifbestimmung abzuweichen. Es kommen bei Märkten und dergleichen Gelegenheiten oft öffentliche Auspielungen von Sachen vor, die, streng genommen, unter das Gesetz fallen würden. Diese sollten nach der Vorlage befreit bleiben, weil sie zur Besteuerung nicht geeignet sind, derselben vielmehr erhebliche technische Schwierigkeiten entgegenstellen. Es wird sich voraussichtlich bei der Anwendung des Gesetzes als unausführbar erweisen, diese hereinzuziehen, und die Ausführungsbestimmungen werden deshalb wahrscheinlich diesem Umstand Rechnung tragen und Abhülfe schaffen müssen.“

Verfügung des Preuß. Fin.-Min. vom 14. März 1882. III. 3052. Unter den vorgetragenen Umständen erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Loose der mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der dortigen Provinz durch den Handwerkerverein in S. zu veranstaltenden Lotterie als stempelpflichtig behandelt werden. Eine Verloosung zu mildthätigen Zwecken liegt nicht vor, wenn auch der Ueberschuß des Lotterieunternehmens, dessen nächster Zweck darin besteht, den Absatz der Gegenstände einer gewerblichen Ausstellung im Interesse der Aussteller zu fördern, einer Kranken- und Unterstützungskasse zugeführt werden soll.

§. 29. Öffentliche Auspielungen, Verloosungen und Lotterien, für welche die Reichstempelabgabe zu entrichten ist, unterliegen in den einzelnen Bundesstaaten keiner weiteren Stempelabgabe (Zage, Sportel u. s. w.)

#### IV. Allgemeine Bestimmungen.

§ 30. Der Bundesrath erläßt die Anordnungen wegen der Anfertigung und des Vertriebs der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu verwendenden Stempelmarken und gestempelten Formulare, sowie die Vorschriften über die Form der Schlussnoten und über die Art der Verwendung der Marken. Er stellt die Bedingungen fest, unter welchen für verdorbene Marken und Formulare, sowie für Stempel auf verdorbenen Werthpapieren Erstattung zulässig ist.

##### Ausführungs-Vorschriften.

Zu § 30 des Gesetzes.

27a. Für verdorbene Reichsstempelmarken und für Reichsstempelzeichen, mit welchen demnächst verdorbene Formulare oder Werthpapiere versehen sind, kann Erstattung beansprucht werden, wenn von den Stempelzeichen, Formularen und Werthpapieren noch kein oder doch kein solcher Gebrauch gemacht worden ist, dem gegenüber durch die Erstattung das Steuerinteresse gefährdet erscheint.

Der Erstattungsanspruch ist bei der Direktivbehörde des Bezirks unter Vorlegung der verdorbenen Marken, Formulare und Werthpapiere anzumelden; auf Erfordern sind die quittirten Anmeldungen, welche den Betrag der für die verdorbenen Werthpapiere entrichteten Abgabe ergeben, beizufügen.

Eine baare Zurückzahlung der entrichteten Reichsstempelabgabe findet nicht statt. Bei Formularen und Marken erfolgt die Erstattung im Wege des Umtausches und zwar werden in der Regel für verdorbene Formulare gestempelte Formulare, für verdorbene Marken abgabefrei verabfolgt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abtempelung von Privatformularen gleich. Den Wünschen des Antragstellers hinsichtlich des Abgabebetrages der einzelnen Stücke ist thunlichst Rechnung zu tragen.

Die Landesregierungen können anordnen, daß in solchen Fällen, in denen gestempelte Formulare des Musters d in größerer Menge im Umtausch gegen verdorbene Formulare oder Marken beansprucht werden, die Herstellungskosten für die erstbezeichneten Formulare zu erstatten seien. An Stelle der verdorbenen Werthpapiere hat die betreffende Steuerstelle nach näherer Anweisung der Direktivbehörde dem Berechtigten auf Grund vorheriger Anmeldung nach den Vorschriften unter Ziffer 2a. neu ausgestellte Werthpapiere von demselben Steuerwerth abgabefrei abzustempeln.

Die etwa entstehenden Portokosten trägt der Antragsteller.

Die verdorbenen Marken und Formulare, sowie die aus den Werthpapieren herausgeschnittenen Stempelzeichen werden bei der Direktivbehörde in Gegenwart zweier Beamten vernichtet.

27b. Reichsstempelmarken und amtlich gestempelte Formulare des Modells d können, wenn sie unbeschädigt sind, bei den von den Landesregierungen bestimmten Steuerstellen gegen gestempelte Formulare oder Marken zu anderen Steuerbeträgen umgetauscht werden; indessen findet auch hier in der Regel der Umtausch von Formularen nur gegen Marken statt. Der Verabfolgung gestempelter Formulare steht die Abstempelung von Privatformularen des Antragstellers gleich.

R o m m e r. B. 1885. S. 38. Von Seiten einiger Mitglieder der Kommission wurde zunächst das Bedenken erhoben, daß man dem Bundesrathe durch die von der Subkommission vorgeschlagene allgemeine Fassung „Vorschriften über die Ausstellung der Schlußnoten“ Befugnisse ertheile, die über reglementare Vorschriften hinausgingen; es wurde demgemäß der letzteren substituiert „Vorschriften über die Form der Schlußnoten“.

Von derselben Seite wurde dem allgemein im Handelsstande herrschenden Verlangen Ausdruck gegeben, daß für die Schlußnoten ganz gleichmäßige, wo thunlich, gestempelte Formulare vorgeschrieben und deren Anfertigung veranlaßt werde; damit werde die Stempelverwendung vereinfacht, die Anwendung des Gesetzes erleichtert, die Kontrolle des anderen Kontrahenten nicht zeitraubend und schwierig.

§ 31. Stempelmarken, welche nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet worden sind, werden als nicht verwendet angesehen.

§ 32. In Beziehung auf die Verpflichtung zur Entrichtung der in diesem Gesetze festgestellten Abgaben ist der Rechtsweg zulässig. Die Klage ist bei Verlust des Klagerrechts binnen sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder mit Vorbehalt geleisteter Zahlung zu erheben. Für die Berechnung dieser Frist sind die Bestimmungen der Civilproceßordnung maßgebend. Zuständig sind ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes die Landgerichte. Soweit bei denselben Kammern für Handelsfachen bestehen, gehört der Rechtsstreit vor diese. Die Revision, sowie die Beschwerde gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte geht an das Reichsgericht.

### Civilrechtsweg.

Rom m. B. 1885. S. 38. Daß es einer ausdrücklichen Bestimmung im Gesetze bedürfe, um den Civilrechtsweg in allen Bundesstaaten in Betreff der streitigen Steuerfragen zu eröffnen, wurde mit Rücksicht auf die Lage der Gesetzgebung in einzelnen Staaten ausdrücklich anerkannt. Die Kommission entschied sich ohne Widerspruch für die Zulässigkeit des Rechtsweges, weil nur auf diesem Wege Zweifel und verschiedene Auffassungen beseitigt und eine Einheit in der Handhabung der Gesetzesvorschriften herbeigeführt werden könne.

Die von der Subkommission vorgeschlagene Frist von einem Monate, binnen welcher die Klage erhoben werden solle, wurde mit Rücksicht darauf, daß eine vorherige Erledigung im Verwaltungswege für die Betheiligten erwünscht, in der kurzen Zeit eines Monats aber selten zu erreichen sei, in eine Frist von sechs Monaten verwandelt. Eine Verweisung auf die Berechnung dieser Frist, wie sie die Civilprozeßordnung enthält, erschien geboten, weil die hier gesetzte Frist keine solche ist, welche ohne diese ausdrückliche Bestimmung unter die Vorschriften der Civilprozeßordnung fällt. Der Schlußsatz, welcher dem Reichsgericht in allen Fällen die Entscheidung sichert, ist mit Rücksicht auf die im Königreich Bayern bestehende Lage der Gesetzgebung notwendig. Von der nach § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz den Einzelstaaten eingeräumten Befugniß der Einsetzung eines höchsten Landesgerichts habe das Königreich Bayern Gebrauch gemacht. Danach würden hier die letztinstanzlichen Entscheidungen nicht von dem Reichsgerichte gefällt werden. Das Bedürfniß einer Einheit der Rechtsprechung über eine Gleichheit der Besteuerung im ganzen Deutschen Reiche liegt aber hier ganz besonders vor und es wird daher diese Bestimmung wohl allseitig als zweckmäßig anerkannt werden.

§ 33. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften, welche in demselben mit keiner besonderen Strafe belegt sind, ziehen eine Ordnungsstrafe von drei bis dreißig Mark nach sich.

Dieselbe Strafe tritt ein, wenn in den Fällen der §§ 3, 18, 25 aus den Umständen sich ergibt, daß eine Steuerhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt worden ist.

Die betreffenden §§ des Strafgesetzbuchs lauten:

- § 275. Mit Gefängniß nicht unter drei Monaten wird bestraft, wer
1. wissentlich von falschem oder gefälschtem Stempelpapier, von falschen oder gefälschten Stempelmarken, Stempelblanketten,

Stempelabdrücken, Post- oder Telegraphen-Freimarken oder gestempelten Briefcouverts Gebrauch macht,

2. unechtes Stempelpapier, unechte Stempelmarken, Stempelblankette oder Stempelabdrücke für Spielkarten, Kalender, Pässe, Zeitungen oder sonstige Drucksachen oder Schriftstücke, ingleichen wer unechte Post- oder Telegraphen-Freimarken oder gestempelte Briefcouverts in der Absicht anfertigt, sie als echt zu verwenden, oder
3. echtes Stempelpapier, echte Stempelmarken, Stempelblankette, Stempelabdrücke, Post- oder Telegraphen-Freimarken oder gestempelte Briefcouverts in der Absicht verfälscht, sie zu einem höheren Werthe zu verwenden.

§ 276 Wer wesentlich schon einmal zu stempelpflichtigen Urkunden, Schriftstücken oder Formularen verwendetes Stempelpapier oder schon einmal verwendete Stempelmarken oder Stempelblankette, ingleichen Stempelabdrücke, welche zum Zeichen stattgehabter Besteuerung gebietet haben, zu stempelpflichtigen Schriftstücken verwendet, wird, außer der Strafe, welche durch die Entziehung der Stempelsteuer begründet ist, mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern bestraft.

§ 34. Die auf Grund dieses Gesetzes zu verhängenden Strafen sind bei Genossenschaften und Actien-Gesellschaften gegen die Vorstandsmitglieder, bei Commandit-Gesellschaften gegen die persönlich haftenden Gesellschafter, bei offenen Handelsgesellschaften gegen die Gesellschafter nur im einmaligen Betrage, jedoch unter Haftbarkeit jedes einzelnen als Gemeinschuldner festzusetzen. Ebenso ist in anderen Fällen zu verfahren, in denen bei einem Geschäfte mehrere Personen als Vertreter desselben Kontrahenten oder als gemeinschaftliche Kontrahenten theilhaftig sind.

Auf die Verhängung der im § 19 vorgeschriebenen Rückfallsstrafe finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

R. o. m. m. B. 1885. S. 39. Die Kommission konnte sich der Erwägung nicht entziehen, daß die Haftbarkeit für die Kontraventionen nicht ohne eine gewisse Rigorosität durchzuführen sei. Der Inhaber der Firma müsse ohne Weiteres für die Handlungen und Unterlassungen seines Gehilfen einstehen, wenn mehrere Inhaber vorhanden, so sei jeder für die Kontravention verhaftet, derselben schuldig, obgleich hier regelmäßig der Fall eintrete, daß nur einem der Firmeninhaber thatsächlich ein Verschulden zur Last falle. Der Antrag Dr. Arnsperger wolle diese häufig eintretende und namentlich für den Rückfall empfindliche Situation dadurch beseitigen, daß er die Firma für haftbar erkläre,

allein diesem Vorschlag könne man sich nicht anschließen, weil es rechtlich als absolut unzulässig angesehen werden müsse, eine Firma als eines Steuervergehens schuldig zu sprechen und mit Strafe zu belegen. Man versuchte indeß den materiellen Gedanken zum Ausdruck zu bringen, indem man nach Analogie der Verurtheilung mehrerer Mitangeklagten in die Kosten des Strafverfahrens zwar jeden der mehreren Vorstände des Geschäfts als strafbar ansah, die Strafe gegen alle aber nur im einmaligen Betrage erkannt wissen wollte dergestalt, daß wie bei zivilrechtlichen Korrealobligationen die einmalige Zahlung sämtliche Schuldige befreit. Man glaube auch, daß Bedenken gegen diese Anwendung zivilrechtlicher Grundsätze auf die Steuerhinterziehung in der praktischen Ausführung sich nicht erheben würden, während der Rechtsatz, daß jeder Beteiligte an sich schuldig und strafbar, nicht allerviert würde.

Die Frage des Rückfalls glaubte man nicht besonders ordnen zu müssen, da es sich von selbst verstehe, daß eine einmalige Verurtheilung des gesammterhafteten Mitschuldigen eine genügende Voraussetzung biete, bei weiterer Steuerhinterziehung den Rückfall zu begründen, auch bei der individuell zu verhängenden Rückfallsstrafe von einem Korrealverhältnisse nicht wohl die Rede sein könne.

Dagegen war man der Ansicht auf eine umfassende prinzipielle Regelung der Frage verzichten und nur die Fälle herausgreifen zu sollen, welche sich als die weitaus häufigsten darstellen.

In zweiter Lesung beschloß die Kommission jedoch den angeregten Gedanken einen weiteren legislatorischen Ausdruck zu geben und machte den Zusatz:

Ebenso ist in anderen Fällen zu verfahren, in denen bei einem Geschäfte mehrere Personen als Vertreter desselben Kontrahenten oder als gemeinschaftliche Kontrahenten betheilt sind.

Zur Vermeidung von Zweifeln wurde noch in einem zweiten Absätze zu sagen beschlossen:

Auf die Verhängung der im § 19 vorgeschriebenen Rückfallsstrafe finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

§ 35. Hinsichtlich des administrativen Strafverfahrens wegen der Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz, der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege, der Vollstreckung der Strafe sowie der Verjährung der Strafverfolgung finden die Vorschriften in den §§ 17 Satz 1, 18 und 19 des Gesetzes vom 10. Juni 1869, betr. die Wechselstempelsteuer, sinngemäße Anwendung. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes erkannten Geldstrafen

fallen dem Fiskus desjenigen Staates zu, von dessen Behörde die Strafentscheidung erlassen ist.

Die bezüglichlichen Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Wechselstempelsteuer, vom 10. Juni 1869, lauten:

§ 17. Wechselstempel-Hinterziehungen verjähren in 5 Jahren, von dem Tage der Ausfällung des Wechsels an gerechnet.

§ 18. In Betreff der Feststellung, Untersuchung und Entscheidung der Wechselstempel-Hinterziehung und der Vollstreckung der Strafe, sowie in Betreff der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege kommen die Vorschriften zur Anwendung, nach welchen sich das Verfahren wegen Vergehen gegen die Zollgesetze — in den von der gemeinschaftlichen Zollgrenze ausgeschlossenen Bezirken aber das Verfahren wegen Vergehen gegen die Stempelgesetze — bestimmt. Die im § 15 vorgeschriebenen Geldbußen fallen dem Fiskus desjenigen Staates zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen ist.

§ 19. Jede von einer nach § 18 zuständigen Behörde wegen Wechselstempel-Hinterziehung einzuleitende Untersuchung und zu erlassende Strafentscheidung kann auch auf diejenigen Inhaber des Wechsels, welche anderen Bundesstaaten angehören, ausgedehnt werden. Die Strafvollstreckung ist nöthigenfalls durch Requisition der zuständigen Behörden und Beamten des Staates zu bewirken, in dessen Gebiete die Vollstreckungsmaßregel zur Ausführung kommen soll. Die Behörden und Beamten der Bundesstaaten sollen sich gegenseitig thätig und ohne Verzug den verlangten Beistand in allen gesetzlichen Maßregeln leisten, welche zur Entdeckung oder Bestrafung der Wechselstempel-Hinterziehungen dienlich sind.

§ 36. Die Verwandlung einer Geldstrafe, zu deren Zahlung der Verpflichtete unvermögend ist, in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt. Auch darf zur Beitreibung von Geldstrafen ohne Zustimmung des Verurtheilten, wenn dieser ein Deutscher ist, kein Grundstück subhastirt werden.

§ 37. Unter den in diesem Gesetze erwähnten Behörden und Beamten sind, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, die betreffenden Landesbehörden und Landesbeamten verstanden.

Welche dieser Behörden und Beamten die in dem Gesetze als zuständig bezeichneten sind, bestimmen, sofern das Gesetz nichts anderes verfügt, die Landesregierungen.

Den letzteren liegt auch die Kontrolle über die betreffenden Behörden und Beamten ob.

Bei der Einfachheit der Erhebung der Reichs-Stempelabgabe erscheint es nicht erforderlich, besondere Reichs-Organen zu errichten. Motive S. 46.

#### Ausführungs-Vorschriften.

Der Reichskanzler wird von Zeit zu Zeit ein Verzeichniß

- I. der Steuerstellen, welche in jedem Bundesstaate zur Erhebung der Reichs-Stempelabgabe für Wertpapiere, zur Stempelung von Formularen für Schulnoten, Rechnungen u., zur Erhebung der Abgabe für Lotterie-Loose und Ausweise über Spieleinlagen ermächtigt sind, sowie der denselben vorgesetzten Direktiv-Behörden,

- II. der zur Wahrnehmung der Revisionen nach § 27 Absatz 2 des Gesetzes bestimmten Beamten und der denselben zugewiesenen Bezirke

veröffentlichen.

§ 38. Die in den einzelnen Bundesstaaten mit der Beaufsichtigung des Stempelwesens beauftragten Behörden und Beamten haben die ihnen obliegenden Verpflichtungen mit den gleichen Befugnissen, wie sie ihnen hinsichtlich der nach den Landesgesetzen zu entrichtenden Stempelabgaben zustehen, auch hinsichtlich der in diesem Gesetze bestimmten Abgaben wahrzunehmen.

Die Landesregierungen bestimmen höhere Beamte, welche nach näherer Vorschrift des Bundesraths die Schriftstücke der öffentlichen und der von Actien-Gesellschaften oder Commandit-Gesellschaften auf Actien betriebenen Bank-, Credit- oder Versicherungs-Anstalten, sowie der zur Erleichterung der Liquidation von Zeitgeschäften bestimmten Anstalten (Liquidations-Bureaus u. s. w.) periodisch bezüglich der Abgaben-Entrichtung zu prüfen haben.

Den revidirenden Beamten sind alle bezüglichen Schrift-

stücke und erforderlichen Falls auch die Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen.

Von anderen als den im Absatz 2 bezeichneten Personen kann die Steuerdirectivbehörde die Einreichung der auf bestimmt zu bezeichnende abgabepflichtige Geschäfte bezüglichen Schriftstücke verlangen.

### Ausführungs-Vorschriften.

Zu § 38 des Gesetzes.

28. Die Beamten zur Wahrnehmung der in § 38 Absatz 2 bezeichneten Geschäfte werden nach Maßgabe der ihnen ertheilten näheren Anweisung selbstständig davon Ueberzeugung nehmen, ob den Vorschriften des Gesetzes gemäß verfahren worden ist. Die Vorstände der zu revidirenden Anstalten, an welche der revidirende Beamte bei Beginn der Revision sich wenden wird, haben ihm die zu diesem Zwecke gewünschten Werthpapiere, Schlußnoten, Beläge und sonstige Schriftstücke, sowie Geschäftsbücher zur Einsicht vorlegen zu lassen, Auskunft zu ertheilen und ihm einen angemessenen Raum für die Erledigung seiner Obliegenheiten zur Verfügung zu stellen.

### Die Kontrolle.

Komm.-B. 1885 S. 39. Die Subkommission hatte vorgeschlagen, von der im Reichsstempelgesetze angeordneten regelmäßigen Revision die Aktiengesellschaften auszunehmen, welche Handels- und gewerbliche Unternehmungen betreiben, und es war dieser Vorschlag von der Kommission angenommen worden, so daß Absatz 2 die diesbezügliche Aenderung erhielt.

Die Subkommission hatte ferner vorgeschlagen der Steuerdirectivbehörde das Recht einzuräumen, eine periodische Revision bei den Personen anzuordnen, welche wegen Steuerhinterziehung bestraft seien und zwar für die Dauer von fünf Jahren.

Gegen diesen Vorschlag erhob sich von einer Seite ein lebhafter Widerspruch und es wurde der Antrag gestellt, unter Streichung dieser Bestimmung zu setzen:

„In dem nach § 18 stattfindenden Strafverfahren kann das Gericht gegen den Angeklagten auf Zulässigkeit periodischer Revisionen für die Dauer von längstens drei Jahren nach erfolgter Bestrafung erkennen, wenn für erwiesen erachtet wird, daß der Angeklagte die Steuerhinterziehung vorsätzlich verübt habe.“

Dieser Antrag wurde im Wesentlichen damit begründet, daß die ständige Revision als eine Polizeiaufsicht anzusehen sei, welcher der Kaufmann unterstellt werde, die ihn in seiner Ehre und in seinem Rufe, damit aber auch in seinem Geschäftsgewerbe auf das Empfindlichste schädige; solche Nachteile könne nur der Richter und nur gegen den verhängen, der vorsätzlich sich eine Steuerhinterziehung habe zu Schulden kommen lassen.

Dagegen wurde von anderer Seite eingewendet, daß die periodische Revision doch nichts weniger als eine Strafe oder eine Verdächtigung in sich schließe. Gerade die angesehensten Vorstände von Bankinstituten seien derselben unterworfen. Niemand habe darin eine Herabsetzung der Ehre dieser Männer gesehen. Die Revisionen hätten dazu gedient, im Interesse des geschäftstreibenden Publikums zweifelhafte Fragen zu klären. Erst wenn man die Befugniß zu solchen Revisionen vom Strafrichter erkennen lasse, nähmen sie den Charakter an, welchen man ihnen von der andern Seite beigelegt habe, dann würden sie öffentlich bekannt, während die Revision von der Steuerbehörde in aller Stille abgethan werde.

Wenn diesen Ausführungen in der Kommission auch beigetreten wurde, so überwog doch die Ansicht, daß diese Art der Kontrolle überhaupt entbehrlich sei, und es wurde Streichung des Absatzes 3 des Subkommissionsvorschlages beschloffen, womit sich der Antrag erledigte.

Auch der vierte Absatz des Subkommissionsvorschlages rief eine lebhafteste Erörterung hervor. Wenn auch bisher ein Mißbrauch der Revisionsbefugniß seitens der Steuerbehörde in keiner Weise vorgekommen, so sei doch die Möglichkeit desselben nicht ausgeschlossen, das Eindringen des Steuerbeamten in alle intimen Korrespondenzen etc. sei durchaus zu vermeiden.

Dem wurde entgegnet, daß es im Interesse der Sicherung der Abgabe durchaus nothwendig sei, die gesetzliche Möglichkeit der Vornahme von Revisionen auch bei anderen Stellen und Personen, als den im Absatz 2 bezeichneten zu geben, und daß die Befürchtung der Verletzung des Geschäftsgeheimnisses als begründet durchaus nicht anerkannt werden könne.

Es wurde der Antrag gestellt, im jetzigen Absatz 3 die Worte zuzusetzen hinter „Personen“:

„welche abgabepflichtige Geschäfte (Nr. 4 des Tarifs) gewerbsmäßig betreiben oder vermitteln“

und als Absatz 5 eine Bestimmung hinzuzufügen: welche Privatpersonen nur zur Einreichung der Schriftstücke bezüglich bestimmter abgabepflichtiger Geschäfte verpflichtet.

Beide Anträge wurden in zweiter Lesung angenommen.

Von allen Seiten wurde es anerkannt, wie sehr der Handelsstand dabei theilhaftig sei, daß mit den Steuerrevisionen in keinem Falle Subalternbeamte betraut würden, sondern höhere akademisch ge-

bildete Beamte, die nicht allein technisch und juristisch dieser schwierigen Aufgabe gewachsen seien, sondern deren Persönlichkeit für die Formen, in welchen solche Geschäfte vorzunehmen seien, noch größere Gewähr leiste.

Es wurde zwar anerkannt, daß die seitherige Uebung in dieser Richtung, soweit bekannt, nirgends zu Beschwerden Veranlassung gegeben, allein es werde gerade in den Kreisen der Handelswelt hoher Werth darauf gelegt, daß dieser Wunsch im Gesetze einen Ausdruck finde, und demgemäß wurde der im Gesetze gebrauchte Ausdruck „geeignete Beamte“, gegen den sich ohnehin erhebliche Einwendungen machen ließen, in „höhere Beamte“ verwandelt.

In der Reichstagsitzung vom 8. Mai 1885 äußerte zu § 27 Abgeordneter Freiherr Duol von Berenberg, welcher beantragte, in dem früheren § 27 des Kommissionsentwurfs den ganzen dritten Absatz zu streichen. „Wenn man also auf dem Boden, den ich schon mit meinem Antrage bei der zweiten Lesung verfolgt habe, einen Schritt weiter ging, so mußte der Weg dahin führen, daß man den Unterschied zwischen Kaufleuten und Nichtkaufleuten fallen ließ und auf beide, nämlich auf Kaufleute und Privatpersonen, nur diejenige Bestimmung in Wirkung treten läßt, die sich in dem letzten Absatz des § 27 befindet. Ich will bemerken, daß hier unter der Bezeichnung „Schriftstücke“ unmöglich Geschäftsbücher verstanden werden können; denn es geht aus dem unmittelbar vorhergehenden Passus, der Schriftstücke und Geschäftsbücher einander als sich ausschließende Begriffe gegenüberstellt, hervor, daß es nicht die Absicht des Gesetzgebers sein kann, in dem letzten Absatz des § 27 unter Schriftstücken auch die Geschäftsbücher zu verstehen.“

In der Reichstagsitzung vom 8. Mai 1885 beantragte Abgeordneter Wörmann auch die Absätze 2, 4 und 5 des § 27 zu streichen, da gerade bei den Aktiengesellschaften, welche ja gewissermaßen öffentliche Institute sind, sehr viel weniger Neigung und Gelegenheit zu Defraudationen und Hinterziehungen ist als bei Privatgesellschaften. Es ist dies eine direkte Benachtheiligung der Aktiengesellschaften. Denn wenn bei Aktiengesellschaften die Briefe und Geschäftsbücher genau angesehen werden sollen, so werden Privatleute, welche Bankiergeschäfte machen, in Zukunft sich vielmehr an Privatbankiers wenden als an Aktiengesellschaften. Es ist auch mit dem Inslebentreten der prozentualen Steuer insofern ein wesentlicher Unterschied gegen den bisherigen Zustand verbunden, als nämlich es sich nach dem bisherigen Gesetz ausschließlich um einen Urkundenstempel handeln, und bei den Revisionen ausschließlich nachgesehen werden soll, ob die Urkunden besteuert sind oder nicht. Jetzt handelt es sich in Zukunft darum, daß der Geschäftsabschluß besteuert werden soll; und wenn dieser besteuert werden soll und daraufhin geprüft werden soll, ob derselbe versteuert ist, so wird die naturgemäße Nothwendigkeit sein, daß eine viel eingehendere und weitgehendere Prüfung stattfindet, und daß in die Geschäftsbücher

und in die Geschäftskorrespondenz mehr hineingesehen wird, als es bisher der Fall und nöthig gewesen ist.

Abgeordneter Grimm: Meine Herren, ich will nicht zu dieser eben behandelten Frage sprechen, sondern nur noch eine einfache Deklarationsfrage, einen Zweifel zur Anregung bringen. Es ist der Zweifel erhoben worden, ob, wenn bei einer Revision sich Schlussnoten vorfinden, welche zwar richtig ausgestellt und richtig besteuert sind, aber nicht von derjenigen Person, welche die zunächst berechnete ist, sondern von einem der Kontrahenten oder dem Vermittler, also der als Theilnehmer am Geschäft für die Steuer solidarisch mithaftet, ob in einem solchen Falle eine richtige Besteuerung stattgefunden hat, oder ob die Steuerbehörde sagen könnte: der zunächst Verpflichtete ist derjenige, der besteuern mußte, und da dieser seine Verbindlichkeit nicht erfüllt hat, können wir ihn zur Verantwortung ziehen und nochmalige Besteuerung verlangen.

Meine Herren, es hat in dieser Richtung den gemeinschaftlichen Antragstellern ein Antrag vorgelegen des Inhalts:

Die im § 9 Absatz 1, § 10 und § 11 Absatz 1 und 2 festgesetzten Verpflichtungen fallen weg, wenn und so weit die Aufgabe von einer Person welche an dem Geschäft als Vermittler oder Kontrahent betheiligt, indessen zur Entrichtung der Abgabe überhaupt nicht zunächst verpflichtet ist, nach Maßgabe der Bestimmungen im § 10 Absatz 1 und 2 und innerhalb der daselbst festgesetzten Frist entrichtet worden ist.

Dieser Antrag ist aber nicht gestellt worden, weil wir alle dahin einig und einverstanden waren, daß, wenn einer der Kontrahenten oder Vermittler, die im Geschäft begriffen sind, auch wenn er nicht der Nächstverpflichtete ist, die richtige Ausstellung und die richtige Besteuerung der Schlussnote vorgenommen hat, — daß dann der Zunächstverpflichtete von seiner Verpflichtung liberirt sei.

Sollte dem aus dem Hause nicht widersprochen werden, und auch sonst kein Widerspruch erfolgen, so darf ich wohl im Interesse der Vermeidung einer solchen irthümlichen Auslegung seitens der Steuerbehörden konstatiren, daß es auch die Ansicht des Hauses ist, es verziehe sich ganz von selbst, daß durch ein solches Verfahren der Zunächstverpflichtete von seiner Steuer befreit ist.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Buol-Berenberg. Abgeordneter Freiherr v. Buol-Berenberg: Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Börmann einige Worte erwidern. Es ist eine eigenthümliche Geschichte mit meinem Antrag in der zweiten Lesung und dem heutigen. Wie damals, so wird mir auch heute wieder entgegengehalten, daß das Wohlwollen in dem Antrage ein zweifelhaftes sei, insofern als der Antrag in seiner Wirkung vielleicht nicht die beabsichtigte günstige Wirkung herbeiführen, und daß die Lage der Kaufleute vielleicht eine bessere wäre, wenn der Antrag

nicht angenommen würde, d. h. wenn der Absatz 3 des § 27 nicht gestrichen würde. Auch diese Zweischneidigkeit der Streichung des Absatzes 3 haben wir in der Kommission sehr wohl erwogen, und dieser Umstand, daß allerdings sich auch dafür Gründe anführen lassen, daß die Streichung nicht durchweg als eine Wohlthat von Seiten der Herren Kaufleute betrachtet werden wird, — dieser Umstand in Verbindung mit dem weiteren, daß wir der Aufsichtsbehörde ein eingreifendes Mittel an die Hand geben wollten nach dem Grundsatz: wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen, — war die Ursache, weshalb wir Ihnen den Abs. 3, dessen Streichung jetzt beantragt ist, damals vorgeschlagen haben. Ich verwahre mich aber nicht bloß dagegen, eine Verschlechterung beabsichtigt zu haben, sondern ich verwahre mich auch dagegen unabsichtlich eine solche herbeigeführt zu haben; denn ich muß die Verantwortung lediglich den Herren von der Linken zuschieben, die schon bei der zweiten Lesung im Interesse des Kaufmannsstandes und seiner Ehre den Strich des Absatzes 3 verlangt haben. Lediglich den Vertretern der Interessenten, die sich so entschieden gegen den Absatz 3 des § 27 gewehrt haben, muß ich die Verantwortung dafür anheimgeben. Thatsächlich aber glaube ich nicht, daß eine Verschlimmerung eintritt; denn auch abgesehen von der Bestimmung des Abs. 5 werden nur die partikularen Steuerstrafgesetze hinsichtlich des Verfahrens eintreten, und wenn ich nicht sehr irre, wird für Preußen der § 34 des Stempelsteuergesetzes vom Jahre 1822 maßgebend sein. Ich muß dem Herrn Abgeordneten Franke auf seine Ausführungen bei der zweiten Lesung erwidern: es ist richtig, daß im Gesetz von 1881, um dessen Abänderung es sich hier handelt, § 24 besagt, daß über das Verfahren das Wechselstempelgesetz entscheidet. Schlägt man dieses nach, so wird auf das Zollgesetz verwiesen, und nun entsteht die Frage: welches Zollgesetz, das Vereinszollgesetz vom Jahre 1869 oder das preussische Zollgesetz von 1833? Es kann damit nur das Zollgesetz von 1833 gemeint sein; denn das Wechselstempelgesetz ist älter als das Vereinszollgesetz von 1869. Dieses preussische Zollgesetz von 1833 scheint aber durch das Vereinszollgesetz von 1869 aufgehoben. Wir stehen also auf dem Boden des Vereinszollgesetzes von 1869, und das bestimmt in seinem § 165, daß hinsichtlich des Strafverfahrens die Landesgesetze maßgebend seien. Und dieses Landesgesetz, welches in Preußen nach der Ansicht des Abgeordneten Franke das von 1833 ist, läßt uns wiederum im Stich; denn es gibt nur zollgesetzliche Bestimmungen, und es scheint mir deshalb das Gesetz von 1822 maßgebend. Für Baden gilt die Bestimmung, die wir bei Einführung der Justizgesetze im Jahre 1879 hinsichtlich der Strafbestimmungen in Steuersachen erlassen haben, und die dahin geht:

Den Finanzbehörden stehen hinsichtlich der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Steuer- und Zollsachen die Befugnisse der Staatsanwaltschaft nach §§ 98, 105, 127 und 159 der Strafprozeßordnung zu.

Wenn der Abgeordnete Voermann jetzt einen Antrag auf Streich des Abs. 2 stellt, so weiß ich nicht, ob die Voraussetzungen zu einem solchen Antrag vorhanden sind; ich möchte aber auch bitten, gegen denselben zu stimmen; der Absatz ist noch von keiner Seite angefochten worden, und es ist doch allgemein anerkannt worden, daß für die hier angeführten juristischen Personen die Verhältnisse anders liegen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Voermann. Abgeordneter Voermann: Ich habe nicht daran gedacht, dem Herrn Abgeordneten von Buol zu sagen, daß er die Absicht gehabt hätte, die Sache schlechter für uns zu machen; ich habe nur die Thatsache konstatiren wollen, daß bei uns Zweifel darüber seien.

Wenn Herr von Buol ferner meint, daß über die Streichung des Abs. 2 des § 37 gar nicht bisher die Rede gewesen sei, so kann ich erwidern, daß wir in der Kommission sehr wohl davon gesprochen haben. Das bestehende Gesetz geht dahin, daß alle Aktiengesellschaften revidirt werden; in der Kommission ist beschlossen worden, daß nur die Bank und Kreditinstitute und Versicherungsanstalten stehen geblieben sind. Wenn sie heute im Interesse einer weiteren leichteren Kontrollmaßregel beantragen, auch diese zu streichen, so ist das nicht etwas absolut neues, sondern eine Sache, die in der Kommission bereits vorgelegen ist.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Voermann hat beantragt, den Absatz 2 zu streichen; die Konsequenz davon würde auch die Streichung des Absatzes 5

(Abgeordneter Voermann: 4 und 5!)

— also der Absätze 4 und 5 sein. Dieser Antrag bedarf noch der Unterstützung.

Ich bitte die Herren, welche den bezüglichen Antrag des Herrn Abgeordneten Voermann unterstützen wollen, sich zu erheben. (Geschlecht.) Die Unterstützung reicht aus. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Franke.

Abgeordneter Franke: Meine Herren, ich wollte nur eine kurze Aufklärung in Bezug auf dasjenige geben, was der Abgeordnete Freiherr von Buol gegen mich bemerkt hat. Es ist ein Irrthum nach meiner Ansicht in seinen Deduktionen untergelaufen, indem er nicht beachtet hat, daß es in Preußen außer dem Zollstrafgesetz von 1838 auch noch Bestimmungen gibt über das Zollverfahren, ebenfalls vom Jahre 1838, und diese Bestimmungen über das Zollstrafverfahren sind durch das Vereinszollgesetz nicht aufgehoben, sondern sind ausdrücklich stehen geblieben und gelten in Preußen auch jetzt noch.

In Preußen liegt nun die Sache so, daß jedes Hauptsteueramt, welches die Untersuchung zu führen hat, berechtigt ist, bei begründetem Verdacht eine Hausdurchsuchung vorzunehmen respektive, was dem gleichstehen würde, eine Durchsuchung der Papiere, beziehungsweise der Geschäftsbücher des betreffenden Kaufmanns; und es gibt nur eine Klausel in dem Gesetz über die persönliche Freiheit in Preußen vom

12. Februar 1850. Das Hauptsteueramt muß nämlich, wenn es Haussuchung oder Durchsuchung veranstaltet, entweder zuziehen einen Richter oder einen Beamten der gerichtlichen Polizei, d. h. einen Polizeikommissar. Praktisch muß also, wenn ein begründeter Verdacht der Zollhinterziehung entsteht — und dem stehen ja Stempelhinterziehungen nach dem jetzigen Gesetze gleich; das wird Herr von Buol wohl zugeben — ein Hauptsteueramt den Beschluß fassen, daß es Haussuchung oder Bücherdurchsuchung veranstalten will, und braucht dazu nur hinzuzuziehen einen Polizeikommissarius. So wird die Sache, so viel ich weiß in der Praxis gehandhabt.

Danach kann es sehr wohl zweifelhaft sein, ob die Streichung des jetzigen Absatzes eine Verbesserung ist; wir haben aber, weil es jedenfalls zweifelhaft sein kann, ob durch den jetzt zu streichenden Absatz solche Durchsuchungen der Bücher gemeint sein sollten, davon abgesehen, unsererseits einen Antrag auf Streichung des Absatzes zu stellen, wollen aber, wenn der Abgeordnete von Buol das beantragt, deshalb zustimmen, weil sonst eine vermehrte Befugniß der Zollbehörde eintreten kann; zweifelhaft ist aber die Sache immerhin.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Abgeordneten Boerriam abgelehnt.

§ 39. Außerdem haben die Reichsbehörden, die Behörden und Beamten der Bundesstaaten und Kommunen, die von Handelsvorständen eingesetzten Sachverständigen-Kommissionen und Schiedsgerichte, sowie die Notare die Verpflichtung, die Besteuerung der ihnen vorkommenden Urkunden zu prüfen und die zu ihrer Kenntniß gelangenden Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz bei der zuständigen Behörde zur Anzeige zu bringen.

§ 40. Der Bundsrath ordnet an, in welchen Fällen bei administrativen Straffestellungen Sachverständige zu hören sind; solche sind, wo Handelsvorstände bestehen, von diesen zu bezeichnen.

Die Handelsvorstände können unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und Gewohnheiten ihres Bezirks, zum Zwecke der Durchführung des Gesetzes und Sicherung der Entrichtung der Abgaben reglementarische Anordnungen erlassen; letztere bedürfen der Zustimmung der Landesregierungen.

### Ausführungs-Vorschriften.

Zu § 40 des Gesetzes.

29. Wenn im Laufe eines administrativen Strafverfahrens die kaufmännischen Geschäftsformen zu Zweifeln in Betreff der Beurtheilung des Sachverhältnisses Anlaß geben oder für die Anwendung Tarifnummer 4B Zweifel darüber bestehen, ob das Geschäft als ein solches anzusehen ist, das unter Zugrundelegung der Usance einer Börse abgeschlossen ist, oder ob es sich um börsemäßig gehandelte Waaren handelt, so sind über die zweifelhaften Fragen geeignete Sachverständige zu hören. In Bezirken, für welche Handelsvorstände bestehen, haben diese der Steuerbehörde für die verschiedenen Geschäftsbranchen Sachverständige zu bezeichnen.

R. o. m. - V. 1885. S. 41. In zweifacher Richtung will der Antrag Dr. Arnspurger und Genossen, der hier in einer etwas präzisieren Fassung aufgenommen ist, den Handelsvorständen die Mitwirkung für die Handhabung des Gesetzes sichern.

Absatz 1 giebt den Handelsvorständen das Recht, Sachverständige zu ernennen für die Fälle, für welche eine reglementäre Vorschrift des Bundesraths die Zuziehung von solchen bei der administrativen Strafsetzung vorschreibt.

Absatz 2 ertheilt den Handelsvorständen die Befugnisse zum Erlass reglementarischer Anordnung zwecks Durchführung des Gesetzes und Sicherung der Abgabentrachtung.

Es wurde hierzu ausgeführt, daß von Seiten des Handelsstandes der größte Werth darauf gelegt werden müsse, daß die berufenen Vertreter desselben sowohl bei der Beurtheilung einzelner Fälle, wo es sich darum handle, schwierige Verhältnisse zu erkennen und auf die Auffassung der Geschäftskreise zurückzugehen, mitwirkten, um eine den Handelsverhältnissen entsprechende Anwendung des Gesetzes zu sichern, als insbesondere auch durch Erlass von allgemeinen Vorschriften, welche die besonderen Verhältnisse, Handelsgewohnheiten und Usancen jedes Platzes berücksichtigen, der Verwendung der Steuer leichtere Wege bahnten und den Verkehr vor Hemmungen bewahrten. Diesen Ausführungen wurde von der Kommission beigetreten und namentlich darauf hingewiesen, daß diese Einwirkung der Handelsvorstände geeignet sei, allen Schwierigkeiten entgegenzutreten, die sich bei der Begrenzung des Kreises der börsemäßig gehandelten Waaren, bei Bestimmung der Geschäfte, welche unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse abgeschlossen werden, ergeben könnten.

§ 41. Bezüglich der Vollstreckbarkeit und des Vollstreckungsverfahrens werden die Reichsstempelabgaben den Landesabgaben gleichgeachtet.

§ 42. Die Klassen des Reiches sind von der Entrichtung der durch dieses Gesetz unter Tarifnummer 1, 2, 3 angeordnete Abgaben befreit.

Anderer subjektive Befreiungen finden, soweit nicht ausdrücklich Ausnahmen angeordnet sind, nicht statt.

Wegen der Entschädigung für die Aufhebung solcher Befreiungen, welche etwa aus lästigen Privatrechtstiteln beruhen, sowie wegen der Erstattung der von solchen Berechtigten entrichteten Stempelbeträge, kommen die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Wechselstempelsteuer (§ 26 Absatz 2 bis 4), zur Anwendung.

R o m m. = B. 1885. S. 41. Die Kommission lehnte die weiteren Anträge ab, welche dahin zielten, für den Fiskus und Korporationen sowie für gerichtlich und notariell abgeschlossene Verträge eine Ausnahmestellung zu begründen, weil man der Ansicht war, daß diese Fälle zumal bei der beschränkten Besteuerung des Waarenverkehrs, kaum von der Bedeutung seien, um eine besondere gesetzliche Regelung zu rechtfertigen.

§ 43. Jedem Bundesstaat wird von der jährlichen Einnahme, welche in seinem Gebiete aus dem Verkauf von Stempelmarken oder gestempelten Blankets oder durch baare Einzahlung von Reichsstempelmarken erzielt wird, mit Ausnahme der Steuer von Loosen der Staatslotterien, der Betrag von 2 Prozent aus der Reichskasse gewährt.

§ 44. Der Ertrag der Abgaben fließt nach Abzug

1. der auf dem Gesetze oder auf allgemeinen Verwaltungsvorschriften beruhenden Steuererlasse und Steuererstattungen,
2. der nach Vorschrift des § 43 zu berechnenden Erhebungs- und Verwaltungskosten

in die Reichskasse und ist den einzelnen Bundesstaaten nach dem Maßstabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen.

### Ausführungs-Vorschriften.

#### Uebergangsbestimmungen.

30. Die Landesregierungen werden Vorkehrungen treffen, daß mit der Abstempelung von Privatformularen zu Schlußnoten nach den Bestimmungen unter Ziffer 12c, sowie mit dem Verkaufe gestempelter und ungestempelter Formulare zu Schlußnoten und neuer Reichsstempelmarken (Ziffer 12a und 12b) thunlichst schon einige Wochen vor dem 1. Oktober 1885 begonnen werden kann.

31. Vom 1. Oktober 1885 ab verlieren die bisherigen gestempelten Formulare zu Schlußnoten und die bisherigen Reichsstempelmarken (Centralbl. f. d. Deutsche Reich 1881 S. 286 und 287, 1882 S. 108 und 422) ihre Gültigkeit; es ist mithin die weitere Verwendung derselben einer Nichtverwendung gleich zu achten. Für die dann noch im Besitz der Steuerpflichtigen sich befindenden Formulare zu Schlußnoten und Reichsstempelmarken der bisherigen Art wird die dafür entrichtete Stempelabgabe auf Anweisung der Direktivbehörde baar erstattet. Die Landesregierungen bestimmen die Steuerstellen, bei welchen die Erstattung unter Einreichung der un verwendbar gewordenen Formulare und Marken zu beantragen ist. Sind die Stempelzeichen oder die Formulare nicht unversehrt, so erfolgt die Erstattung der Abgabe nur dann, wenn von denselben noch kein oder doch kein solcher Gebrauch gemacht ist, dem gegenüber durch die Steuererstattung das fiskalische Interesse gefährdet erscheint.

Der Antrag auf Erstattung muß bis zum 31. März 1886 gestellt werden. Wird die Erstattung erst nach diesem Termine beantragt, so erfolgt dieselbe nur dann, wenn die rechtzeitige Beantragung nicht thunlich gewesen oder aus entschuldbarem Versehen veräußert worden ist.

---

### Bestimmungen über Erhebung und Verrechnung der nach dem Gesetze, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben (Reichs-Gesetzblatt 1885, Seite 179) zu entrichtenden Abgaben.

1. Jede zur Erhebung von Reichsstempelabgaben ermächtigte Steuerstelle hat über die bei ihr zur Einzahlung kommenden dergleichen Abgaben ein besonderes Heberegister zu führen, dessen Einrichtung die Landesregierung bestimmt. Die Buchung der Steuer im Heberegister findet erst statt, sobald die Abstempelung der Wertpapiere und der mit

Stempelaufdruck zu versehenen Privatformulare zu Schlußnoten (Nr. 12c der Ausführungsvorschriften) bezw. die Bedruckung der Lotterieloose mit dem Kontrollestempel erfolgt ist.

Hebestellen, welche nur mit dem Verkauf von Formularen zu Schlußnoten und von Reichsstempelmarken, mit der Abstempelung von Privatformularen zu Schlußnoten und von Vertragsurkunden (§ 14 des Gesetzes) beauftragt sind, können die Einnahme dafür je nach der Bestimmung der Landesregierung auch in anderen Registern nachweisen. Auf diese Register finden die nachstehend unter 5, Absatz 2 und 3 getroffenen Anordnungen keine Anwendung.

2. Alle Anmeldungen zur Abstempelung von Werthpapieren sind zunächst in ein Anmeldeungsregister einzutragen; desgleichen diejenigen Anmeldungen über Formulare zu Schlußnoten, sowie zur Versteuerung von Lotterielosen, welche nicht sofort oder noch am Tage des Eingangs erledigt werden können. Durch dieses Register wird die Abgabe bis zur erfolgten Stempelung der Papiere und Erhebung der Steuer festgehalten. Dasselbe dient zugleich zur Kontrolle über die Stempelung derjenigen Werthpapiere und Loose, welche von der Reichsstempelabgabe befreit sind, jedoch mit einem Reichsstempel versehen werden müssen.

3. Die zur Erhebung der Stempelabgabe für Aktien, Renten und Schuldverschreibungen ermächtigten Steuerstellen führen außerdem ein Kontrolebuch über diejenigen Anzeigen, welche nach § 4 des Gesetzes die Emittenten von inländischen Werthpapieren zu erstatten haben.

4. Von den Steuerstellen, welche Formulare zu Schlußnoten und Reichsstempelmarken zu verkaufen haben, ist über die Einnahme und Ausgabe an solchen Stempelzeichen ein besonderes Konto zu führen, dessen Einrichtung von der Landesregierung bestimmt wird. Dasselbe dient zugleich als Heberegister über die Herstellungskosten, welche nach Nr. 12b und 27a der Ausführungsvorschriften die Steuerpflichtigen der Landeskasse für ungestempelte Formulare zu Schlußnoten, sowie für die als Ersatz für verdorbene Stempelzeichen verabsfolgten gestempelten Schlußnoten-Formulare zu erstatten haben. Die für diese Formulare einzuziehenden Preise bestimmt die Landesregierung.

Ferner werden in dem Konto unter Benennung der Empfänger die gestempelten Formulare zu Schlußnoten und die Reichs-Stempelmarken verausgabt, für welche ein Werthbetrag nicht zu erheben ist. Der unter a der Ausgabe zu berechnende Werth der verkauften Stempelzeichen muß mit der Summe der nach Spalte 11 des Heberegisters dafür erhobenen Steuerbeträge übereinstimmen.

Die vom Steuerpflichtigen zum Umtausch zurückgegebenen gestempelten Formulare zu Schlußnoten und Reichs-Stempelmarken sind, bevor sie vereinnahmt werden, in Bezug auf ihre Echtheit und Unversehrtheit zu prüfen.

5. Die zu 1 und 2 genannten Register werden nach Ablauf jedes Vierteljahres abgeschlossen und mit den dazu gehörigen Belägen an die Direktivbehörde zur Revision eingereicht. Auf die Erledigung der Er-

innerungen finden die für die Zollverwaltung in dieser Beziehung ertheilten Vorschriften sinngemäße Anwendung.

Eine Vernichtung der Hebe- und Anmeldungsregister und der dazu gehörigen Beläge darf vor Ablauf von zehn Jahren nach dem Etatsjahr, für welches die Register geführt sind, nicht stattfinden.

Zur Herbeiführung und Sicherung der gleichmäßigen Ausführung des Reichs-Stempelgesetzes in allen Bundesstaaten werden die Landesregierungen auf Ersuchen des Reichskanzlers von Zeit zu Zeit einige bei den Direktivbehörden bereits revidirte Register mit den Belägen mittheilen. Ergeben sich bei deren Einsicht Bedenken, so trifft die Landesregierung die zur Erledigung erforderlichen Anordnungen und gibt zugleich dem Reichskanzler von dem Verfüigten Kenntniß.

Das Kontrolobuch verbleibt bei den Steuerstellen; es ist dauernd und sicher aufzubewahren.

6. Die Herstellung der von den Steuerstellen zu verkaufenden, mit Stempelaufdruck versehenen Formulare zu Schlußnoten, sowie der ungestempelten Schlußnoten-Formulare und der Reichs-Stempelmarken (Nr. 12a und 12b der Ausführungsvorschriften) erfolgt bei der Reichsdruckerei. Die Landesregierungen haben diese Stempelmaterialien und ungestempelten Formulare von der Reichsdruckerei gegen Erstattung der Herstellungskosten anzulassen. Die nach Maßgabe der Herstellungskosten von der Reichsdruckerei zu liquidirenden Preise stellt das Reichsschatzamt fest und theilt sie den Landesregierungen mit.

Die Reichsdruckerei verabsolgt nur denjenigen Amtsstellen Reichsstempelmaterialien, welche ihr von den Regierungen als zum unmittelbaren Bezuge solcher Materialien berechtigt bezeichnet werden. Jede Regierung erhält vierteljährlich von der Reichsdruckerei eine mit den quittirten Liefer Scheinen belegte Rechnung über die von ihr für die verabreichten Stempelmaterialien zu erstattenden Herstellungskosten. Den Betrag der Rechnung lassen die Regierungen an die Reichsdruckereikasse entweder unmittelbar oder durch Vermittelung der Reichshauptkasse zahlen.

Privatpersonen erhalten von der Reichsdruckerei weder Stempelmaterialien noch ungestempelte Formulare.

Die Kosten der auf den Antrag von Steuerpflichtigen bei der Reichsdruckerei bewirkten Abstempelung von Werthpapieren und Formularen zu Schlußnoten werden von der Reichsdruckerei in jedem einzelnen Falle bei derjenigen Steuerstelle liquidirt, welche die Abstempelung bestellt hat. Für die sofortige Verichtigung dieser Rechnungen haben die Steuerstellen Sorge zu tragen.

7. Die von den Steuerstellen zur Stempelung von Werthpapieren, sowie zur Abstempelung von Lotterieloose zu verwendenden Stempel liefert für Rechnung der Landesregierungen die Reichsdruckerei. Die Stempel jeder Steuerstelle erhalten als Unterscheidungszeichen eine besondere Nummer oder einen Buchstaben, welche nicht veröffentlicht werden. Die Unterscheidungszeichen sämmtlicher zur Stempelung von Werthpapieren und Lotterieloose ermächtigten Steuerstellen wird das Reichsschatzamt den Landesregierungen mittheilen.

Die Schwarzstempel, welche von den Steuerstellen zur Herstellung gestempelter Formulare zu Schlußnoten (Nr. 12a 2 der Ausführungsvorschriften), sowie zur Abstempelung von Vertragsurkunden (Nr. 14 der Ausführungsvorschriften) verwendet werden, unterscheiden sich von den gewöhnlichen Amtsstempeln dadurch, daß sie außer der Bezeichnung der Steuerstelle die Inschrift „Reichsstempelabgabe“ führen. Auf diese Stempel finden die Bestimmungen im Absatz 1 keine Anwendung.

Die Abstempelung der Werthpapiere pp. bei den Steuerstellen ist unter Aufsicht der Kassenbeamten zu bewirken, welche die Stempel, so lange dieselben nicht benutzt werden, unter amtlichem Verschuß zu halten haben.

8. Alle bei den Steuerstellen zur Abgabe gelangenden Anmeldungen zur Entrichtung der Reichsstempelabgaben pp. sind auf dem Titelblatte mit dem Datum der Präsentation, der Nummer des Anmeldungs- resp. Heberegisters und einem deutlichen Abdruck des gewöhnlichen Schwarzstempels der Hebestelle zu versehen. Anmeldungen, auf Grund deren eine Reichsstempelabgabe nicht zu erheben ist, verbleiben als Beläge bei dem Anmeldungsregister; die übrigen werden Beläge zum Heberegister und sind nach den Nummern dieses Registers zu ordnen.

Ueber die Einlieferung von Werthpapieren, deren Stempelung nicht sofort bewirkt werden kann, ist dem Steuerpflichtigen einstweilen ein mit der Nummer des Anmeldungsregisters und dem gewöhnlichen Amtsstempel der Hebestelle versehener Empfangsschein zu geben. Nur gegen Rückgabe desselben empfängt der Steuerpflichtige die gestempelten Papiere zurück.

9. Die nach § 16 des Gesetzes und Nr. 17 der Ausführungsvorschriften zulässige Kreditirung der Reichsstempelabgaben für Formulare zu Schlußnoten erfolgt für Rechnung des Reichs unter Haftung der Landesregierungen. Die kreditirten Beträge sind, sobald sie eingezahlt worden, spätestens aber nach Ablauf der Kreditfrist der Reichskasse zu überweisen.

Die Genehmigung zum Beginn des Absatzes von Lotterieloose vor Entrichtung der Abgabe (§ 22 des Gesetzes) und sonstige Stundungen der Abgabe von Lotterieloose erfolgen auf Gefahr und Rechnung der Landesregierung (Nr. 23 der Ausführungsvorschriften).

10. Werden zum Ersatz für verdorbene Werthpapiere von den Steuerstellen neu auszugebende dergleichen Papiere abgestempelt (Nr. 27 der Ausführungsvorschriften), so ist diese Stempelung nur durch das Anmeldungsregister nachzuweisen. (Siehe oben Nr. 2).

Die als Ersatz für verdorbene gestempelte Formulare zu Schlußnoten und Reichsstempelmarken zu verabsolgendenden Stempelzeichen können, da eine Einnahme dafür nicht zu verrechnen ist, nur im Stempelmaterialienkonto abgeschrieben werden. (Siehe oben Nr. 4).

11. Ueber den nach § 44 des Gesetzes von den Bundesregierungen an die Reichskasse abzuliefernden Nettoertrag der Reichsstempelabgabe haben die Landesklassen mit der Reichshauptkasse nach Maßgabe der

Bestimmungen vom 3. April 1878 monatlich abzurechnen. Die näheren Anordnungen über die Feststellung der monatlich abzuliefernden Einnahmen treffen die Landesregierungen. Die Haupt und Unterämter haben die von ihnen erhobenen Reichsstempelabgaben in den monatlich und vierteljährlich aufzustellenden Reichsteuerverübersichten mit nachzuweisen.

Vierteljährlich werden von dem Reichsschatzamt Hauptübersichten des Nettoertrags der Reichsstempelabgabe aufgestellt und die Antheile der einzelnen Regierungen an der Gesamteinnahme berechnet. Auf Grund dieser Hauptübersichten und Berechnungen, welche das Reichsschatzamt den Bundesregierungen in einer entsprechenden Zahl von Exemplaren mittheilt, erfolgt die vierteljährliche Abrechnung zwischen den Landeskassen und der Reichshauptkasse.

Die Vergütung von 2 pSt. für Erhebung und Verwaltung der Reichsstempelabgabe (§ 43 des Gesetzes) ist von den Staaten, welche die Abgaben erheben, bei der Ablieferung des Ertrages an die Reichshauptkasse einzubehalten.

12. Zur Aufstellung der Hauptübersichten über den Ertrag der Reichsstempelabgaben haben die Direktivbehörden zum 15. Juli, 15. Oktober, 15. Januar und 15. Mai vorläufige Uebersichten der in ihrem Verwaltungsbezirke aufgetretenen derartigen Abgaben und zum 1. November jedes Jahres eine definitive Uebersicht derselben für das abgelaufene Etatsjahr an das Reichsschatzamt einzusenden. Für die Richtigkeit dieser Uebersichten ist die Direktivbehörde verantwortlich.

Die Einsendung definitiver Uebersichten kann unterbleiben, wenn die provisorischen Uebersichten für das 1. bis 4. Quartal jedes Etatsjahres keiner Vervollständigung oder Berichtigung bedürfen. In solchen Fällen genügt die von der Landesregierung dem Reichsschatzamt zu machende Mittheilung, daß die provisorischen Uebersichten auch der definitiven Einnahmefeststellung zu Grunde gelegt werden können.

Die Stempelsteuer für Loose und Staatslotterien wird von dem Reichsschatzamt bei der Aufstellung der vierteljährlichen Hauptübersichten über den Ertrag der Reichsstempelabgaben mit berücksichtigt. Das Ergebnis der auf Grund der Anzeigen der Lotterieverwaltungen (Nr. 26 der Ausführungsvorschriften) erfolgenden Feststellungen theilt das Reichsschatzamt in jedem einzelnen Falle der betreffenden Landesregierung unter Beifügung eines Exemplars der Anzeige der Lotterieverwaltung behufs der Berücksichtigung bei der Feststellung der monatlich an die Reichshauptkasse abzuliefernden Einnahmen mit.

13. Als Beilage zur vorläufigen Uebersicht der für das 1. bis 4. Quartal des Etatsjahres aufgetretenen Reichsstempelabgaben ist von jeder Direktivbehörde eine Nachweisung der Einnahme und Ausgabe von Reichsstempelmaterialien im abgelaufenen Etatsjahre zu fertigen und an das Reichsschatzamt einzusenden.

14. Formulare zu den Uebersichten und Nachweisungen wird das Zoll- und Steuer-Rechnungsbureau des Reichsschatzamts den Direktivbehörden nach Maßgabe des Bedarfs zustellen.

15. Die im § 38 Absatz 2 des Gesetzes bezeichneten Anstalten sind mindestens einmal jährlich der Revision zu unterwerfen, nach der Bestimmung der obersten Landesfinanzbehörde dürfen solche Anstalten, bei welchen erfahrungsmäßig abgabepflichtige Schriftstücke oder Geschäfte in der Regel nur vereinzelt vorkommen, seltener als einmal jährlich, jedoch mindestens alle drei Jahre einmal der vorgeschriebenen Revision unterzogen werden. Die letztere ist in unregelmäßigen Zwischenräumen ohne Anmeldung vorzunehmen.

Die revidirenden Beamten haben sich aus den veröffentlichten Geschäftsberichten und Bilanzen, aus Statuten und ähnlichen Materialien vorher eine möglichst sichere und eingehende Kenntniß der Art und des Umfangs der Geschäfte der einzelnen Anstalten zu verschaffen. Dem pflichtmäßigen Ermessen der revidirenden Beamten bleibt überlassen, inwieweit die Revision auszudehnen und insbesondere ob und inwieweit behufs sachgemäßer Ausführung derselben neben der Einsicht der Werthpapiere und Schlußnoten auch die Einsicht von Korrespondenzen, Belegen und sonstigen Schriftstücken, sowie namentlich auch der Geschäftsbücher erforderlich ist. Jedes zur Prüfung gezogene Schriftstück, mit Ausnahme der Werthpapiere, ist zu paraphiren.

Ueber den Verlauf der Revision ist ein von dem Revidirten nicht zu unterzeichnendes Protokoll aufzunehmen, in welchem die gezogenen Erinnerungen unter genauer Bezeichnung der nicht vorschriftsmäßig besteuerten Schriftstücke und Geschäfte zusammenzustellen sind. Dasselbe ist der Direktivbehörde vorzulegen, welche das Erforderliche wegen Einziehung der fehlenden Stempel bezw. wegen Nachstempelung veranlaßt und über die Einleitung eines etwaigen Strafverfahrens beschließt.

Am Schlusse des Geschäftsjahres erstattet der revidirende Beamte der Direktivbehörde einen Bericht über seine Thätigkeit während desselben, die dabei gemachten Wahrnehmungen über das Reichsstempelgesetz und dessen Ausführung, etwaige Vorschläge zu Verbesserungen der bestehenden Vorschriften, über entdeckte Umgehungen u. s. w. — Eine Uebersicht der nach § 38 Absatz 2 a. a. O. der Revision unterliegenden Anstalten, der Anzahl der bei denselben ausgeführten Revisionen und der dabei gezogenen Erinnerungen, des Betrages der in Folge der letzteren eingezogenen Stempelabgaben und der auf Grund der Erinnerungen gestellten Strafanträge ist beizufügen.

Die Jahresberichte sowie auf jedesmaliges Ersuchen die Protokolle über die abgehaltenen Revisionen und die darauf getroffenen Entscheidungen theilen die Landesregierungen dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme mit.

Die Reichsbank und ihre Stellen unterliegen der Revision der Landesbeamten nicht. Die genaue Beachtung des Stempelgesetzes bei denselben wird durch Bankbeamten nach näherer Anordnung des Reichsbank-Direktoriums überwacht.

### Uebergangsbestimmungen.

16. Für die letzten drei Quartal des Etatsjahres 1885/86 sind von den Direktivbehörden zwei Uebersichten des Ertrages der Reichsstempelabgaben und zwar die eine (A) über die auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1881 erhobenen Steuerbeträge nach dem bisherigen Muster (No. 13 der Bestimmungen vom 7. Juli 1881), die andere (B) über die auf Grund des Gesetzes vom 29. Mai 1885 (Reichsgesetzblatt S. 171) erhobenen Reichsstempelabgaben für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte nach dem neuen Muster (oben No. 12) aufzustellen und an das Reichsschatzamt einzusenden.

In der Uebersicht A finden alle im Etatsjahr 1885—86 aufgenommenen Reichsstempelabgaben für Werthpapiere und Loose von Privatlotterien, sowie diejenigen Steuerbeträge für Schlußnoten und Rechnungen, welche bis zum 30. September 1885 noch auf Grund der Bestimmungen in den §§ 6 bis 11 des Gesetzes vom 1. Juli 1881 (No. 9 und 10 der Ausführungsvorschriften vom 7. Juli 1881) erhoben worden sind, ihren Platz; ebenso die betreffenden Registerdefekte und Rückerstattungen, soweit sie im Etatsjahre 1885/86 zur Verrechnung gelangen.

In der Uebersicht B werden nur die auf Grund der Bestimmungen des neuen Gesetzes und der zu demselben ergangenen Ausführungsvorschriften erhobenen Reichsstempelabgaben für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte nachgewiesen.

Zur Aufstellung dieser Uebersichten haben die Steuerstellen ihr Heberegister für das 2. Quartal des Etatsjahres 1885/86 in zwei Abtheilungen zu führen. Die Abtheilung B, zu der das neue Formular (oben No. 1) in Anwendung kommt, dient zur Vereinnahmung der Beträge, welche nach No. 12, 17 und 30 der Ausführungsvorschrift bereits in dem bezeichneten Quartal für Abstempelung von Formularen zu Schlußnoten, sowie für verkaufte gestempelte Formulare zu Schlußnoten und neue Reichsstempelmarken erhoben werden. Diese Beträge gehören bei der Abrechnung mit der Reichskasse zu den Einnahmen für das 2. Quartal 1885/86. Für den Fall, daß bei den Unterämtern in der Zeit vom Schluß des 2. Rechnungsquartals (26. September bis 30. September) noch Reichsstempelabgabe für Schlußnoten und Rechnungen nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 1. Juli 1881 zur Erhebung kommt, ist dieselbe in einem besonderen Abschnitt (A) der nach dem neuen Muster zu führenden Heberegister für das dritte Quartal 1885/86 nachzuweisen.

17. Der Uebersicht A für das 1. bis 4. Quartal des Etatsjahres 1885/86 ist eine Nachweisung (A) der Einnahme und Ausgabe von Reichsstempelmarken nach dem bisherigen Muster und der Uebersicht B für das 2. bis 4. Quartal 1885/86 eine Nachweisung (B) der Einnahme und Ausgabe von Formularen zu Schlußnoten und Reichsstempelmarken nach dem neuen Muster (oben No. 13) beizufügen. Zur

Aufstellung der Uebersicht B haben die Steuerstellen das nach den Bestimmungen unter No. 4 zu führende Konto schon im Laufe des 2. Quartals des Etatsjahres zu eröffnen.

18. Die am 1. Oktober 1885 bei den Steuerstellen noch vorhandenen, nicht mehr verkäuflichen Reichsstempelmarken der bisherigen Art sind an die Direktivbehörden (in Preußen an das Haupt-Stempelmagazin) abzuliefern und dort in Gegenwart zweier Beamten durch Verbrennen zu vernichten. Die Vernichtungsverhandlungen werden der vorstehend unter 17 gedachten Nachweisung A als Ausgabebelege beigefügt. In den Verhandlungen ist die Menge und der Steuerwerth der verbrannten Marken, sowie der Betrag dafür an die Reichsdruckerei gezahlten Herstellungskosten anzugeben. Der Reichszkanzler wird ermächtigt, diese Herstellungskosten den Landesregierungen von der Reichshauptkasse erstatten zu lassen.

19. In derselben Weise, jedoch auch in Preußen bei den Direktivbehörden, erfolgt die Vernichtung der gestempelten Formulare zu Schlussnoten und Reichsstempelmarken der bisherigen Art, für welche nach Ziffer 31 der Ausführungsvorschriften den Steuerpflichtigen der Werth der dafür entrichteten Stempelabgabe baar erstattet ist. Ueber die Vernichtung dieser Stempelzeichen sind besondere, den Nachweisungen über Einnahme und Ausgabe nachrichtlich beizufügende Verhandlungen aufzunehmen; die zurückgezahlten Beträge werden wie die Rückerstattungen für unrichtige Erhebungen verrechnet.

20. Bis zum 31. Dezember 1885 dürfen sich die Steuerstellen zur Herstellung gestempelter Formulare zu Schlussnoten, sowie zur Abstempelung von Vertragsurkunden anstatt des in No. 7 Abs. 2 bestimmten Stempels noch des Amtsstempels, mit dem die Abstempelung der mit Marken versehenen Formulare zu Schlussnoten und Rechnungen bisher zu bewirken war, in Ermangelung eines solchen aber ihres gewöhnlichen Amtsstempels bedienen.

### Beschlüsse

der ständigen Deputation der Produktenbörse in Berlin über ihre Auffassung von Anwendung des neuen Börsenstenergesetzes auf die einzelnen Fälle.

1. Was das steuerpflichtige Objekt anlangt, so muß der Handelsstand den Anspruch erheben, daß in authentischer Weise ermittelt und in wirksamer Art publizirt wird, für welche Art von Waaren an allen inländischen und ausländischen Börsenplätzen Terminspreise notirt werden. Es ist ferner unumgänglich nöthig, daß der Bundesrath sich erklärt, was unter den Worten der Tarifnummer

4a,

welche unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse geschlossen werden, zu verstehen ist.

Gründe. Private Erkundigungen darüber, für welche Waaren an bestimmten Börsen Terminspreise notirt werden, sind bei Gelegenheit einer Petition, welche in Bezug auf dieses Gesetz von dem Ältesten-Kollegium an den Bundesrath gerichtet wurde, eingezogen worden. Es hat sich dabei ergeben, daß schon in Bezug auf einen Inlandsplatz die erhaltene Auskunft unvollständig war. Noch schlimmer wird sich die Sache in Bezug auf ausländische Plätze gestalten. Die Steuerpflichtigen sind also in der übelsten Lage, wenn ihnen nicht in authentischer Form mitgetheilt wird, für welche Waarengeschäfte an jedem einzelnen Börsenplatz die Abgabepflicht eintritt.

Der Begriff der „Ursachen einer Börse“ wird bei Termin-geschäften allerdings meist klar sein, da bei solchen Geschäften das Wort „Ursachen“ wohl ohne Weiteres mit dem Begriffe „Schlußscheinbedin-gungen für Termingeschäfte“ identifizirt werden kann. Das Gesetz zieht indeß auch loco-Geschäfte in solchen Waaren, für welche Terminspreise notirt werden, zur Abgabepflicht heran und für diese Geschäfte existiren nur Plätzegebräuche, nicht Börsenbedingungen.

2. Was die Geschäftsformen anbelangt, welche die Abgabe-pflichtigkeit für Waarenumsätze begründen, so kann dem, was die Sachverständigen-Kommission der Fondsbörse in ihren Beschlüssen ausgeführt hat, in Beziehung auf

a) den Begriff des Anschaffungsgeschäfts	No. 2. der erwähnten Beschlüsse
b) das Tauschgeschäft	6. " " "
c) das Lombardgeschäft	7. " " "
d) das Depot	8. " " "
e) das Nothgeschäft	9. " " "
f) das einfache Optionsrecht	10. " " "
g) das Reportgeschäft und die Prolongation	11. " " "
h) das Abwickelungs-Geschäft zwischen dem Kommissionär und dem Kommittenten	16. " " "
i) das Metagegeschäft	17. " " "
k) die Ueberweisung	20. " " "

ausgesprochen hat, auch in Bezug auf die Geschäfte dieser Art, welche an der Produktenbörse gleichfalls vorkommen, nur beiegepflichtet werden.

Ad. h. Im Einzelnen ist zusätzlich nur zu bemerken, daß das Wort „Tauschgeschäft“ an der Produktenbörse vulgär in einem sehr weiten Umfange in Gebrauch steht. Beispielsweise wird von einem Tauschgeschäft gesprochen, wenn Jemand, der effektiv Waare empfangen will, mit dem Inhaber dieser Waare einen Umsatz in der Art macht, daß er die effektive Waare empfängt und gleichzeitig dem Anderen da-gegen Waare auf Lieferung verkauft. Indessen wird es nicht möglich sein, diese oder ähnliche Geschäfts-Vorgänge unter den rechtlichen Be-

griff des Tausches zu bringen, es ist vielmehr ein Kauf von Loko-Waare und ein Verkauf von Terminswaare.

Ad e. Neben den Noth-Geschäften sind an der Produktenbörse noch die sogenannten Cirka-Geschäfte in Betracht zu ziehen. Auch für die Cirka-Geschäfte dürfte der Satz des § 7, Abs. 1 Anwendung finden, die Abgabe von ihnen also nach dem höchstmöglichen Werthe des Gegenstandes des Geschäfts zu berechnen sein. Für derartige Geschäfte kann es aber nöthig werden, daß der Bundesrath gemäß § 15 des Gesetzes Maßgaben festsetzt, unter welchen die Besteuerung so lange ausgesetzt bleibt, bis die Berechnung möglich wird, oder daß der Bundesrath eine allgemeine Anordnung trifft, um welchen Prozentsatz die mittlere Berechnung des Werthes des Geschäftes zu erhöhen ist, um dem Ausdruck „cirka“ im Steuer-Interesse Genüge zu leisten. Es dürfte eine derartige Anordnung — wir schlagen etwa 5 pCt. des Mittelwerthes vor — dem Handel sogar noch angenehmer sein, da er dann sogleich im Stande ist, die Schlussschein-Besteuerung endgültig zu vollziehen. Auch im steuerlichen Interesse dürfte sich dies empfehlen.

Ad f. Das Wort „Option“ ist im Sprach-Gebrauch der Produktenbörse, wenig üblich; sachlich dasselbe, liegt aber bei der im Produkten-Handel häufig vorkommenden festen Anstellung oder festen Geboten auf solche vor. Diese feste Anstellung ist für sich allein nichts weiter als eine Offerte; zum steuerpflichtigen Geschäftsabschlusse wird sie erst durch die Acceptation.

Ad g. Für die Prolongationen an der Produktenbörse ist ebenso, wie im Kommissions-Verichte der Fondsbörse geschieht, zu unterscheiden zwischen Prolongationen, welche unter denselben Kontrahenten des ursprünglichen Geschäftes oder deren Rechtsnachfolgern geschehen und solchen, welche unter Hinzutritt eines Drittkontrahenten erfolgen. Im ersteren Falle ist die Prolongation dann abgabefrei, wenn sie glatt (ohne Report oder Deport) und ohne sonstige Aenderung der Vertrags-Bestimmungen geschieht. Wird Report oder Deport bezahlt, oder unterliegt das Geschäft sonst einer Abänderung in seinen Bestimmungen, so unterliegt die Prolongation der einfach zu berechnenden Abgabe. Tritt ein Drittkontrahent bei dem Prolongationsakte auf, so liegen zwei Anschaffungsgeschäfte vor, welche jedes für sich die Abgabepflicht bedingen.

3. In Bezug auf die Definition der Vermittler und die Stellung der Maklerbank-Agenten zu den Maklerbanken sind die Sätze Nr. 12, 13, 14 und 15 des Verichs der Kommission der Fondsbörse für die Produktenbörse gleichfalls unverändert als richtig anzuerkennen.

Zusätzlich bleibt nur die Stellung derjenigen Agenten zu erörtern, welche als Angestellte eines Geschäftshauses für dasselbe an einem andern Orte thätig sind, also genau dieselben Funktionen ausüben wie ein Handlungsreisender des Hauses.

Diese Agenten sind Geschäftsgehilfen ihres Hauses, nicht aber Vermittler, welche zwischen dem Hause und dessen Kunden ständen. Die Entrichtung der Abgabe durch Ausstellung des gestempelten Schlußscheins liegt also im Falle des Eingreifens solcher Agenten nicht dem Agenten, sondern dem Hause für welches er thätig ist, ob. Die Produkten-Börse hat ein wesentliches geschäftliches Interesse, die Ausstellung der Schlußnoten und den Austausch der für die Schlüsse verbindlichen Unterschriften nicht aus der eigenen Hand zu lassen, da sie sonst einer sicheren Kontrolle über die durch ihre Agenten eingeleiteten Geschäfte entbehren würde, weil sie außer direkten Verkehr mit den Kommittenten und Kunden käme.

4. Bei den Stellage-Geschäften der Produktenbörse wird das Stellgeld von vornherin gezahlt, ohne daß es bei der Abwicklung des Geschäftes auf den Kaufpreis in Anrechnung käme. Es tritt also für die Abgabeberechnung, welche nach dem höchstmöglichen Werth des Gegenstandes des Geschäftes erfolgt, dem vereinbarten Kaufpreise hinzu.

Die Provisionen und Courtagen sowie sonstige Spesen fallen dagegen weder bei Stellagen noch bei anderen Geschäften unter den Begriff des vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreises, bleiben deßhalb bei der Abgabeberechnung außer Betracht.

Ist eif gehandelt, so hat der Käufer den Preis einschließlich der Kosten, Versicherung und Fracht zu zahlen sich verpflichtet; bei Berechnung der Abgabe auf eif-Geschäfte, können deßhalb die Beträge nicht von dem Kaufpreise ausgeschrieben werden.

Bei Spiritus-Geschäften mit Faß fällt der für die Fässer bedungene Preis mit hinein in diejenige Summe, für welche die Abgabe zu entrichten ist.

5. Falls die immerhin mögliche Auslegung des § 23 Absatz 2 Geltung gewinnen soll, daß die Ordnungsstrafe bei vorliegendem Rückfalle überhaupt nicht möglich wäre, würde es geboten sein, daß der Bundesrath gemäß § 40 die Zuziehung von Sachverständigen bei administrativen Straffestellungen, für Rückfallbeschuldigungen generell anordnete.

Die Möglichkeit, daß bloßer Versehen der Commis, vielleicht sogar wegen deren arglistigen Verhaltens der Chef der harten Rückfallstrafe unterworfen werden kann, lastet so schwer auf dem Handelsstande, daß er die Rantel der Zuziehung von Sachverständigen durchaus wünschen muß.

6. Es wird streitig werden, ob die Produkten-Maklerbanken zu denjenigen Anstalten gehören, welche der Revision durch § 27, Absatz 2 des Gesetzes unterstellt sind. Diese Banken treiben

ihres Namens ungeachtet weder Bank- noch Kredit-, noch Versicherungsgeschäfte.

Eine Entscheidung darüber in den Ausführungs-Bestimmungen ist deshalb erwünscht.

7. Die Bestimmung des § 12, daß die Schlußnoten nach der Zeitfolge nummerirt, 5 Jahre lang aufzubewahren sind, bedarf einer Erläuterung in Beziehung auf das Wort „Zeitfolge“. Es fragt sich, ob das Datum der Ausstellung oder das Datum des Wiedereinganges der zur Unterzeichnung an den Gegen-Kontrahenten gesendeten Schlußnote entscheidend ist. Das Letztere dürfte sich wohl eher empfehlen, da sonst die Ordnung der Schlußscheine immer erst später geschehen könnte und niemals der Verpflichtete damit à jour wäre.

Berlin, den 10. Juni 1885.

Die ständige Deputation der Produktenbörse.

---

**Drucker a.**  
 Eingegangen am 18.....  
 No. .... des Anmeldebuchs-Registriers.  
 No. .... des Eide-Registriers.  
 (Schwurstempel)  
 Anmeldung,  
 betreffend

die Versteuerung beziehungsweise Abstempe lung von inlän-  
 dischen Akten, Meuten und Schuttwerehrungen nach dem  
 Reichsgesetze über die Erhebung von Reichstempelabgaben  
 (Reichsgesetzblatt 1885 Seite 179).

Der Unterschnete beauftragt die Abstempe lung der anbei  
 ersolgenden, untfersend specifirten Wertpapiere und ist  
 damit einverstanden, daß dem Lieberbringer der unten aus-  
 gefertigten Empfangsbescheinigung gegen Vorhändigung der-  
 selben die abgetheilten Wertpapiere zurückgegeben werden,

sowie daß die Steuerbehörde zur Prüfung der Legitimation  
 des Lieberbringers dieser Empfangsbescheinigung zwar be-  
 rechtigt, aber nicht verpflichtet sein soll.

Des Anmeldebuchs  
 No. ...., den .....  
 (Vor- und Zunahme,  
 Wohnort und Wohnung.)  
 18.....

**Empfangsbescheinigung.**

Die untfersend verzeichneten Wertpapiere sind der  
 unterzeichneten Steuerstelle übergeben und werden nach er-  
 folgter Abstempe lung dem Lieberbringer dieser Empfangs-  
 bescheinigung ausgehändigt werden. Die Steuerstelle be-  
 stätigt das Recht vor, die Legitimation des Lieberbringers dieser  
 Empfangsbescheinigung zu prüfen, ist jedoch zu einer solchen  
 Prüfung nicht verpflichtet.

(Firma, Unterschriften und Schwauchstempel der Steuerstelle.)  
 ..... den ..... 18.....

Laufende Nummer		Der Wertpapiere	
1.	2.	3.	
Name und Wohnort des Anmeldebenden		Gattung (Benennung) und Emittent	
4.	Stückzahl		
5.	6.	7.	8.
Serien- Nummer pp.	Bezeichnung nach	fortlaufenden Nummern	Ort Datum
Littera	der		
Ausfertigung			
9.	10.	Nennwerth	
Zu versteuern ist für jedes Stück: a. der volle Nennwerth von oder b. der Betrag von			
11.	Betrag der Abgabe für jedes Stück		
12.	Darauf sind anzurechnen a. landesgesetzliche, b. Reichstempelabgaben		
13.	Mithin noch zu erheben an Abgaben für jedes Stück		
14.	Gesamtbetrag der Abgabe		
15.	Es wird Befreiung für die Abgabe beansprucht: a. für wieviel Stück? b. aus welchem Grunde?		
16.	Nähere Begründung der Angaben in den Spalten 11, 13 und 16 sowie sonstige Bemerkungen.		
17.			



Muñiz C.

des Gebet-Registers.  
(Eucharistienpel.)

daß fempelförmige inländische Werthpapiere zur Zeichnung aufgelegt oder zu weiteren Eingabungen auf solche aufgelegt wird. (§ 4 des Reichsgesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsfempelsabgaben, Reichs-Blatt 1885 Seite 179.)

Name und Abkürzt	Der Vertheilung, auf welche sich die Nummern in Spalte 6 bis 9 bezieht.				Es soll erfolgen die		Die Zeichnung bzw. Eingabung soll erfolgen		Bemerkungen
	Gattung und Bezeichnung	Menge	Reihe, Litera und Nummern	Stamm- recht Markt	Ausfertigung zur Zeichnung	Ausfertigung zur Eingabung von Markt	an welchen Tagen	bei welchen bedingten Erfällen	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.

Echtheitsnote. Nr.

den 18.

Von

in

An

in

Nr. d.

Nr. um

für die Verwendung von  
Stempelmarken.

Echtheitsnote. Nr.

den 18.

Von

in

An

in

Gegenstand des Geschäfts:

Lieferungstermin per

Preis oder Cours:

Werth des Gegenstandes:

Sonstige Bemerkungen:

Vermittelt durch

in

Gegenstand des Geschäfts:

Lieferungstermin per

Preis oder Cours:

Werth des Gegenstandes:

Sonstige Bemerkungen:

Vermittelt durch

in

Umsatz

**Muster e.**

Eingegangen den ..... 18.....  
Nr. .... des Anmelbungs-Registers.  
Nr. .... des Gehe-Registers.  
(Schwarzstempel.)  
N u m e r u n g

Stempelung von Formularen zu Schlüsselnoten durch die Reichsbruderei. (Tarifnummer 4 zum Reichsgesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempel-Abgaben, — Reichs-Gesetzblatt 1885, Seite 179.)

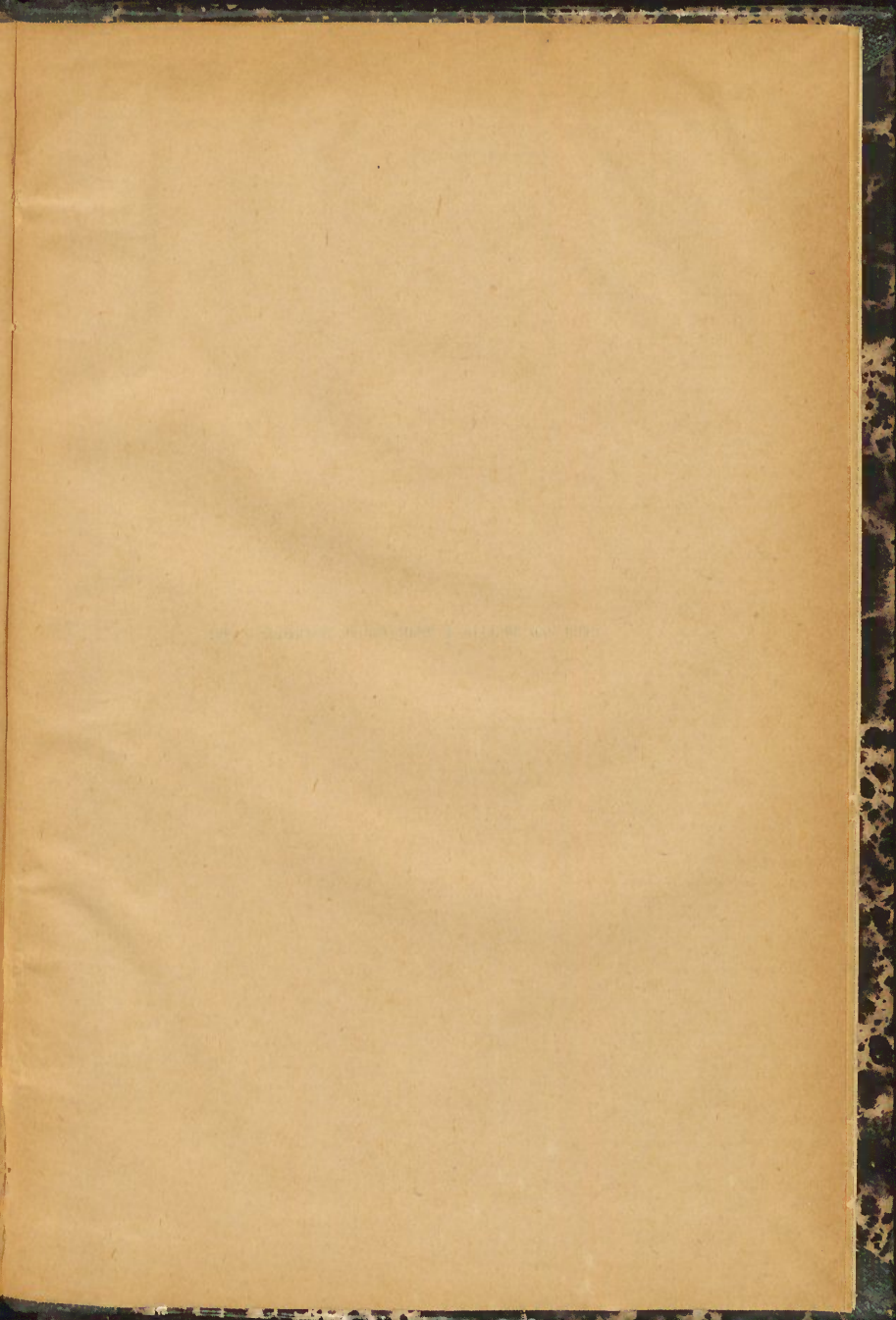
1.	2.	3.		4.	5.	6.
		Namen und Wohnort des Anmelbenden	Es sollen abgestempelt werden:	Steuersbetrag	Bemerkungen	
			Erhöhung der Formulare	zum Abgeben von Markt		

**Muster f.**

Eingegangen den ..... 18.....  
Nr. .... des Anmelbungs-Registers.  
Nr. .... des Gehe-Registers.  
(Schwarzstempel.)  
N u m e r u n g

Versteuerung für ausländische Lotterieloose. (Tarifnummer 5 zum Reichsgesetz, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, Reichsgesetzblatt 1885 Seite 179.)

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Tag der Anmeldung	Namen und Wohnort des Anmelbenden	Anzahl.	Der einzelnen Loose.	Preis in fl. und in Schillingen	Des Lotterie-Unternehmers Sitz, nähere Bezeichnung, auch Name und Wohnort des Unternehmers	Zeit der Ziehung der Loose	Abgabenbetrag a) im Einzelnen b) in Summe



Druck von Mahlau & Waldschmidt, Frankfurt a. M.

